

MITTWOCH, 24. FEBRUAR 2010

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, den 11. Februar 2010, unterbrochene Sitzung des Europäischen Parlaments für wieder aufgenommen.

2. Erklärungen des Präsidenten

Der Präsident. – Zum ersten Mal darf ich den Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Herman Van Rompuy, zur Plenarsitzung des Europäischen Parlaments begrüßen. Herr Präsident, wir heißen Sie herzlich willkommen und möchten Ihnen noch einmal gratulieren.

(Beifall)

Außerdem möchte ich Präsident Barroso willkommen heißen. Für Sie ist es nun schon seit fünf Jahren ganz normal, hier zu sitzen; für Sie ist es also keineswegs das erste Mal!

Mit großem Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass Frau Candeago, unsere Kollegin aus der Generaldirektion Kommunikation, in dem Bahnunglück nahe Brüssel ums Leben gekommen ist. Frau Candeago hatte seit Dezember 2008 im Europäischen Parlament gearbeitet. Im Namen von uns allen möchte ich ihrer Familie und ihren Freunden unser Mitgefühl und unseren Beistand bekunden.

Eine weitere Tragödie hat sich in den vergangenen Tagen ereignet, nämlich die Flutkatastrophe auf der portugiesischen Insel Madeira. Das stärkste Unwetter seit 1993 hat mindestens 38 Menschen das Leben gekostet. Wir sind mit unseren Gedanken bei den Familien der Opfer dieser Katastrophen und schließen sie in diesen Stunden der Trauer in unsere Gebete mit ein.

Ich möchte Sie nun alle bitten, sich zu erheben und der Opfer beider Tragödien mit einer Schweigeminute zu gedenken.

(Das Parlament erhebt sich und legt eine Schweigeminute ein.)

Vielen Dank.

3. Begrüßung

Der Präsident. – Außerdem möchte ich nun zwei Gäste aus Belarus, die heute hier bei uns sind, herzlich begrüßen: Herrn Borys, den Präsidenten des Bundes der Polen in Weißrussland, und Herrn Milinkevich, dem Träger unseres Sacharow-Preises von 2006 und Anführer der demokratischen Opposition in Belarus.

(Lang anhaltender Beifall)

Bedauerlicherweise ist Belarus wegen der Verfolgung von Nichtregierungsorganisationen erneut in die Schlagzeilen geraten. Das Europäische Parlament hält an universellen Werten als etwas, das wir schätzen und woran wir glauben, fest und wird dies auch weiterhin tun. Wir verurteilen autoritäre Regime, die Gewalt anwenden und demokratische Organisationen verfolgen, nur weil diese nicht die Ansichten des Regimes teilen.

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

5. Transport von Schlachtpferden in der Europäischen Union (schriftliche Erklärung)

Der Präsident. – Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Schriftliche Erklärung 0054/2009 von Frau Lynne, Frau Jędrzejewska und Herrn Schlyter zum Transport von Schlachtpferden in der Europäischen Union heute, am 24. Februar 2010, von einer Mehrheit der Mitglieder des Parlaments unterzeichnet wurde. Sie wird daher gemäß Artikel 24 Absatz 4 der Geschäftsordnung an die Empfänger übermittelt und mit den Namen seiner Unterzeichner in den *Angenommenen Texten* der Sitzung vom 25. Februar 2010 veröffentlicht.

Wir danken den Verfassern für diese Erklärung.

Elizabeth Lynne, Verfasserin. Herr Präsident, es ist eine gute Nachricht, dass wir die erforderliche Anzahl von Unterschriften bekommen haben. Danke an alle, die diese schriftliche Erklärung unterzeichnet haben.

Der Präsident. – Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich nicht die Möglichkeit hatte, diese Erklärung zu unterzeichnen, aber ich werde das unverzüglich nachholen.

6. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

7. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 88 GO): siehe Protokoll

8. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

10. Schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

11. Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

12. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung, der am Mittwoch, dem 10. Februar 2010 durch die Konferenz der Präsidenten gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung erstellt wurde, wurde verteilt.

Nach Rücksprache mit den Fraktionen möchte ich gerne folgende Änderungen vorschlagen:

Donnerstag:

Was die Sitzung am Donnerstag betrifft, hat die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament den Antrag gestellt, die Abstimmung über den Bericht von Herrn Lehne über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen im Hinblick auf Kleinstunternehmen zu vertagen.

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Unsere Fraktion hatte heute Morgen eine sehr intensive Debatte über den Bericht Lehne. Wir sind in der Fraktion mit der Diskussion nicht zu Ende gekommen. Das kommt in Fraktionen schon einmal vor. Es gibt bei uns den Wunsch an den Kollegen Lehne als Berichterstatter, uns die Chance zu geben, bis zur März-Tagung noch einmal darüber nachzudenken, welchen Weg wir mit diesem Bericht gehen können und wie wir als Sozialdemokraten uns positionieren können. Es gibt in unserer Fraktion – das gebe ich hier offen zu – unterschiedliche Herangehensweisen.

Ich wäre dankbar, wenn man die Aussprache durchführen könnte, und Sie, Herr Lehne, uns aber die Möglichkeit geben könnten, die Abstimmung bis zur März-I-Tagung zu verschieben. Das würde zumindest meiner Fraktion – ich glaube aber, auch anderen Fraktionen – ein bisschen Zeit zur Intensivierung der Debatte und der Meinungsfindung geben.

Klaus-Heiner Lehne, Berichterstatter. – Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich finde es gut, dass sich die sozialdemokratische Fraktion intensiv mit diesem Bericht befasst. Ich möchte aber feststellen, dass wir als Parlament im Dezember 2008 fast einstimmig eine EntschlieÙung angenommen haben, in der wir die Europäische Kommission aufgefordert haben, genau einen solchen Vorschlag vorzulegen, wie wir ihn jetzt hier erörtern. Das Parlament muss sich doch auch selbst an das halten, was es beschlossen hat und was seit Jahren der erklärte Wille dieses Hauses ist.

Wir haben – weil es natürlich bei jedem Gesetzgebungsvorschlag hier oder da Bedenken gibt – die offenen Fragen durch einen Kompromiss im Rechtsausschuss gelöst. Dieser Kompromiss ist, das darf ich deutlich sagen, entscheidungsreif. Ich habe trotzdem Verständnis dafür, dass es natürlich sinnvoll sein kann, den Kreis derjenigen, die diesen Bericht unterstützen, noch zu erweitern. Wenn die Bemühungen des Kollegen Schulz in die Richtung zielen, den Kreis der Unterstützer zu erweitern, habe ich auch nichts gegen eine Vertagung auf die nächste Plenartagung im März. Das ist meine persönliche Position dazu. Es ist nicht die Haltung der Fraktion, die hat heute Morgen ausdrücklich anders darüber entschieden. Aber ich denke, wir sollten den Sozialisten die Chance geben, hier noch zur Einsicht zu kommen, damit auch sie etwas für den Mittelstand und dessen Entlastung und für den Bürokratieabbau tun können.

Dirk Sterckx (ALDE). – (NL) Herr Präsident, ich danke meinem Kollegen Lehne für das soeben Gesagte, möchte aber dennoch darum bitten, dass wir unter den gegebenen Umständen die Möglichkeit erhalten, Änderungsanträge einzureichen und diese zu diskutieren. Bis jetzt ist lediglich eine Abstimmung vorgesehen, ohne die Möglichkeit, Änderungsanträge zum Bericht von Herrn Lehne vorzubringen.

Martin Schulz (S&D). – Herr Präsident! Ich wiederhole noch einmal meinen Antrag. Es steht außer Frage: Wir sind für die Debatte. Wir bitten nur um die Verschiebung der Abstimmung. Ich muss allerdings der Fairness halber hinzufügen: Ich habe Verständnis für den frommen Wunsch des Kollegen Lehne, aber in unserer Fraktion herrscht Demokratie. Herr Lehne, ich kann Ihnen kein Ergebnis zusichern!

(Das Parlament genehmigt den Antrag.)

(Der Arbeitsplan wird angenommen.)⁽¹⁾

Hannes Swoboda (S&D). – Herr Präsident! Ich möchte es kurz machen. In den letzten Tagen sind zwei wichtige Nominierungen vorgenommen worden: einerseits der Vertreter der Europäischen Kommission in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Washington, und andererseits der Sonderbeauftragte für Afghanistan. Beide Nominierungen sind umstritten, zu beiden gibt es verschiedene Diskussionen. Ich möchte jetzt nicht auf die meritatorische Frage eingehen. Ich würde nur bitten, Herr Präsident, dass beide Personen, bevor sie ihr Amt antreten, auch in den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten kommen, damit wir dort eine intensive Debatte führen können, und ich hoffe, dass der Präsident der Kommission und der Ratspräsident das mit Ihrer Hilfe, Herr Präsident, voll unterstützen.

(Beifall)

13. EU 2020 - Nachbereitung des informellen Treffens des Europäischen Rates vom 11. Februar 2010 (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Aussprache über die Erklärung des Rates und der Kommission: EU 2020 – Nachbereitung des informellen Treffens des Europäischen Rates vom 11. Februar 2010

Der Präsident. – Präsident Van Rompuy, da dies Ihre erste Rede im Plenum des Europäischen Parlaments ist, haben wir uns darauf geeinigt, dass Ihnen etwas mehr Redezeit zur Verfügung steht. Präsident Van Rompuy möchte zu Beginn seiner Amtsperiode diesem Parlament seine Standpunkte zu anderen Fragen, institutionellen Fragen, darlegen. Reichen Ihnen etwa 15 bis 20 Minuten?

Herman Van Rompuy, Der Präsident des Europäischen Rates. – Herr Präsident, ich freue mich, dass ich heute an einer Debatte mit Ihnen teilnehmen kann, um nicht nur über das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs von vor zwei Wochen zu berichten – es war letzten Endes ein informelles Treffen ohne formelle Schlussfolgerungen – sondern um auch die Gelegenheit zu nutzen, Sie hier zu Beginn meines Mandats zu treffen. Wenn ich bis zu meinem ersten offiziellen Bericht über den Europäischen Rat Ende März gewartet hätte, wäre ich vor April nicht vor dieses Parlament getreten, und damit erst fünf Monate nach meiner Ernennung zum Präsidenten des Europäischen Rates. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, Ihnen darzulegen, wie ich meine Rolle und meine Aufgabe sehe. Darüber möchte ich einige Minuten sprechen, damit ich darauf künftig nicht mehr zurückkommen muss.

⁽¹⁾ Weitere Änderungen des Arbeitsplans: siehe Protokoll.

Selbstverständlich hat es immer einen Vorsitz des Europäischen Rates gegeben; aber keinen „Präsidenten von Europa“, wie Medien ihn teilweise bezeichnen. Was hat sich also geändert? Drei kleine Dinge, die jedoch zusammen genommen mit der Zeit einen wesentlichen Unterschied machen können.

Erstens: das Element der Kontinuität. Die früheren Präsidenten wechselten alle sechs Monate, also nach jedem zweiten oder dritten Treffen. Es bestand kaum Möglichkeit, eine langfristige Strategie zu entwickeln. Unsere Partner aus Drittländern waren irritiert, bei jedem Gipfel mit der Europäischen Union auf einen anderen Regierungschef zu treffen. Mehr Kontinuität ist für den Aufbau von Beziehungen und die Übernahme einer verantwortungsvollen Aufgabe von grundlegender Bedeutung.-

Zweites: Es ist ein Full-Time-Job. Frühere Präsidenten mussten gleichzeitig ihre eigenen nationalen Regierungsgeschäfte erledigen. Sie konnten sich daher bestenfalls die Hälfte ihrer Zeit um europäische Angelegenheiten kümmern. Durch die Schaffung des Amtes eines ständigen Ratspräsidenten, der für die Ausrichtung und Vor- und Nachbereitung der Tagungen des Europäischen Rates zuständig ist, kann der Europäische Rat nun besser seine Aufgaben innerhalb des europäischen institutionellen Systems erfüllen.----

Drittes Element ist die Tatsache, dass die Staats- und Regierungschefs nun tatsächlich ihren Favoriten für das Amt des Präsidenten ernennen können, und dieser nicht mehr durch ein willkürliches Rotationssystem bestimmt wird. Ich hoffe, dass auch das in Zukunft eine breite Unterstützung des Präsidenten verspricht.

Diese drei Änderungen verbessern auf pragmatische Weise den bisherigen institutionellen Aufbau. Und zusammen mit der Tatsache, dass der Europäische Rat nun eine eigenständige Institution wird, sorgen sie dafür, dass er seine Aufgabe besser erfüllen kann, die laut den Verträgen darin besteht, „die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten“ der Union festzulegen.

Einige Kommentatoren sehen in dieser Aufgabe noch viel mehr; andere sehen weniger. Die einen halten den Vorsitzenden des Europäischen Rates für eine Art *Präsident*, ähnlich einem Staatsoberhaupt mit Exekutivmacht, wie zum Beispiel in Frankreich. Die anderen wiederum betrachten den Ratspräsidenten lediglich als Vorsitzenden der Treffen der Regierungschefs. In Wirklichkeit trifft keines von beiden zu. Der Amtsinhaber ist sicherlich kein Präsident mit eigenen exekutiven Befugnissen. Er muss vielmehr die Meinungen aller Staats- und Regierungschefs vertreten. Andererseits besteht seine Rolle auch nicht nur darin, als Vorsitzender den einzelnen Mitgliedern des Europäischen Rates bei den Tagungen das Wort zu erteilen. Die Vor- und Nachbereitung der Tagungen, die Vertretung der Union nach außen – beispielsweise zusammen mit dem Kommissionspräsidenten beim G-20-Gipfel – sowie die Brückenfunktion zwischen den nationalen Hauptstädten und den Institutionen gehen eindeutig über die Rolle eines bloßen Vorsitzenden bei Sitzungen hinaus.

Die Aufgabe eines ständigen Präsidenten ist es, eine gemeinsame Denkrichtung zu fördern, nicht mehr und nicht weniger. Wohin bewegen wir uns? Wie verhalten wir uns gegenüber unseren Nachbarn? Wer sind unsere wichtigsten strategischen Partner in der Welt? Wo wollen wir in 10 oder 20 Jahren stehen? Dies sind wesentliche Fragen.

Meine Beziehungen zum Europäischen Parlament werden im Vertrag nur recht knapp beschrieben: Er fordert lediglich, dass ich Ihnen „nach [...] Tagungen des Europäischen Rates“ einen Bericht vorlege. Das heißt mindestens viermal im Jahr, wobei es in den meisten Jahren fünf oder sechsmal sein dürfte, zukünftig könnte es sogar bis zu zehnmal erfolgen. Bald schon werden viele von Ihnen von meinem Anblick genug haben! Ich werde weiterhin vermehrt die anderen üblichen Kontakte mit den Parlamentariern pflegen, wie etwa die Treffen, die ich mit den Fraktionsvorsitzenden begonnen habe, oder die monatliche Zusammenkunft mit dem Parlamentspräsidenten.

Allerdings ist meine Rolle nicht mit der des Präsidenten der Kommission zu verwechseln. Herr Barroso leitet eine Exekutive, die vom Europäischen Parlament gewählt wurde und diesem gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Die Kommission legt Ihnen Gesetzesvorlagen und Haushaltsvorschläge vor, ich tue das nicht. Der Kommissionspräsident pflegt täglich sehr enge Beziehungen zum Europäischen Parlament, nicht zuletzt wegen der Arbeit an diesen Gesetzesvorlagen und Haushaltsvorschlägen. Wohingegen meine Aufgabe eher darin besteht, sicherzustellen, dass die Staats- und Regierungschefs sich gemeinsam auf einen allgemeinen Kurs für die Europäische Union sowohl in Bezug auf die innere Entwicklung als auch im Hinblick auf die Außenbeziehungen festlegen. Ich treffe mich wöchentlich mit Präsident Barroso. Wir wissen beide, wie wichtig es ist, Konflikte über Kompetenzen oder Missverständnisse über Zuständigkeiten zu vermeiden. Denn die Öffentlichkeit und Drittländer könnten wohl Probleme haben, den Unterschied zwischen dem Präsidenten der Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rates zu erkennen; ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.--

In diesem Zusammenhang sollte man auch nicht vergessen, dass ich Präsident des Europäischen Rates und nicht des Ministerrats bin; das sind zwei verschiedene Institutionen. Der Rat, der andere Teil der Legislative neben dem Europäischen Parlament, wird weiterhin von einem Vorsitz geleitet, der nach wie vor alle sechs Monate unter den Mitgliedstaaten rotiert. Nur für die auswärtigen Angelegenheiten, bei denen er die Exekutivgewalt koordiniert, hat der Rat mit Catherine Ashton, als Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin für die Außenpolitik, eine ständige Präsidentin. -

Ich möchte an dieser Stelle kurz innehalten, um die Arbeit von Catherine Ashton zu würdigen. Sie verdient unsere Unterstützung bei den zahlreichen Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik und beim Aufbau des Auswärtigen Dienstes. Ich werde das Privileg haben, bei der Außenvertretung der Union eng mit ihr zusammenzuarbeiten.

Lassen Sie mich jetzt nur kurz einige Worte zum Europäischen Rat selbst sagen.

Die erste formelle Tagung unter meinem Vorsitz wird Ende nächsten Monats stattfinden. Wir hatten jedoch bereits Anfang dieses Monats ein nützliches informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs in der *Bibliothèque Solvay*, nur einige hundert Meter von hier. Ob es am intimeren Ambiente der Bibliothek oder an der räumlichen Nähe zum Parlament lag, unsere Gespräche waren jedenfalls fruchtbar.

Wie ich bereits gesagt habe, kann ich Ihnen nach einem informellen Treffen über keine formellen Schlussfolgerungen berichten. Ich kann höchstens mein persönliches Resümee der Gespräche abgeben, welches ich auch in einem Schreiben an die Mitglieder des Europäischen Rates dargelegt habe und das meines Wissens auch innerhalb des Parlaments im Umlauf ist. Dieses informelle Gipfeltreffen soll in erster Linie als Vorbereitung unserer zukünftigen Beratungen darüber, wie man die Wirtschaftsleistung Europas verbessern kann - nun, da wir die unmittelbare Wirtschaftskrise hinter uns lassen -, dienen. Dazu müssen wir unsere Ziele im Blick haben - und darüber haben wir ein sehr nützliches Dokument von Kommissionspräsident Barroso - wir müssen jedoch auch die Art und Weise, wie wir mit diesen Fragen umgehen, verbessern. Eine der zentralen Fragen der Europäischen Union ist etwa, wie wir unsere integrierte europäische Wirtschaft - den größten Markt der Welt - organisieren wollen, um unsere wirtschaftliche Leistung zu verbessern.

Bei unserem ersten Meinungsaustausch zu diesem Thema sprachen wir unter anderem darüber, wie wir unsere Ziele setzen und weiterverfolgen und wie wir Ergebnisse bewerten wollen. Hier geht es vorwiegend darum, die Ausübung der nationalen Zuständigkeiten zu koordinieren und gleichzeitig die verfügbaren Kompetenzen und Instrumente der Europäischen Union voll auszuschöpfen. Es handelt sich daher um eine Aufgabe, für die der Europäische Rat bestens geeignet ist. Beim Treffen in der Solvay-Bibliothek waren sich alle Mitglieder des Europäischen Rats darüber einig, dass wir innerhalb der Union sowohl in der Wirtschaftspolitik - besonders in der Eurozone - als auch in der mikroökonomischen Politik eine bessere und gezieltere wirtschaftliche Koordinierung brauchen. Vieles davon ist sicher sehr technisch, aber nehmen wir doch einfach mal die Idee, die Zahl der gemeinsamen ökonomischen Ziele zu verringern und auf vier oder fünf zu bündeln. Diese Ziele sollten man dann quantifizieren und in nationale Zielsetzungen unterteilen können; es ist doch unsinnig, Anzeiger über sagen wir 65 verschiedene Datensätze zu haben.

Zudem sind alle Mitglieder des Europäischen Rates gewillt, bei einer gemeinsamen europäischen Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze mehr Verantwortung zu übernehmen. Ein solches persönliches Engagement ist unerlässlich; wir müssen von Empfehlungen auf dem Papier zu realen Verpflichtungen übergehen. Ich habe mich über soviel Ehrgeiz am Verhandlungstisch gefreut. Ob Sie es nun bessere Koordinierung, bessere Governance, oder gar ein „*Gouvernement Économique*“ nennen wollen, der Schlüssel ist der gemeinsame Wille zum Erfolg.

Wir sind auch schnell zu einer Entscheidung gelangt, wie wir die Maßnahmen Europas zum Wiederaufbau in Haiti besser umsetzen können; wir wollen diese Diskussion mit Blick auf eine bessere Durchführung des Artikels 214 des Vertrages über die Koordinierung der humanitären Hilfe weiterführen. Die Beratungen darüber, wie Europa strategisch auf die Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel reagieren soll, werden auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates fortgesetzt. Unerwartet wurde natürlich auch über die Lage in Griechenland gesprochen. Ich habe selbst dafür Sorge getragen, dass dieses Thema innerhalb und nicht außerhalb des institutionellen Rahmens der Europäischen Union behandelt und dass die Einigung mit Zustimmung aller 27 Staats- und Regierungschefs sowie des Präsidenten der Kommission und des Präsidenten der Europäische Zentralbank erzielt wurde. Dieser Konsens war ein Signal dafür, dass Griechenland sich seiner Verantwortung stellt, sein Defizit glaubwürdig zu senken und dass wir uns, falls erforderlich, solidarisch zeigen werden. Ich freue mich sehr darauf, nun Ihre Ansichten zu all diesen Themen zu hören, nicht zuletzt dazu, wie wir all den Herausforderungen unserer Union begegnen können.

Ich kann Ihnen versichern, dass es für mich in den kommenden Jahren ein vorrangiges Ziel gibt: nämlich zu garantieren, dass unsere Union nach innen stark genug ist, um unser eigenes Sozialmodell zu erhalten, und nach außen, um unsere Interessen zu verteidigen und unsere Werte zu verbreiten. Ich bin der Meinung, dass alle europäischen Institutionen für diese Ziele zusammenarbeiten können und müssen.

(Beifall)

José Manuel Barroso, *Präsident der Kommission*. – Herr Präsident, zunächst möchte ich dem Präsident Van Rompuy für dieses sehr gelungene informelle Treffen des Europäischen Rates, das zum ersten Mal unter seinem Vorsitz stattfand, gratulieren.

Nachdem wir uns alle auf eine wichtige Erklärung zu Griechenland geeinigt hatten, besprachen wir die Strategie Europa 2020 – eine Strategie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Ich konnte den Schwerpunkt auf unsere wesentlichen politischen Themen und Herausforderungen sowie auf den politischen Kurs, den die Kommission nächsten Mittwoch formal vorschlagen wird, legen.

Vor der Krise hatte die europäische Wirtschaft Fortschritte gemacht: 18 Millionen Arbeitsplätze und ein dynamischeres Wirtschaftsumfeld waren entstanden. Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf viele unserer Wirtschaftsaktivitäten haben diese Errungenschaften jedoch zunichte gemacht: in einem einzigen Jahr war ein Rückgang des BIPs um 4 % und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 10 % zu verzeichnen: ein schwerer Angriff auf unseren Wohlstand und eine ernst zu nehmende Bedrohung für unsere Gesellschaften. Gleichzeitig wird unsere Aufgabe immer schwerer: unsere Bevölkerung wird immer älter, die Produktivitätslücke zu unseren Wettbewerbern wird immer größer, und es gibt Schwachstellen in Bildung und Forschung. Wir haben jedoch auch viele Stärken: Wir haben die weltweit größte Marktwirtschaft, wir haben den Binnenmarkt; und wir haben den Euroraum. All das hat sich in der Krise als äußerst wertvoll erwiesen.

Heute allerdings steht Europa vor einer sehr wichtigen Entscheidung; ich würde sagen, es handelt sich um eine fundamentale Entscheidung für zukünftige Generationen. Auf eine Rückkehr der guten alten Zeit zu hoffen, ist keine Option. Eine Möglichkeit wäre, einige zaghafte Veränderungen vorzunehmen und den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, um einige Reformen durchzuführen und ein wenig Wachstum zu generieren. Aber damit könnten wir niemals wieder zurückgewinnen, was wir in der Krise verloren haben. Diese Option würde dazu führen, dass Europa innerhalb der neuen globalen Ordnung in die zweite Klasse abrutscht. Geringfügige Änderungen also, einige Anpassungen.

Ich bin allerdings der Meinung, dass wir ehrgeiziger sein können und es auch sein müssen. Wir können auf eine wirtschaftliche Strategie hinarbeiten, die Europa wettbewerbsfähiger macht und Millionen von Arbeitsplätzen schaffen kann. Dies können wir jedoch nicht durch halbherzige Maßnahmen und schrittweise Veränderungen erreichen. Wir müssen auf die Dringlichkeit unserer Lage aufmerksam machen, darauf, dass „Business as usual“ unsere europäische Lebensart und unserer Sozialmodelle nicht schützen kann. Ganz im Gegenteil: Unsere Sozialmodelle werden in Gefahr sein, wenn wir uns nicht an ein globales Umfeld anpassen, das sehr viel schwieriger geworden ist.

Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen. Wir brauchen die Mitgliedstaaten; wir brauchen die europäischen Institutionen; wir brauchen Interessenvertreter und die gesamte Gesellschaft; und wir brauchen ganz besonders die aktive Mitarbeit und die Unterstützung dieses Hauses, des Europäischen Parlaments, damit wir diese Strategie entwickeln und den Leuten vermitteln können.

Nächste Woche wird die Kommission die wichtigsten Elemente der Strategie, die sie den europäischen Institutionen formal vorschlagen wird, darlegen. Im Mittelpunkt werden drei Prioritäten stehen: intelligentes Wachstum, integratives Wachstum und nachhaltiges Wachstum.

Erstens: Die Hauptantriebskraft für Wachstum muss Wissen sein; Wissen und Innovation, um die Ideen, Qualifikationen und Technologien von morgen zu erzeugen. Zweitens: Um unser europäisches Gesellschaftsmodell aufrechtzuerhalten, müssen wir mehr Arbeitsplätze schaffen. Unser Ziel muss sein, gesunde, wohlhabende und sichere Gesellschaften zu schaffen, in denen jeder das Gefühl hat, seinen Teil beitragen zu können. Dazu müssen wir den Leuten Arbeit geben und ihnen Qualifikationen vermitteln, und wir müssen der Geißel der Armut konsequent den Kampf ansagen. Das Problem der Armut besteht aber nicht nur auf nationaler Ebene; es ist ein Problem, für das wir eine gemeinsame europäische Antwort brauchen.

Unsere soziale Marktwirtschaft muss auf einem stabilen Fundament stehen, damit wir die Chancen der Zukunft wahrnehmen können. Es geht hier um nachhaltiges Wachstum, und darum, dass wir unser Bewusstsein für die Bedeutung des Klimawandels und für die Knappheit der Ressourcen schärfen. Das heißt,

wir brauchen eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, eine Vertiefung des Binnenmarktes, ein besseres Klima für Investitionen – besonders für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – eine europäische Wirtschaft also, die in der Lage ist, auf einem globalisierten Markt zu bestehen.

Diese Prioritäten sind nicht neu. Aber da es uns bis heute noch nicht gelungen ist, diese Ziele zu verwirklichen, gewinnen sie umso mehr an Bedeutung. Wir müssen nicht etwa die Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft grundlegend neu definieren, wir müssen vielmehr unser Konzept, wie wir diesen Bedürfnissen gerecht werden wollen, grundlegend ändern.

Was brauchen wir, damit uns das gelingt? Erstens: Unsere Strategie muss umfassend sein. Wir brauchen keine „A-la-carte“-Strategie, bei der sich jeder die einfachen, die „Wohlfühlaufgaben“ herausuchen und die wirklichen Herausforderungen den anderen überlassen kann. Es gibt noch viele andere Themen: etwa die Vollendung des Binnenmarktes, die Qualität unserer Steuersysteme oder unsere Verwendung von Geldern in Zeiten, in denen die öffentlichen Finanzen starkem Druck ausgesetzt sind, um nur einige Bereiche zu nennen.

Zweitens: Unsere Strategie muss alle Teile unserer Gesellschaft mit einbeziehen. Es wird uns nicht gelingen, die europäische Gesellschaft fit für die Zukunft zu machen, wenn dies in einem sozialen Konflikt endet. Daher ist ein proaktiver Ansatz zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung der Armut von äußerster Wichtigkeit. Deshalb war es auch ein weiser Entschluss von uns, die Finanzmärkte zu reformieren. Wir wollen einen starken Finanzsektor, der in der Lage ist, Innovation zu finanzieren und den Unternehmen Wachstum zu ermöglichen: ein Finanzsektor, der erkennt, dass er gegenüber der Gesellschaft und den Regierungen, die ihn in schwierigen Zeiten unterstützt haben, eine besondere Verantwortung trägt und der erkennt, dass effektive Überwachung auf europäischer Ebene heutzutage notwendig ist.

Drittens: Wir dürfen unsere Gesamtvision für die europäische Wirtschaft nicht mit der Frage nach Zuständigkeiten schwächen. Sie sollte nicht in einer Diskussion über Kompetenzen enden. Wir müssen den Mehrwert einer europäischen Herangehensweise erkennen. Es liegt auf der Hand, dass, wenn wir mit Amerika, China, Russland oder anderen verhandeln müssen, in einem gemeinsamen Ansatz ein Mehrwert liegt. Nehmen wir nur einmal das Beispiel der G20, wo die Europäische Union, während des französischen Ratsvorsitzes vertreten durch den französischen Präsidenten und mich, eine Initiative startete und dem amerikanischen Präsidenten vorschlug, diese Gipfeltreffen zu akzeptieren. Wir müssen wirklich erkennen, dass wir, wenn wir gemeinsam handeln, mehr Einfluss haben. Es ergibt keinen Sinn, wenn man wechselseitige Beziehungen auf globaler Ebene anerkennt, diese Beziehungen innerhalb Europas jedoch ablehnt. Wir müssen also an einem Strang ziehen.

Aber auch auf nationaler Ebene wird noch viel getan werden müssen. Natürlich erwarten wir, dass nationale Verantwortung hauptsächlich von den Regierungen übernommen wird. Wir erwarten jedoch auch, dass sich die Regierungen aufrichtig zu einem europäischen Ansatz verpflichten. Ein europäisches Konzept ist nötig, nicht etwa um Befugnisse zurück nach Brüssel zu verlagern – das ist keineswegs unsere Absicht – sondern um die unumgänglichen Reformen in unseren Gesellschaften zu unterstützen, damit diese mehr Wohlstand und mehr Wohlergehen für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen können.

Das wird uns nur gelingen, wenn wir bereit sind, zusammen und nicht gegeneinander zu arbeiten. Wir brauchen daher eine vernünftige Aufgabenverteilung auf allen Ebenen. Wir brauchen straffe und echte Koordinierung im Bereich der Wirtschaft. Der Vertrag von Lissabon stellt uns die Instrumente dazu zur Verfügung, und wir werden sie nutzen.

Bei diesem Europäischen Rat merke ich, dass man sich dieser Problematik bewusst ist. Die aktuellen Beratungen kann man mit denen vor fünf Jahren vergleichen, als wir uns mit der Lissabon-Strategie befassten. Ich kann Ihnen ganz offen und ehrlich sagen, dass ich feststellen konnte, dass sich die Staats- und Regierungschefs viel mehr im Klaren darüber sind, dass wir gemeinsam handeln müssen und dass die europäische Wirtschaft starkem Druck von außen ausgesetzt ist. Ich wünsche mir aufrichtig, dass dieses Mal nicht wieder engstirnige nationale Interessen der Notwendigkeit einer besseren Koordinierung und einer wirksameren europäischen Führung entgegenstehen.

Wir brauchen auf europäischer Ebene auch symbolträchtige Maßnahmen, die versinnbildlichen, was wir erreichen wollen: wir brauchen konkrete Pläne. Einige davon werden wir vorstellen: Projekte wie einen Plan für Innovation, ein neues Weiterbildungsprogramm, eine vernünftige Industriepolitik, eine digitale Agenda, grüne Energien und einen konkreten Aktionsplan gegen Armut; erstklassige, richtungsweisende Projekte; Projekte, die zeigen, inwiefern Europa einen Teil der Lösung bietet und dass die Europäische Union nicht nur redet, sondern auch handelt.

Abschließend möchte ich Sie alle und damit das Europäische Parlament in seiner Rolle als Gesetzgeber, Haushaltsbehörde und maßgeblicher europäischer Akteur in jedem Teil der Europäischen Union darum bitten, diese Projekte nachdrücklich zu unterstützen.

Joseph Daul, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Van Rompuy, Herr Barroso, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tagung des Europäischen Rates vom 11. Februar war die erste, die von Herrn Van Rompuy einberufen und geleitet wurde, und ich möchte ihn an dieser Stelle herzlich zu seinem ersten Auftritt vor dem Plenum des Europäischen Parlaments willkommen heißen.

Herr Van Rompuy, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) setzt hohe Erwartungen in Sie. Ich freue mich über den positiven und pragmatischen Ton, den Sie seit Ihrer Ernennung in Ihren Reden angeschlagen haben, und ich schätze die Atmosphäre, die Sie im Europäischen Rat schaffen wollen, aber ich erwarte auch, dass Sie und der Ministerrat sich darüber im Klaren sind, dass sich mit dem Vertrag von Lissabon Ihre Beziehungen zu uns, den Abgeordneten, gewandelt haben. Wir sind nun gleichberechtigte Gesetzgeber, und das hat nicht nur rechtliche, sondern auch politische Auswirkungen.

Lassen Sie mich nun zu den wesentlichen Punkten der Gespräche vom 11. Februar kommen: Da war zunächst natürlich die Strategie Europa 2020, dazu kam jedoch auch noch die Euro-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik, da ja die Spekulationen gegen die Schulden Griechenlands und den Euro unerwartet auf die Tagesordnung in der Solvay-Bibliothek gelangt sind.

Ich möchte folgende Frage stellen: Ist die Schwächung unserer Gemeinschaftswährung wirklich ausschließlich auf die Griechenlandkrise zurückzuführen, oder wird der Euro direkt von denen angegriffen, die seine Stärke und die der teilnehmenden Mitgliedstaaten stört?

Zweitens: Werden wir unsere Reaktion so lange hinauszögern, wie wir es bei Griechenland getan haben und bis sich die Lage in bestimmten Ländern des Euroraums noch verschärft? Falls nicht, welche Pläne liegen vor, um die Dinge in den am meisten gefährdeten Ländern wieder in Ordnung zu bringen? Das ist eine Frage für Sie, Präsident Van Rompuy.

Ich stelle diese Fragen, da ich, obwohl ich die am 11. Februar getroffenen solidarischen Maßnahmen begrüße, ernsthafte Zweifel daran habe, dass wir Europäer wirklich Herr der Lage sind. Es ist doch so, dass die Situation in Griechenland uns gewarnt und gezeigt hat, dass wir mutige Entscheidungen treffen müssen, um endlich dafür zu sorgen, dass unsere Währung, der Euro, auch die politische Kraft widerspiegelt, die hinter ihm steckt?

Gewiss, wir sprechen viel über Wirtschafts- und auch Währungskontrolle, aber wir könnten die Dinge um einiges einfacher und sicherlich auch wirksamer gestalten, wenn wir eine wirkliche Strategie für haushaltspolitische Koordinierung der Mitglieder des Euroraums ausarbeiten und umsetzen würden. Der ehemalige französische Premierminister Edouard Balladur hat vor Kurzem erkannt, dass auf manchen Gebieten Souveränität abgegeben werden muss – was für einen Franzosen nicht wirklich einfach ist – und hat sich dafür ausgesprochen, dass die Eurogruppe die nationalen Haushaltspläne der Euroländer genehmigen sollte, noch bevor sie den nationalen Parlamenten vorgelegt werden.

Ich möchte diesen mutigen Gedanken aufgreifen und fordere den Europäischen Rat dazu auf, diese Idee in Erwägung zu ziehen und ernsthaft zu überprüfen. Durch eine vernünftige Koordinierung ihrer Haushalte würden die Mitgliedstaaten der Eurozone beispiellosen Einfluss und Handlungsspielraum erlangen. Mit dieser Macht könnten sie großen Einfluss auf die Entwicklung der neuen weltweiten Regelungen nehmen, aber dazu müsste Europa seine Kräfte innerhalb der internationalen Organisationen auch bündeln, und der Euro müsste mit einer Stimme sprechen.

Ich möchte dazu ein eindrucksvolles Beispiel nennen – das, wie ich meine, von Herrn Barroso angeführt wurde – nämlich das des IWF, wo die Stimmrechte anhand des wirtschaftlichen Gewichts der Staaten berechnet werden. Mit diesem Kriterium haben die Vereinigten Staaten 16,7 %, Japan 6 %, China 3,6 % und die sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Union 18,49 % der Stimmanteile. Wenn die Eurostaaten jedoch geschlossen vor dem IWF aufträten, dann kämen ihnen 23 % der Stimmrechte zu, und alle Länder der Europäischen Union vereint kämen auf 32 % der Stimmen, also doppelt so viel wie die Vereinigten Staaten.

Meine Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen, so sieht die Realität der Machtverhältnisse in der Welt aus. Da Europa jedoch immer noch uneins ist, kann es nicht sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen. Können wir das weiterhin hinnehmen? Die EVP-Fraktion sagt Nein. Herr Präsident Van Rompuy, es ist an der Zeit, dass die Mitglieder des Euroraums die Lage endlich begreifen und aus ihr lernen. Dann wären

sie auch bereit für das, was ohnehin bald nötig wird, nämlich sich wirklich zu einen, anstatt sich an dieser Fassade der wirtschaftlichen Souveränität, die nichts anderes als ein gefährlicher Vorwand ist, festzuklammern.

Stephen Hughes, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, seit dem Beginn der Wirtschafts- und Sozialkrise sind mehr als sieben Millionen Europäer arbeitslos geworden. Bis zum Ende des Jahres werden wir wahrscheinlich über 25 Millionen Arbeitslose haben. In weniger als zwei Jahren wurden unsere Volkswirtschaften und unsere Staatsfinanzen, für deren Sanierung wir seit den 1990ern so viel Mühe aufgebracht haben, zugrunde gerichtet. Und trotz kostspieliger Rettungsmaßnahmen haben wir es bis jetzt gerade einmal geschafft, einen vollständigen Zusammenbruch des Systems zu verhindern.

Das Wirtschaftswachstum ist weiterhin extrem schwach, und viele Menschen zweifeln mittlerweile an einer baldigen Erholung. Zukunftsängste beunruhigen unsere Gesellschaften, Ungleichheiten aller Art haben zugenommen, und einige Mitgliedstaaten, die Opfer von rücksichtslosen und unkontrollierten Spekulationen wurden, sind dringend auf die Solidarität und den Schutz der ganzen EU angewiesen. Diese Krise hat Europas globale Wettbewerbsfähigkeit ernsthaft untergraben und seinen politischen Einfluss geschwächt.

Aus dieser bedrückenden Situation heraus muss Europa nun seine Zukunft neu erfinden, um sein Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu schützen.

Herr Präsident Barroso, Sie werden auf der Frühjahrstagung des Rates fragen, wo Europa im Jahre 2020 stehen soll. Das ist eine sehr wichtige Frage, aber können wir es uns wirklich leisten, über die ferne Zukunft zu diskutieren, ohne zunächst einmal den Millionen von Europäern eine Antwort zu bieten, die jetzt gerade die Auswirkungen der Krise auf ihr Leben zu spüren bekommen und sich sorgen um das, was morgen sein wird: ob sie überhaupt Arbeit haben werden; ob sie Aussicht darauf haben werden, eine neue Arbeitsstelle zu finden? Was können Sie diesen Menschen antworten?

Ich kann nicht morgen in meine Region gehen und den Menschen sagen, dass sie sich keine Sorgen machen müssen, da wir ja einen Plan für das Jahr 2020 haben. Ich muss eine Antwort auf ihre unmittelbaren Sorgen und Ängste haben, und ich möchte in der Lage sein, ihnen zu sagen, dass sie ihre Jobs behalten werden, dass bald neue Jobs geschaffen werden und dass dies dann Jobs mit angemessenen Gehältern sein werden.

Die einzige mittelfristige politische Agenda, die wir zurzeit haben, ist die, die der Europäische Rat im Dezember aufgestellt hat: nämlich die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Bis 2011 sollen die Mitgliedstaaten die Konsolidierung einleiten, um innerhalb von zwei Jahren ihr Haushaltsdefizit unter die Drei-Prozent-Marke zu bringen. Gleichzeitig wird die Arbeitslosigkeit weiterhin ansteigen; und das Wachstum wird zu schwach sein, um die Arbeitslosigkeit zu senken.

Es gibt andere Wege, Europa aus der Krise zu führen: nämlich die Menschen in den Mittelpunkt unserer politischen Agenda zu stellen, besonders diejenigen, die am meisten von der Krise betroffen sind. Ich möchte Präsident Van Rompuy und Präsident Barroso dringend bitten, die Ausrichtung der sogenannten Exit-Strategie noch einmal überdenken. Europa sollte einen moralisch vertretbaren Weg aus der Krise wählen: einen menschlichen Weg, der auf unseren Grundwerten basiert – was auch wirtschaftlich gesehen in Wirklichkeit intelligenter ist. -

Das wird nicht der Fall sein, wenn makroökonomische Politik ausschließlich auf schnelle Konsolidierung ausgerichtet ist. Das würde nämlich zu Kürzungen bei öffentlichen Investitionen, Aus- und Fortbildung sowie im Sozial- und Gesundheitswesen führen. Man kann Konsolidierung nicht ausschließlich durch Steuererhöhungen erreichen. Europas Wachstumspotenzial würde nur noch mehr als bisher darunter leiden, folglich käme der Aufschwung nur äußerst langsam voran und ein Großteil derjenigen, die derzeit ohne Arbeit sind, würden zu Langzeitarbeitslosen.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben ein viel ausgewogeneres und sozial verantwortlicheres politisches Konzept verdient. Wir sind der Meinung, dass dieses Konzept eine „Einstiegsstrategie“ in den Arbeitsmarkt enthalten sollte; diese sollte dann integraler Bestandteil der Strategie Europa 2020 sein und als ihr Fahrplan für die nächsten Jahre bis 2015 dienen.

Die Strategie sollte makroökonomische Politik mit Strukturpolitik in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt vereinen, mit dem Ziel, bis 2015 mindestens fünf Millionen neue Arbeitsplätze, vor allem auf dem Gebiet der grünen Wirtschaft, zu schaffen. Der Europäische Rat sollte diesen Vorsatz auf seinem Märzgipfel deutlich zu einem der wesentlichen Ziele der neuen Strategie erklären.

Eine vernünftige Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die weit über die bloße Kontrollfunktion des Stabilitätspaktes hinausgehen muss, sollte sicherstellen, dass neben einer schrittweisen

Haushaltskonsolidierung auch weiterhin wichtige öffentliche Ausgaben in Wachstumsbereichen und für wichtige soziale Maßnahmen getätigt werden.

Dies wird ein politisches Umdenken im Bezug auf die „Economic Governance“ in Europa – und ganz besonders in der Eurozone – erforderlich machen.

Der Europäische Rat sollte auf seinem März- oder Junigipfel seinen Präsidenten damit beauftragen, für den Rat im Dezember 2010 in enger Zusammenarbeit mit der Kommission einen ehrgeizigen Plan zur Stärkung der Economic Governance in der EU zur Entscheidung vorzulegen.

Wir müssen unsere alte Vorgehensweise hinterfragen, um aus der aktuellen Krise zu lernen und sie so bald wie möglich hinter uns zu lassen. Dies ist unsere Chance, ein Europa zu schaffen, das für die Menschen und nicht nur für die Märkte da ist. Und das kann nur dann Realität werden, wenn es bei der Strategie 2020 auch tatsächlich um Menschen und um Arbeitsplätze geht – mit anderen Worten, wenn sie eine ehrgeizige Sozialpolitik und ein vernünftiges Programm für Beschäftigung enthält.

Im Namen meiner Fraktion fordere ich Sie auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Menschen, vor allem die bedürftigsten, wieder in den Mittelpunkt des europäischen Projekts zu stellen.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, ich möchte zuallererst direkt auf das Problem zu sprechen kommen, das meiner Meinung nach heute am dringendsten ist. Wir können zwar über 2020 sprechen, aber wir haben heute ein drängenderes Problem: nämlich die Eurozone und Griechenland. Dafür müssen wir Lösungen finden.

Ich denke, dass wir, das Europäische Parlament, auf diesem Gebiet die Initiative ergreifen müssen. Es muss Klarheit darüber bestehen, was genau in Griechenland passiert ist. Heute haben wir aber widersprüchliche Informationen erhalten. Griechenland behauptet, es habe der Europäischen Union und den europäischen Institutionen alle Informationen gegeben. Gleichzeitig sagen die Europäische Kommission und Eurostat, dass sie nicht alle notwendigen Informationen erhalten hätten. Und die Investmentbanken – Goldman Sachs, Morgan Stanley und Deutsche Bank – spielen ihr Zutun im Fall Griechenland herunter.

Ich denke daher, dass es Aufgabe dieses Parlaments ist, so schnell wie möglich Anhörungen mit dem zuständigen Ausschuss einzuberufen, damit wir alle Beteiligten in dieser Angelegenheit anhören können, um genau zu erfahren, was derzeit in Griechenland vor sich geht. Wir können nicht über Gegenmaßnahmen, Lösungen oder Reformen in der Europäischen Union sprechen, ohne überhaupt erst einmal zu wissen, was in Griechenland in den Jahren 2008 und 2009 und davor wirklich geschehen ist, und ich halte es für unerlässlich, dass die verschiedenen Parteien in diesem Parlament angehört werden.

Zweitens müssen wir uns auch mit dem Schuldenproblem der Griechen auseinandersetzen. Ich glaube, dass es dafür nur eine richtige Lösung gibt. Gestern las ich einen Artikel dazu von George Soros in den *Financial Times*, und vor einigen Tagen las ich einen von Joschka Fischer in der deutschen Presse. Er sagt das, was viele Menschen sagen: Die beste Lösung für das Schuldenproblem Griechenlands sei eine europäische Lösung – Eurobonds oder ein Europäischer Währungsfonds, ohne irgendwelche Kosten für den europäischen Steuerzahler, dafür aber zukunftsfähig. Ich denke, es ist ebenfalls Aufgabe dieses Parlaments, die Kommission und den Rat dazu zu bringen, über diese Möglichkeit nachzudenken und sie jenseits der nationalen Interessen der derzeitigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu überprüfen.

Drittens bin ich der Meinung, dass der wichtigste Teil dieser Aussprache selbstverständlich unser Vorgehen bezüglich der Strategie für 2020 betrifft. Griechenland ist für mich ein sehr gutes Beispiel dafür, was bei der Strategie von Lissabon falsch gelaufen ist. Sie war zu schwach; die Kluft zwischen der deutschen und der griechischen Wirtschaft hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre vertieft: Sie ist nach der Lissabon-Strategie größer geworden, nicht etwa kleiner. Wir müssen anerkennen – und das wird die erste Entscheidung sein, die die Kommission und der Rat treffen müssen – dass die offene Koordinierungsmethode keine gute Methode war; sie war zu schwach. Wir brauchen ein wirksames Instrument innerhalb der Europäischen Union, nämlich eine Economic Governance innerhalb der Europäischen Union.

Herr Barroso, ich hoffe, dass Sie in einigen Tagen, Anfang März – ich glaube es ist der 3. März – ein Papier dazu vorlegen werden. Und ich hoffe, darin eine mutigere Strategie zu finden, mutiger als das, was auf dem informellen Gipfel beschlossen oder nicht beschlossen wurde. Wir haben nämlich immer noch eine zwischenstaatliche offene Koordinierungsmethode. Das Beschlossene verbessert und beschleunigt diese Methode ein wenig, aber letztendlich bleibt es weiterhin eine offene Koordinierungsmethode, die auf Zwischenstaatlichkeit beruht. Wir fordern Sie daher auf, für diese Wirtschaftspolitik aktiv zu werden, die Initiative für eine Economic Governance innerhalb der Europäischen Union zu ergreifen und zusammen

mit Olli Rehn dazu einen mutigen Vorschlag vorzulegen. Es ist unsinnig, zwar einerseits eine Währungsunion, andererseits jedoch keine wirtschaftliche, soziale und politische Union zu haben. Die Probleme mit Griechenland belegen das.

(Beifall)

Ich denke, es ist jetzt an der Zeit, dass wir mutiges Handeln von der Kommission erwarten können, und ich hoffe, sie wird am 3. März ein Dokument vorlegen, das deutlich ambitionierter ist, als die – meiner Ansicht nach – enttäuschenden Schlussfolgerungen des informellen Gipfels.

(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)

William (The Earl of) Dartmouth (EFD). – Herr Präsident, ich habe folgende Frage an Herrn Verhofstadt: Sind Sie dafür, dass Länder, die nicht den Euro haben, Ländern der Eurozone aus der Klemme helfen sollten? Ist es das, wofür Sie eintreten?

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – Vielleicht wird es bald nötig sein, den Briten aus der Klemme zu helfen, denn ich habe gesehen, dass ihr Haushaltsdefizit noch größer als das der Griechen ist.

(Beifall)

Wenn ich mich nicht irre, beträgt Ihr Haushaltsdefizit derzeit 12,9 % des BIP. Daher denke ich, dass das Wichtigste im Moment eine glaubwürdige Strategie für die Eurozone ist, und ich bin mir sicher, dass Großbritannien eines Tages – vielleicht nicht morgen, aber übermorgen – Mitglied der Eurozone wird. Seien Sie sich dessen sicher.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich hoffe, dass die britische Kinderstube gut genug ist, um jetzt auch wieder ein bisschen zuzuhören.

(Zwischenruf)

Meine Rede sollte eigentlich mit EU 2020 beginnen, aber jetzt fange ich doch mit Griechenland an, auch wegen der Einmischung von der rechten Seite des Hauses. Ich glaube, dass das, was in der Auseinandersetzung um die Situation in Griechenland und die Perspektiven für Griechenland am wenigsten hilft, eine anti-griechische, nationalistische oder anti-europäische Attitüde ist. Meiner Meinung nach werden in Griechenland jetzt Fehler deutlich – in der Krise kommt oft mehr zutage als in guten Zeiten –, die seit langer Zeit gemacht werden.

Ich möchte eine Frage von Herrn Verhofstadt verstärken: Wenn wir nicht wollen, dass es zu einer anti-europäischen Entwicklung kommt, dann müssen wir auch darüber reden, wo in Brüssel die Verantwortlichkeit dafür liegt, dass über so viele Jahre – wahrscheinlich schon während der gesamten Vorbereitungszeit der Währungsunion – die Dinge in Griechenland versteckt werden konnten. Ich glaube, Herr Barroso, Sie haben an dieser Stelle eine entscheidende Verantwortung. Sie müssen genau das auch aufdecken, denn bisher ahnen und sehen wir nur die Spitze des Eisbergs der Verantwortlichkeiten, aber nicht das System der Unverantwortlichkeit darunter.

Zweitens: Auch in Griechenland muss sich vieles ändern. Das ist eigentlich eher eine freundschaftliche Auseinandersetzung, die innerhalb der Eurozone mit den Griechen geführt werden muss. Wenn diese Hilfe notwendig wird – was ich auf uns zukommen sehe –, wenn europäische Solidarität wieder zum Tragen kommen muss – und das möchte ich an dieser Stelle auf keinen Fall ausschließen –, dann müssen die Griechen wirklich etwas verändern. Da ist dieser überbordende öffentliche Sektor. Wenn ich den Griechen, mit denen ich geredet habe, glauben soll, dann arbeiten 25 % der griechischen Beschäftigten im öffentlichen Sektor, und der ist nicht einmal gut. Da sind wirklich Reformen nötig.

Man muss aber nicht nur auf der Ausgabenseite etwas ändern, denn auf der Einnahmenseite ist ja offensichtlich völlig der Wurm drin. Ich finde, dass Herr Papandreou mit seiner Idee, die Steuererklärungen von denen zu veröffentlichen, die in Griechenland richtig gut verdienen, gar nicht falsch liegt. Man muss nicht CDs in der Schweiz einkaufen, man kann das Ganze auch anders machen. Das wird dann sehr schnell ein Licht darauf werfen, dass auch in Griechenland die Einnahmenseite erheblich verbessert werden kann, wenn endlich die Steuerflucht vermieden wird und Menschen, die in Griechenland in Saus und Braus leben, anständig Steuern zahlen.

Mein Kollege Sven Giegold wird später wahrscheinlich mehr zu den Eurobonds sagen. Ich möchte zu der EU-2020-Strategie einen Satz sagen: Herr Barroso, Sie sind in keiner Weise auf die Misserfolge der

Lissabon-Strategie eingegangen. Ich glaube, die fehlende Evaluierung der Lissabon-Strategie ist ein ganz schlechtes Vorzeichen für den Erfolg oder möglichen Erfolg der neuen Strategie. Sie ist ja im Prinzip als integrierte Strategie nicht schlecht, aber ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Timothy Kirkhope, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, ich möchte Herrn Verhofstadt danken, dass er uns alle an die verfehlte Wirtschaftspolitik der Linken im Vereinten Königreich erinnert hat. Wir sind dankbar für diesen Hinweis, und ich hoffe, dass meine Kolleginnen und Kollegen und ich das bei den bevorstehenden Parlamentswahlen wieder in Ordnung bringen können.

Bereits bevor der jüngsten Krise, waren die europäischen Volkswirtschaften dabei, gegenüber unseren größten Konkurrenten und Wettbewerbern an Boden zu verlieren. Unser Wirtschaftswachstum war gesunken, die Arbeitslosigkeit gestiegen, unsere relative Handelsposition befand sich im Niedergang, genauso wie unser Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung. Wir hatten die Lissabon-Strategie eingeleitet, ohne jedoch die nötige Überzeugung oder das nötige Engagement einzubringen; es überrascht also nicht, dass sie keinen Erfolg hatte. Die Strategie Europa 2020 darf nicht in dieselbe Richtung gehen. Ich freue mich sehr, dass meine Fraktion als eine der ersten Vorschläge gemacht hat, um diese Strategie voranzubringen.

Wir müssen nun die Weichen für unsere Volkswirtschaften neu stellen. Wir müssen erkennen, dass Regierungen keine produktiven Arbeitsplätze schaffen oder den Lebensstandard erhöhen. Das können nur wettbewerbsfähige Unternehmen und erfolgreiche Geschäftsleute. Unsere Mitgliedstaaten und die Institutionen der Europäischen Union müssen diese daher durch Entlastungen unterstützen. Wir können keine dynamische Wirtschaft erwarten, wenn wir denen, die Wachstum und Beschäftigung schaffen, durch hohe Steuern und Bürokratie immer mehr abverlangen. Wir müssen, wie Präsident Barroso gerade betont hat, Forschung und Entwicklung fördern und das Hochschulwesen und berufliche Bildung verbessern. Der Binnenmarkt muss wiederbelebt und auf neue Gebiete ausgeweitet werden.

Es könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen. Fast drei Jahrhunderte lang waren die stärksten Wirtschaftsmächte auch die mit den liberalsten und demokratischsten Verfassungen; Freiheit und wirtschaftlicher Wohlstand gingen Hand in Hand. Jetzt beginnt eine neue Ära. Bis Ende des Jahrhunderts wird sich vielleicht ein erheblicher Teil der Wirtschaftskraft zu Gunsten undemokratischer Staaten verschoben haben. Und möglicherweise wird sich dieser autoritäre Kapitalismus auch nicht mit der Zeit in den demokratischen und verantwortungsvollen Kapitalismus entwickeln, wie wir ihn heute in Europa und im Westen haben.

Wir hoffen auf Liberalisierung in diesen Staaten. Wir werden ihnen unsere freundschaftliche Unterstützung dazu anbieten, aber wir sind uns der Risiken bewusst. Es liegt im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, dass das Programm Europa 2020 erfolgreich die Schaffung guter Arbeitsplätze und die Steigerung des Lebensstandards anregt, und es liegt im Interesse der freien Welt, dass das Programm den Weg hin zu einer besseren wirtschaftlichen Zukunft für all unsere Bürgerinnen und Bürgern weist.

Lothar Bisky, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! In der Not erkennt man den Freund, sagt ein Sprichwort. Da sind 27 Regierungen in der Europäischen Union, die – jede auf ihre Weise – versuchen, ihre eigenen Banken und Großindustrien zu retten. Das bedeutet bisher mehr Schulden eines jeden einzelnen Staates und drastische Sparkurse gegenüber den Menschen. Genannt wird das dann euphemistisch Lohnzurückhaltung, Senkung der Lohnnebenkosten, Privatisierung von Lebensrisiken wie Alter, Familie, Krankheit, Bildungswunsch.

Mit den staatlichen Rettungspaketen für die Banken spekulieren nun genau diese gegen die Staatshaushalte. Die Banken sind da schon weiter als die Staaten. Die Hypo Real Estate und die Commerzbank, die in Deutschland mit Staatsgeldern in Milliardenhöhe gerettet wurden, sind im Griechenland-Geschäft der überteuerten Staatsanleihen ganz vorne dabei. Da wird mit Steuergeldern spekuliert, und zwar mit denen der ehrlichen Normalverdiener, die keine Schweizer Konten haben, auf die die Reichen fliehen.

(Zwischenruf)

Es macht mir keinen Spaß, mit deutschen Negativbeispielen zu argumentieren, Herr Kollege. Aber in Deutschland schreit eine Regierungspartei beständig nach Steuererleichterungen, gleichzeitig ruft man die griechische Regierung auf, mehr Steuern einzutreiben. Wer aber wird die aufbringen müssen? Ich fürchte, vor allem diejenigen, die jetzt schon mit ihrem Arbeitslohn kaum über die Runden kommen. Ist es nicht der einstige Exportweltmeister Deutschland, der die Lohnentwicklung seit Jahren von der Produktivität abgekoppelt hat, was zu Sozialdumping geführt hat?

Im altgriechischen Theater bedeutet die Krise die Möglichkeit, ja, die Herausforderung eines Wendepunktes. Um einen solchen Wendepunkt herbeizuführen, ist endlich ein gesetzlicher Mindestlohn zu fordern! Gleiche Arbeit am gleichen Ort muss gleich entlohnt werden. Wir brauchen eine gemeinschaftliche Harmonisierung der Steuerarten, vor allem aber brauchen wir eine echte gemeinschaftliche Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte und eine wirklich gemeinschaftlich solidarisch koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die verbindliche soziale und ökologische Ziele haben muss!

Nigel Farage, im Namen der EFD-Fraktion. – Präsident von Europa – endlich ist es soweit. Man hat uns gesagt, der Präsident werde ein große weltpolitische Persönlichkeit sein: ein politischer Führer für fünfhundert Millionen Menschen; der Mann, der uns alle auf der Weltbühne repräsentieren werde; der Mann, dessen Job so wichtig sei, dass er natürlich besser bezahlt als der von Präsident Obama ist. Nun, ich fürchte, wir haben jetzt Sie. Und entschuldigen Sie, aber nach Ihrer Vorstellung von vorhin... Ich möchte nicht unhöflich sein, aber wissen Sie, Sie haben wirklich das Charisma eines feuchten Lappens und das Auftreten eines kleinen Bankangestellten.

(Proteste)

Die Frage, die ich und wir alle uns stellen, ist: Wer sind Sie eigentlich? Ich hatte vorher noch nie von Ihnen gehört; niemand in Europa hatte jemals von Ihnen gehört. Ich möchte Sie fragen, Herr Präsident: Wer hat für Sie gestimmt?

(Laute Proteste)

Und welche Mechanismen – ich weiß, Demokratie ist bei diesem Haufen hier nicht gerade beliebt – welche Mechanismen haben die Völker Europas, um Sie aus Ihrem Amt zu entfernen? Ist das etwa europäische Demokratie?

Ich habe allerdings das Gefühl, dass Sie kompetent, fähig und gefährlich sind, und ich habe keinerlei Zweifel, dass Sie beabsichtigen, der stille Mörder der europäischen Demokratien und der europäischen Nationalstaaten zu werden. Sie scheinen einen Hass gegen die pure Existenz von Nationalstaaten zu haben; vielleicht liegt das daran, dass Sie aus Belgien kommen, das selbstverständlich so ziemlich ein Nicht-Land ist.

(Reaktionen)

Aber seit Sie Ihr Amt übernommen haben, ist Griechenland zu nicht mehr als einem Protektorat reduziert worden. Mein Herr, Sie haben keinerlei Legitimität für diesen Job, und ich bin mir sicher, dass ich für die Mehrheit der Briten spreche, wenn ich sage: Wir kennen Sie nicht, wir wollen Sie nicht, und je früher man Sie in den Ruhestand befördert, desto besser.

Der Präsident. – Wie Sie gesagt haben, Herr Vorsitzender, Sie wollen nicht unhöflich sein.

Ich ziehe es vor, fortzufahren. Herr Vorsitzender, werden Sie auf eine „Blue-Card“-Frage antworten?

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Farage, sind Sie gewillt, Artikel 9 des Vertrags anzuwenden und einfach einen Austritt aus der EU zu verlangen? Dann wären Sie zufrieden.

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Ich bin sehr enttäuscht von Ihnen, Herr Präsident Buzek. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Fraktionsvorsitzender den Präsidenten des Rates in diesem Parlament nicht etwa politisch kritisiert, sondern ihn einen „nassen Lappen“ nennt.

(Beifall)

Ich erwarte von Ihnen, Herr Präsident, dass Sie das mit einem Ordnungsruf beantworten. Es geht nicht, dass dieser Mann ungehindert die Würde dieses Hauses mit Füßen tritt. Ich will auch zu Joseph Daul sagen: Es geht nicht darum, dass Großbritannien aus der EU austritt. Es wäre vielleicht besser, Herr Farage legt sein Mandat nieder, wenn ihm die Europäische Union und das Europaparlament so schlecht gefallen.

(Beifall)

Der Präsident. – Ich wiederhole heute noch einmal, was ich bereits vor zwei Monaten zu Herrn Farage gesagt habe: Reden dieser Art, die bestimmte Leute persönlich angreifen, akzeptieren wir hier im Europäischen Parlament nicht. Als ich mit Herrn Farage darüber gesprochen habe, machte ich ihm das deutlich. Ich möchte Ihnen sagen, Herr Schulz, dass ich so gehandelt habe und handle, wie Sie es vorgeschlagen haben.

Nigel Farage (EFD). – Ihnen mag vielleicht nicht gefallen, was ich sage, aber schauen Sie doch nur einmal Ihr Verhalten an. Nachdem das irische Volk in einem Referendum mit „Nein“ gestimmt hatte, sagten Sie, dass unsere Fraktion durch die Unterstützung dieses „Neins“ dem Faschismus Tür und Tor geöffnet habe; Sie sagten, dass wir uns als Fraktion im Parlament wie Hitler und die Nazis im Reichstag verhalten hätten. Danny Cohn-Bendit bezeichnete uns als geistig minderbemittelt. Wissen Sie, es muss... Es kann nicht ein Weg...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Der Präsident. – Herr Farage, es tut mir Leid, aber das war kein persönliches Statement. Wir müssen für Ordnung sorgen und uns an die Vorschriften unseres Parlaments halten.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Zuallererst möchte ich in aller Ruhe darauf hinweisen, dass wir diese Aussprache in diesem Plenarsaal in Brüssel, in Belgien, führen. Vor dem derzeitigen wirtschaftlichen Hintergrund könnten wir das Land Belgien, ohne zu übertreiben, als das Griechenland an der Nordsee bezeichnen, denn dieses Land, Belgien, hat nach Griechenland und Italien prozentual die höchsten Staatsschulden in ganz Europa. Im Grunde sind wir ein krankes Land in Europa, und daran ist, wenn ich das so sagen darf, nicht zuletzt einer der Vorredner, nämlich Herr Verhofstadt, der ehemaligen Premierminister Belgiens, schuld. Wenn es um Betrug und künstliches Aufblähen des Haushalts geht, kann er sogar den Griechen noch etwas beibringen!

Wir wollen uns darüber aber jetzt nicht zu sehr aufregen. Vor allem lassen Sie uns nicht behaupten, dass wir die Krise durch höhere Staatsverschuldung abwenden könnten: der berühmte Verhofstadt-Vorschlag für eine Euroland-Staatsanleihe, eine Rechnung, die früher oder später auch irgendjemand bezahlen muss. Im Gegenteil, wir haben immer wieder gesehen, dass eben gerade europäische Entscheidungen uns in die Krise geführt haben; wie etwa die Entscheidung, die Maastricht-Kriterien und den Stabilitäts- und Wachstumspakt über Bord zu werfen, alles nur für den schönen Schein; der Eindruck, Europa bewege sich vorwärts, durfte ja nicht getrübt werden.

Mit genau demselben eurokratischen Starrsinn will man uns auch die Beitrittsstrategie der Türkei aufzwingen. Die wirtschaftliche und geografische Realität wird einfach außer Acht gelassen und europäische Bürgerinnen und Bürger werden für den möglichen Beitritt eines Landes, das nicht einmal europäisch ist, zur Kasse gebeten. Die Lösung ist nicht „mehr Europa“. Die Lösung ist nationale Verantwortung und die Verpflichtung der einzelnen Mitgliedstaaten, nicht über ihre Verhältnisse zu leben.

Corien Wortmann-Kool (PPE). – (NL) Herr Präsident Buzek, Herr Präsident Barroso und natürlich auch Herr Präsident Van Rompuy, wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier bei uns sind. Ihre Worte zu Beginn der Aussprache haben deutlich gezeigt, dass Sie nicht nur voller Ehrgeiz an die Arbeit gehen, sondern auch Ihrer Rolle im Sinne des Vertrags von Lissabon gerecht werden wollen. Dafür möchte ich Ihnen schon heute danken.

Es ist von Bedeutung, dass Ihre Anwesenheit auch unter dem Zeichen der künftigen Strategie Europa 2020 steht, da diese entscheidend ist, um Europa wieder auf Weltniveau zu bringen. Herr Präsident, und hier wende ich mich auch an Präsident Barroso, Sie kennen unsere Prioritäten. Im Mittelpunkt steht eine grüne, soziale Marktwirtschaft. Unsere Hauptaufgabe sollte also darin bestehen, Klein- und Mittelbetrieben, unserem Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen, wieder auf die Beine zu helfen. Hier geht es nicht nur um Handel und Dienstleistungen, sondern auch um unsere europäische Industrie, die wir weltweit wieder wettbewerbsfähig machen müssen. Außerdem geht es um unsere Landwirtschaft und unsere qualitativ hochwertige Lebensmittelproduktion, zwei Sektoren, die ebenfalls wettbewerbsfähig sind auf internationaler Ebene. Das heißt, wir brauchen KMU, die über Wissen, Innovation und nachhaltige Technologien verfügen.

Das muss das Fundament für die Strategie Europa 2020 sein. Ein solches Fundament erfordert eine Exitstrategie, verbunden mit einem soliden Stabilitäts- und Wachstumspakt und den notwendigen Reformen der öffentlichen Ausgaben der Mitgliedstaaten. Herr Präsident, die alte Lissabon-Strategie bestand aus zu vielen vagen Zielen und zeigte das Scheitern der offenen Koordinierungsmethode. Daher lautet meine Frage an Sie: Mit welchen konkreten Zielen werden Sie die Mitgliedstaaten dazu zwingen, sich letzten Endes ernsthaft zu dieser neuen Strategie zu verpflichten, wohlgerne im Rahmen des Vertrags von Lissabon, was die Subsidiarität betrifft?

Marita Ulvskog (S&D). – (SV) Herr Präsident, nach eigenen Angaben der Kommission leben derzeit 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU unter der Armutsgrenze. Das ist ungehörig und beeinträchtigt auch jegliche andere Entwicklung. Gleichzeitig steht hier im Parlament jemand wie Herr Farage und wirft mit Beleidigungen um sich, und das zu einer Zeit, da sich Europa in einer Krise befindet und wir über eine

Vielzahl wichtiger Themen diskutieren müssen. Man sollte ihn beurlauben und ihm die Teilnahme an der Sitzung nächste Woche in Straßburg verweigern. Das wäre noch eine milde Strafe für das Verhalten, das er an den Tag gelegt hat.

Unsere Aufgabe ist nun, eine neue Lissabon-Strategie, mit anderen Worten die Strategie Europa 2020, vorzulegen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu verstehen, dass sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung für das Wirtschaftswachstum von grundlegender Bedeutung sind. Die Gesellschaft, die als erste loskommt von unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beispielsweise, wird Vorreiter bei der Schaffung von „grünen Arbeitsplätzen“ sein. Damit dies jedoch auch gelingt, brauchen wir aber Mittel. Mindestens 50 % der Mittel, die die EU und die Mitgliedstaaten für die Überwindung der Krise vorgesehen haben, müssen in einen neuen „Green Deal“ investiert werden, der die Schaffung dieser neuen grünen Arbeitsplätze ermöglicht. Das siebte und das achte Rahmenprogramm muss den Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien legen.

Die Kommission muss sich zudem tatkräftig darum bemühen, soziale Ausgrenzung, wie man sie derzeit überall in Europa beobachten kann, zu verhindern und die Parteien des Arbeitsmarktes zu stärken. In den letzten Jahren hat man angefangen, die EU zu Recht als eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung zu sehen. Das muss sich ändern. Ein erster Schritt wäre die Revidierung der umstrittenen Arbeitnehmerentsenderichtlinie oder, wie man sie in Europa auch bezeichnet, der „Lohndumping-Richtlinie“, die so viel Wut und Konflikte verursacht. Und davon hatten wir heute hier genug im Parlament.

Lena Ek (ALDE). – Herr Präsident, Ziel der Strategie Europa 2020 sollte sein, das Potenzial der Bürgerinnen und Bürger Europas freizusetzen. Wir vergessen allzu oft, dass unsere Wachstumsstrategien zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und für die Zukunft unserer Kinder entwickelt werden.

Die Lissabon-Strategie scheiterte zweifelsohne daran, dass man versuchte, darin alles aufzunehmen. Mit so einer breiten Agenda gingen der Fokus und alle Möglichkeiten, unsere ehrgeizigen Ziele zu erreichen, verloren.

Damit die Strategie Europa 2020 effektiver wird, muss ihr Profil von Grund auf geändert werden. Die Arbeit sollte sich auf die wenigen für nachhaltiges Wachstum grundlegenden Bereiche konzentrieren.

Als einziges direkt gewähltes Organ der EU und mit vollem Mitentscheidungsrecht wird das Parlament bei der Strategie Europa 2020 mitreden. Um Legitimität und Offenheit zu garantieren, werden die Kommission und der Rat daher gut daran tun, bei der Strategie das Parlament in die laufende Arbeit mit einzubeziehen.

Ebenso wie Offenheit und Transparenz wesentlich für die Schaffung eines Europas der Bürger sind, sind sie auch wichtige Instrumente, um Krisen der öffentlichen Finanzen, wie sie gerade Länder in der ganzen Union erleiden, zu verhindern.

Jeder zeigt mit dem Finger auf Griechenland, aber auch andere Mitgliedstaaten haben Benchmarking unterbunden, Europa über ihre Defizite getäuscht und bei ihren Finanzstatistiken getrickst. Die offene Koordinierungsmethode ist zu einer geschlossenen Kollusion und einer offenen Demütigung geworden.

Vergessen Sie nicht: Was für die Bürgerinnen und Bürger gilt, gilt auch für Regierungen. Freiheit bringt auch Verantwortung mit sich. Es ist jetzt an der Zeit, dass die Regierungen in ganz Europa diese Verantwortung ernst nehmen, denn die Probleme, denen wir gegenüberstehen, sind ebenfalls ernst.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich stimme dem Vorschlag zu, die Anzahl der Ziele in der Strategie Europa 2020 zu begrenzen. Das müssen dann aber auch wirklich ehrgeizige Ziele sein. Ehrgeizig zunächst, was die Verkleinerung unseres ökologischen Fußabdrucks betrifft. Und hier geht es nicht nur ums Klima, und so gesehen liegt eine Rückkehr zum 20-Prozent-Ziel weit unter dem, was in Wirklichkeit nötig ist. Nicht mal 30 % sind ehrgeizig.

Ein weiteres ehrgeiziges Ziel beträfe die Verringerung von Ungleichheiten: beispielsweise bis zum Jahr 2020 die Armut in Europa um 50 % zu senken; und das wäre sicher nicht das Maximum, das man erreichen könnte. Ein ehrgeiziges Ziel bezüglich Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation und selbstverständlich ein ehrgeiziges Ziel für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wie bereits gesagt wurde: Diese Ziele müssen messbar und verbindlich sein; und es spielt nicht wirklich eine Rolle, ob wir nun mit einem Bonus-Malus-System arbeiten oder irgendwie anders, was wir brauchen, sind Resultate. Diese Resultate werden wir aber nicht ohne zwei immens wichtige Voraussetzungen erreichen.

Erstens: eine strenge Regelung der Märkte, und, was das betrifft, Herr Van Rompuy, beobachten wir mit großer Sorge die Entwicklungen bezüglich der Finanzmarktaufsicht und die Standpunkte, die der Rat vertritt.

Zur zweiten Voraussetzung möchte ich darauf hinweisen, was Herr Daul gesagt hat. In der Tat, Herr Daul, die Mitgliedstaaten werden mehr Souveränität abgeben müssen, besonders im Fiskalbereich. Und ich frage mich, wie die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) dazu steht. Ohne starke steuerliche Konvergenz wird es uns nicht gelingen, wieder Stabilität in unsere öffentliche Finanzen zu bringen und für unser Steuersystem eine nachhaltige Grundlage zu schaffen. Wir denken dabei an Energie und wir denken dabei selbstverständlich an die Besteuerung von Finanztransaktionen.

Kay Swinburne (ECR). – Herr Präsident, ich begrüße die Ausrichtung der Strategie Europa 2020, gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, und ich fordere die EU auf, sich auf unsere komparativen Wirtschafts- und Wettbewerbsvorteile zu konzentrieren und alle zur Verfügung stehenden Instrumente und Mittel, insbesondere im Bereich der Forschung und Entwicklung, zu nutzen, um einen echten Mehrwert für Europa zu schaffen.

Wir sollten den Schwerpunkt auf die Vollendung des Binnenmarktes für Waren und Dienstleistungen legen und ein ehrgeiziges Konzept zur Schaffung eines Binnenmarktes für innovative Forschung verfolgen. Forschung und Entwicklung sollten in Europa sowohl in Universitäten als auch in privaten Unternehmen umfangreich unterstützt werden, damit wir bei neuen nachhaltigen Industrien und Technologien eine Spitzenstellung einnehmen werden.

Wir müssen uns jedoch weiterhin vor einer Gesetzgebung hüten, die diese Entwicklungsprozesse behindert. Wir müssen die Beziehung zwischen der Privatwirtschaft und der akademischen Forschung verbessern und den Wissenstransfer in Unternehmen, die Arbeit und Wohlstand schaffen, fördern. Neben einer besseren Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln für Innovation, müssen wir dafür sorgen, dass Verwaltungslasten, besonders für KMU und Kleinunternehmen, verringert werden. Ein erster Schritt wäre eine KMU-freundliche Beschaffungspolitik, die es den KMU erlauben würde, an öffentlich-privaten Partnerschaften teilzunehmen.---

Eine Strategie Europa 2020, die sich auf bestehende Kompetenzbereiche konzentriert...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, derzeit finden in Griechenland große Kundgebungen von Beschäftigten des privaten und öffentlichen Sektors gegen die Arbeitslosigkeit statt.

Auf den Straßen macht sich Wut breit, und die Arbeitnehmer sind empört angesichts der harten Maßnahmen, die die griechische Regierung auf Drängen der Europäischen Union ergreift. Besonders auf seiner letzten Tagung hat es der Europäische Rat versäumt, Maßnahmen zugunsten der schwachen Volkswirtschaften zu treffen; er hat es versäumt, Maßnahmen zu ergreifen, um den Spekulationen ein Ende zu bereiten und einen Schutzschirm der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität zu schaffen; er hat nicht eingesehen, dass der Stabilitätspakt nicht existiert, dass eine Wiedereinführung die Rezession nur noch verschärfen wird und dass der Vertrag von Lissabon grandios gescheitert ist. Stattdessen bereitet der Rat die Europa 2020-Strategie als eine Ausweitung und Fortsetzung des Vertrages vor.

Sie behandeln Griechenland als Sündenbock und zwingen ihm Maßnahmen auf, die sich gegen die Arbeitnehmer, die nicht schuld sind an dieser Krise, richten; Maßnahmen, wie es sie bald auch in anderen Ländern geben wird.

Das griechische und das europäische Volk werden mit Ihnen bald so umgehen, wie das argentinische Volk mit dem Internationalen Währungsfonds umgegangen ist.

Rolandas Paksas (EFD). – (LT) Es hat Symbolcharakter, dass wir heute, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, die Europa teilte, über Europa im Jahr 2020 sprechen. Zunächst möchte ich den grundlegenden Prioritäten der Strategie Europa 2020 zustimmen: Wissen und Innovation, eine Gesellschaft mit hohem Beschäftigungsniveau und eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft. Ich schlage vor, noch zwei Schwerpunkte mit aufzunehmen, nämlich die Entwicklung der Infrastruktur und eine effektive Energiepolitik. Während wir die Erhöhung der Energiesicherheit als eine der wichtigsten Prioritäten europäischer Energiepolitik hervorheben und eine Diversifizierung der Energiequellen und der Lieferwege sichergestellt werden soll, dürfen wir die nicht nur für Litauen wichtigen Projekte *Rail Baltica* und *Via Baltica* nicht vergessen. Ich bin der Meinung, dass wir bei der Ausarbeitung einer neuen Strategie die Gründe für das Scheitern der in der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele untersuchen müssen. Wir dürfen nicht nur strategische Ziele und Aufgaben vereinbaren, sondern müssen auch die Diskussionen, die manchmal einfach zu langwierig sind, konkret und innerhalb präziser Fristen in die Tat umsetzen.

VORSITZ: DAGMAR ROTH-BEHRENDT*Vizepräsidentin*

Francisco Sosa Wagner (NI). – (ES) Frau Präsidentin, ich glaube, dass diese Krise eine Gelegenheit ist, entschlossen und mit Überzeugung beim Aufbau eines starken Europas voranzukommen. In diesem starken Europa werden wir möglicherweise auf den Ausdruck „Verbesserung der Koordination“ verzichten müssen, denn er bedeutet, dass alles von den zu koordinierenden Themen abhängt und zwangsläufig zu Lähmung und fehlender Klarheit führt.

Wir wissen, dass die Finanzen und öffentlichen Defizite der europäischen Länder so lange leiden werden, bis wir uns in Richtung einer europäischen Finanzintegration bewegen und Euroschuldverschreibungen emittiert werden.

Jedenfalls können die europäischen Institutionen bereits gezielte Maßnahmen ergreifen – ich werde mich nicht auf das ganze leere Geschwätz zur Koordination konzentrieren. Andererseits haben wir die Europäische Zentralbank für die Harmonisierung der EU-Finanzaufsicht und zur ...

(Rest der Rede aus technischen Gründen nicht verfügbar)

Werner Langen (PPE). - Frau Präsidentin, meine Herren Präsidenten! Wenn die Strategie 2020 erfolgreich sein will, dann muss sie – anders als die Lissabon-Strategie – auch durchgesetzt werden! Und im Gegensatz zu dem, was die Vorredner gesagt haben, waren nicht die Ziele falsch, sondern vor allen Dingen haben sich die Mitgliedstaaten nicht an ihre Verpflichtungen, an die Regeln gehalten. Und die Kommission war zu mutlos, Herr Barroso! Sie war zu mutlos bei der Umsetzung, bei der Anbahnung von Reformen, bei der Durchsetzung ihrer eigenen Strategie.

Sie haben jetzt mit breiter Mehrheit eine neue Kommission für Ihre zweite Amtszeit – ich hoffe, dass Sie das alles verbessern, dass Sie in Europa wieder Dynamik schaffen, dass Sie Technologien fördern, dass wir nicht nur über Umverteilung reden, sondern dass wir uns mit den anderen Wirtschaftsregionen der Welt messen. Und diese Regionen fragen nicht, ob die Europäer sich untereinander einig werden oder ob sie neue Umverteilungsprogramme umsetzen. Sie haben eine eigene Dynamik. Und wir müssen auf diese Dynamik antworten! Das ist die Aufgabe, die diese Strategie vermitteln muss.

Bisher wurden ja nur Entwürfe vorgelegt, und ich habe Hoffnung, dass sie noch verbessert werden, denn in den vorgelegten Entwürfen herrscht eine Art „Weiter-so-Mentalität“ vor. Es gibt keine wirklich neuen Ansätze! Auch vom neuen Ratspräsidenten ist nicht wirklich etwas Neues aus dem Rat gekommen. Aber wir brauchen diese Strategie, um mithalten zu können! Da müssen neue Rahmenbedingungen definiert werden. Wir müssen über die Klima-Zielsetzung der Vergangenheit nachdenken. Wir müssen Technologie fördern und dürfen nicht weiter blockieren.

Die Kommission als Kollegialorgan ist gefordert, nicht Einzelinteressen der Kommissare zu vertreten, sondern die Führerschaft in Europa zu übernehmen! Sie können sicher sein, dass Sie uns uneingeschränkt an Ihrer Seite haben. Nur dann wird die Strategie 2020 ein Erfolg – nicht mit der Mutlosigkeit der Regierungen und dem Beharren, dass irgendeiner für das bezahlt, was der jeweilige Partner in Europa nicht selbst erledigt!

Stéphane Le Foll (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, Präsident Barroso, Herr Van Rompuy, als allererstes möchte ich sagen, dass jeder mit den Zielen – soweit es die Strategie 2020 anbelangt – einverstanden ist. Jedoch ist das Problem, welches unser Kontinent heute hat, dass er aus einer ersten Krise mit den charakteristischen Merkmalen eines extrem schwachen oder sogar negativen globalen Wachstums hervorgeht.

Dies erfordert demnach politisches Bewusstsein und hat für mich zwei Ziele. Zuerst müssen wir wissen, wie wir uns politisch selbst organisieren. In den Ämtern, die Sie bekleiden, haben Sie zwei große Verantwortungsbereiche: zum einen die Förderung der Koordination der Wirtschaftsstrategien – dies ist absolut entscheidend – und zum andern Ziele mit Instrumenten festzulegen, um die Ziele zu erreichen.

Dies führt mich weiter zu dem zweiten Ziel, von dem ich glaube, dass es wesentlich ist – und gleichzeitig werde ich eine Frage formulieren. Um Ziele für die öffentliche Ordnung zu verwirklichen, ist ein Haushalt erforderlich. Heute ist Europa mit dem folgenden Dilemma konfrontiert: die Mitgliedstaaten haben signifikante Defizite, und je signifikanter ihre Defizite sind, umso weniger werden sie in den gemeinsamen Topf Europas geben. Demnach sind wir weniger zur Belebung unseres Wachstums imstande.

Wie lösen wir dieses Dilemma? Dies ist die Frage, die ich an Sie stelle. Es hängt von zwei Elementen ab. Erstens, welches sind die Leitlinien, die Sie verteidigen werden, wenn Sie die Haushaltsperspektiven mit den

Mitgliedstaaten erörtern? Zweitens, sind Sie imstande, sich hin zu Innovationen zu bewegen, die es der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gleichermaßen ermöglichen, viel größere Verantwortung zu übernehmen und – warum nicht? – Europa in die Lage zu versetzen, Mittel für die Finanzierung dieser Dringlichkeit aufzunehmen, die das Wachstum von Morgen ist?

Sylvie Goulard (ALDE). – (FR) Meine Damen und Herren Präsidenten, nach der Strategie von Lissabon haben wir jetzt die Strategie 2020. Ist es eine einfache Namens- oder eine Richtungsänderung? Ich richte diese Frage insbesondere an Herrn Barroso. Während ich Ihren Beitrag zum informellen Treffen des Rates gelesen habe, während ich Sie heute völlig zu Recht von der Zahl der Armen in der Europäischen Union und von der Notwendigkeit habe reden hören, eine Finanzregelung zu entwickeln, habe ich zu mir selbst, Herr Barroso, gesagt, dass es bedauerlich ist, dass Sie kein geeigneter Präsident der Kommission in den letzten paar Jahren gewesen sind! Dann wären Sie imstande gewesen, all das zu tun, was Sie uns heute vorschlagen. Heute sagen Sie, es ist die Krise, die Sie vom Handeln abgehalten hat – aber es ist einfach, der Krise die Schuld zu geben. Letztendlich kann jede Sünde vergeben werden, lassen Sie uns also keine Zeit mehr verlieren.

Daher richte ich mich hoffnungsvoll an Herrn Van Rompuy. Zuerst, um ihm ein herzlicheres Willkommen als das vorab durch einen Abgeordneten – nicht durch die anderen Abgeordneten – angebotene. Sie sind es, auf den wir zählen. Es ist etwas paradox, Herr Van Rompuy, aber wir zählen auf Sie, um Europa, eine richtige europäische Gemeinschaft, neu zu ordnen – und Sie kommen aus einem Land, welches weiß, was das Wort „Gemeinschaft“ in Bezug auf das allgemeine Interesse bedeutet.

Wenn Sie dies in Angriff nehmen, werden Sie die Unterstützung dieses Parlaments haben. Und ich glaube, dass wir uns – sofern es die Strategie 2020 anbelangt – nicht von Worten beirren lassen sollten. Wenn Worte alles bedeuten, müssen wir vor allem mittelfristig, global und jenseits aller Nationalismen denken. Ich stimme dem, was Herr Lamberts gesagt hat, zu: Im Augenblick geben uns die Mitglieder des Rates keine große europäische Perspektive zur Finanzaufsicht. Sie bremsen mit beiden Füßen.

Ich schlage daher meinerseits ein einziges Ziel – welches Sie sogar in Ihrem eigenen Papier für den Rat erwähnen – vor, und zwar eine Wirtschafts- und Währungsunion in all ihren Formen zwecks Konsolidierung der Disziplinen und natürlich der Solidarität. Des Weiteren soll damit der Rat daran erinnert werden, dass – obwohl es Probleme in Griechenland gibt – diese teilweise auf die Griechen und teilweise auf die mangelnde Solidarität zurückzuführen sind.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). - Frau Präsidentin! Schöne Ziele zu haben ist leicht. Das macht jeder jedes Jahr am Jahresanfang, jeder hat schöne Ziele, aber ob das ein Traum bleibt, eine Predigt ist oder eine Agenda wird, hängt davon ab, ob man die Fragen wer, was, wie, wie viel und wann konkret beantwortet. Das werden wir bei der europäischen Agenda 2020 sehen müssen. Herr Daubert hat meines Erachtens am Anfang dieser Debatte den Kernpunkt der Debatte sehr klar herausgearbeitet. Es geht darum: Sind wir bereit, auf nationale Souveränität im Bereich der Wirtschaftspolitik zu verzichten, oder verzichten wir lieber auf den Zusammenhalt der Union, verzichten wir lieber auf den Euro, verzichten wir lieber auf das, was wir in Jahrzehnten aufgebaut haben? So dramatisch ist die Alternative! Ich hätte mich gefreut, auch vom Vertreter der CDU so klare Worte zu hören, weil bekannt ist, dass es gerade die Konservativen in Deutschland sind, die dem bisher so oft im Wege gestanden sind.

Ich würde mir wünschen, Frau Präsidentin, Herr Präsident des Rates und Herr Kommissionspräsident, dass nicht nur der Präsident des Rates mit ruhigem Selbstbewusstsein sagt, der Rat will hier Richtlinien vorgeben, sondern dass auch die Kommission sich zusammen mit dem Parlament der Aufgabe annimmt, an diesen Richtlinien für eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung aktiv und treibend mitzuarbeiten, die nicht nur ein Händchenhalten von Frau Merkel und Herrn Sarkozy ist, sondern eine ernsthafte Anstrengung, Europa wirtschaftspolitisch gemeinsam zu leiten.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, Ihnen ist sehr wohl bekannt, dass – obwohl wir die Ergebnisse der informellen Tagung des Europäischen Rates erörtern – die gesamten griechischen Erwerbstätigen bis zum letzten Mann streiken, um genau gegen diese Maßnahmen, um genau gegen diese Ergebnisse zu protestieren. Sie protestieren gegen die Europäische Union als solche, und gegen die Politik der Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Regierungen, die einmütig gegen die Gesellschaft und Beschäftigung gerichtete Maßnahmen ergreifen, die einzig und allein der Sicherung der Profite der Monopole dienen.

Die Europäische Union, die Regierungen und die Kommission versuchen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa zu terrorisieren, damit sie vor dem Ansturm der antigesellschaftlichen Maßnahmen in die Knie gehen. Allerdings antworten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem

Krieg mit Massenstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen, über die ich Sie, Herr Barroso, nichts habe sagen hören. Sie antworten mit Demonstrationen und Streiks, die durch die klassenbewussten Gewerkschaften in zahlreichen Ländern der Europäischen Union organisiert werden.

Es gibt nur eine Antwort, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der durch die Parteien des Kapitals errichteten Front, der europäischen Einbahnstraße, den gefährdeten Gewerkschaftsführern, dem breit angelegten Angriff der Regierung auf Löhne und Renten geben können: eine Entwicklung in ihrem Interesse.

Mario Borghesio (EFD). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, es hat ein formales Zeichen der Solidarität mit Griechenland gegeben, in Wirklichkeit war das Ziel, den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein rigides Sparprogramm aufzuerlegen.

Auf der Abschlusspressekonferenz hat Herr Van Rompuy klar festgestellt, die Idee sei, eine Art Diktatur der Europäischen Union herbeizuführen, die den Rat in eine imperiale Junta mit immer größerer Macht über die Mitgliedstaaten verwandelt.

Vor dem Gipfel hat er – wie der *Independent* aufdeckte – ein Schreiben an die Staats- und Regierungschefs versandt, wo er in einem der Anhänge schrieb, dass die Mitglieder des Rates in ihren Regierungen für die Wirtschaftsstrategie verantwortlich seien und sie dafür auch auf EU-Ebene verantwortlich sein sollten. Ob man es Politikkoordinierung oder Economic Governance nennt – nur der Rat ist in der Lage, eine europäische Strategie zu formulieren und aufrechtzuerhalten. Auch hat er hinzugefügt, dass der Europäische Rat sehr ehrgeizig ist, Kontrolle wünscht und als ein Führer handeln möchte. Obgleich natürlich innerhalb des Konsultationsrahmens, und deshalb hatte er vorgeschlagen, dass sich der Rat jeden Monat trifft.

Dies sind imperialistische Entwürfe der Architekten der Europäischen Union, und sie sind auch in einem Projekt enthalten, das auf den Korridoren der Kommission zirkuliert und fordert, dass 80 % der Schulden der EU-Mitgliedstaaten zu Schulden der Europäischen Union werden sollen.

Die in den letzten Tagen gestartete Kampagne für einen wirtschaftlichen Superstaat ist dafür verantwortlich, nicht nur Griechenland, sondern alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in Protektorate zu verwandeln.

Andreas Mölzer (NI). – Frau Präsidentin! Nun hat die EU also eine Post-Lissabon-Strategie angenommen, bei der sie sich vorsorglich erst gar nicht auf überprüfbare Ziele festlegt. Alleine die Fokussierung auf die *Green Economy* wird wohl nicht reichen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Europa zu sichern. Dazu bedarf es meines Erachtens nämlich neben funktionierender Energieversorgung und Infrastruktur gut ausgebildeter Fachkräfte und nicht einer Einwanderungswelle nach der anderen von Wirtschaftsflüchtlings, die als Billigarbeiter den Arbeitsmarkt überschwemmen.

Wenn eine Flexibilisierung der nationalen Arbeitsmärkte gefordert wird, dann darf das nicht dazu führen, dass die Übergangsfristen für die neuen Mitgliedstaaten über die Hintertür ausgehoben werden. Gerade in Krisenzeiten, in denen immer mehr Menschen arbeitslos sind oder in Teilzeit- oder Ein-Euro-Jobs ihr Dasein fristen, darf die EU dem bestehenden Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nicht neuen Vorschub leisten.

Generell sollte es seitens der Europäischen Union keine Willkür geben. Sie hat strukturschwachen Regionen bei Reformmängeln nicht gleich die Finanzhilfen zu entziehen – nicht einmal als Drohung! Wir benötigen gewiss keinen neuen Beirat zur Bewertung von Zielen, die wohl einmal mehr in einer Schublade verschwinden werden. Statt mehr Zentralismus brauchen wir eine Rückverlagerung der Förderungen auf die nationale Ebene. Europa 2020 darf keinen weiteren Wettbewerbsmarathon und keinen Privatisierungsexodus auslösen, sondern muss den Wohlstand der europäischen Bürger garantieren.

Die EU hat nun eine Chance, sich als Bollwerk gegen die Globalisierung zu profilieren. Das ist wahrscheinlich ihre einzige Chance!

Mario Mauro (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, Herr Präsident des Europäischen Rates, Sie sind vielleicht nicht sehr bekannt, wie Herr Farage behauptet, aber ich weiß, dass Ihre Ideale tief in der europäischen Tradition und Kultur verwurzelt sind, und dafür bewundere und respektiere ich Sie.

Genau aus dem Grund darf ich mir die Freiheit erlauben, Ihre sehr vernünftige Rede zu kommentieren, indem ich eine Analogie aus der Welt des Fußballs heranziehe. Die Vision, die Sie von Ihrer Rolle haben, scheint mir mit der eines Mittelfeldspielers vergleichbar zu sein, der die Aufgabe hat, Ordnung in das Spiel einer

Mannschaft hineinzubringen. Einer Mannschaft, die es nach den durch den Vertrag von Lissabon eingeführten Regeländerungen schwieriger finden könnte, Tore zu schießen, sprich – ihre Ziele zu erreichen.

Angesichts dieses Beispiels hängt es meiner Ansicht nach vom Parlament ab, mehr als die anderen Spieler zu riskieren, als Stürmer aufzutreten, der das Spiel ununterbrochen neu erfindet. Und der dabei aus den neuen Regeln die Inspiration bezieht, damit die Angriffsfähigkeit der Mannschaft gestärkt wird und unser hypothetisches Mittelfeld – die Barroso-Kommission – nach vorn in Stellung gebracht wird, um Tore zu schießen.

Was wird geschehen, wenn wir diesem Ansatz, den ich aus vollem Herzen unterstütze, nicht folgen? Wir werden uns auf eine defensive Position zurückziehen und ein Eigentor gegen die Interessen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger erzielen.

Genau aus diesem Grund bitte ich Sie, Herr Van Rompuy, die neue, führende Rolle, die das Parlament spielt, zu unterstützen und es nicht als eine Behinderung, sondern als Chance zu sehen. Wir sind alle gefordert, uns dieser historischen Chance zu stellen, eine historische Rolle, eine historische Aufgabe wahrzunehmen, und ich bin sicher, dass Sie der richtige Mann sind, um uns anzuführen.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) *(Beginn der Rede aus technischen Gründen nicht verfügbar)* ... Wenn wir über die Strategie 2020 reden, reden wir nicht nur über die Strategie nach Lissabon, sondern auch über die Strategie einer Einräumung des Versagens, Lissabon zu genügen. Oder um es herber und ungehobelter zu formulieren, die Strategie der Einräumung des Versagens von Lissabon. Es ist eine Strategie, die für die Sicherstellung von Wachstum und Nachhaltigkeit konzipiert wurde. Aber sie wurde nicht erfüllt, da sie nicht erfolgreich darin gewesen ist, Nachhaltigkeit aus einer Finanz-, Umwelt- und sozialen Perspektive zu gewährleisten.

Aus finanzieller Sicht hat Europa die Währungsunion errichtet, aber sie ist nicht nur sehr weit von der Gestaltung der Europäischen Union entfernt, sondern auch von der Koordination der Wirtschaftspolitik und der fiskalischen Anreize, die die Währungsunion begleiten sollten.

Aus Energiesicht ist eine einheitliche europäische Politik noch immer beabsichtigt. Aus sozialer Sicht herrscht in ganz Europa unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Gewerkschaften und den am stärksten benachteiligten Klassen Unzufriedenheit. Sie sind über die Nachhaltigkeit des Modells besorgt, mit dem wir uns verbessert haben, als es uns zu Europäern machte – eben des Modells, das erfolgreich in der Sicherung des Wohlstands und des sozialen Zusammenhalts war.

Im Hinblick auf das informelle Treffen des Rates vom 11. Februar möchte ich fragen, welche Verpflichtung der Rat, die Kommission und alle europäischen Institutionen eingehen möchten, um das Bekenntnis gegenüber dem Sozialpakt zu stärken, der in der Rede durch den rotierenden Ratspräsidenten der Union für die nächsten sechs Monate, den spanischen Premierministers José Luis Rodríguez Zapatero, erwähnt wurde?

Gegenüber einem Sozialpakt, der klar festzustellen vermag, dass Europa dieses Mal eine Verpflichtung gegenüber der finanziellen und ökologischen Nachhaltigkeit und auch der Wahrung des Sozialmodells, mit dem wir uns verbessert haben, als es uns zu Europäern machte, eingeht.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Barroso sprach vorhin davon, eine ehrgeizige Strategie zu wünschen. Und es trifft zu – es gibt Teile des Dokuments EU 2020, die ehrgeizig sind, aber die Zahl zur Treibhausgasemission ist sicherlich nicht ehrgeizig: sie ist erbärmlich und wird uns nicht an den Punkt bringen, den wir erreichen wollen. Wir sollten 40 % bis zum Jahr 2020 im Blick behalten. Natürlich geht es bei dem Thema nicht nur um das Klima, sondern auch um Ressourcenverfügbarkeit und eine Steigerung der Ressourceneffizienz.

Es gibt auch eine Menge was wir anscheinend früher bereits in dieser Strategie gesehen haben, nicht zuletzt im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum, was immer mehr als ein Ziel anstelle eines Indikators betrachtet wird. Das sollte nicht das Ziel einer Strategie sein. Die EU hat viele Bereiche, in denen wir versucht hatten, Wachstum von Verkehr, von Energieverbrauch usw. abzukoppeln, und es ist schon lange von Arbeitsplätzen abgekoppelt worden. Können wir demnach bitte nicht so sprechen, als ob Wachstum irgendwie Arbeitsplätze bereitstellen würde?

Wir müssen auch nicht nur auf die Reduzierung der Armut, sondern auch auf die Reduzierung von Ungleichheiten schauen, denn das hat bekannterweise einen nachweislichen Nutzen. Und wir müssen sicherstellen, dass unsere Kreditinstitute nicht die ehrgeizigen Ziele, die wir einsetzen könnten, aushöhlen.

Othmar Karas (PPE). - Herr Ratspräsident, ich möchte mich zuerst bei Ihnen für den Brief, den Sie uns zugesandt haben, bedanken. Ich kann Ihnen sagen, dass ich die darin beschriebenen Prinzipien und Werte, die Richtung, die Sie vorgeben, zu 100 % unterstütze. Ich bin froh, dass Sie heute gesagt haben, dass Sie nahezu monatlich tagen wollen, weil es Ihre Aufgabe ist, die Staats- und Regierungschefs und die Mitgliedstaaten wieder an Europa heranzuführen. Die Lissabon-Strategie war nicht falsch, aber die Methode war falsch und der politische Wille hat gefehlt, die Ziele auch zuhause umzusetzen. Ihre Arbeit muss es sein, die Koordinierung der Mitgliedstaaten dort durchzuführen, wo die Kompetenzen der Europäischen Kommission und der Union nicht ausreichen.

Sie sagen sehr deutlich: Der Markt ist nicht genug. Ja, wir wollen die soziale Marktwirtschaft! Die Währungsunion ist nicht genug. Wir brauchen die politische Union! Der erste Testfall für uns alle wird der Haushalt 2011 sein, der sich bereits auf die Strategie Europa 2020 beziehen muss. Europa 2020 ist nicht das Ziel. Europa 2020 ist das Instrument, mit dem wir das tun, was wir als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise tun müssen. Ja, wir benötigen in der Haushaltspolitik, in der Steuerpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Forschungspolitik und in der Bildungspolitik mehr Koordination, weil wir die Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr mit wirtschaftspolitischen Zielen allein verbessern können. Daher brauchen wir eine Umsetzung des *Small Business Act* in den Mitgliedstaaten. *Small business first*, weil damit in den Regionen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich fordere drei Dinge: Herr Kommissionspräsident, wir benötigen eine Studie über die Auswirkungen aller Maßnahmen der Kommission auf die Realwirtschaft, nicht bloß auf den Bankensektor. Wir benötigen einen Kassensturz, bei dem auch die demografische Entwicklung und die Sozial- und Pensionssysteme berücksichtigt werden. Und wir brauchen ein gemeinsames Paket mit Defizitverfahren, Exit-Strategie, Koordinierung und Europa 2020, damit das eine nicht im Widerspruch zum anderen steht.

Alejandro Cercas (S&D). - (ES) Präsident Van Rompuy, Präsident Barroso, es hört sich gut an, was ich heute gehört habe. Ich hoffe, dass die Texte nächste Woche die gleichen sein werden, denn wir haben – genau wie Sie – alle verstanden dass dies bedeuten würde, dass wir uns selbst Ziele setzen können und müssen, und dass wir unsere Zukunft wählen können.

Es würde bedeuten, dass kein wirtschaftlicher Determinismus existiert, dass es eine einzige Stimme für das politische Leben, eine einzige Stimme für die Bürgerinnen und Bürger, eine einzige Stimme für unsere Zukunft, die in unseren eigenen Händen liegt, gibt. Es würde bedeuten, dass uns die Wirtschaft Grenzen setzt und uns mit den Mitteln ausstattet, aber dass die Ziele durch uns gesetzt werden, und dass die Wirtschaft eher der Gesellschaft als umgekehrt dienen sollte.

Es würde bedeuten, dass wir – wie hier an diesem Nachmittag gesagt worden ist – eine lang- und nicht nur eine kurzfristige Strategie benötigen; weil ich glaube, dass dies die Lektion ist, die wir aus der Vergangenheit lernen können. Die Lektion, die wir aus der Vergangenheit lernen können ist, dass wir ein beträchtliches Wirtschaftswachstum erlebt haben – aber auf der Grundlage von Spekulationen, die Recht, Fairness, die Umwelt, die Zukunft oder zukünftige Generationen unberücksichtigt ließen.

Ich hoffe daher wirklich, Herr amtierender Präsident des Rates, dass wir kommende Woche Unterlagen mit einer ehrgeizigen Agenda erhalten. Einer Agenda, die auf die Nachhaltigkeit verweist, einer Agenda, die wirtschaftliche, soziale und Umweltbelange, da sie wechselseitig voneinander abhängen, kompatibel macht.

Ich möchte jetzt einige Worte über die soziale Dimension der Agenda sagen: dort sind die Forderungen, Träume und Ängste der Bürgerinnen und Bürger manifestiert, die Träume und Ängste jener, die sich innerhalb und außerhalb des Arbeitsmarktes befinden, der Opfer der Arroganz der Finanzmärkte, die die Kontrolle über die Realwirtschaft übernommen und diese zerstört haben.

Dort liegen die Hoffnungen, dass wir dem ein Ende setzen; dass wir eine Politik für Vollbeschäftigung, für hochwertige Arbeitsplätze gestalten, für Arbeitsplätze, die alle erreichen. Und dass die Ziele Europas schlussendlich zu hervorragenden Leistungen und nicht zu einem Kampf gegen die Absenkung von Sozialstandards führen.

Sven Giegold (Verts/ALE). - Frau Präsidentin, meine Herren Präsidenten! Die Krise der europäischen Wirtschaft ist so tief, dass man in dieser Situation wirklich konkrete Vorschläge erwarten muss. Konkrete Vorschläge genau in die Richtung, wie sie hier von ganz verschiedenen Vertretern formuliert worden sind! Europäisches wirtschaftliches Regieren ist vom Parlament in ganz unterschiedlicher Art und Weise eingefordert worden.

Machen Sie einen Vorschlag, wie die Risiken für die hohe Verschuldung geteilt werden können, damit Griechenland und andere nicht unter Zinslasten erdrückt werden! Machen Sie einen Vorschlag – wie es der ECON-Ausschuss gestern gefordert hat –, wie die Ungleichgewichte angegangen werden können! Nicht nur die Defizitländer müssen bestraft werden und sich ändern, sondern auch bei den Ländern, die exzessive Überschüsse haben, muss es Reformen geben. Wir brauchen europäische Statistiken, die eigenständig sind, und effektive Arbeit gegen Steuerwettbewerb und Steuerkonkurrenz. Solche Vorschläge sind im Parlament gemacht worden. Nun ist es an Ihnen, endlich die Dinge auf den Tisch zu legen.

Jean-Pierre Audy (PPE). – (FR) Herr Van Rompuy, Herr Minister, Herr Barroso, meine Damen und Herren Abgeordneten, endlich sind Sie bei uns, Herr Präsident des Europäischen Rates, willkommen! Dennoch werde ich mit der Wiederholung meiner großen Enttäuschung beginnen, dass es nicht Ihr erster politischer Schritt gewesen ist, hierher zu kommen und sich den Abgeordneten der Völker Europas nach dem 1. Dezember, dem Datum Ihres offiziellen Amtsantritts, zu präsentieren.

Sie sind wie wir, Herr Van Rompuy, ein Politiker, und Politiker können ohne Demokratie nicht existieren. Die demokratischen Lektionen des französischen und niederländischen Referendums des Jahres 2005 und vieler anderer Menschen – wenn sie denn gefragt worden wären – ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sagen, sie seien nicht gegen Europa, aber sie hätten das Gefühl, dass es ohne und manchmal gegen sie errichtet wurde.

Daher sei Frau Merkel gedankt, die im Jahr 2007 Ihren Sitz innehatte, und Herrn Sarkozy, der gerade zum Präsidenten der Republik Frankreich gewählt worden ist. Gedankt dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger neuerlich in das Zentrum der europäischen Integration mit dem Vertrag von Lissabon gestellt wurden, durch den das hohe Amt, welches Sie innehaben, geschaffen wurde.

Herr Van Rompuy, Sie müssen verstehen, dass nichts ohne die Bürgerinnen und Bürger und deren Abgeordnete getan werden kann. Genau wie Ihr Parlament verstehen muss, dass nichts ohne die Mitgliedstaaten und folglich ohne die Staats- und Regierungschefs getan werden kann.

Lassen Sie uns auf den Punkt kommen: die Völker Europas leiden, weil sie den gewaltigen globalen Zusammenbruch, der um sie herum stattfindet, nicht mehr verstehen. Es ist Ihre Pflicht, dem Bedeutung zu verleihen, den Kurs festzulegen, den Europäischen Rat davon zu überzeugen, dass Europa kein Problem, sondern eine Lösung ist. Europa entblößt sich nicht, Europa schützt. Europa leidet nicht, es handelt.

Was ist Ihre Vision von der Welt und dem Platz der Europäischen Union darin? Könnten Sie uns sagen, welche Rolle die Zwischenstaatlichkeit in Ihrer europäischen Strategie spielt, speziell im Hinblick auf das uns fehlende wirtschaftspolitische Programm und die Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes?

Herr Van Rompuy, die Europäische Union läuft auf zwei Beinen. Den Mitgliedstaaten und den Regierungen und Völkern. Wir suchen derzeit nach dem Führer, und Sie sind der Führer! Darüber hinaus sollten sie nicht auf dem Beifahrersitz, sondern auf dem Fahrersitz sitzen, und die Zukunft der Europäischen Union wird von ihrer Fähigkeit abhängen, die Mitgliedstaaten in Richtung einer politischen Union zu lenken. Danke für Ihre Anwesenheit, Herr Van Rompuy. Sie sind ein Mann mit vielen Qualitäten. Sie fürchten die Völker und ihre Abgeordneten nicht. Lieben Sie sie, und sie werden ihre Liebe erwidern.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, bei der Bestimmung der mittelfristigen Strategie wird die Union die Auswirkungen der Wirtschaftskrise berücksichtigen müssen, die heute diesen – und auch andere Teile – der Welt bestraft. Und sie wird natürlich die Mängel in Betracht ziehen, die ursächlich für die bescheidenen Ergebnisse der vorangegangenen Strategie, der Lissaboner Strategie 2000, verantwortlich waren.

Diese Krise gibt uns einige präzise Indikatoren im Hinblick auf die Entwicklung und Vollbeschäftigung, wenn wir dieses Ziel – und ich glaube, dass dies notwendig ist – in unser weiteres Vorgehen integrieren wollen.

Zunächst sind regulatorische Instrumente und eine Überwachung des Finanzsystems und der Kreditinstitute erforderlich, um zu gewährleisten, dass die negativen Rahmenbedingungen nicht wiederholt werden, durch die wir derzeit hart abgestraft werden.

Zweitens werden wir kräftig in Innovation, Forschung und Bildung investieren müssen, speziell wenn wir in Richtung einer grünen Wirtschaft gehen möchten. Um erhebliche Investitionen möglich zu machen, muss sich Europa jedoch selbst mit Euroschuldschreibungen und einem System von Belohnungen und Sanktionen ausstatten, damit es seine wirtschaftlichen Ziele erreichen kann. Dies sind die wichtigsten Mängel von Lissabon I.

Wir werden einheitliche Umverteilungsstrategien sowohl im Hinblick auf die Besteuerung als auch die Entlohnung einführen müssen. Darüber hinaus ist eine koordinierte Industriepolitik für Sektoren erforderlich, um die historisch gewachsene Betriebsstruktur unserer Weltregion zu schützen. Schließlich müssen wir uns neu gestalten und unseren sozialen Dialog als eine Kraft des Zusammenhalts und der Drosselung der Gefahren einer langfristigen Arbeitslosigkeit, mit der wir fertig werden müssen, wiederbeleben.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, Herr Präsident Van Rompuy, Herr Präsident Barroso – der eigentlich nicht hier ist, aber an den ich mich auch wende – die Wahrheit ist, dass es sehr gut war Sie gemeinsam zu sehen. Meiner Ansicht nach liegt das darin begründet, dass wir gesehen haben, dass es eine Hinwendung zur und Fokussierung darauf gibt, was die Grundlagen der gemeinsamen Strategie der nächsten zehn Jahre bildet. Und das ist meiner Meinung nach extrem wichtig.

Was mich am meisten an dem Vorschlag, den wir schriftlich gesehen haben, interessierte und was Sie gesagt haben, ist, dass es nur einige Ziele geben muss: nur Ziele mit absoluter Priorität; dass sie greifbar sein müssen, dass wir imstande sein müssen, sie zu messen und dass sie permanent evaluierbar sein müssen, damit wir erkennen, ob wir in dieser Richtung Fortschritte machen oder nicht.

Ich denke, dass dies grundlegend und eine wesentliche Änderung der Strategie von Lissabon ist.

Ich möchte ein Ziel herausstellen: den Binnenmarkt. Der europäische Binnenmarkt wurde vor mehr als 20 Jahren konzipiert. Zwanzig Jahre später liegt ein langer Weg vor uns, bevor wir in der Mehrheit der Sektoren einen echten europäischen Binnenmarkt haben. In einigen Fällen liegt es daran, dass es sehr neue Sektoren wie den digitalen Markt gibt. In anderen Fällen jedoch gibt es eine derartig große Zersplitterung und derartige Barrieren, dass wir der europäischen Wirtschaft den groß angelegten Rahmen entziehen, den sie benötigt, um die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit wirklich zu entwickeln. Eine Wettbewerbsfähigkeit, die zu Wachstum und wiederum zu Beschäftigung führen wird.

Herr Van Rompuy, Herr Barroso, wir brauchen eine Menge politischer Impulse: „business as usual“ kann kein Instrument mehr sein. Wir brauchen viel Führung, und Sie haben eine große Verantwortung. Um dies zu ermöglichen, haben Sie natürlich meine volle Unterstützung.

Udo Bullmann (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Punkte sehr präzise ansprechen. Erstens: Haben wir schon eine erfolgversprechende Strategie EU 2020? Nein, wir haben noch keine! Und ich will sagen, warum. Wenn Sie in der Kommission und die Mitgliedstaaten sagen, wir machen zuerst die schnelle Haushaltskonsolidierung und danach kümmern wir uns um Wirtschaft und Beschäftigung, ist das eine Rechnung, die nicht aufgehen wird. Wenn Sie uns nicht glauben, dann lesen Sie die Stellungnahme des Internationalen Währungsfonds von gestern: Die private Nachfrage ist noch lange nicht angesprungen. Wir sind in Sorge um die öffentlichen Investitionen. Wenn Sie nicht eine integrierte Strategie betreiben, in der konkrete Beschäftigungsziele im Mittelpunkt stehen, haben wir keine Chance, die Krise zu bewältigen.

Zweitens: Haben wir eine Antwort auf die Schuldenkrise der Länder, die am meisten unter Druck stehen? Nein, wir haben keine Antwort bisher! Länder haben Fehler gemacht, mehr als ein Land. Aber wenn Sie die Daten genau lesen und die Analysten anhören, dann wissen Sie, dass mindestens die Hälfte der griechischen Aufschläge den Spekulanten zu schulden sind – den Spekulanten, die Sie in der Kommission fünf Jahre lang nicht regulieren wollten, den Hedgefonds. Jetzt endlich tun wir das. Was heißt das in der Praxis? Wir brauchen einen Europäischen Währungsfonds, einen Fonds, der diesen Ländern hilft. Nicht nur außerhalb der Eurozone müssen wir vernünftige Kredite vergeben können, sondern auch innerhalb gegen Auflagen. Aber wir müssen europäische Politik machen, um die Krise zu lösen, und zwar jetzt!

Enikő Győri (PPE). – (HU) Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, als ein Mitglied des Dreivorsitzes und ungarische Abgeordnete verfolge ich die Aktivitäten von Präsident Van Rompuy für ein stark europäisches Bekenntnis und dem Vertrauen, mit dem er seine neuen Aufgaben übernommen hat, mit hoher Wertschätzung. Es ist völlig richtig, dass jetzt der Zeitpunkt ist, zu bestimmen, wie der Vorsitz des Europäischen Rates agieren wird. Ich bin überzeugt davon, dass ein Europa in der Krise eine starke Hand und Orientierung an der Spitze benötigt. Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit des neuen Programms, dem Schicksal seiner Vorgängerin, der Strategie von Lissabon, zu entgehen. Ich sage dies auch als Bürgerin eines ehemaligen kommunistischen Landes. In diesem Winkel Europas gibt es – möglicherweise nachvollziehbar – eine natürliche Aversion gegenüber bombastischen, langfristigen Plänen.

Ich habe eine institutionelle und eine sachdienliche Anmerkung. Die Institution betreffend: wir müssen entscheiden, an wen sich diese Strategie richtet. Wenn sie sich an die Staats- und Regierungschefs der EU

wendet, dann ist das, was bislang getan wurde, zweckentsprechend und der strenge Fahrplan eine gute Sache. Wenn wir jedoch glauben, dass die Strategie an die Bürgerinnen und Bürger der EU Europäischen Union, die wir für uns gewinnen möchten, gerichtet ist, und mit denen wir zusammen und nicht gegeneinander bei der Gestaltung einer stärkeren, wettbewerbsfähigeren Union arbeiten möchten, einer Union, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Vorteile als aktuell bietet, dann müssen wir gemäß dem Vertrag von Lissabon fortfahren und das Europäische Parlament und außerdem die nationalen Parlamente aufrichtig einbeziehen. Die heutige Debatte ist kein Ersatz für den üblichen Umgang mit diesem Thema in diesem Parlament, d. h. mit den Erklärungen der Berichterstatter in den Ausschüssen und den politischen Fraktionen.

Was die sachdienliche Anmerkung anbelangt: die Schaffung neuer Arbeitsplätze muss als wichtigstes Ziel angesehen werden. Das muss der Ausgangspunkt für jegliche neue Strategie sein. Wie ist das zu leisten? An dieser Stelle wissen wir sehr wenig darüber. Was wir wissen ist: weniger Prioritäten setzen, Engpässe lokalisieren, die Wirtschaftspolitik enger koordinieren. Das ist alles gut und schön, aber bitte berücksichtigen Sie Folgendes: zuallererst, lassen Sie uns nicht das ausrangieren, was gut funktioniert hat. Die EU ist durch die bestehenden Gemeinschaftspolitiken gestärkt worden. Darüber hinaus steuert sie gegen die Gründungsverträge, um den Zusammenhalt und die Agrarpolitiken, die den Interessen der Bürgerinnen und Bürger der EU gut dienen, zu verwerfen. Zweitens soll die neue Strategie den Interessen aller Regionen, und nicht nur denen von bestimmten Unternehmen oder Ländern, dienen. Durch die Kohäsion wird auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU wachsen. Lassen Sie uns drittens die Strategie auf die Länder abstimmen. Das ist es, was der ganzen Sache Glaubwürdigkeit verleiht.

Anni Podimata (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, es findet heute hier eine sehr interessante Debatte zur Strategie für 2020 statt, aber wir alle wissen nur zu gut, dass die informelle Tagung des Europäischen Rates am 11. Februar von der so genannten griechischen Frage beherrscht war. Wir wissen auch, dass der informelle Gipfel in einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs gipfelte, die Griechenland politisch unterstützt und eine Bereitschaft zum Ausdruck brachte, Maßnahmen für die Stabilisierung des Euro zu ergreifen. Ferner wurde dargelegt, dass Griechenland keinerlei finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union erbeten hatte.

Auch möchte ich diese Gelegenheit ergreifen, das Parlament daran zu erinnern, dass die griechische Regierung und der griechische Premierminister wiederholt betont haben, dass Griechenland nicht um Geld bittet. Es bittet nicht darum, dass ein deutscher oder österreichischer oder schwedischer oder ein beliebiger anderer europäischer Steuerzahler dessen Schulden bezahlt. Damit wird sich Griechenland selbst befassen, Griechenland wird die Schulden mit Hilfe seiner eigenen Anstrengungen, die auf den bereits angekündigten Maßnahmen beruhen, eindämmen.

Wenn wir schon über dieses Thema sprechen, Herr Verhofstadt, es trifft nicht zu, dass Griechenland äußerte, es hätte alle zur Beurteilung der Goldman-Sachs-Anleihe zweckdienlichen Angaben übermittelt; es hat gesagt, es wird sie umgehend vorlegen. Zudem – ich sehe den Präsidenten der Europäischen Kommission hier nicht; ich möchte meine Verwunderung im Hinblick darauf zum Ausdruck bringen, weshalb lediglich von den griechischen Behörden und Griechenland Erklärungen bezüglich einer Praxis verlangt wurden, die zahlreiche Mitgliedstaaten im Euroraum zehn Jahre lang von 1998 bis 2008 bis zu einem Sättigungspunkt angewandt haben, wie kürzlich vielfach in Artikeln der ausländischen Presse berichtet wurde.

Griechenland bittet nicht um Geld. Es bittet um etwas anderes. Etwas, was selbstverständlich sein sollte, nicht nur wegen Griechenlands Teilnahme am Euroraum, sondern auch ganz allgemein wegen seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union: ein Wort der politischen Unterstützung, der Solidarität und des grundlegenden und aufrichtigen Vertrauens. Um eine Unterstützung nicht nur in Worten; sondern um eine Unterstützung mit Substanz und Inhalt, die nicht entzogen und untergraben wird, sobald wir nicht mehr hinter geschlossenen Türen sitzen.

Griechenland bittet seine Partner darum, nichts zu tun oder zu sagen, was Spekulationen Vorschub leistet. Und damit aufzuhören, Zweifel zu säen, ob Griechenland in der Lage oder nicht sein wird, Resultate mit Hilfe der angekündigten Maßnahmen zu erzielen – denn das würde letztlich die Bemühungen, die das Land derzeit unternimmt, untergraben.

Wir dürfen unsere Köpfe nicht in den Sand stecken. Wir alle wissen, dass Spekulanten über Griechenland versuchen, auf den Euroraum und den Euro abzu zielen. Lassen Sie uns daher alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Euroraum und den Euro zu schützen.

(Beifall)

Paolo De Castro (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich muss zu meinem und zum tiefen Bedauern des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, dem vorzusitzen ich die Ehre habe, zum Ausdruck bringen, dass in der Strategie 2020 keinerlei Bezugnahme auf den Agrar- und Lebensmittelsektor erfolgt ist.

Es ist absurd, dass die von der Kommission vorgeschlagene Strategie für die nächsten 10 Jahre das zentrale Thema der Herausforderung im Hinblick auf Ernährungssicherheit, Wachstum und Erhalt von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten nicht einschließt.

Frau Präsidentin, wie kann man im Hinblick auf ein grünes und nachhaltiges Europa überzeugen, ohne zu berücksichtigen, dass 45 % der gesamten Gebiete Europas von Landwirten bewirtschaftet wird? Wie kann man übersehen, den beinahe 30 Millionen auf diesem Gebiet tätigen Menschen Rechnung zu tragen? Dies sind Beschäftigte, die es zu sichern und zu schützen gilt. Bevor wir uns auf neue Arbeitsplätze konzentrieren, müssen wir die bestehenden schützen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Landwirtschaft eine ganze Reihe wesentlicher Dienstleistungen anbietet, die sich unter anderem auf Lebensmittel, die Biodiversität, die Landschaft und die Umwelt beziehen. Und dies sind Aufgaben, die des sozialen und wirtschaftlichen Lebens ländlicher Gebiete halber durchgeführt werden.

Der spanische Ratsvorsitz hat gleichfalls nachdrücklich auf der Erfordernis einer kraftvollen gemeinsamen Agrarpolitik bestanden. Daher bin ich über dieses ganz schwerwiegende Versäumnis besorgt, von dem ich hoffe, dass das Parlament zur Richtigestellung in der Lage sein wird.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – (FI) Frau Präsidentin, dies ist das Jahr des Tigers, und die Volksrepublik China ist in wirtschaftlicher Hinsicht ein Tiger.

Derzeit ist Indien eine gigantische Baustelle, und ich denke, dass die indische Entwicklung einen gewaltigen Einfluss auf Europa haben wird. Genau aus diesem Grund brauchen wir einen neuen Rhythmus, einen Neuanfang, den EU 2020 symbolisiert. Wir brauchen eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine intelligente Steuerpolitik und den Mut, unsere strukturellen Schwächen anzuerkennen: die Forschung und die Produktentwicklung. Diese Themen sind hier sehr gut präsentiert worden.

Ich habe zwei Fragen. Wie sollen wir in Zukunft die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf der Grundlage dieser griechischen Tragödie und der Lektion, die sie uns gelehrt hat, überwachen? Meine andere Frage ist: Welche Anreize und Sanktionen sollen wir einsetzen, damit die EU-Strategie 2020 erfolgreicher wird als die Tragödie von Lissabon, die den Mitgliedstaaten völlig gleichgültig gewesen ist?

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Frau Präsidentin, Herr amtierender Ratspräsident, ich bin froh, dass Sie heute bei uns sind. Ich verstehe nicht, warum der Rat versucht, eine Entscheidung in derartiger Eile und ohne jede ernste Konsultation mit dem Europäischen Parlament zu treffen. Wir brauchen die EU-Strategie 2020, da sich die Strategie von Lissabon als nicht wirksam herausgestellt hat. Dennoch sind die im Umlauf befindlichen Dokumente allgemein und bieten keinerlei klare Aussagen im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen.

Ein Beispiel ist der soziale Aspekt. Die wichtigsten sozialen Probleme in Europa sind der zunehmende Alterungsprozess der Bevölkerung und ein Mangel an hohen Qualifikationen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Unter diesen Bedingungen ist die Zuteilung von weniger als 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung, Entwicklung und Innovation ein erster Fehler, der schnell berichtigt werden muss. Forschung und Entwicklung könnten auf öffentlich-privaten Partnerschaften und darauf beruhen Geschäftsleute zu ermuntern, in Forschungslabore und -institute zu investieren, um das Abwandern von qualifizierten Fachkräften in die Vereinigten Staaten oder Japan entgegenzuwirken.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Ich werde versuchen kurz zu sprechen, um die Redezeit einzuhalten. Ich bin enttäuscht, dass der Präsident der Kommission nicht mehr hier sitzt, aber ich glaube, dass der für die interinstitutionelle Zusammenarbeit zuständige Mann hier sitzt.

Als ein wichtiger Schritt hin zur Gestaltung einer erfolgreichen Strategie 2020 möchte ich daher insbesondere darüber sprechen, wie unerlässlich es für die verschiedenen Gemeinschaftsorgane ist, dem gegeneinander Wettstreit Einhalt zu gebieten. Und wie wichtig es für uns ist, im Hinblick auf die Instrumente ernsthaft zusammenzuarbeiten, ohne die es unmöglich sein wird, die Ziele der Strategie 2020 zu erreichen.

Demnach ist es sehr wichtig, dass die nationalen Egoismen aufrichtig in Richtung eines Gefühls nationaler Verantwortung und auch eines der Verantwortung auf europäischer Ebene transformiert werden. Denn solange wir das Thema der Harmonisierung der Sozialpolitik und der Steuerpolitik nicht schnellstmöglich ansprechen, wird es nicht möglich sein, die Ziele der Wirtschaftspolitik oder unserer gemeinsamen europäischen Wirtschaft zu erfüllen, die uns in eine echte Wettbewerbsregion innerhalb einer globalisierten Welt verwandeln wird.

Andrew Duff (ALDE). – Frau Präsidentin, ich bin Präsident Van Rompuy sehr dankbar für die Beschreibung seiner Tätigkeitsfelder, aber ich verstehe immer noch nicht ganz, warum er es ablehnt, meine parlamentarische Anfrage zu beantworten. Ich möchte ihn bitten, seine Herangehensweise an das Thema der parlamentarischen Anfragen zu überdenken.

Ich möchte mich auch bei Präsident Van Rompuy für das beschämende Verhalten von Nigel Farage entschuldigen. Ich garantiere ihm, dass er durch die große Mehrheit der britischen Abgeordneten mit großem Respekt behandelt werden wird.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, die Augen von ganz Europa – und nicht nur von Europa – waren kürzlich, wie zahlreiche Rednerinnen und Redner bereits sagten, auf Griechenland gerichtet.

Vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise ist es natürlich nicht nur Griechenland, das ernste wirtschaftliche Probleme hat. Wie wir wissen, gibt es auch weitere Länder.

Wir sind Zeugen eines beispiellosen Spekulationsangriffs, der kürzlich – ich bedauere dass zu sagen – die Form einer üblen Nachrede von der schlimmsten Art durch einige Medien angenommen hat.

Wie dem auch sei, Sie können sich alle sicher sein, dass Griechenland nicht bankrott ist, Griechenland bricht nicht zusammen. Darüber hinaus hat unser Land nie um finanzielle Unterstützung gebeten. Worum es gebeten hat und weiterhin bittet, ist politische Unterstützung. Worum es gebeten hat und weiterhin bittet, ist ein echter Beweis der Solidarität seitens der anderen Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Währungsunion, denn schließlich ist es das, was auf dem Spiel steht.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Zu Beginn des Jahres erreichte die Arbeitslosenquote 10 %, während das Defizit in zahlreichen Mitgliedstaaten angewachsen ist. Die Bürgerinnen und Bürger von Europa warten auf Sofortlösungen für die gegenwärtigen, grundlegenden Herausforderungen: den demografischen und Klimawandel und die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Europäische Union muss vorrangig in die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in Bildung, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Verkehr und energiewirtschaftlichen Infrastrukturen investieren. Die Europäische Union braucht eine nachhaltige Energiestrategie und eine moderne, sichere und effiziente Verkehrsinfrastruktur. Wir müssen in Energieeffizienzmaßnahmen sowohl zum Nutzen des Wohnungsbaus als auch der Modernisierung von Industrieanlagen investieren, wodurch uns ermöglicht wird, mehr als zwei Millionen neuer Arbeitsplätze bis zum Jahr 2020 zu schaffen.

Zusätzlich bedeutet die Verringerung der Schadstoffemissionen Modernisierung von Industrieanlagen in der ganzen Europäischen Union, und nicht die Verlagerung europäischer Industrien in Drittländer. Nicht zuletzt erfordern die alternde Bevölkerung und der Rückgang der Geburtenrate eine Reform der Sozialsysteme, sodass jeder Bürgerin und jedem Bürger der Europäischen Union ein Leben in Würde garantiert werden kann.

VORSITZ: HERR LAMBRINIDIS

Vizepräsident

Maroš Šefčovič, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ehrenwerte Mitglieder des Europäischen Parlaments! Die Sitzung hat etwas länger gedauert als vorgesehen, und der Präsident der Kommission musste aufgrund anderweitiger Verpflichtungen gehen, aber es ist mir eine Ehre, im Namen von Herrn Barroso und im Namen der Kommission zu antworten.

Ich möchte Ihnen allen zu Beginn für eine beeindruckende Aussprache zu danken, für viele interessante Ideen und für den Enthusiasmus und die Unterstützung, die Sie für die EU-2020-Strategie an den Tag legen. Ohne Ihre Unterstützung kann und wird EU-2020 nicht erfolgreich sein. Ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission sehr mutig sein wird. Die EU-2020 wird Bürger, Beschäftigung und Verringerung der Armut in den Mittelpunkt stellen. Ich kann Ihnen des Weiteren versichern, dass wir die Lektionen der

Lissabon-Strategie gelernt haben, und daher werden wir uns auf eine geringere Anzahl von Zielen konzentrieren und unsere Regierungsführung definitiv verbessern.

In der Kommission sind wir von dem starken Interesse und der, wie wir hoffen, starken Unterstützung vom Europäischen Parlament sehr ermutigt. Wir sind des Weiteren sehr stark von der im Europäischen Rat zu verspürenden Dringlichkeit ermutigt, die sehr deutlich macht, dass sich die gegenwärtig herrschende Atmosphäre sehr stark von der vor fünf Jahren herrschenden unterscheidet, als wir die Kriterien der Lissabon-Strategie diskutierten.

Aber wir müssen noch mehr tun. Wir müssen lokale und regionale Unterstützung für diese Strategie erhalten und was noch wichtiger ist, wir müssen es schaffen, dass die Leute dahinter stehen. Wir müssen sicherstellen, dass sie die Strategie nicht als eine weitere verwaltungstechnische Übung betrachten, sondern als einen Ansatz zur Verbesserung des Lebens in Europa, in den Ländern und Regionen. Ich möchte Sie, ehrenwerte Mitglieder, darum bitten, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Lassen Sie uns innerhalb der Institutionen nicht gegeneinander antreten, lassen Sie uns zusammenarbeiten, lassen Sie uns auf die Schwerpunkte konzentrieren und lassen Sie uns konkrete Ergebnisse liefern.

Wir möchten in die EU-2020-Strategie gerne ein aus drei ineinander greifenden Säulen bestehendes System einbinden, das auf einer klugen, grüneren und integrierten Wirtschaft basiert, und wir würden gerne flexible Initiativen auf diesen Säulen aufbauen, die auf die Engpässe, die Probleme abzielen, die die europäische Wirtschaft verlangsamen und sie daran hindern, ihr vollständiges Potenzial auszuschöpfen. Wir würden uns gerne mehr auf Bildung und Weiterbildung konzentrieren, damit die Erwerbsbevölkerung in Europa den Wettbewerbsvorteil beibehält, den Europa verdient. Wir werden die Verbindung zwischen der EU-2020-Strategie und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt beibehalten, da ein stabiler Finanzsektor der Schlüssel zur wirtschaftlichen Stabilität ist.

Wir haben heute viel über Griechenland gesprochen und ich möchte Ihnen versichern, dass die Mitgliedstaaten der Eurozone sich darauf geeinigt haben, notfalls entschlossene und koordinierte Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Stabilität in der Eurozone zu gewährleisten. Die Kommission wird eng mit Griechenland zusammenarbeiten und überwachen, wie das Land die Empfehlungen umsetzt. Eine von der Kommission zusammen mit der EZB geleitete und den IWF für technische Unterstützung in Anspruch nehmende Mission ist momentan in Athen, um einzuschätzen, ob es nötig ist, dass Griechenland weitere Maßnahmen ergreift.

Lassen Sie mich ganz deutlich werden. Wir verfügen über die Instrumente, die finanzielle Stabilität in der Eurozone nötigenfalls zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere die Mitglieder der Eurozone, die Kommission und die Europäische Zentralbank und wir sind bereit, einen europäischen Rahmen zu schaffen, um die Maßnahmen zu koordinieren. Jedoch müssen die einzelnen Phasen dieses Prozesses entwickelt werden, und es liegt nun an Griechenland, die Reformen voranzutreiben und die nötigen Maßnahmen zu veranlassen. Ich bin der Meinung, dass wir bereit sind, mutige Maßnahmen zu ergreifen, sei es im Hinblick auf die EU-2020-Strategie oder auf die Situation in Griechenland.

Herman Van Rompuy, *Präsident des Europäischen Rates*. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin froh über diese Aussprache. Ich bin froh, dass ich Ihre Einladung, ganz zu Beginn des Prozesses der 2020-Strategie hierherzukommen, angenommen habe, da die Debatten gerade erst begonnen haben. Wir hatten erst kürzlich am 11. Februar eine Aussprache, wir werden einen Frühjahrsrat Ende März abhalten und wir werden die 2020-Strategie oder die Strategie für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum Ende Juni abschließen. Daher haben wir ausreichend Zeit, um Ansichten auszutauschen und die Vorgehensweise endgültig festzulegen.

Daher begrüße ich dieses europäische Engagement und das Bewusstsein für die Dringlichkeit der Maßnahmen, das heute Nachmittag hier bekundet wurde. Es gab allerdings eine Rede, für die ich jedoch nichts als Verachtung empfinde, aber ich werde nicht weiter darauf eingehen.

Was die wirtschaftliche Strategie betrifft, werde ich drei Zeiträume unterscheiden. Der erste Zeitraum ist der Zeitraum, in dem wir uns nach wie vor befinden, mit anderen Worten, die Finanzkrise und all ihre Konsequenzen. Gestatten Sie mir, eine andere Tonart als jene anzuschlagen, die ich heute Nachmittag über den gesamten Verlauf der Aussprache hinweg gehört habe. Ich werde dies erklären. Ich würde gerne eine Tonart anschlagen, die auch die positiven Aspekte der Europäischen Union widerspiegelt, da in jüngster Vergangenheit, auch wenn dies überraschend klingen mag, auch positive Dinge passiert sind. Wir haben aus der 1930er-Krise Konsequenzen gezogen und unsere Lektionen gelernt. Nun ist seit der großen Krise bereits ein Jahr vergangen und wir können 2010 in den meisten Ländern erneut ein positives Wachstum verzeichnen. Dies war in den 1930ern nicht der Fall. Die Krise dauerte sogar bis zum Ende des Jahrzehnts an.

Weshalb können wir nun dieses positive Wachstum verzeichnen? Weil wir Maßnahmen ergriffen haben. Wir haben Maßnahmen ergriffen, um die Finanzinstitute zu retten, nicht, weil wir sie besonders gern mögen, sondern, weil es ohne sie keine Wirtschaft gibt. Wir haben eine intelligente Geldpolitik betrieben. Wir haben Liquidität in die Märkte injiziert, etwas, das vor 70 Jahren niemand getan hat. Wir haben für mindestens 16 Länder, trotz aller Probleme, eine Zone der Währungsstabilität geschaffen. In den 1930ern haben wir hinsichtlich der Abwertung gewetteifert. Dies ist nun nicht geschehen. Wir haben eine riskante Haushaltspolitik betrieben und Haushaltsdefizite dazu verwendet, um die Wirtschaft anzukurbeln. Wir haben nicht das getan, was in den 1930ern getan wurde, nämlich versucht, den Haushalt so schnell wie möglich wieder auszugleichen. Daher haben wir unseren Binnenmarkt geschützt, der nicht perfekt ist. Wir müssen ihn verbessern und Herr Monti wird uns dahingehend einige konkrete Vorschläge machen. Wir haben jedoch keinen Rückfall zum Protektionismus der 1930er erlitten. Daher haben wir aus der großen Krise, die wir gerade durchlebt haben, einige Lektionen gelernt.

Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen. Es ist der Europäischen Union zu verdanken, dass G20 geboren wurde. Wir waren diejenigen, die die Initiative ergriffen haben, diese noch nicht ausgereifte „Weltregierung“ zu schaffen. Es ist das erste Mal, dass die großen neuen und alten Mächte zusammengekommen sind, um die Krise zu bekämpfen, zwar auf unvollkommene Art und Weise, aber wir werden unsere Arbeit weiterhin in diese Richtung lenken. Europa, die Europäische Union, sollte daher nicht immer in die Defensive gedrängt werden. Es sind auch einige sehr positive Dinge zu Stande gekommen.

Nun müssen wir diese Strategie, diese so genannte Ausstiegsstrategie, hinter uns lassen. Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen einer zu schnellen Abkehr von den Haushaltsanreizen und der mittelfristigen Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt finden, der zur Finanzierung unseres Renten-, Sozialversicherungs- und Gesundheitssystems absolut notwendig ist. Es ist also ein schwieriges Gleichgewicht, das wir finden müssen, und der Stabilitäts- und Wachstumspakt liefert uns die Mittel, dieses zu erzielen, da er keine unmittelbare Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt erfordert. Er erfordert einen schrittweisen Ansatz, bei dem wir zuerst eine Phase von 3% und anschließend mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Ich denke, dass wir eine sinnvolle Politik betrieben haben und dies auch weiterhin tun werden.

Was die Lissabon-Strategie betrifft, kennen wir ihre Nachteile, wir dürfen jedoch auch nicht vergessen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Umsetzung der Lissabon-Agenda unterbrochen hat. Natürlich gab es auch Versäumnisse. Ich werde diese hier nicht auflisten, sie sind bestens bekannt. Ich möchte jedoch Folgendes sagen: Wir brauchen einige bedeutende Reformen, oder wichtige Reformen, und diese wichtigen Reformen, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, erfordern Haushaltsentscheidungen. Es ist kein Zufall - und ich habe dies in den schriftlichen Schlussfolgerungen, die Sie gelesen haben, wiederholt -, dass wir die Haushaltsdiskussion, effektiv in ihrem Rechtsrahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, mit wirtschaftlichen Reformen verknüpfen wollen. Wenn wir sagen, dass wir z.B. mehr Forschung und Entwicklung betreiben müssen, wir Vorkehrungen dafür in den nationalen Haushalten und in der finanziellen Vorausschau der Europäischen Union treffen müssen. Das bedeutet, dass einige Haushaltsentscheidungen getroffen werden müssen.

Eine weitere Konsequenz der Maßnahmen für die Lissabon-Strategie ist, dass die von uns vorgeschlagenen Ziele nicht immer „weiche“ Ziele sein werden. Wie es der Zufall will, könnten dies auch „harte“ Ziele sein. An diesem Punkt wird es schwierig. Auf der einen Seite steht die Forderung nach Reformen und auf der anderen Seite die Umsetzung der Reformen. Ich sage nicht, dass ich es hier gehört habe, aber außerhalb dieses Parlaments, auf europäischer Ebene, verlangen die Leute harte Maßnahmen, bedeutende Reformen, harte Reformen, und wenn die Leute in ihre Länder zurückgekehrt sind, kann ich nur wenige Veränderungen erkennen. Dafür benötigen wir eine einheitliche Vorgehensweise. Nicht nur die Europäische Union wird Reformen umsetzen. Wir können sie fördern, anregen und den richtigen Rahmen zur Verfügung stellen, aber eine große Anzahl an Reformen müssen auf nationaler Ebene durchgeführt werden, und daher ist es eine Frage der Demonstration maßgeblichen politischen Willens, und politisches Engagement ist das Wichtigste.

Es wird oft gesagt, dass wir verbindlichere Maßnahmen brauchen. Darüber sollten wir jedoch nachdenken. Ich habe eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, von denen ich glaube, dass sie intelligenter sind als verbindliche Maßnahmen. Jedoch hat selbst der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der viele verbindliche Maßnahmen enthält, bei einigen Ländern darin versagt, diese wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Daher ist die Methode nicht alles, die Methode löst nicht alle Probleme, und ohne politisches Engagement, ohne Verpflichtung, ist die Methode wertlos.

Was die wirtschaftliche Strategie anbelangt, ist es für einige recht und gut zu sagen, dass wir mehr Beschränkungen brauchen. Was jedoch wirtschaftliche Richtlinien anbelangt, sieht der Vertrag von Lissabon

diese nicht vor. Ich habe den Vertrag von Lissabon nicht selbst ausgearbeitet, das haben andere getan, er sieht jedoch keine Sanktionen, Strafen oder negative Maßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung der wirtschaftlichen Richtlinien vor. Werfen Sie einen genauen Blick auf Artikel 121, damit Sie sich dessen vollständig bewusst werden. Politisches Engagement, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, ist daher ausschlaggebend und ohne dieses politische Engagement wird nichts geschehen.

Ein abschließendes Wort zu Griechenland. Ich bin der Meinung, dass wir die richtige Botschaft ausgesandt haben. Wir haben die Botschaft der Verantwortung der griechischen Regierung übermittelt, die mit einer äußerst schwierigen Situation fertig werden muss, einer Situation, die sie geerbt hat. Sie ergreift einige mutige Maßnahmen. Am 11. Februar hat sie uns mitgeteilt, dass sie, wenn die gegenwärtigen Maßnahmen nicht ausreichen, um eine Verringerung des Defizits von 4% des BIP zu erreichen, zusätzliche Maßnahmen ergreifen wird. Wir haben uns dazu verpflichtet, unsere Überwachung zu verstärken, nicht nur auf Initiative der Europäischen Kommission, sondern auch mithilfe der Europäischen Zentralbank und sogar durch Experten des Internationalen Währungsfonds. Daher bin ich der Ansicht, dass wir den Aspekt der Verantwortung wirklich ganz klar umrissen und festgelegt haben. Falls nötig, gibt es jedoch das Kriterium der Solidarität. Griechenland hat gesagt, dass sie dies nicht in Anspruch nehmen möchte, wir haben jedoch zwei Botschaften übermittelt: Eine Botschaft der Verantwortung und eine Botschaft der Solidarität, falls nötig.

Selbstverständlich müssen wir Konsequenzen daraus ziehen, was in Griechenland in den vergangenen Jahren passiert ist. Auch in der Eurozone müssen wir im Hinblick auf die Erhebung von Daten sowie auf die Politik selbst mehr Initiative zeigen. Diese Krise ist auch eine Herausforderung, eine Herausforderung in dem Sinne, dass wir die Politik der Koordination aktiver betreiben müssen. Natürlich ist jede Krise eine Herausforderung. Wir müssen aus jeder Krise lernen. Nun, wir werden lernen. Wie wir aus der Krise der 1930er gelernt haben, müssen wir nun auch aus der Finanzkrise lernen: Stärkere Regulierung, stärkere Überwachung von Boni, eine weitreichendere Bankenpolitik. Wir müssen jedoch auch aus der Erfahrung Griechenlands und anderer Länder lernen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass ich in diesem Parlament dieselben Ambitionen verspürt habe. Ich habe denselben politischen Willen verspürt, eine Wirtschaftspolitik und -strategie zu verfolgen, die mit den Schwierigkeiten fertig wird, denen wir uns heute gegenübersehen. Wie viele von Ihnen gesagt haben, ist dies nicht nur die Verantwortung von ein oder zwei Leuten. Alle europäischen Institutionen und alle Mitgliedstaaten müssen gemeinsam die Verantwortung übernehmen. Ansonsten werden wir unser Gesellschaftsmodell nicht retten. Ansonsten werden wir unsere Stellung in der Welt verlieren. Daher bin ich heute Nachmittag mit dieser Einstellung hierhergekommen, um Sie zu treffen, und ich werde auch meine Arbeit mit dieser Einstellung fortsetzen.

(Beifall)

Der Präsident – Vielen Dank, Herr Präsident. Es war in der Tat eine große Freude, Sie zu Ihrem ersten Auftritt hier bei uns im Plenum zu haben. In Griechenland haben wir eine Redewendung für jemanden, der schwierige neue Pflichten übernimmt. Wir sagen: *σιδηροκέφαλος*, was soviel heisst wie, du mögest einen eisernen Kopf haben, um alles auszuhalten, was auf einem schwierigen Weg darauf fällt. Ich denke, dass Sie diese Fähigkeit besitzen. Wenn nicht, werden Sie sie entwickeln. Herzlichen Dank, dass Sie heute hier bei uns sind.

Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich – (RO) Die Wirtschaftskrise hat das Potenzial der EU-Länder für ein Wirtschaftswachstum sehr negativ geprägt. Wir haben die Aussprachen zu diesem Thema verfolgt und festgestellt, dass die Aufmerksamkeit auf den Austritt aus der Krise und die finanzielle Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums gerichtet ist. Es ist zweifelsohne eine gute Idee, die Probleme nach ihrer Schwere anzugehen. Es ist jedoch wichtig, dass wir realisieren, dass die Situation nicht mehr dieselbe wie vor der Krise ist. In Wirklichkeit ist es das Wirtschaftsmodell, das sich ändern muss. Es muss mehr auf Innovation und umweltfreundlichen Energiequellen basieren und die Erhaltung der Gesundheit der Menschen im Blickfeld haben. Ohne motivierte Arbeitnehmer können wir keine dynamische Wirtschaft haben. Wir können auch keine nachhaltige Wirtschaft haben, wenn wir den Umweltschutz nur halbherzig fördern. Ich glaube, dass wir, um das Wirtschaftswachstumspotenzial wiederzuerlangen, damit beginnen müssen, das Wirtschaftsmodell, das auf Innovation und persönliche Motivation ausgerichtet sein muss, zu ändern. Aus der Krise hervorzugehen ist im Grunde genommen kein Problem, das mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu tun hat.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich – (LT) Europa musste bereits eine Lektion lernen, da es nicht in der Lage war, die in der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele umzusetzen, und ich hoffe, dass es aus den Fehlern lernen wird, die die Wirtschafts- und Finanzkrise verursacht haben. Daher appelliere ich an Sie, in Zukunft zunächst der Schaffung von Arbeitsplätzen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und nicht nur irgendwelche Arbeitsplätze zu schaffen, sondern zu versuchen, qualitativ hochwertige Vollzeitarbeitsplätze zu gewährleisten und dabei die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen und die soziale Eingliederung sicherzustellen. Zweitens ist es sehr wichtig, für die Gleichstellung der Geschlechter und die Abschaffung der Armut zu kämpfen, insbesondere im Hinblick auf die Menschen in den am meisten gefährdeten Gruppen, da diese in diesen harten Zeiten am meisten von der Armut betroffen sind. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Weiteren auf Ausbildungssysteme lenken und auf die Bedeutung, neue Fertigkeiten zu erlernen. Da die Arbeitsmärkte der EU-Mitgliedstaaten dynamische Veränderungen durchlaufen, ist es nötig, sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer über die für künftige Arbeitsmärkte erforderlichen Fertigkeiten verfügen. Daher ist es zwingend erforderlich, in interne Mitarbeiterschulungen und lebenslanges Lernen zu investieren. Wir sollten einem der schwerwiegendsten Probleme der Gesellschaft die größte Aufmerksamkeit zollen, nämlich der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit. Wenn junge Leute keine Möglichkeiten erhalten, in den Arbeitsmarkt einzutreten, besteht die Gefahr, dass Europa eine ganze Generation junger Leute verliert. Im Rahmen des informellen Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs bezüglich der Europa-2020-Strategie am 11. Februar wurde die sehr wichtige Angelegenheit der Regierungsführung angesprochen. Obwohl der Europäische Rat in dieser Angelegenheit sehr ambitioniert ist, würde ich Sie dennoch dazu auffordern, sicherzustellen, dass das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente und der Rat sich noch aktiver beteiligen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich – (PT) Bei dieser Aussprache halten diejenigen, die innerhalb der Europäischen Union Verantwortung tragen, großen Abstand zu den wirklichen Problemen der Bürgerinnen und Bürger. Die Situationen, die wir bei unseren Besuchen und unseren Kontakten mit Arbeitnehmern, Landwirten, Fischern sowie Inhabern von Mikro- und kleinen Unternehmen vorfanden, zeigen auf, dass die Ansätze und Politiken der Europäischen Union nur dazu dienen, Beschäftigung unsicherer zu machen und Arbeitslosigkeit und Ausbeutung zu verschlimmern.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Arbeitslosenzahlen 23 Millionen überschritten haben und mehr als 85 Millionen Menschen von der Armut betroffen sind, ist es nicht akzeptabel, die Politiken weiterzuverfolgen, die diese Situationen verursacht haben.

Wir bestehen daher auf der Notwendigkeit, den Stabilitätspakt zu beenden und ihn durch einen Entwicklungs- und Beschäftigungspakt zu ersetzen, der der Schaffung von Arbeitsplätzen zusammen mit der Wahrnehmung von Rechten und einer Produktionssteigerung Priorität verleiht.

Es ist nötig, dass wir uns von der so genannten Lissabon-Strategie trennen und stattdessen eine Strategie des sozialen Fortschritts unterstützen, die dem Kampf gegen die Armut Priorität verleiht, bürgernahe öffentliche Dienste und soziale Ressourcen fördert und die Gleichberechtigung und die Rechte von Frauen vorantreibt. Das bedeutet die Entwicklung einer Haushaltspolitik, die die Zuteilung von Unterstützungsfonds der Gemeinschaft beschleunigt und deren Übermittlung an die Mitgliedstaaten schneller und einfacher gestaltet...

(Stimmerklärung gekürzt gemäß Artikel 170 der Geschäftsordnung)

Kinga Góncz (S&D), schriftlich – (HU) Die EU-2020-Strategie kann nur erfolgreich sein, wenn die Mitgliedstaaten sich zur Durchführung dieser Strategie verpflichten. Zusätzlich zur unmissverständlichen Akzeptanz nationaler Verantwortlichkeiten liegt der Schlüssel zum Erfolg in der Umsetzung von Gemeinschaftspolitiken mit ihren begleitenden Ressourcen für den Aufholprozess, regionale Entwicklung und Landwirtschaft. All dies wird zum Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Die nun Gestalt annehmende hierarchische Arbeitsmethode, die auf der verstärkten politischen Rechenschaftspflicht der Regierungen basiert, liefert auch stärkere Garantien für eine erfolgreiche Ausführung, als dies im Rahmen der Lissabon-Strategie der Fall war. Die 2020-Strategie legt darüber hinaus auch die Schwerpunkte der nächsten Haushaltsperiode dar, ohne dass gegenwärtig eingehende Diskussionen in diesem Rahmen vorgesehen sind. Folglich muss man genau jetzt die Bedeutung einer gemeinsamen Agrar- und Kohäsionspolitik für den nächsten 2014 beginnenden Siebenjahreshaushalt hervorheben. Ohne wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion gibt es kein starkes, wettbewerbsfähiges Europa. Konvergenz zwischen den Regionen stärkt die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Livia Járóka (PPE), schriftlich – (HU) Meine Damen und Herren! Eine der wichtigsten Herausforderungen, denen die EU sich gegenüberstellt, ist die Neubewertung der Lissabon-Strategie mit der damit zusammenhängenden Bekämpfung der Armut und Ausgrenzung und der Stärkung sozialer Kohäsion. Die

2020-Initiative, die eine der Hauptstützen der spanisch-belgisch-ungarischen Dreier-Präsidentschaft darstellt, muss auf die langfristigen demografischen und sozialen Herausforderungen reagieren, mit denen der Kontinent konfrontiert ist. Das bedeutet nicht weniger als ein Überdenken des europäischen Arbeitsmarktes sowie des Bildungssystems. Angesichts des Versagens der gegenwärtigen europäischen Beschäftigungsstrategie muss das 2020-Programm auf alle Fälle mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen, wobei das Hauptaugenmerk auf der gesteigerten Teilnahme von Frauen und benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt liegen muss. Es empfiehlt sich, dass sowohl die Agenda der Europäischen Kommission als auch der Aktionsplan der neu ernannten Dreier-Präsidentschaft Kriterien berücksichtigt, die für den Erfolg des Programms unerlässlich sind, wie z.B. Maßnahmen, die auf nicht gemeldete Arbeit, die Schattenwirtschaft und auf Personen abzielen, die die Schule frühzeitig abbrechen, sowie auf die Verbesserung der Bedingungen für die selbstständige Erwerbstätigkeit. Da sozioökonomische Ausgrenzung das Ergebnis zahlreicher voneinander unabhängiger Faktoren ist, könnten Lösungen nur mittels eines umfassenderen Aktionsplanes gefunden werden, der auf alle Bereiche zusammen eingeht, statt von den projektbasierten Ideen auszugehen, die bisher überwogen. Um erfolgreich zu sein, müssen isolierte Initiativen zugunsten von Maßnahmen abgeschafft werden, die in ein ausgeglichenes Politikpaket eingebunden sind, das auf eine frühzeitige Intervention ausgerichtet ist und sicherstellen kann, dass im Rahmen der Maßnahmen der sozialen Ausgrenzung gemäß den Laeken-Indikatoren wirkliche Verbesserungen erzielt werden.

Iosif Matula (PPE), schriftlich – (RO) Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist die schwerste der vergangenen Jahrzehnte, deren Auswirkungen in einer Halbierung des Wachstumspotenzials in der gesamten EU widerspiegelt werden. Dieser wirtschaftliche Rückgang geht des Weiteren Hand in Hand mit einer wachsenden Überalterung der Bevölkerung, die die Bemühungen, den EU-Volkswirtschaften zum wirtschaftlichen Aufschwung zu verhelfen, einschränkt. Vor diesem Hintergrund muss die 2020-Strategie, die als eine Fortsetzung der Lissabon-Strategie konzipiert wurde, die erforderlichen Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum und finanzpolitische Konsolidierung schaffen. Lebenslanges Lernen muss wesentlich leichter zugänglich sein und Universitäten müssen wesentlich offener sein, Studenten aufzunehmen, die nicht dem Durchschnitt entsprechen. Eine bessere Korrelation zwischen Angebot und Nachfrage und eine größere Mobilität von Arbeitnehmern wird diesen mehr Möglichkeiten dort eröffnen, wo deren Fertigkeiten am meisten gefragt sind. Moderne Sozialversicherungs- und Rentensysteme sind erforderlich, um Armut und Ausgrenzung zu verringern. Die Beschäftigungspolitik muss sich auf die Flexibilität des Arbeitsmarktes konzentrieren, auf dem Arbeitnehmer Verantwortung für ihr Arbeitsleben übernehmen, indem sie sich fortlaufend weiterbilden, um sich Veränderungen und der Mobilität anzupassen. Es ist unerlässlich, dass wir uns an das gegenwärtige Klima der Wirtschaftskrise und an eine alternde europäische Bevölkerung anpassen, um in der Lage zu sein, die Menschen, die momentan arbeitslos sind, ausreichend zu unterstützen.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), schriftlich – (RO) Ich teile die Meinungen von Kolleginnen und Kollegen, die den fehlenden Agrarsektor in der EU-2020-Strategie angesprochen haben. Ich bin der Meinung, dass Landwirtschaft ein Bereich ist, der zur Entwicklung der Europäischen Union beitragen kann und gleichzeitig ein bedeutender Sektor ist, da sie das Herzstück der europäischen Lebensweise darstellt. Nicht zuletzt muss der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit zukommen, da sie von der Wirtschaftskrise besonders hart getroffen wurde. Um das gesamte Ausmaß der Auswirkungen zu ermitteln, müssen wir nur die Verringerung des Realeinkommens pro landwirtschaftlichem Arbeitnehmer betrachten, die in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zu 35 % erreicht hat.

Ioan Mircea Pașcu (S&D), schriftlich – In Übereinstimmung mit der Eröffnungsrede von Präsident Van Rompuy, bezieht sich meine Erklärung auf die Umsetzung des Vertrages von Lissabon. Während die Schaffung der „doppelhütigen“ Position der Hohen Vertreterin theoretisch gut aussieht, verursacht sie in der Praxis, aufgrund ihrer „Einzigartigkeit“ Probleme, die von den Verfassern des Vertrages nicht vorhergesehen wurden. Aufgrund des Fehlens einer ebenfalls doppelhütigen Vertretung wird die Hohe Vertreterin immer öfter zwischen ihrem Verbleib in Brüssel und ihrer Präsenz, z.B. im Europäischen Parlament sowie Flügen in ausländische Hauptstädte entscheiden müssen, in denen die EU eine gleichermaßen hohe Vertretung braucht. Natürlich kann Lady Ashton „delegieren“, aber wenn dies nötig ist, wird sie dies auf einer Ad-hoc-Basis zu Lasten entweder des Rates oder der Kommission tun müssen. Und wenn die rotierende Präsidentschaft sich wieder einschaltet, um das Gleichgewicht wiederherzustellen, wird dies letzten Endes mehr statt weniger Bürokratie verursachen.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich – (PL) Europa 2020 darf die Fehler seiner Vorgängerin, der Lissabon-Strategie, nicht wiederholen. Die neue Strategie wurde, in bedeutendem Maße, von der Wirtschaftskrise geformt, mit deren Auswirkungen sie fertig werden muss. Gleichzeitig müssen wir unsere Versäumnisse wiedergutmachen. Wie konnte die EU, obwohl die Vorschriften des Stabilitäts- und

Wachstumspaktes so streng sind, ein Defizit von 7% und Schulden in Höhe von 80% des BIP aufbauen? Wer ist dafür verantwortlich? Was wir uns für die EU am meisten wünschen ist die Rückkehr auf einen Weg raschen Wachstums und diesem Ziel sollte die Strategie hauptsächlich dienen. Die gegenwärtigen Bestimmungen der Strategie zeigen weder, wie dies erreicht werden kann, noch wie Europas soziale Errungenschaften mit demografischen Problemen, mit den schwachen Leistungen der Krankenversicherungssysteme und unzulänglichen Renten- und Sozialhilfesystemen in Einklang gebracht werden können. Was ist darüber hinaus mit den Arbeitsstunden? Und abschließend, was geschieht im Hinblick auf die Einrichtung eines Systems zur Beaufsichtigung und Überwachung von Banken und anderen Finanzinstituten? Oder wie wollen wir die Produktivität erhöhen? Wir brauchen im Hinblick auf diese neuen Herausforderungen einen neuen Ansatz.

Bogusław Sonik (PPE), schriftlich – (PL) Das Vorrangigste der neuen Euro-2020-Strategie ist, eine intelligentere und ökologisch wissenschaftsbasierte Marktwirtschaft zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten wir uns vor allem auf die Stärkung des EU-Binnenmarktes und die Ausweitung des freien Dienstleistungsverkehrs konzentrieren. Die Rolle der Europäischen Kommission sollte es sein, Unternehmerschaft zu fördern und auch die Anmeldung von Unternehmen zu vereinfachen, indem sie rechtliche und wirtschaftliche Barrieren beseitigt. Unterstützung, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen ist eine bedeutende Angelegenheit. Die Aufhebung der Anforderung für Mikrounternehmen, Jahresabschlüsse vorzulegen und die Verbesserung des Zugangs zu Krediten könnten wichtige Schritte in diese Richtung sein. Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage bezüglich der unternehmerischen Mentalität der Leute zeigen, dass die Europäische Union immer noch hinter den Vereinigten Staaten hinterherhinkt, aber ebenso, dass mehr als die Hälfte junger Europäer in den nächsten fünf Jahren Unternehmer werden möchten. Ich denke auch, dass es wichtig ist, dass wir uns auf die Schaffung von wissenschaftsbasiertem Wirtschaftswachstum und auf die Gestaltung einer wettbewerbsfähigen, kohäsiven und umweltfreundlicheren Wirtschaft konzentrieren. Deshalb müssen wir der Entwicklung und beruflichen Vorbereitung junger Leute Aufmerksamkeit zollen und unsere Ausgaben dafür erhöhen, um langfristigen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die EU sollte so schnell wie möglich eine europäische digitale Agenda implementieren, um zur Etablierung eines wirklich einheitlichen gemeinsamen Marktes im Internethandel beizutragen, damit Verbraucher von wettbewerbsfähigen Preisangeboten in anderen Mitgliedstaaten profitieren können und KMU in der Lage sind, ungehindert auf dem europäischen Markt zu operieren.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D), schriftlich – (HU) Die EU-2020-Strategie muss auf zwei Säulen stehen. Einerseits, Solidarität unter Mitgliedstaaten. Dies garantiert, dass keiner der Mitgliedstaaten in der Krise auf der Strecke bleibt. Andererseits müssen die Mitgliedstaaten auch ihre Solidarität mit der Gemeinschaft zeigen, indem sie gemeinsam beschlossenen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen. Während der Aussprache über die Zukunft der EU sollten wir die bereits funktionierenden Politiken nie aus den Augen verlieren. Die gemeinsamen Agrar- und Kohärenzpolitiken sind die wahren Ergebnisse europäischer Integration und Symbole der Solidarität zwischen Mitgliedstaaten und Nationen. Als ungarisches Mitglied des Parlaments und als Politiker aus einem neuen Mitgliedstaat betrachte ich die neuen, von der Europäischen Kommission formulierten Prioritäten alle als gleich bedeutend: Schaffung einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft, Förderung von Innovationen, Stärkung sozialer Eingliederung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine energischere Stellungnahme gegen den Klimawandel im Rahmen nachhaltiger Entwicklung.

Der Preis, der für eine stärkere Zusammenarbeit in den genannten Bereichen bezahlt wird, darf nicht die Schwächung der vorangegangenen gemeinsamen Politiken sein. Die von der gemeinsamen Agrarpolitik garantierte Lebensmittelsicherheit wird im 21. Jahrhundert immer wichtiger, da Nahrungsmittel und Trinkwasser immer mehr dieselbe strategische Bedeutung annehmen, die Öl im 20. Jahrhundert hatte. Wenn wir die globale wettbewerbsfähige Position der EU wirklich stärken möchten, können wir es nicht zulassen, dass bestimmte Regionen aufgrund einer überalterten Infrastruktur und schlechter Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme zurückbleiben. Daher besteht eine fortlaufende Notwendigkeit für eine starke, auf Solidarität basierende Kohäsionspolitik.

Traian Ungureanu (PPE), schriftlich – (RO) Die EU-2020-Strategie muss einen Durchbruch darstellen. Ansonsten wird EU-2020 zu einem Lissabon 2 werden, einer Strategie, die in 10 Jahren durch eine neue Strategie ersetzt werden muss. EU-2020 muss ganz eindeutig den Beginn der Post-Lissabon-Phase kennzeichnen. Wir müssen die Prioritäten für die Strategie setzen, die wir ins Leben rufen, damit die von der EU-2020 hervorgebrachten Reformen mittel- und langfristig überleben.

Drei Schwerpunktbereiche müssen auf alle Fälle Teil von EU-2020 sein. Der erste ist eine aktive Unterstützung von KMU, die auf der Wechselbeziehung zwischen Gemeinschaftsprogrammen und makroökonomischen

Politiken basiert. Dieser Ansatz wird eine gesunde wirtschaftliche Umgebung für Privatunternehmen garantieren. Der zweite ist ein Bildungssystem, das Arbeitskräfte den Anforderungen des Marktes entsprechend vorbereitet. Dieser Prozess wird ein besseres Beschäftigungsniveau in den Mitgliedstaaten gewährleisten. Und letztendlich muss das Europäische Parlament eine bedeutendere Rolle spielen. Dadurch wird die Nutzung echter Informationen der Mitgliedstaaten ermöglicht und eine Ausweitung der Ungleichheiten zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten verhindert. Eine auf klare Schwerpunkte ausgerichtete EU-2020-Strategie wird das Wirtschaftswachstum in der EU schnell wieder ankurbeln, insbesondere im Kontext des gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Drucks.

14. Prioritäten des EP für die Tagung des UN-Menschenrechtsrats vom 1. bis 26. März 2010 in Genf (Aussprache)

Der Präsident – Der nächste Punkt sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Prioritäten des Parlaments für die Tagung des UNO-Menschenrechtsrates (Genf, 01.-26. März 2010).

Diego López Garrido, Amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident! Die Europäische Union bereitet sich in Genf, in Brüssel und in den Hauptstädten anderer Länder auf die erste Tagung des Menschenrechtsrates in diesem Jahres vor.

Der Menschenrechtsrat ist ein Forum, um die Menschenrechtssituation aller Regionen weltweit und die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, die Menschenrechtssituation zu verbessern, zu diskutieren. Diese Verbesserung ist eines der Grundsätze, eines der Elemente, eines der wesentlichen Merkmale des Geistes der Europäischen Union, die Sache, die ihr ihre wahre Identität in der Welt verleiht.

Die Präsidentschaft des Rates nimmt ihre Rolle, die sie zu diesem Zeitpunkt spielen muss, sehr ernst. Sie nimmt die Herausforderungen, die die Europäische Union während dieser Sitzungen des Menschenrechtsrates bewältigen muss, sehr ernst. Ein Beweis dafür ist, dass die erste Vizepremierministerin der spanischen Regierung, María Teresa Fernández de la Vega - die in diesem Falle als die Vertreterin der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union fungiert - dem Tagungsteil auf hoher Ebene beiwohnt, das den Beginn der 13. Sitzungsperiode des Rates darstellt.

Die Präsidentschaft wird daher mit einer aktiven Präsenz bei der Arbeit des Rates aufwarten.

Wir werden die Positionen der Europäischen Union im Hinblick auf Angelegenheiten mit speziellen Auswirkungen auf zahlreiche Mitgliedstaaten verteidigen, und die Europäische Union wird zusätzlich zu den nationalen Initiativen auch noch länderspezifische Entschlüsse einbringen.

Wir sind weiterhin der Meinung, dass der Rat über Instrumente verfügen muss, um Menschenrechte zu verteidigen, um auf Situationen gravierender Menschenrechtsverletzungen zu reagieren, entweder mittels eines länderspezifischen Mandats - wie im Falle Birmas oder der Demokratischen Volksrepublik Koreas -, oder mittels Mandaten bezüglich spezifischer Themen innerhalb eines Landes. Dies wird, wie wir hoffen, für die Demokratische Republik Kongo der Fall sein.

Diese Situationen müssen von der internationalen Gemeinschaft und vom Menschenrechtsrat überwacht werden, wenn wir möchten, dass der Rat seine Glaubwürdigkeit aufrechterhält.

Einer der Punkte auf der Agenda der bevorstehenden Sitzungen des Rates wird etwas sein, worüber wir später noch sprechen werden, im Rahmen eines weiteren Punktes heute Nachmittag, nämlich der Sondersitzungen zu Gaza und dem Goldstone-Bericht. Die Europäische Union geht davon aus - wie wir auch später noch einmal anmerken werden -, dass dieser Bericht eine zuverlässige Analyse darstellt, und die Europäische Union betonte die Bedeutung der Durchführung angemessener, zuverlässiger Untersuchungen hinsichtlich möglicher Verletzungen internationaler Menschenrechtsgesetze sowie internationalen Völkerrechts.

Zuletzt möchte ich gerne das Problem der Überwachung des Rates diskutieren.

Dies wird ein entscheidendes Jahr im Hinblick auf die Verhandlungen bezüglich der Überwachung der Arbeit des Rates sein, die insbesondere 2011 stattfinden wird.

Die Europäische Union beginnt ihre Arbeit, beabsichtigt jedoch eine Konsolidierung, bezüglich einer klaren Position, einer klaren Strategie für die Union, damit wir weiterhin eine aktive Rolle spielen und unser Engagement hinsichtlich des Schutzes und der Achtung von Menschenrechten zum Ausdruck bekunden können.

Auf alle Fälle ist klar, dass die Europäische Union weiterhin für die Unabhängigkeit des Büros des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte plädieren wird, so wie sie das immer getan hat, für die Unabhängigkeit spezieller Verfahren, die Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen im Menschenrechtsrat, die Aufgabe des Rates, sich mit ernststen Menschenrechtsverletzungen auseinander zu setzen sowie für die Einrichtung von Ländermandaten.

Spanien und die spanische Präsidentschaft sind sich darüber im Klaren, dass sie die rotierende Präsidentschaft im Hinblick auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten zu einem für die Union und die Vereinten Nationen äußerst wichtigen Zeitpunkt übernommen haben.

Der Vertrag von Lissabon hat auch im Hinblick auf die Maßnahmen im Außenbereich der Union, wie auch in so vielen anderen Bereichen, eine neue Phase eröffnet, und wir hoffen, dass unsere gemeinsame Arbeit unter der Leitung der Hohen Vertreterin die Stimme der Europäischen Union in Bezug auf die Verteidigung der grundlegenden Prinzipien der Arbeit des Menschenrechtsrates noch besser wahrnehmbar macht. Wir hoffen des Weiteren, dass diese Phase der Entwicklung hin zu einem aktiveren, transparenteren und effizienteren Rat von der Übergangsphase profitiert, die die Union unter einer Präsidentschaft - die ich gegenwärtig vertrete - durchlebt, die alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um sicherzustellen, dass die von nun an von der Union und dem Rat beschrittenen Wege zum selben Ziel führen, nämlich der Förderung und dem Schutz von Menschenrechten weltweit.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich finde es sehr angemessen, dass ich heute zum ersten Mal bezüglich der Angelegenheit der Menschenrechte hier bin, die sich so gut mit den Schwerpunkten meines Geschäftsbereichs deckt.

Die Kommission schließt sich der Darstellung der spanischen Präsidentschaft im Großen und Ganzen an, und ich möchte zwei Anmerkungen zu dem hinzufügen, was hier bezüglich der Schwerpunkte der bevorstehenden Sitzungsperiode und darüber gesagt wurde, wie die EU ihre Tätigkeit auf diese Schwerpunkte ausrichten wird.

Die erste betrifft thematische Angelegenheiten. Die EU und die Gruppe lateinamerikanischer Länder arbeiten gemeinsam an einem Entschließungsentwurf über die Rechte des Kindes, wobei sie sich besonders auf die Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder konzentrieren. Die Kommission ist hinsichtlich des Anstiegs sexueller Gewalt in Konfliktregionen und Krisensituationen und der Auswirkungen auf die Schutzbedürftigsten, insbesondere auf Kinder, sehr besorgt. Die EU wird in Übereinstimmung mit dem europäischen Konsens über humanitäre Hilfe sicherstellen, dass dieser Punkt in der Entschließung ordnungsgemäß berücksichtigt wird.

Die EU würde des Weiteren aktiv an einem Gremium teilnehmen, das sich mit den Rechten Behinderter befasst. Es besteht hier eine klare Verbindung zu unseren EU-internen Politiken, da wir das Verfahren für den Beitritt zu dem Abkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Personen mit Behinderungen bald abschließen werden.

Ein weiterer thematischer Bereich von besonderem Interesse ist das Recht auf Nahrung, das im Einklang mit den Millennium-Entwicklungszielen steht, sowie die Menschenrechte von Binnenvertriebenen, die im Gegensatz zu Flüchtlingen nicht ausreichend durch internationale Konventionen geschützt sind, und wir werden im Hinblick auf diesen Punkt weiterhin Druck machen.

Die zweite Anmerkung, die ich machen möchte, betrifft die Unterstützung seitens der EU für die Annahme der Berichte über die allgemeine regelmäßige Überprüfung von Staaten, die diesen Prozess im Dezember durchlaufen haben, durch das Plenum. Dies ist ein sehr bedeutender Moment, zu dem die überprüften Staaten die Verpflichtungen veröffentlichen können, die sie bezüglich der Verbesserung der Menschenrechtssituation eingehen. Gleichzeitig können die Staaten sich dafür entscheiden, internationale Hilfe für die Umsetzung dieser eingegangenen Verpflichtungen anzufordern. Die Kommission ist nach wie vor sehr offen, Mittel und Wege mit Partnern zu diskutieren, um die Umsetzung der Empfehlungen dieser Überprüfungen zu unterstützen.

Wie von der spanischen Präsidentschaft bereits betont wurde, ist die Tatsache sehr kritisch, dass die Auswirkungen dieses Prozesses vor allem von der Transparenz und Offenheit abhängen, die die EU-Mitgliedstaaten an den Tag legen, da wir nur erfolgreich sein können, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Laima Liucija Andrikiienė, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich begrüße die Tatsache, dass das Europäische Parlament in der bevorstehenden Sitzung des Menschenrechtsrates eine Entschließung annehmen wird. Des Weiteren begrüße ich die Tatsache, dass das Europäische Parlament eine Delegation zum Menschenrechtsrat entsenden wird, da unsere Empfehlungen an den EU-Rat sich normalerweise darauf beziehen, wie die Arbeit des Menschenrechtsrates verbessert und die Rolle der Europäischen Union darin gestärkt werden kann.

Die 13. Sitzungsperiode ist die wichtigste, die 2010 stattfindet und umfasst Treffen auf hoher Ebene und Diskussionen mit Regierungschefs bezüglich einer Reihe wichtiger Angelegenheiten, die vom Kommissar und vom Minister bereits erwähnt wurden, wie z.B. die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Menschenrechtssituation weltweit. -

Wir begrüßen die Tatsache, dass unsere amerikanischen Partner sich in vollem Umfang an der Arbeit des Menschenrechtsrates beteiligen. Wir stellen jedoch mit Besorgnis fest, dass einige Länder versuchen, den gesamten Prozess und die Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsrates zu unterminieren. Der Iran hat signalisiert, dass er sich bei den Wahlen unter Umständen um einen Platz im Rat bewirbt. Es wäre äußerst bedauerlich, wenn der Iran gewählt werden würde, da sich dadurch die Anzahl der Länder mit einer problematischen Menschenrechtshistorie im Rat erhöhen würde. Der Menschenrechtsrat würde dann riskieren, so überholt und unwirksam zu werden wie seine Vorgängerin, die Menschenrechtskommission. Mit anderen Worten, die Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsrates steht auf dem Spiel, und wir sollten daher alles in unserer Macht Stehende tun, um die Autorität des Menschenrechtsrates aufrechtzuerhalten.

Richard Howitt, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte zunächst einmal die Beteiligung dieses Parlaments an UN-Initiativen begrüßen. Im Herbst haben wir uns in New York für die Ernennung eines neuen stellvertretenden Generalsekretärs eingesetzt, um den Menschenrechten in der UNO eine höhere Priorität zu verleihen und nächsten Monat werden wir erneut selbst im Menschenrechtsrat sein: Nicht einfach nur im Dialog mit unseren EU-Vertretern, sondern auch zur Zusammenarbeit mit Drittländern, als Teil der gemeinsamen Anstrengungen Europas, die Achtung der Menschenrechte mit dem Rest der Welt zu fördern. Ich bin stolz darauf, dass wir in Genf sehen können, dass Europa für Menschenrechte eintritt, und da die Arbeit im Juni dieses Jahres beginnen soll, ist in unserer Entschließung heute festgelegt, dass wir auch hinsichtlich einer weiteren Reform des Menschenrechtsrats selbst eine Vorreiterrolle spielen sollten.

Der Rat ist nach wie vor zu politisiert, und unser heute hier vorgelegter Text kritisiert jene Delegierten zu Recht, die um 6 Uhr morgen mit ihren Autos vor den Vereinten Nationen in Genf vorgefahren sind, um als erste die Liste der Redner zu füllen, um Sri Lanka bei ihrem Vorhaben, keine Maßnahmen einzuleiten, zu unterstützen, um Kritik bezüglich Menschenrechtsverletzungen in diesem Land sowie dem Geist der Einrichtung des Menschenrechtsrates zu entgehen: dass er sich das ganze Jahr über mit Menschenrechtsverletzungen befassen sollte, unabhängig davon, wo und wann diese sich zutragen. In diesem Parlament stimmen wir vielen der von der spanischen Präsidentschaft verkündeten Grundsätze bezüglich einer weiteren Reform zu, und ich möchte mich meiner Kollegin, Frau Andrikiienė anschließen, die sagte, dass es ein weiterer Todesstoß für den Rat sein wird, wenn der Iran mit seiner verheerenden Menschenrechtshistorie das nächste Mal, wie einige befürchten, widerstandslos gewählt wird.

Die härteste Bewährungsprobe im Hinblick auf Menschenrechte ist für jede Nation, wenn sie des Verstoßes gegen diese beschuldigt wird. Daher freut es mich sehr, dass sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten sich beim organisatorischen Treffen in Genf am 18. Februar für die gemeinsame Untersuchung geheimer Haft ausgesprochen haben, die dem Menschenrechtsrat dieses Mal vorgelegt wurde. Wir werden Kritik nicht immer zustimmen, aber wir müssen immer ein offenes Ohr dafür haben, wenn wir erwarten, dass Andere das auch tun.

Kristiina Ojula (ALDE). – (ET) Hohe Vertreterin, Herr Kommissar! Wir von der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa möchten, dass die Europäische Union bei der bevorstehenden 13. Sitzungsperiode des UNO-Menschenrechtsrates präsent ist. Als Mitverfasserin dieser Entschließung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die Artikel 9 und 13 dieser Entschließung lenken, die sich mit Angelegenheiten des Iran befassen.

Für uns, die ALDE-Fraktion, ist es inakzeptabel, dass der UNO-Menschenrechtsrat nicht in der Lage - um nicht zu sagen nicht gewillt - ist, mit der nötigen Schnelligkeit auf die Menschenrechtskrisen in Afghanistan, Guinea, im Iran, im Jemen und im Irak zu reagieren. Der Zweck des Menschenrechtsrates, der alle Länder weltweit zusammenbringt, ist, die Menschenrechtssituation in den Gebieten aller Mitgliedstaaten permanent zu überwachen und ohne Verzögerung auf jegliche Verschlechterung einer Situation zu reagieren.

Die gegenwärtige laxe Handhabung der Situation ist ein ganz klares Zeichen für die Schwäche und Unfähigkeit der Organisation, das Erreichen der Ziele, die sie sich selbst gesteckt hat, entsprechend umzusetzen. Die Schwäche der Organisation zeigt sich auch ganz offenkundig in der Kandidatur des Iran, bei der Wahl des UNO-Menschenrechtsrates, die im Mai 2010 stattfindet, was ziemlich skurril ist. Der Gedanke alleine ist schon absurd, wenn man die hilflosen Versuche des theokratischen Regimes des Iran bedenkt, die zivilen Unruhen, die das gesamte Land zum Stillstand gebracht haben, mittels eines repressiven Apparats zu unterdrücken. Die einzige Möglichkeit ist es, der gesamten internationalen Gemeinschaft die Schuld dafür zu geben.

Wir respektieren die Entscheidungen der iranischen Bürgerinnen und Bürger und das Ziel unserer Kritik ist es, eine bessere Zukunft für die Iranerinnen und Iraner zu erreichen. Wir appellieren an die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und an den Vizepräsidenten der Kommission, in dieser Angelegenheit einen resoluten Standpunkt zu vertreten und starken Druck auf die Vereinten Nationen auszuüben.

Heidi Hautala, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Herr Präsident! Die Europäische Union hat eine großartige Möglichkeit, beim nächsten Menschenrechtsrat eine Bewegung zur Stärkung der internationalen Gesetzgebung zu unterstützen.

Uns wurden sowohl vom Rat als auch von der Kommission lange Listen mit wichtigen Themenbereichen präsentiert, aber haben wir irgendwelche Garantien dafür, dass die Europäische Union tatsächlich darauf besteht, dass sich mit diesen befasst wird? Ich möchte z.B. erwähnen, dass der Goldstone-Bericht über die Verstöße gegen internationales Völkerrecht während des Krieges in Gaza von den Mitgliedstaaten sehr kontrovers aufgenommen wurde. Meiner Meinung nach haben wir ein Recht darauf, vom Vertreter des Rates einen Bericht darüber zu erhalten, wie die verschiedenen Mitgliedstaaten nun zu diesem wichtigen Bericht stehen. Dieser Bericht ist zu einem Zeitpunkt äußerst wichtig, wo wir versuchen zu erreichen, dass diejenigen, die sich aufgrund von Verstößen gegen internationales Völkerrecht und Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, nicht länger ungestraft davonkommen, sondern stattdessen zur Rechenschaft gezogen werden.

Zweitens möchte ich, wie mein Kollege Herr Howitt, den neuen Bericht über geheime Haftanstalten erwähnen. Die Europäische Union muss strengere Maßnahmen gegen Folter und unmenschliche Behandlungen in Gefängnissen, von denen einige geheim sind, ergreifen. Wir müssen des Weiteren dazu in der Lage sein, der Tatsache ins Auge zu sehen, dass sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union selbst solcher Vorfälle schuldig gemacht haben. Das kann so nicht weitergehen. Wir müssen diese Angelegenheiten, insofern sie uns betreffen, überprüfen.

Wir haben die Möglichkeit, die Macht des Internationalen Strafgerichtshofs zu stärken, indem wir energisch dazu Stellung beziehen, wie die Berufsordnung des Gerichtshofs in diesem Frühjahr geändert werden sollte.

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident! Der Menschenrechtsrat hat zweifelsohne lobenswerte Ziele, aber sein Ansehen erleidet durch das Verhalten einiger seiner Mitglieder großen Schaden. Viele von ihnen haben kaum Achtung vor Menschenrechten und Demokratie, darunter Kuba, China, Pakistan, Saudi-Arabien, Nicaragua und Gabun - und der Iran, als potenzieller Kandidat -, um nur einige zu nennen. Daher hat diese Einrichtung eindeutig eine geringe substanzielle moralische Autorität. Dies ist alles, worauf die EU sich auf Ebene der UNO einlassen muss, und sie verrichtet trotzdem teilweise gute Arbeit bezüglich der Ernährungssicherheit und der Rechte des Kindes. Sie greifen jedoch die Menschenrechtshistorie Israels zwanghaft an, wobei ihre eigene Missachtung von Menschenrechten oftmals Untersuchungen entgeht.

Die Entschließung dieses Parlament weist zu Recht darauf hin, dass die 13. Sitzungsperiode die schwerwiegenden Menschenrechtsprobleme im Zusammenhang mit Regimen wie z.B. Guinea-Conakry, Afghanistan, dem Iran und dem Jemen, nicht erwähnt. Zweitens verweist diese Entschließung auf die CIA und die „außerordentliche Überstellung“. Wir sollten es uns gut überlegen, bevor wir unsere amerikanischen Verbündeten angreifen, solange diese immer noch eine unverhältnismäßig große Verantwortung für unsere Sicherheit in der Europäischen Union auf sich nehmen.

Nicole Sinclair (NI). – Herr Präsident! Während die Kommission eifrig darauf aus ist, unsere Menschenrechte zu verteidigen, wissen wir Briten bereits seit dem dreizehnten Jahrhundert ganz genau, wo wir stehen. Es tut mir Leid zu sagen, dass der Vertrag von Lissabon ein blasser Schatten unserer Magna Carta ist.

Die Kommission betrachtet sich selbst gerne als „Global Player“ auf dem Gebiet der Menschenrechte und scheint darauf erpicht zu sein, über andere zu urteilen und Hilfe und Rat anzubieten. Sie sollte jedoch einen kritischen Blick auf sich selbst werfen. Ich finde es zutiefst ironisch, dass, während die EU zu Recht die Rechte

von Menschen aus Kaschmir unterstützt, die geduldig auf ein Referendum über das Recht auf Selbstbestimmung warten, das ihnen 1947 von den Vereinten Nationen versprochen wurde, die Kommission aktiv versucht, ihren eigenen Mitgliedstaaten, mittels des Vertrages von Lissabon, in wichtigen Bereichen, wie z.B. hoher Politik, Kompetenzen zu entziehen. Dies bringt mich auf das Thema eines Referendums, das den britischen Wählern versprochen wurde, jedoch einfach nie abgehalten wurde. Somit warten meine Wähler, zusammen mit den Menschen aus Kaschmir, auf die Selbstbestimmung.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – (ES) Herr Präsident! Ich bin der Meinung, dass dies eine hervorragende Gelegenheit ist, die Allgemeingültigkeit, Unteilbarkeit und Interdependenz von Menschenrechten zu bekräftigen. Dies ist, was dieser morgen anzunehmende gemeinsame Entschließungsantrag festlegt.

Das Parlament hat seine Meinung mehrmals zum Ausdruck gebracht, normalerweise durch den Jahresbericht zur Menschenrechtssituation weltweit und durch verschiedene Entschließungen, so wie wir dies kürzlich im Falle des Iran getan haben.

Einige Kolleginnen und Kollegen haben auf das Paradox - ein Wort das sie benutzt haben - hingewiesen, dass bestimmte Länder mit einer besonders schlechten Menschenrechtshistorie Teil der Einrichtung sind, die für deren Überwachung verantwortlich ist, und ich bin der Meinung, dass der Fall des Iran einer der offensichtlichsten ist. Dies ist nicht das einzige Beispiel, und ich glaube, dass die Vereinten Nationen unwirksam werden, wenn sie ihre Ressourcen aus diesen Ländern beziehen und darüber hinaus jegliche politische Rechtmäßigkeit und moralische Autorität zur Verurteilung dieser Vorkommnisse verlieren.

Während ich über dies spreche, Herr Präsident, hat diese Woche eine andere Einrichtung des Parlaments in Erwägung gezogen, ein Mitglied dieses Hauses, nämlich Kuba, auszuschließen. Darüber hinaus müssen wir heute den Tod von Orlando Zapata Tamayo, einem 42-jährigen Bauarbeiter und politischen Gefangenen beklagen, der in Folge eines Hungerstreiks und einer willkürlichen, unmenschlichen und grausamen Gefangenschaft gestorben ist.

Der Vorsitzende der kubanischen Kommission für Menschenrechte und nationale Versöhnung, Elizardo Sánchez, ein Mensch, dem der Geist der Sozialdemokratie sehr nahe ist, sagte, dass dieser Tod absolut vermeidbar gewesen wäre und er diesen als einen Mord betrachtet, der unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit begangen wurde. Herr Kommissar, ich würde gerne von Ihnen wissen - da wir die Position des amtierenden Präsidenten bereits kennen - ob Sie, von einem ethischen und demokratischen Gesichtspunkt aus, als Antwort auf die bedauernswerten Ereignisse, wie den Tod von Herrn Zapata der Meinung sind, und ob die Kommission der Meinung ist, dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba auf eine höhere Ebene gestellt werden und Priorität erhalten müssen?

15. Begrüßung

Der Präsident – Ich möchte Monsignore Jorge Ortiga, den Erzbischof von Braga, zusammen mit den Bischöfen und der portugiesischen bischöflichen Delegation, die ihn begleitet, willkommen heißen.

Euer Gnaden, ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um unsere Solidarität mit den Menschen Portugals zum Ausdruck zu bringen, insbesondere mit den Menschen Madeiras, die im Verlauf der vergangenen Tage großes Leid erlitten haben, und ich möchte unser Beileid aussprechen. Unsere Gedanken und Gebete gelten ihnen.

16. Prioritäten des EP für die Tagung des UN-Menschenrechtsrats vom 1. bis 26. März 2010 in Genf (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident – Der nächste Punkt sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Prioritäten des Parlaments für die Tagung des UNO-Menschenrechtsrates (Genf, 01.-26. März 2010).

Vittorio Prodi (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die 13. Sitzungsperiode des UNO-Menschenrechtsrates ist ein äußerst wichtiges Ereignis.

Ich möchte nur ein oder zwei Fälle erwähnen, über die nicht sehr oft gesprochen wird. Insbesondere im Hinblick auf das Thema Haftbedingungen - nicht für Terroristen - möchte ich auf die wahrlich unmenschlichen Bedingungen der Gefängnisse in Ruanda und in Libyen hinweisen, in denen völlig unschuldige Menschen gefangen gehalten und zum Tode verurteilt werden.

Darüber hinaus möchte ich das Problem der Menschen in der Westsahara erwähnen, das nun schon so lange ungelöst ist. Des Weiteren möchte ich die Rechte von Klimaflüchtlings erwähnen, die aufgrund dramatischer Formen des Klimawandels aus ihren Ländern getrieben werden. Dies alles sind Faktoren, die genau deshalb berücksichtigt werden müssen, da sie auch die Grundlagen unserer Gesellschaft sind.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Zu ihrem 60. Geburtstag im Jahr 2005 gaben sich die Vereinten Nationen zwei neue Strukturen: zum einen die *Peace Building Commission*, zum anderen den Menschenrechtsrat. Während die *Peace Building Commission* ihre Arbeit relativ effektiv macht und die Erwartungen weitgehend erfüllt hat, kann man das vom Menschenrechtsrat beim besten Willen nicht behaupten. Hier wurde gesagt – und in der Entschließung zum Ausdruck gebracht –, eine Überarbeitung, eine Reform sei mehr als nötig. Die Arbeit des Menschenrechtsrats ist zu einseitig – Kollegen haben darauf hingewiesen –, Israel z. B. wird einseitig thematisiert. Ich bin unglücklich, ehrlich gesagt, dass die Präsidentschaft hier als einziges größeres Thema den Goldstone-Bericht herausgehoben hat – sicherlich ein diskussionswürdiges Thema, aber nicht der Schwerpunkt.

Wenn Kollege Howitt sagt, die Kandidatur des Iran – sollte sie erfolgreich sein – sei der Todesstoß für den Menschenrechtsrat, dann möchte ich wissen, was das bedeutet, dann möchte ich von unseren Mitgliedstaaten eine einheitliche Position, vom Europäischen Auswärtigen Dienst auch. Denn ich glaube, wenn es so weitergeht, müssen wir uns ernsthaft damit auseinandersetzen, den Schwerpunkt unserer Menschenrechtsarbeit in den Vereinten Nationen wieder in den dritten Ausschuss zu legen. Der hat zumindest universale Repräsentanz und eine höhere Legitimität.

Daniël van der Stoep (NI). – (NL) Sie wissen es, wir wissen es, der UNO-Menschenrechtsrat ist eine einzige Farce. Dieser Rat wird von der Organisation der islamischen Konferenz erpresst, die aus Ländern besteht, die einander schützen und die den Staat Israel provozieren und ihn fälschlicherweise beschuldigen wollen.

Herr Präsident, dieser so genannte Menschenrechtsrat widersetzt sich allem, was Menschenrechte ausmacht, insbesondere dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Es ist ungeheuerlich und verabscheuungswürdig, dass dieses Parlament diesen furchtbaren Rat ernst nehmen soll. Herr Präsident, wenn dieses Parlament wirklich an Menschenrechte glaubt, dann sollte es die Flut von Entschließungen verurteilen, die versuchen, dem Recht auf freie Meinungsäußerung die Luft abzuschneiden, sowie auch die ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen der Länder, aus denen sich der Menschenrechtsrat zusammensetzt. Herr Präsident, nach Saudi-Arabien, Pakistan, Indonesien und Ägypten, Länder in denen die schwersten Verstöße gegen Menschenrechte stattfinden, möchte nun auch der Iran Mitglied des Menschenrechtesrates werden. Nun brauchen wir also nur noch den Beitritt von Nordkorea, und dann sitzen so ziemlich alle Schurkenstaaten fröhlich nebeneinander.

Herr Präsident, für meine Partei ist eines klar: Der UNO-Menschenrechtsrat ist eine furchtbare Einrichtung und eine, die nicht ernst genommen werden kann. Dieses Parlament muss sich umgehend und direkt vom Menschenrechtsrat distanzieren und jeden Dialog mit diesem Haufen von Verbrechern strikt ablehnen.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Ich möchte Sie zu Beginn daran erinnern, dass der Menschenrechtsrat, als er als einzigartige, sich den Menschenrechten verschreibende Einrichtung, als Teil des Systems der Vereinten Nationen, ins Leben gerufen wurde, Hoffnungen weckte, die Hoffnung, den Schutz von Grundrechten auf globaler Ebene zu stärken.

Die Einführung des universellen periodischen Überprüfungsmechanismus, der die wichtigste Innovation in Bezug auf die nun nicht mehr existierende UNO-Menschenrechtskommission darstellt, beabsichtigte die relevanten Probleme wie die übermäßige Politisierung und den selektiven Ansatz beim Umgang mit Fällen schwerwiegender Verstöße gegen Menschenrechte zu lösen. Dieser Mechanismus ist unerlässlich, damit der Menschenrechtsrat sein Mandat in jeder Form erfüllen kann. Es muss jedoch betont werden, dass die alten Dämonen nicht ganz verschwunden sind und eine übermäßige Politisierung die Arbeit dieser Einrichtung weiterhin beeinträchtigt. Andererseits müssen wir sagen, dass der universelle periodische Überprüfungsmechanismus nicht ausreicht, um den effektiven Schutz von Menschenrechten zu gewährleisten.

Wenn der Rat nicht schnell und ohne zu zögern reagiert, wie dies im Falle Guineas passiert ist, um Ihnen nur ein einziges Beispiel zu nennen, hat dies äußerst schwerwiegende Konsequenzen. Dies kann denjenigen, die gegen die Menschenrechte verstoßen, einfach das Gefühl geben, dass sie sich über nichts Sorgen machen müssen. Die Glaubwürdigkeit dieses Rates hängt von seiner Fähigkeit ab, umgehend Maßnahmen ergreifen zu können, wenn es zu schwerwiegenden Verstößen gegen Menschenrechte kommt.

Im Hinblick darauf ist es für die Europäische Union wichtig, die Schaffung von Mechanismen auf der Ebene des Menschenrechtsrates zu fördern, die speziell darauf abzielen, auf Krisen wie diejenigen in Afghanistan, Guinea-Conakry, im Iran, im Jemen oder im Irak, um aktuelle Beispiele zu nennen, zu reagieren. Ich bin der Meinung, dass es im Interesse des Europäischen Parlaments liegt, dass diese Einrichtung, der Menschenrechtsrat, so leistungsfähig und effektiv wie möglich ist, da ich der Auffassung bin, dass wir einen glaubwürdigen Partner im Dialog über Menschenrechte brauchen.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Ich möchte über die Situation im Gazastreifen sprechen, der, wie Sie wissen, im Hinblick auf die Achtung von Menschenrechten fortwährend Anlass zur Besorgnis gibt, insbesondere nach der Verschlechterung der Umstände, als Folge der Konflikte im vergangenen Winter. Ich glaube nicht, dass wir beurteilen können, wer in diesem Konflikt mehr gelitten hat. Militärische Einsätze beider Seiten bedeuteten, dass leider hauptsächlich die Zivilbevölkerung leidet. Im Kontext der Situation am Boden ist es jedoch äußerst schwierig, zwischen palästinensischen Soldaten und Zivilisten zu unterscheiden. Andererseits wurden israelische Zivilisten von den Raketenangriffen der Hamas terrorisiert.

Ich habe das Gebiet während des Konflikts besucht und habe die Probleme und Sorgen beider Seiten gesehen. Ich glaube, dass jeder Versuch, nur eine Seite für die Ereignisse, die sich zugetragen haben, zu beschuldigen, sich nicht mit der Realität deckt. Die blutigen Konflikte im Gazastreifen und die tragischen humanitären Konsequenzen sind ein dringlicher Appell, konzertierte Maßnahmen in allen Krisenherden weltweit einzuleiten, insbesondere gegen die Ursachen, die dafür verantwortlich sind, dass wehrlose Zivilisten leiden, und für eine umfassendere und effektivere Beteiligung internationaler Organisationen, mit dem Ziel, dem Friedensdialog Antrieb zu verleihen. Dies ist ein Gebiet, auf dem die Europäische Union nicht nur über die nötige Kompetenz und Glaubwürdigkeit verfügt, sondern auch die Pflicht hat, weltweit strengere Maßnahmen zu ergreifen.

Tunne Kelam (PPE). – Herr Präsident! Eine der Prioritäten des Parlaments ist es auch, sich mit einer alarmierenden Situation zu befassen, in der die Aktivitäten des Menschenrechtsrates zu einer extremen Politisierung geführt haben. Es ist daher äußerst wichtig, dass die EU-Mitgliedsdelegationen sich für die Etablierung von Kriterien einsetzen, um Mitglied des Menschenrechtsrates zu werden. Das gilt insbesondere für Mindestanforderungen hinsichtlich der Beteiligung an Sonderverfahren und der Ablehnung der Annahme von „No-action“-Anträgen, die die Annahme von Entschließungen bestimmte Staaten betreffend verhindert haben, die Kritik an ihrer Menschenrechtspolitik gerne aus dem Weg gehen.

Ich möchte mich auf zwei weitere parlamentarische Prioritäten beziehen. Erstens, Weißrussland. Entgegen der Erwartungen hat sich die Menschenrechtssituation nicht verbessert, sondern verschlechtert. Ich möchte heute Herrn Milinkevichs Botschaft hervorheben. Die EU hat nun tatsächlichen Einfluss, um Druck auf Lukashenkos Regime auszuüben, um ihn dazu zu bewegen, als Bedingung für weitere wirtschaftliche EU-Hilfen und eine Zusammenarbeit mit der EU wirkliche Verbesserungen zu bewirken.

Zweitens möchte ich um Unterstützung für den öffentlichen Aufruf bitten, den 18 russische Menschenrechtsaktivisten, einschließlich des Sacharow-Preisträgers Kovalev, letzte Woche gestartet haben, die äußerst besorgt über ein weiteres hartes Durchgreifen vonseiten des Kremls im Hinblick auf unabhängige Satelliteninformationen in der russischen Sprache sind.

Es schadet den Werten der EU wirklich, Menschenrechtsverfechter wie Kovalev zu loben und sich gleichzeitig Herrn Putins Behauptungen zu beugen, dass die Ausstrahlung alternativer Informationen in der russischen Sprache durch europäische Satelliten feindselige Aktionen sind.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit während der heutigen Aussprache auf den Fall des israelischen Soldaten Ghilad Shalit lenken, der im Juni 2006, im Alter von nur 19 Jahren, in Kerem Shalom entführt wurde. In der letzten Woche war ich Mitglied der offiziellen Delegation des Europäischen Parlaments in Israel, und eines der Treffen fand mit Ghilad Shalits Vater, Noam Shalit, statt. Trotz der Artikel 13, 23 und 126 des Genfer Abkommens über die Rechte von Kriegsgefangenen, wurden die Rechte von Ghilad, der darüber hinaus auch über die französische Staatsbürgerschaft verfügt, im Hinblick auf den Empfang von Besuchen seiner Angehörigen und des internationalen Roten Kreuzes, eine menschliche Behandlung sowie die Preisgabe des genauen Orts, an dem er gefangen gehalten wird, nicht respektiert. Ich muss betonen, dass selbst Artikel 77 des Berichts der Goldstone-Kommission, die Israel ansonsten kritisch gegenübersteht, empfiehlt, dass Ghilad Shalit die vom Genfer Abkommen garantierten Rechte zugestanden werden sollten. Andererseits respektiert Israel die Rechte Gefangener.

Csaba Sógor (PPE). – (HU) Die Europäische Union muss bei der März-Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen eindeutig klarstellen, dass die internationale Gemeinschaft in Bezug auf Verstöße gegen

Menschenrechte nicht schweigen kann, nicht nur bezüglich jener, die sich in Entwicklungsländern zutragen, sondern auch im Hinblick auf Zuwiderhandlungen, die unter Umständen in Industrieländern zu beobachten sind. Die am 18. Dezember 1992 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete allgemeine Erklärung der Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, ist sowohl für Entwicklungs- als auch für Industrieländer, inklusive EU-Mitgliedstaaten, bindend. Der erste Absatz des zweiten Artikels der Erklärung besagt, dass Personen, die nationalen Minderheiten angehören, das Recht haben, ihre eigene Sprache, sowohl privat als auch in der Öffentlichkeit, anzuwenden, ohne daran gehindert oder auf irgendeine Art und Weise deswegen diskriminiert zu werden. Gegenwärtig findet dieser Artikel oftmals Beachtung bei Verstößen in EU-Mitgliedstaaten. Die EU kann nur dann glaubwürdig sein, wenn sie eine Lösung findet, die Verstöße gegen Menschenrechte innerhalb der Gebiete der Europäischen Union berücksichtigt, um damit ein Exempel für die ganze Welt zu statuieren.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident! Die nächsten beiden Jahre werden entscheidend sein, um die Rolle der UNO auf dem Gebiet der Menschenrechte herauszukristallisieren, da, wie Sie wissen, die zwischenstaatliche Überprüfung des Menschenrechtsrates 2011 veröffentlicht wird.

Während dieses Zeitraums besteht die Gefahr, dass die Länder, auf die meine Kolleginnen und Kollegen verwiesen haben, und die keinen besonderen Wert auf diesen Sektor legen, versuchen werden, die Rolle der UNO einzuschränken.

Ich möchte dem, was bereits gesagt wurde, noch Folgendes hinzuzufügen: Erstens, da die Europäische Union einer der wichtigsten Akteure im Hinblick auf den Schutz von Menschenrechten ist - und ich gehe davon aus, auch bleiben wird -, muss eine unserer Prioritäten sein, international mit einer Stimme zu sprechen und nach Möglichkeit Zerwürfnisse zu vermeiden.

Zweitens, wir müssen unsere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika beim Schutz von Menschenrechten verstärken.

Drittens und letztens, das Europäische Parlament muss - und kann - die speziellen Verfahren, die bezüglich der universellen periodischen Überprüfung des Rates folgen werden, sorgfältig überwachen, damit wir von unserer Seite aus einen echten Beitrag zur Förderung von Menschenrechten in allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen leisten.

Mariya Nedelcheva (PPE). – (FR) Herr Präsident, Frau Georgieva, Herr López Garrido! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf Punkt 13 dieser Entschließung über die Kandidatur des Irans zur Aufnahme in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen lenken.

Am 15. Februar wurde der Iran einer universellen periodischen Überprüfung unterzogen, die die Situation im Hinblick auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten im Land überprüft. Die iranische Regierung versicherte, dass die Achtung der Menschenrechte dort garantiert ist. Ich würde gerne diverse Fakten bezüglich dieser von der gegenwärtigen Regierung gemachten Beteuerungen unterstreichen.

Erst gestern hat uns Frau Radjavi im Parlament einen Überblick über die willkürlichen Festnahmen und die Folterungen verschafft, denen Iranerinnen und Regimegegner ausgesetzt sind. Des Weiteren verurteilen wir die Haftbedingungen, die politische Gefangene erdulden müssen, und Camp Ashraf ist zum Symbol für die Missachtung von Menschenrechten geworden. Meine parlamentarischen Kolleginnen und Kollegen haben während der Januar-Sitzungsperiode einige Augenzeugenberichte vorgelegt.

Wir können heute nicht tolerieren, dass der Iran ein Mitglied der höchsten Instanz für den Schutz von Menschenrechten wird. Folglich frage ich mich, welche Botschaft wir an andere Staaten aussenden werden, die Menschenrechte wirklich respektieren. Europa muss mit einer Stimme sprechen, seine Kontinuität demonstrieren und, wie Baronin Ashton in ihren Erklärungen gesagt hat, lassen Sie uns sagen, dass die Kandidatur des Iran zum gegenwärtigen Zeitpunkt unvorstellbar ist.

Alf Svensson (PPE). – (SV) Herr Präsident! Im Hinblick auf die gemeinsame Entschließung unserer Fraktion bezüglich des Menschenrechtsrates freue ich mich besonders über die Absätze 6 und 25, in denen wir die große Unterstützung der EU für länderspezifische Entschließungen wiederholen. In den Fällen, in denen Menschenrechte systematisch missbraucht werden, sind länderspezifische Entschließungen ein unglaublich wichtiges Instrument, sowohl im Menschenrechtsrat als auch in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. In vielen Fällen, in denen die Regierung eines Landes sich schon seit langem nicht mehr an einem Dialog oder Programmen zur Verbesserung der heiklen Menschenrechtssituation beteiligt, stellen

länderspezifische Entschließungen die einzige verbleibende Maßnahme dar, die der internationalen Gemeinschaft gegen diese Verbrechen zur Verfügung steht.

Hier geht es nicht darum, anzuprangern, wie einige Kritiker glauben. Es ist auch nicht der Fall, dass wir hier in Europa gerne unsere Nasen in die internen Angelegenheiten anderer Länder stecken. Es geht einfach nur darum zu signalisieren, dass wir die systematischen Missbräuche einer Regierung und deren Unterdrückung ihrer eigenen Bürger nicht akzeptieren werden. Es geht darum, zu zeigen, dass wir uns auf die Seite der Freiheit und nicht auf die der Unterdrückung stellen. Deshalb ist es wichtig, dass das EU-Lager weiterhin die Existenz länderspezifischer Entschließungen innerhalb des UNO-Systems verteidigt.

Andrew Henry William Brons (NI). – Herr Präsident! Die Länder der Europäischen Union sollten ihre eigenen Häuser in Ordnung bringen, bevor sie mit dem Finger auf andere zeigen. Viele Mitglieder der Europäischen Union verurteilen und inhaftieren Menschen wegen gewaltloser freier Meinungsäußerung. Insbesondere versuchen sie, jegliche Opposition gegen Immigrationsbewegungen zu einer Straftat zu machen. Die Bücherverbrennung gilt als legitim. Politische Parteien werden verboten, wie in Belgien, oder deren Verbot wird aufgrund erfundener Beweise angestrebt, wie in Deutschland, oder es wird nach einem Verbot durch die Hintertür gesucht, wie in Großbritannien, wo es meiner eigenen Partei mittels einer von der Regierung geforderten gerichtlichen Verfügung auf unbestimmte Zeit verboten ist, neue Mitglieder aufzunehmen.

Es reicht nicht aus, wenn Länder sich selbst als demokratisch bezeichnen: Sie müssen auch das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Wahlen achten.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident! Ich bin dankbar für die Reden der Mitglieder bezüglich dieser absolut unerlässlichen und entscheidenden Angelegenheit, die, wie ich in meiner ersten Rede bereits sagte, eines der Kernelemente der Europäischen Union darstellt: der Schutz von Menschenrechten.

Im Hinblick darauf sind wir der Meinung, dass eine Beteiligung am UNO-Menschenrechtsrat, einschließlich der Unterstützung für das Bestehen des Rates, eine Position ist, die von der Europäischen Union weiterhin eingenommen werden muss. Die Europäische Union war immer dafür, dass ein Menschenrechtsrat eingesetzt werden sollte, um, wie ich zuvor bereits sagte, die ehemalige Kommission zu ersetzen. Darüber hinaus ist sie der Meinung, dass dieser ein Instrument sein sollte, das angemessen mit Menschenrechtssituationen weltweit umgehen kann, Situationen, die erfordern, dass die Vereinten Nationen und deren Mitglieder Maßnahmen ergreifen, Stellung beziehen oder eine entsprechende Erklärung abgeben.

Vielmehr hat die Präsidentschaft der Europäischen Union, die Präsidentschaft des Rates, sich immer systematisch im Namen der Europäischen Union an den Diskussionen der verschiedenen Sitzungen des Menschenrechtsrates beteiligt, und das wird auch weiterhin der Fall sein. Die Präsidentschaft des Rates der Union wird sich im Namen des Rates der Union an der nächsten Sitzung des Menschenrechtsrates beteiligen. Dies ist selbstverständlich voll und ganz mit den Erklärungen und Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten der Union und der Europäischen Kommission, als einer weiteren Institution der Union, vereinbar.

Ich möchte daher sagen, dass wir für die Existenz dieser Einrichtung und dafür sind, ihr gesamtes Potenzial auszuschöpfen, was in einigen Fällen gelingt, in anderen jedoch nicht: Natürlich gibt es als Folge der stattfindenden Abstimmungen bestimmte Situationen, in denen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nicht all ihre Ziele erreichen. Es gibt wirklich positive Fälle, wie z.B. die Haltung in Bezug auf Somalia: In dieser Region sind Verstöße gegen Menschenrechte zu verzeichnen. Es gibt andere Fälle, in denen die Ziele nicht erreicht wurden, aber die positiven Aspekte überwiegen die negativen immer.

Ich möchte erwähnen, dass wir über einige der Fälle in den Ländern sprechen werden, die in den verschiedenen Reden erwähnt wurden.

Ich möchte über den Fall des Iran sprechen, da es wiederholt Anspielungen auf das Thema der Kandidatur des Iran gab. Wie Sie wissen, wurden bezüglich dieses Themas fortlaufend Erklärungen abgegeben. Ich habe hier drei Erklärungen alleine aus diesem Jahr vorliegen, die von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, bezüglich der Situation im Iran abgegeben wurden, die diese verurteilen und in denen sie ihre Besorgnis im Hinblick auf Fälle von Verstößen gegen Menschenrechte und Hinrichtungen zum Ausdruck bringt, die sich im Iran zugetragen haben.

Hinsichtlich der Frage der Kandidatur, müssen wir zunächst einmal sagen, dass es sich dabei um eine Angelegenheit nationaler Zuständigkeit handelt (die Haltung bezüglich Kandidaturen von Ländern, um dem

Menschenrechtsrat beizutreten). Die Angelegenheit der Menschenrechtssituation im Iran und der Verstöße gegen Menschenrechte und somit auch die Frage, ob die Kandidatur des Iran für den Menschenrechtsrat angenommen werden wird oder nicht, muss sorgfältig behandelt werden, um nicht das Gegenteil der erwünschten Wirkung zu erzielen. Es ist uns daher klar, dass die Europäische Union hier versuchen muss, eine geschlossene und koordinierte Haltung einzunehmen (was momentan geschieht), während sie die nationalen Zuständigkeiten respektiert und, wie ich bereits sagte, umsichtig agiert.

Kurz gesagt, Herr Präsident, betrachten wir den Menschenrechtsrat als eine Institution, die für die Haltung der Europäischen Union zum Schutz von Menschenrechten steht, und wir sind der Meinung, dass dies die richtige Institution dafür ist. Darüber hinaus haben wir uns dahingehend immer dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass die allgemeine Bewegung zum Schutz von Menschenrechten keine Rückschritte verzeichnet, insbesondere im Hinblick auf die Errungenschaften der Menschheit, die Menschenrechte als einen universellen Wert betrachtet, einen universellen Wert, der über Grenzen, Traditionen und Verschiedenheit hinaus verteidigt werden sollte, da es sich dabei um etwas handelt, das mit den essenziellen Grundzügen der Menschheit zusammenhängt.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Herzlichen Dank an alle Mitglieder des Parlament, für die Empfehlungen, die sie ausgesprochen haben. Wir werden sicherstellen, diese mit der Hohen Vertreterin abzustimmen.

Lassen Sie mich in Erwiderung auf spezifische Fragen und Anmerkungen vier Punkte erwähnen.

Erstens, zum Iran und die Kandidatur des Iran: Ich unterstütze den von der spanischen Präsidentschaft zum Ausdruck gebrachten Standpunkt in großen Teilen. Ich kann nur betonen, dass von jedem einzelnen gewählten Mitglied des Rates in der Praxis erwartet wird, das größtmögliche Engagement für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten an den Tag zu legen.

In dem sehr traurigen Fall des Verlustes eines Menschenlebens in Kuba, dem Tod von Herrn Orlando Zapata, möchte ich seiner Familie das Beileid der Kommission aussprechen und die fortwährende Inhaftierung von mehr als 200 politischen Dissidenten in Kuba, sowie andere Bekundungen von Missachtung grundlegender Menschenrechte, aufs Äußerste verurteilen. Die Kommission ruft Kuba dazu auf, seine politische Linie zu ändern und seinen Verpflichtungen aus dem Völkerrecht nachzukommen. Wir werden den Menschenrechtsangelegenheiten im Dialog mit Kuba, mit den Regierungsstellen dort, weiterhin Aufmerksamkeit schenken, und wir werden diesen Dialog als Mittel nutzen, die Angelegenheit der Menschenrechte weiter voranzutreiben.

Die Aufrufe vieler, dass die EU im Hinblick auf Menschenrechtsangelegenheiten mit einer Stimme sprechen sollte, unterstützt die Kommission voll und ganz.

Der vierte Punkt betrifft Gaza: Ich denke, dass es angemessener wäre, diesen Punkt während der nächsten Debatte über den Goldstone-Bericht anzusprechen.

Der Präsident – Ich habe sechs Entschließungsanträge erhalten⁽²⁾, um die Aussprache gemäß Artikel 110 Absatz 4 der Geschäftsordnung abzuschließen.

Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Mara Bizzotto (EFD), schriftlich – (IT) Ich habe viele Vorbehalte bezüglich der Glaubwürdigkeit des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen. Ich hoffe auf alle Fälle, dass die Präsenz einer Delegation des Unterausschusses Menschenrechte bei der nächsten Sitzung des Rates den europäischen Institutionen die Möglichkeit geben wird, die dringende Angelegenheit der Christenfeindlichkeit anzusprechen. Wir alle sind uns voll und ganz bewusst, dass wir die Zeit nicht zurückdrehen müssen, um schwerwiegende Fälle anti-christlicher Verfolgung zu finden: Wir sprechen hier nicht über die Vergangenheit, sondern über die Gegenwart und leider aller Wahrscheinlichkeit nach, auch über die Zukunft, da wir täglich, aus allen Ecken der Welt besorgniserregende, tragische Neuigkeiten über Angriffe auf Anhänger des Christentums, deren Diskriminierung und Tötung erhalten. Wir wissen auch, dass es sich hier um eine heikle Angelegenheit handelt und dies - obwohl das bisher nicht richtig angesprochen wurde - nicht nur aufgrund des diplomatischen Gleichgewichts, das die Teilnehmer bei Treffen, wie z.B. denjenigen des

⁽²⁾ Siehe Sitzungsprotokoll

Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen aufrechterhalten müssen, stattfindet, sondern auch aufgrund einer christenfeindlichen Politik, die von Ländern verfolgt wird, die, obwohl sie nicht direkt Feinde des Christentums sind, zumindest traditionell christenfeindliche Handlungen tolerieren.

Folglich sollten die EU und dieses Parlament zu gegebenem Anlass auf der Bühne der Weltpolitik innerhalb der internationalen Gemeinschaft einen neuen Ansatz bezüglich der Angelegenheit der Christenfeindlichkeit vorantreiben, damit diese allgemein und umgehend als ein schwerwiegender Verstoß gegen Menschenrechte und die Religionsfreiheit anerkannt wird und damit die Gemeinschaft Maßnahmen ergreift, um ihrer besorgniserregenden Ausbreitung Einhalt zu gebieten.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich – Ich unterstütze diese Entschließung, die u.a. an die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Mitgliedstaaten appelliert, ihre Arbeit in Richtung einer starken gemeinsamen Haltung der EU bezüglich der Folgearbeiten im Nachgang zum Goldstone-Bericht zu lenken und die Umsetzung der Empfehlungen sowie die Übernahme der Verantwortung für alle Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich mutmaßlicher Kriegsverbrechen, fordert und alle Seiten dazu anhält, Untersuchungen durchzuführen, die den internationalen Normen hinsichtlich Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Transparenz, Unverzüglichkeit und Effektivität, gemäß der Entschließung A/64/L.11 der Generalversammlung der Vereinten Nationen genügen. Sie betont des Weiteren, dass die Achtung internationaler Menschenrechte und des internationalen Völkerrechts durch alle Parteien und unter allen Umständen eine unerlässliche Voraussetzung für die Erzielung eines gerechten und anhaltenden Friedens im Nahen Osten ist. Die Entschließung appelliert außerdem an die Hohe Vertreterin der EU und die Mitgliedstaaten, die Umsetzung der im Goldstone-Bericht enthaltenen Empfehlungen mittels Konsultation von Missionen der EU und NRO vor Ort aktiv zu überwachen und fordert, dass die Empfehlungen und damit zusammenhängende Beobachtungen in die EU-Dialoge mit allen Parteien, sowie EU-Positionen in multilateralen Foren, aufgenommen werden.

17. Umsetzung der Goldstone-Empfehlungen zu Israel/Palästina (Aussprache)

Der Präsident – Der nächste Punkt sind die Erklärungen des Rates und der Kommission über die Umsetzung von Goldstone-Empfehlungen zu Israel/Palästina.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident! Ich möchte dem Europäischen Parlament für die Gelegenheit danken, über diese Angelegenheit der Erkundungsmission, eine von den Vereinten Nationen gesponserte Mission, über den Konflikt in Gaza sprechen zu können, der sich zwischen Ende 2008 und Anfang 2009 zugetragen hat und als 'Goldstone-Bericht' bekannt ist.

Die Vereinten Nationen haben die Erklärung ihres Generalsekretärs Ban Ki-moon am 21. Januar 2009 im Sicherheitsrat besorgt zur Kenntnis genommen, in der er seine Eindrücke nach einem Besuch in Gaza und Südisrael nach Beendigung der kämpferischen Auseinandersetzungen schilderte.

Darüber hinaus wurde der Bericht, auf den bereits in einigen der Reden des vorangegangenen Tagesordnungspunkts Bezug genommen wurde, der Goldstone-Bericht, der Mitte September letzten Jahres veröffentlicht wurde, während der 12. Sitzungsperiode des Menschenrechtsrates, vom 14. September bis zum 2. Oktober, bereits besprochen.

Ganz von Anfang dieses Konfliktes an drang die Europäische Union darauf, dass die Parteien Menschenrechte in vollem Umfang achten und ihren Verpflichtungen aus dem Völkerrecht nachkommen.

Die Europäische Union hat deutlich gemacht, dass sie die Untersuchungen bezüglich der Anschuldigungen und Verstöße gegen Menschenrechte genau überwachen wird.

In Genf hat die schwedische Präsidentschaft des Rates die Haltung der Europäischen Union folgendermaßen begründet: Erstens, die Europäische Union betrachtet den Bericht als gravierend, da er Berichte über ernsthafte Verstöße gegen internationales Völkerrecht enthält, einschließlich vorsätzlicher Angriffe auf Zivilisten. Zweitens, die Europäische Union betont die Bedeutung der Durchführung angemessener und glaubwürdiger Untersuchungen bezüglich der möglichen Verstöße gegen internationales Völkerrecht durch die Konfliktparteien gemäß internationalem Recht und die sich daraus ergebende Gewährleistung, dass die Mission ihre Empfehlungen sowohl an die Israelis als auch an die Palästinenser richtet.

Die Europäische Union bestätigte ihre konstruktive Haltung im Hinblick auf den Goldstone-Bericht, als sie, während der Aussprache des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen am 27. Januar, also gerade mal vor einem Monat, die Bedeutung der Durchführung angemessener und glaubwürdiger Untersuchungen

hinsichtlich der möglichen Verstöße gegen internationale Menschenrechte und internationales Völkerrecht betonte. Ich kann Sie darüber in Kenntnis setzen, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen im Anschluss daran, am 04. Februar 2010, vor ein paar Tagen, einen Bericht über die Anwendung der Goldstone-Entschließung der Generalversammlung der Vereinten Nationen veröffentlicht hat.

Der Generalsekretär leitete die Reaktionen Israels, der von den Palästinensern besetzten Gebiete und der Schweiz und seine Beobachtungen weiter. Er sagte, dass die von diesen drei Parteien eingeleiteten Prozesse im Gange wären und dass über die Anwendung der Entschließung durch die betroffenen Parteien keine Informationen vorliegen.

Es bleibt abzuwarten, wie diese Angelegenheit von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gehandhabt werden wird.

Die Priorität der spanischen Präsidentschaft besteht darin, einen Konsens im Hinblick auf die Haltung der Union zum Entschließungsentwurf zu erzielen, den die palästinensischen Regierungsbehörden der Generalversammlung der Vereinten Nationen nun vorlegen wollen.

Wir haben zwei Ziele: Erstens, wir wollen, dass die Entschließung einvernehmlich angenommen wird, und falls dies nicht der Fall ist, soll die daraus hervorgehende Haltung der Europäischen Union so geschlossen wie möglich sein.

Auf alle Fälle wiederhole ich, dass die Präsidentschaft des Rates das befürwortet, was der Goldstone-Bericht gefordert hat, nämlich die Durchführung glaubwürdiger Untersuchungen, die von den Parteien unabhängig sind.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich möchte lediglich dem beipflichten, was von der spanischen Präsidentschaft gesagt wurde. Obwohl die EU nicht allen Empfehlungen beigespflichtet hat, hat sie doch klar gemacht, dass sie den Goldstone-Bericht sehr ernst nimmt. Sie hat alle Konfliktparteien dazu aufgefordert, Untersuchungen hinsichtlich vermeintlicher - von den Konfliktparteien verübter - Verstöße gegen internationales Völkerrecht und internationale Menschenrechte einzuleiten. Diese Untersuchungen sollten gemäß internationaler Normen durchgeführt werden.

Bisher konnten die von Israel, den palästinensischen Regierungsbehörden und der Hamas ergriffenen Maßnahmen keine konkreten Ergebnisse liefern, und Verantwortung muss erst noch übernommen werden. Daher wiederholt die EU ihre Schlüsselbotschaft, dass die Konfliktparteien erhebliche Anstrengungen bei der Durchführung unabhängiger und glaubhafter Untersuchungen hinsichtlich der vermeintlichen Verstöße unternehmen müssen. Da dies direkt in meinen Verantwortungsbereich fällt, lohnt es sich daran zu erinnern, dass die Kommission humanitären Organisationen, deren Projekte darauf abzielen, palästinensischen Zivilisten lebensnotwendige Hilfe und Schutz zukommen zu lassen, beträchtliche Mittel zur Verfügung stellt.

Die EU bemüht sich, sicherzustellen, dass dies während der Tagung des Menschenrechtsrates im März erneut aufgegriffen wird und darum, sich zu einem frühen Zeitpunkt in die Vorbereitung einer auf eine Übereinstimmung abzielenden Entschließung einzuschalten. In diesem Zusammenhang möchte ich hier sagen, dass die palästinensische Delegation am 18. Februar zusätzlich zum Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen einen Entschließungsentwurf der Generalversammlung als Nachfolgedokument zum Goldstone-Bericht vorgelegt hat. Die palästinensische Seite deutete an, dass es ihre Absicht sei, am Freitag den 26. Februar, Maßnahmen der Generalversammlung bezüglich der Entschließung einzufordern, um die wichtigsten Punkte der Entschließung 64/10 der Generalversammlung vom 5. November 2009 zu wiederholen und um den Generalsekretär der Vereinten Nationen darum zu bitten, in fünf Monaten erneut einen Bericht vorzulegen. Während wir hier in diesem Saal sitzen, führen die Mitgliedstaaten und die Kommission intensive Beratungen zu dieser Angelegenheit, mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Standpunkt hinsichtlich dieser Entschließung zu gelangen.

Lassen Sie mich - mit Unterstützung der spanischen Präsidentschaft - mit dem Punkt enden, dass es wichtig ist, dass die EU einen gemeinsamen Standpunkt findet und die frühere Dreiteilung vermeidet.

Elmar Brok, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Frau Kommissarin! Ich glaube, dass eine glaubwürdige Untersuchung der Verletzungen des internationalen humanitären Rechts wichtig ist und dass wir uns daran zu orientieren haben. Die Schlussfolgerung ist zu überprüfen, dies gilt aber gleichermaßen für beide Beteiligten, auch für diejenigen, die asymmetrische Kriegsführung betreiben, indem sie auf Sderot und andere Städte schießen, und zwar von einem dicht besiedelten Gebiet aus, und somit das

Gefechtsfeld bestimmen. Dies wird in einer fairen Weise untersucht, und es werden keine einseitigen Schlüsse daraus gezogen.

All dies zeigt auch, dass im Nahen Osten, aber auch in anderen vergleichbaren Regionen, auf Dauer nur friedliche Lösungen etwas bringen. Denn solange keine friedliche Lösung und kein dauerhaftes Verständnis gefunden werden, werden wir diese Probleme niemals lösen. Auch die Sicherheitsaspekte des Staates Israel müssen in einem solchen Falle voll und ganz mit berücksichtigt und ernst genommen werden, auch angesichts der Tatsache, dass hier neue Raketen in der Entwicklung sind, die problematisch sind.

Ich möchte aber auch daran erinnern, dass es richtig ist, eine internationale Untersuchung zu fordern, allerdings kann nicht alles im Rahmen des Goldstone-Berichts untersucht werden. Denn dieser Bericht soll sich nur den besetzten Gebieten widmen. Es wurde darauf hingewiesen, dass im Menschenrechtsrat kein einziger Mitgliedstaat der Europäischen Union dem Bericht zugestimmt hat. Einige haben sich enthalten, andere dagegen gestimmt und andere – wie das Vereinigte Königreich und Frankreich – haben sich geweigert, überhaupt an der Abstimmung teilzunehmen. Dem sollten wir auch Rechnung tragen, denn die Resolution wurde von „Vertretern von Menschenrechten und Demokratie“ wie Kuba, Nigeria und China getragen. Das sollten wir bei der Beurteilung dieser Frage entsprechend berücksichtigen. Wir sollten für die Menschenrechte eintreten, allerdings nicht auf der Grundlage dieses Berichts, um damit Politik gegen eine Seite zu machen.

Véronique De Keyser, im Namen der S&D-Fraktion. – (FR) Im Dezember 2008 führte die Operation 'Cast Lead' in Gaza zum Tod von ca. 1.500 Menschen, wobei es sich bei der Mehrheit der getöteten Personen um Frauen, Kinder und andere Zivilisten handelte. Familien wurden zerstört und Schulen bombardiert. Ein Volk wurde in Panik versetzt, eingeschlossen und ohne die Chance, zu entkommen.

Ich war während des Militäreinsatzes mit einigen meiner hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen in Gaza, und wir waren fassungslos, dass solch eine Tragödie sich vor den Augen der internationalen Gemeinschaft ereignen konnte, ohne zu einer riesigen Protestwelle zu führen. Gaza hat sich seitdem nicht verändert. Die Zerstörung ist nach wie vor sichtbar und die Belagerung setzt sich fort.

Jedoch wurde der Goldstone-Bericht verfasst. Herr Brok, worin liegt der Unterschied zwischen dem Goldstone-Bericht und der darauf folgenden Entschliebung? Der Goldstone-Bericht, dieser mutige Bericht, der ganz einfach nur Gerechtigkeit fordert, ist das zuviel verlangt? Der heute ausgeübte Druck, um diesen Bericht zu Fall zu bringen und die Diskreditierung von Richter Goldstone sind unglaublich. Sein Name wird in den Dreck gezogen. Er wird als Antisemit bezeichnet, obwohl im Goldstone-Bericht nicht nur auf Israel mit dem Finger gezeigt wird. Auch Fatah und Hamas bleiben von der Kritik nicht verschont.

Heute möchte ich jedoch, und ich entschuldige mich dafür bei meinen Kolleginnen und Kollegen, ganz klar sagen, dass die israelische Regierung die einzige ist, die eine Art Schreckensherrschaft etabliert hat und Zensuren durchführt, um jegliches Nachfolgedokument zu diesem Bericht abzublocken. Herr Liebermann, Sie sind heute nicht hier im Parlament, aber Sie waren gestern hier und ich möchte Ihnen Folgendes sagen: In diesem Parlament wird es keine Einschüchterung geben!

Wir wollen unabhängige Untersuchungen unter Einhaltung internationaler Normen, keine Militärtribunale, die ihre eigenen Soldaten aburteilen. Herr Liebermann, ich möchte Ihnen des Weiteren sagen, dass Sie nicht willkommen sind, nicht weil Sie Israel vertreten, sondern weil Ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen nicht mit europäischen Werten vereinbar sind. Kein demokratischer Staat kann es wagen, internationale Gesetze zu brechen, ohne sein Handeln rechtfertigen zu müssen. Dieses Parlament wird sich nicht einschüchtern lassen. Es wird einfach weiterhin Gerechtigkeit fordern und dass Licht ins Dunkel der Tragödie von Gaza gebracht wird, nicht auf kämpferische aber auf eine entschlossene Art und Weise. Ich verlange heute hier nachdrücklich vom Rat und von der Kommission, sich einfach daran zu halten. Licht und Gerechtigkeit, nichts weiter.

Annemie Neyts-Uyttebroeck, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Der Goldstone-Bericht versucht sein Mandat zu erfüllen. Dieses Mandat ist, oder war, folgendes: „Alle Verstöße gegen internationale Menschenrechte und internationales Völkerrecht zu untersuchen, die irgendwann im Zusammenhang mit den Militäreinsätzen begangen worden sein könnten, die in Gaza zwischen dem 27. Dezember 2008 und dem 18. Januar 2009 durchgeführt wurden, sei es davor, während oder danach.“ Und genau das hat der Goldstone-Bericht getan - obwohl nicht nur Herr Goldstone, sondern auch seine beiden weiblichen Kolleginnen daran beteiligt waren.

Sie haben Untersuchungen darüber durchgeführt, was in Gaza passiert ist und kamen zu Schlussfolgerungen, die gelinde gesagt beunruhigend sind. Sie sind äußerst beunruhigend, da herauskam, dass in einem Großteil

der Fälle, die sie untersucht hatten, die Truppen eines Staates, der von sich behauptet, der einzige demokratische Staat in der Region zu sein, tatsächlich gegen internationales Recht und internationales Völkerrecht sowie gegen die Genfer Konvention verstoßen hatten. Das ist in der Tat sehr beunruhigend.

Das sollten wir nicht durchgehen lassen. Wenn wir also darum gebeten werden, Stellung zu diesem Bericht zu beziehen, geht es nicht darum, ob wir für oder gegen Israel, für oder gegen die Palästinenser, für oder gegen die Hamas sind. Es geht darum, ob wir Verstöße gegen internationales Recht, gegen internationales Völkerrecht und gegen die Genfer Konvention stillschweigend dulden, unabhängig davon, von wem diese begangen wurden. Diese Frage müssen wir beantworten.

Caroline Lucas, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Lassen Sie mich erwähnen, wie sehr ich mich darüber freue, dass wir den Goldstone-Bericht nun endlich im Plenum besprechen, da es sich dabei um eine äußerst wichtige Angelegenheit handelt und die EU sich bisher auf eine beschämende Art und Weise aus diesen Angelegenheiten herausgehalten hat. Es ist nicht akzeptabel, dass der Rat die Empfehlungen des Goldstone-Berichts immer noch nicht gebilligt hat. Die Kommission sagt, dass sie sie sehr ernst nimmt, aber das reicht nicht aus: Wir verlangen eine eindeutige Billigung. Die Präsidentschaft sagt, dass sie dahinter steht: Nun, sie sollte öffentlich und explizit gutheißen und sicherstellen, dass der Rest des Rates ebenso dahinter steht.

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen, dass ich sehr froh darüber bin, dass der Entschließungsantrag des Parlaments bezüglich des Menschenrechtsrates, über den wir morgen abstimmen werden, zwei sehr überzeugende Absätze beinhaltet, in denen die Hohe Vertreterin und die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, öffentlich die Umsetzung der Empfehlungen des Berichts zu fordern.

Die Entschließung fordert sie des Weiteren dazu auf, die Umsetzung der Empfehlungen in Absprache mit EU-Missionen und NRO vor Ort zu überwachen, da die uns bisher vorliegenden Beweise darauf hindeuten, dass weder die israelischen Regierungsbehörden noch die Hamas ihre Verantwortlichkeiten ausreichend ernst nehmen. In Israel wurden die Untersuchungen zu den während der Operation Cast Lead angestrebten Zielen und angewandten Taktiken von Kommandeuren der Armee oder der Militärpolizei durchgeführt, wodurch die Unabhängigkeit der Ergebnisse stark beeinträchtigt wurde, und vonseiten der Hamas wurde die Abfeuerung von Raketen in Richtung Südisrael nach wie vor nicht entsprechend behandelt. Angesichts dieser Mängel ist es klar, dass die EU Druck auf den Generalsekretär der Vereinten Nationen ausüben sollte, eine wirklich unabhängige Überprüfung vorzubereiten.

Und schließlich rufe ich den Rat und die Hohe Vertreterin angesichts der andauernden humanitären Krise in Gaza nochmal dazu auf, wesentlich mehr Druck auf Israel auszuüben, die Belagerung zu beenden, die den Wiederaufbau verhindert und das Leid verschlimmert.

Michał Tomasz Kamiński, *im Namen der ECR-Fraktion*. – (PL) Herr Präsident! Der Goldstone-Bericht ist außergewöhnlich unausgewogen und unfair. Er stammt vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, unter dessen Mitgliedern sich Länder wie z.B. der Iran, Nicaragua, Somalia und Libyen finden. Welches Recht haben diese Länder, in denen die Achtung der Menschenrechte gleich Null ist, Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten, zu beurteilen?

Der Bericht entstammt einer sehr suspekten Quelle, die Israel zwanghaft feindlich gesinnt ist. Von den 25 vom UNO-Menschenrechtsrat angenommenen Entschließungen sind 20 Israel gewidmet. Nicht eine davon befasst sich mit den Ländern, die Mitglied des Rates sind, Länder, die, und ich betone dies, eine entsetzliche Menschenrechtshistorie aufweisen, angefangen von Frauenrechten bis hin zu Wahlrechten.

Ich möchte betonen, dass dieser Bericht absolut unausgewogen ist. Er versucht in Wirklichkeit, die Hamas ihrer Verantwortung für deren terroristische Aktivitäten zu entheben. Der Bericht erwähnt nicht die grundlegende Tatsache, dass in den acht Jahren, bevor Israel zu seiner eigenen Verteidigung Maßnahmen im Gazastreifen ergriffen hat, Tausende von Raketen auf unschuldige israelische Bürgerinnen und Bürger abgefeuert wurden. Jedes Land hat das Recht, sich selbst gegen Terroristen zu verteidigen. Auch Israel hat dieses Recht. Es sollte auch erwähnt werden, dass in Israel gegenwärtig 150 strafrechtliche Ermittlungen bezüglich der Handlungen bestimmter israelischer Soldaten laufen. In Israel gibt es ein freies Parlament und eine freie Presse, die oftmals ihre eigene Regierung und ihre eigenen Streitkräfte kritisiert. Auf der Seite der Terroristen lässt sich leider keine dieser Gegebenheiten finden.

Ich denke daher, dass dieser unausgewogene und unfaire Bericht, der meiner Meinung nach unseren wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten auf eine beschämende Art und Weise angreift, nicht ernst genommen werden sollte.

Kyriacos Triantaphyllides, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (EL) Herr Präsident! Der Bericht von Richter Goldstone liefert die eklatantesten Beweise für die Verbrechen und für die Verstöße gegen internationales Recht und internationales Völkerrecht durch Israel gegen die Palästinenser. Die Untersuchung hat zu stichhaltigen Hinweisen darauf geführt, dass die israelischen Streitkräfte gegen die vierte Genfer Konvention verstoßen haben. Es sollte angemerkt werden, dass die palästinensische Seite, obwohl diese in dem Bericht kritisiert wurde, internationales Recht achtet und dessen Anwendung fordert, während Israel sich dagegen wehrt.

Während bestimmte Parteien versuchen, den Bericht zu unterminieren, rufen wir die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, sich für die Grundsätze einzusetzen, die für internationales Recht und für die Europäische Union maßgeblich sind und die Diskussion des Berichts in der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie seine Bekanntgabe im Sicherheitsrat mit Blick auf seine endgültige Ratifizierung und auf zu ergreifende Maßnahmen zu unterstützen. Der Bericht sollte zur Überprüfung an den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gesandt werden. Wenn die Europäische Union wirklich daran interessiert ist, das Palästinenserproblem zu lösen, dann sollte sie damit anfangen, diese Verbrechen nicht mehr länger zu tolerieren, da Toleranz zu Ermunterung und Komplizenschaft führt.

Darüber hinaus sollte die Aussetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Israel und die Anwendung der Bestimmungen des Assoziierungsabkommens, basierend auf den im Bericht aufgeführten Schlussfolgerungen, umgehend untersucht werden.

Die Menschen in Palästina und in Israel haben jedes Recht auf eine Zukunft und auf ein Leben. Wir haben eine Verpflichtung, Druck auszuüben, um eine faire Lösung und Frieden zu erzielen. Der Goldstone-Bericht sollte dazu genutzt werden, im Hinblick auf das Erzielen einer fairen Lösung neuen Antrieb zu geben.

Bastiaan Belder, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (NL) Der Goldstone-Bericht stand während des Arbeitsbesuchs der Delegation für die Beziehungen zu Israel im Judenstaat in der vergangenen Woche absolut im Mittelpunkt. Die Delegation erhielt, sowohl von militärischen als auch von zivilen Vertretern, detaillierte Informationen über Israels gerichtliche Voruntersuchung während des und nach dem Militäreinsatz in Gaza. Diese eingehende Untersuchung ihrer eigenen Handlungen stellt eine detaillierte Widerlegung des Goldstone-Berichts dar und verurteilt Anschuldigungen gegen israelische Regierungsbehörden.

Darüber hinaus nimmt die IDF, die israelische Armee, auch abgesehen vom Goldstone-Bericht alle gegen sie gerichteten Anschuldigungen ernst und untersucht diese gründlich. Hier besteht ein deutlicher Unterschied zwischen der IDF und den Hamas, der terroristischen Bewegung, die für die Gaza-Operation zu beschuldigen ist. Wann haben wir es je erlebt, dass die Hamas ihre eigenen Handlungen untersucht hat?

Herr Präsident, die über die Gaza-Operation zur Verfügung stehenden Dokumente lassen keinen Zweifel an der Antwort darauf zu. Die Hamas setzten palästinensische Bürger absichtlich einer akuten Kriegsbedrohung aus, selbst an Orten wie in Moscheen. Bedenken Sie im Gegensatz dazu einfach nur die Absichten und Handlungen der Israelis, bedenken Sie den Schutz des Lebens und des Eigentums jüdischer Bürger gegenüber den seit Jahren andauernden terroristischen Raketenangriffen der Hamas sowie die wirkliche Besorgnis Israels um das Leben von Palästinensern. Werfen Sie einen Blick auf all die Vorsichtsmaßnahmen, die sie während der Operation ergriffen haben.

Herr Präsident, trotz der Absichten des Goldstone-Berichts führt diese befangene Untersuchung zu einer Rechtfertigung in zweierlei Hinsicht: einerseits der Militäreinsatz Israels gegen die Hamas und andererseits Israel als demokratischer Staat, der rechtsstaatlich regiert wird. Sie müssen lediglich den Nahen Osten besuchen!

Louis Bontes (NI). – (NL) Es war von Anfang an klar, dass Israel als Täter und Aggressor im Gazakonflikt abgestempelt werden würde. Goldstone und seine Arbeitsweise werden von Ländern wie z.B. Ägypten und Pakistan für gut befunden, und wir wissen, wie es um die Menschenrechte in diesen Ländern bestellt ist. Sie werden unterhalb jedes akzeptablen Standards beachtet.

Der Bericht erwähnt in keinsten Weise die zwölftausend Raketen, die von Gaza aus auf Israel abgefeuert wurden und die eine sehr ernsthafte Bedrohung für die Bevölkerung dort darstellten. Israel hat von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch gemacht. Der Bericht verliert kein einziges Wort über die Hamas, und auch nicht über die Tatsache, dass sie ihre Bürgerinnen und Bürger als menschlichen Schutzschild missbrauchten oder dass sie zivile Gebäude sowohl zur Lagerung von Waffen als auch als Abschussbasis für Raketen nutzten. Nicht ein einziges Wort darüber. Kein Wort über die Tatsache, dass die Polizei der Hamas einst Teil einer militärischen Organisation war, die einen bewaffneten Konflikt gegen Israel führte.

Herr Präsident, das Einzige, was wir mit diesem Goldstone-Bericht tun können ist, ihn in den Müll zu werfen und zwar sofort. Wir sollten nicht noch mehr Zeit darauf verschwenden. Dies ist Teil eines politischen Prozesses. Dies kann so nicht weitergehen. Setzen Sie der politischen Verfolgung des Staates Israel ein Ende.

Gabriele Albertini (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die öffentliche Meinung bezüglich des Goldstone-Berichts ist gespalten.

Insbesondere die israelischen Streitkräfte werden beschuldigt, während der urbanen Guerilla-Operationen vorsätzlich den Tod unzähliger Zivilisten herbeigeführt zu haben. Dies ist eine sehr ernste Anschuldigung, die bestimmte unbestreitbare Tatsachen zu übersehen scheint, wie z.B. die Verteilung von Flugblättern in der gesamten Kampfzone, um zu erklären, dass Häuser, in denen Waffen und Munition gelagert werden, Ziel von Angriffen sein könnten, sowie die Telefon- und Radiowarnungen, auch auf Hamas-Frequenzen, bevor Angriffe auf Gebäude gestartet wurden, die als Waffenlager identifiziert worden waren.

Des Weiteren wurde die so genannte 'Dachklopf'-Technik angewandt: Wenn die Luftwaffe nach all diesen Warnungen nach wie vor Gebäude voller Leute identifizierte, wurden kleine, explosive und vor allem laute Ladungen eingesetzt, um die Gebäude schnell zu evakuieren.

Die israelische Armee führte Warnsignale für die Zivilisten in Gaza ein, die von niemandem zuvor in die Praxis umgesetzt worden waren. Jemand, der all diese Sicherheitsmaßnahmen anwendet, kann unter keinen Umständen beschuldigt werden, vorsätzlich auf Zivilisten abzu zielen.

Gestern, habe ich am selben Tag zwei bedeutende politische Persönlichkeiten getroffen: Den israelischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Avigdor Lieberman, am Morgen und den Präsidenten der palästinensischen Nationalbehörde, Abu Mazen, am Abend. Die Treffen fanden in beiden Fällen in einer ruhigen und entspannten Atmosphäre statt, und es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass man sich, nach zu vielen Jahrzehnten des Kampfes, zugunsten eines Friedensprozesses letztendlich von den Waffen abwenden werden wird.

Genau wie beide Regierungen auch gefordert haben, muss Europa seine ausgewogene Rolle als unparteiischer Richter beibehalten, geschützt vor ideologischen Einstellungen, die die Gefühle auf beiden Seiten lediglich weiter entflammen könnten.

VORSITZ: Pál SCHMITT

Vizepräsident

Richard Howitt (S&D). – Herr Präsident! Ende vergangenen Jahres teilten Sie und die Hohe Kommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, uns hier in diesem Parlament mit, der Goldstone-Bericht über Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten im Gaza-Konflikt sei gründlich, objektiv und entspreche internationalen Standards.

Deshalb lassen sie uns versuchen, diesen Bericht nicht als wertlos darzustellen. Wir sollten nach ihm handeln. Wie auch andere Rednerinnen und Redner in dieser Aussprache, habe ich persönlich mit Vertretern der israelischen Regierung, der palästinensischen Behörde und, in Gaza selbst, mit Vertretern der von der zuständigen Behörde eingesetzten Kommission gesprochen, um sie dazu zu überreden, mit Goldstone zu kooperieren und ihre eigenen glaubwürdigen und unabhängigen Untersuchungen durchzuführen, um die für die Vergehen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Ich habe den US-Vizestaatssekretär für Menschenrechte, Michael Posner, bei seinem Besuch hier gebeten, Israel zu ermutigen, dasselbe zu tun.

Unserem Kollegen vom spanischen Ratsvorsitz, der sich auf die Abstimmung der Vereinten Nationen am Freitag dieser Woche vorbereitet, sage ich: verfolgen Sie keinen EU-Konsens um jeden Preis. Die von einigen aufgeworfene Idee einer einmütigen Enthaltung der EU käme einer Verhöhnung aller Opfer dieses schrecklichen Konflikts gleich. Wir sollten über den bestmöglichen Text verhandeln, aber dann werden hoffentlich mehr als die fünf EU-Staaten, die letztes Mal mit Ja gestimmt haben, mit Ja abstimmen, um weiterhin Druck auszuüben.

Diese Untersuchung des Menschenrechtsrats über mutmaßliche Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht – ebenso wie das Urteil des Internationalen Gerichtshofs über die Trennung der Regelungskompetenzen von 2004 – sollten als Rechtsprechungen von Organen internationaler Verträge, die sie ja sind, behandelt werden.

Ich verurteile den Führer der Fraktion der Konservativen in dieser Aussprache, der die Vereinten Nationen als „fragwürdige Quelle“ bezeichnet hat. Die Vereinten Nationen vertreten die größten Hoffnungen für jeden von uns auf diesem Planeten und verdienen unsere vollste Unterstützung.

Ich möchte für uns – in einer aus Krieg entstandenen Europäischen Union – sagen, dass Kriegsverbrechen nicht ungesühnt bleiben dürfen. Wenn also der UN-Generalsekretär in seinem Bericht an den Sicherheitsrat über die Umsetzung der Resolution durch Israel und die Palästinenser angibt, dass „keine Entscheidung getroffen werden kann“, können wir uns damit nicht zufriedengeben. Diese Vorwürfe müssen untersucht werden, und Europa muss seine Entschlossenheit dazu unter Beweis stellen.

Frédérique Ries (ALDE). – (FR) Herr Präsident! Der Zweck dieser Aussprache besteht nicht darin, uns zum Ankläger aufzuschwingen und ein Urteil zu fällen, für das wir nicht qualifiziert sind. Unser Ziel, übrigens ein doppeltes Ziel, ist es vor allem, dabei zu helfen, die Verantwortung der verschiedenen Parteien im Gaza-Konflikt aufzuklären, und im Hinblick auf die Zukunft müssen wir uns fragen, wie das, was wir heute sagen und tun, zur Wiederaufnahme des Dialogs beitragen kann.

Ich denke übrigens nicht, dass der Goldstone-Bericht in dieser Hinsicht konstruktiv ist. Außerdem – es sei daran erinnert, denn es ist selten – war dies die Schlussfolgerung aller europäischen Länder, von denen keines den Bericht vor den ehrenwerten Anklägern und großartigen Verteidigern der Freiheiten und Menschenrechte, nämlich China, Pakistan, Saudi-Arabien, Russland und Kuba, um nur einige zu nennen, unterstützt hat. Der Bericht ist umstritten, er ist unausgewogen und, ob es uns gefällt oder nicht, er wird uns nicht weiterbringen.

Andererseits ist es Sache Israels zu entscheiden, ob es seine Verantwortungen als demokratischer Staat übernimmt und die Vorfälle im Gaza-Konflikt aufklärt. Auf dem Spiel stehen seine militärischen und diplomatischen Interessen sowie seine Medienaktivitäten – alles Dinge, die der hebräische Staat in der Vergangenheit etablieren konnte.

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). - Herr Präsident! Ich freue mich, dass es dem Europäischen Parlament gelungen ist, eine relativ breit getragene EntschlieÙung zum vorliegenden *Goldstone Report* zu erarbeiten, ohne dabei den Konflikt im Nahen Osten lediglich nach Brüssel zu verlagern. Wer die Chance auf einen dauerhaften Frieden bewahren will, muss an das Einende zwischen allen Beteiligten appellieren, anstatt – wie es hier einige tun – das Trennende zu betonen. Das Einende ist die Geltung des internationalen Völkerrechts, insbesondere der Menschenrechte weltweit.

Doch genauso wie die Konfliktparteien eine unabhängige Untersuchung zulassen und fördern müssen, muss die internationale Gemeinschaft eine einseitige Verurteilung verhindern. Wir müssen deshalb auch unmissverständlich deutlich machen, dass eine einseitige Dämonisierung Israels nicht nur in dieser Debatte, sondern insgesamt unangebracht ist. Diejenigen Kräfte, die daran arbeiten, die Legitimierung des Staates Israel in Frage zu stellen, müssen von uns Europäerinnen und Europäern eine klare Absage bekommen. Vielmehr müssen die Kräfte in Israel gestärkt werden, die mit uns gemeinsam für Frieden, Toleranz und Menschenrechte im Nahen Osten kämpfen. Deshalb muss hier und heute auch deutlich gemacht werden, dass wir die Behinderungen von NRO in Israel durch Regierungsvertreter wie Außenminister Lieberman nicht hinnehmen können. Diese Politik ist schädlich für die Menschen in Israel und damit für den Frieden im Nahen Osten.

Charles Tannock (ECR). – Herr Präsident! Der Goldstone-Bericht wurde vom UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegeben, der von Feinden Israels dominiert wird. Man konnte daher kaum eine unvoreingenommene Analyse erwarten. Der US-Kongress bezeichnete den Goldstone-Bericht als in höchstem Maße unausgewogen und nicht der weiteren Erörterung oder Legitimierung wert. Der Bericht erwähnt nicht den Hamas-Terror und ignoriert die Tatsache, dass Israel 1 50 mutmaßliche Verfehlungen der israelischen Streitkräfte untersucht und die Schuldigen strafrechtlich verfolgen wird.

Hinter der Kontroverse über diesen Bericht steht jedoch eine menschliche Tragödie, die Tragödie der Palästinenser, die sich nach gemäßigten und unbestechlichen Führern sehnen, die ihnen durch eine Einigung mit Israel Frieden, Sicherheit und Wohlstand bringen. Wir dürfen auch nicht die Tragödie der Zivilisten in Südisrael vergessen, die unablässig Ziel von Angriffen fanatischer Dschihad-Anhänger der Hamas sind, die sich in ihren Schulen versteckten oder ihre tödlichen Raketen abfeuerten.

Die Fraktion der EKR wird weiterhin auf eine Zwei-Staaten-Lösung als einziges Mittel für eine langfristige dauerhafte Lösung des Konflikts im Nahen Osten drängen. Der Goldstone-Bericht bringt uns hier jedoch keinen Schritt weiter.

Helmut Scholz (GUE/NGL). - Herr Präsident! Das Existenzrecht Israels, der Schutz seiner Bevölkerung, das Streben nach möglichst intensiver Zusammenarbeit mit Israel sind für mich als Deutschen und als Linken Selbstverständnis politischen Handelns. Ich kann aber nicht akzeptieren, dass seit nunmehr Jahren 1,5 Millionen Palästinenser im größten Freilichtgefängnis der Welt als Geiseln einer verfehlten Politik genommen werden. Wer sich bewusst macht, dass mehr als 44 % der Kinder unter 14 Jahren im Gazastreifen leben, begreift, welch gefährliche Hypothek diese Politik für die Zukunft der Region bedeutet. Offensichtlich sollen der Krieg des Jahres 2008 und die Menschen verachtende Politik gegenüber der Zivilbevölkerung vergessen gemacht werden. Insofern fordern wir Aufklärung und Sühne.

Die Verletzung des humanitären und des Völkerrechts zu relativieren und den Tätern Straffreiheit zu gewähren, führt immer wieder nur zu neuen Selbstmordattentaten und Kriegen; die Spirale der Gewalt wird fortgesetzt. Europa darf nicht länger wegschauen! Insofern muss die Umsetzung des Goldstone-Berichts auch in der UNO-Vollversammlung Aufgabe der EU bleiben.

Lorenzo Fontana (EFD). - (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der UN-Menschenrechtsrat hat den Goldstone-Bericht mit überwältigender Mehrheit gebilligt.

Die Namen zu vieler der Länder, die diese große Mehrheit ausmachen, – China, Saudi-Arabien, Pakistan – geben uns jedoch Anlass zum Nachdenken und zur Sorge über die Zusammensetzung des Rates. Wir sind überrascht, wenn wir lesen, dass ausgerechnet diese Länder, die nicht unbedingt ein Vorbild sind, wenn es um Menschenrechte geht, Israel und die Hamas auffordern, eingehende Untersuchungen der während der Operation „Gegossenes Blei“ verübten Menschenrechtsverletzungen durchzuführen.

Wir beabsichtigen nicht, uns auf die Seite einer der Kriegsparteien zu stellen. Wir ziehen es vor, ein ausgewogenes Urteil beizubehalten, wir bringen die Notwendigkeit, Israels Sicherheit innerhalb seiner Grenzen zu garantieren, und das Existenzrecht des Staates Israel und des palästinensischen Staates zum Ausdruck, und wir erklären, dass wir Gewalt, Terror und Krieg zur Lösung von Konflikten ablehnen.

Unsere christliche Kultur und unser Verständnis der Menschheit und Geschichte geben uns Anlass zu hoffen, dass alle begangenen Verbrechen entschieden und fair bestraft werden.

Ria Oomen-Ruijten (PPE). - (NL) Ich habe mehr als einmal gesagt, dass man keine Zukunft aufbauen kann, wenn man seine Vergangenheit nicht kennt oder anerkennt. Dies gilt sicherlich auch für den Konflikt im Nahen Osten.

Ich habe hier eine Menge Kritik am Goldstone-Bericht gehört. Ich kenne Herrn Goldstone aus seiner Zeit als großartiger Vermittler, als er zahlreiche Untersuchungen in Südafrika durchführte und leitete. Meines Erachtens ist Herr Goldstone ein Musterbeispiel für jemanden, der die Fakten auf den Tisch legen kann, um einer Versöhnung näher zu kommen. Leider deutet die Art und Weise, in der der Bericht aufgenommen wurde, darauf hin, dass keine Versöhnung zustande gekommen ist. Stattdessen hat er offenbar zu einer noch stärkeren Polarisierung geführt. Daher wurde der Bericht einfach ignoriert.

Herr Präsident, Israel hat die Schlussfolgerungen des Berichts ignoriert, zugleich aber mit der Schadensersatzzahlung an die UN und der Bestrafung einiger Angehörige des Militärs im Grunde anerkannt, dass Fehler begangen wurden. Auf palästinensischer Seite ist demgegenüber nichts dergleichen geschehen. Ich frage mich, ob die jetzt in Ramallah eingesetzte Untersuchungskommission überhaupt in der Lage ist, eine gründliche Untersuchung in Gaza durchzuführen.

Herr Präsident, am kommenden Freitag findet eine Sitzung der UN statt, und ich hoffe sehr, dass es unserer neuen Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik gelingen wird, Einheit und Klarheit in den Standpunkt der Europäer zu bringen. Wir müssen die Menschenrechte und die Rechte beider Parteien unter allen Umständen wahren. Herr Präsident, wenn wir diese Einheit am Freitag erreichen können, werde ich sehr erfreut sein, und dann wird vielleicht eine Lösung im Nahen Osten in greifbare Nähe rücken.

Olga Sehnalová (S&D). - (CS) Es ist immer trügerisch, Zahlen zu vergleichen, hinter denen sich das Schicksal von Menschen verbirgt. Die Operation „Gegossenes Blei“ forderte über tausend Opfer unter den Bewohnern des Gaza-Streifens, verglichen mit dreizehn Opfern bei den israelischen Streitkräften. Müssen wir noch mehr wissen um zu erkennen, wer in diesem Krieg die schuldige Partei ist und wer das Opfer? Ich denke, wir müssen dies unbedingt tun. Beispielsweise die Tatsache, dass nach 2006 vom Gaza-Streifen aus Tausende von Raketen aus dicht bevölkerten Gebieten und ganz offensichtlich auch von öffentlichen Gebäuden aus gegen die Zivilbevölkerung in israelischen Städten abgefeuert wurden. Wir sollten weitere Fragen stellen. Wie kann ein Staat seine Bürgerinnen und Bürger in einer solchen Situation verteidigen? Ist es möglich, mit einer Armee

gegen Terroristen zu kämpfen, die Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbrauchen? Wenn ja, ist es möglich zu verhindern, dass es Opfer in der Zivilbevölkerung gibt? Was hat die internationale Gemeinschaft unternommen, um diese Form des Terrorismus zu verhindern? Werden nicht bewusst unterschiedliche Standards auf dem Gebiet der Einhaltung der Menschenrechte angelegt? Auf diese ernststen Fragen eine Antwort zu finden ist eine gewaltige Herausforderung für die gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union. Das Ziel der Politik sollte darin bestehen, den Dialog zu unterstützen, Vertrauen aufzubauen und geduldig nach einer dauerhaften friedlichen Lösung für den Nahen Osten als Ganzes zu suchen. Eine vorurteilsfreie Untersuchung aller Umstände während und auch vor dem Konflikt im Gaza-Streifen könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Niccolò Rinaldi (ALDE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Goldstone-Bericht wird ein Meilenstein bleiben, dessen mögliche künftige Konsequenzen vielleicht noch nicht in vollem Umfang bedacht worden sind, auch hinsichtlich der Bekräftigung des internationalen Rechts, dem wir Liberaldemokraten besonders verbunden sind.

Wir begrüßen die im Bericht erhobene Forderung nach Entschädigungszahlungen an die zivilen Opfer eines ungleichen Konflikts und nach Anrufung des Internationalen Gerichtshofs in allen Fällen, in denen die Parteien keine wirklich unabhängigen und unparteiischen Untersuchungen durchführen, wie es im Januar von zahlreichen israelischen Menschenrechtsorganisationen gefordert wurde. Dies sind Tatsachen, die auch einem Staat wie Israel Schaden zufügen können, der sich anscheinend nicht länger an dem Vorbild des außergewöhnlichen Humanismus der großen hebräischen Kultur, von der wir alle abstammen, orientiert.

Die Wahrheit ist, dass Gewalt eine verheerende Strategie bleibt. Die Hisbollah ist aus dem Angriff auf den Libanon gestärkt hervorgegangen, und die Hamas ist in Gaza heute stärker als zuvor. Jeder, der nach dem Konflikt in Gaza war, kann das enorme Leid der Menschen bestätigen. Wir Europäerinnen und Europäer müssen auch heute sagen, insbesondere in Richtung Gaza: lasst uns menschlich bleiben!

Frieda Brepoels (Verts/ALE). – (NL) Meines Erachtens hat der Goldstone-Bericht klar gezeigt, dass sowohl Israel als auch die Hamas während des Kriegs in Gaza Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Die UN haben beide Parteien bereits zweimal aufgefordert, unabhängige Untersuchungen durchzuführen, aber auch nach vierzehn Monaten wird diese Aufforderung noch immer ignoriert.

Ich frage mich, warum die Europäische Union sich nicht für internationales Recht einsetzt. Weshalb lässt sie zu, dass in dieser Region die Straffreiheit regiert? Die EU wird hinsichtlich ihrer Achtung des internationalen Rechts jede Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie diese Kriegsverbrechen ungesühnt lässt. Die Sicherheit Israels ist nicht Gegenstand dieses Berichts. Gegenstand dieses Berichts sind umfangreiche Menschenrechtsverletzungen. Es gibt daher keinen annehmbaren Grund dafür, dass die Empfehlungen dieses Berichts nicht umgesetzt werden.

Ich fordere daher nicht nur die Hohe Vertreterin, sondern auch die Mitgliedstaaten auf, alles daran zu setzen, dass eine angemessene Untersuchung vor Ort gewährleistet wird. Dies ist letztlich der einzige Weg, damit die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen eine Aussicht auf Erfolg hat.

Peter van Dalen (ECR). – (NL) Dieser Bericht ist einseitig. Israel wird stark kritisiert, unter anderem weil es wirtschaftliche und zivile Ziele unter Beschuss genommen hat. Die Hamas hat diese Einrichtungen jedoch missbraucht. Leider hat es Herr Goldstone nicht für notwendig erachtet zu untersuchen, ob dies tatsächlich der Fall war. Herr Goldstone hat es somit unterlassen, ein eventuelles Fehlverhalten der Hamas zu untersuchen, und folglich Israel auf die Finger geklopft. Dies weckt kein Vertrauen in diesen Bericht, denn anderen Quellen zufolge hat sich die Hamas tatsächlich in Krankenhäusern, Ambulanzen und Zivilgebäuden verschanzt.

Herr Präsident, ich werde mit einer positiven Bemerkung abschließen. Im Goldstone-Bericht werden viele Anschuldigungen erhoben, und diese müssen untersucht werden. Die israelische Regierung hat diesbezüglich zu Recht die Initiative ergriffen und strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Das ist zu begrüßen. Ich fürchte jedoch, dass wir auf eine solche selbstkritische Haltung der Hamas noch lange warten müssen.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – (FR) Ob es uns gefällt oder nicht, der Goldstone-Bericht wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligt, und ich sehe nicht, weshalb hinsichtlich des internationalen Rechts doppelte Maßstäbe angelegt werden sollten. Internationales Recht ist internationales Recht, und der Goldstone-Bericht verwendet den Begriff „Kriegsverbrechen“, was im Übrigen alle Welt auf den Fernsehbildschirmen sehen konnte. Sogar israelische Soldaten haben bezeugt, dass sie den Befehl erhielten, auf Zivilisten zu schießen.

Unter diesen Umständen müssen die Europäische Union und unser Parlament die Voraussetzungen schaffen um sicherzustellen, dass die israelische Regierung sich an internationales Recht hält, falls nötig unter Verwendung der Aussetzung von Artikel 2 des Assoziierungsabkommen EU-Israel als Sanktion. Dieser Artikel bestimmt, dass „die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien auf der Wahrung der Grundsätze der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte beruhen“. So einfach ist das; man muss ihn nur anwenden.

Die Europäische Union muss daher ihre Entschlossenheit, den Internationalen Gerichtshof anzurufen, wenn nichts unternommen wird – entsprechend der Empfehlung des Goldstone-Berichts –, deutlich zum Ausdruck bringen. Schließlich muss unser Parlament über eine grundsätzliche Frage entscheiden: Wollen wir eine harmonische Welt, in der schließlich Gerechtigkeit und Frieden herrschen, oder wollen wir das Recht des Dschungels, das Recht der Stärkeren? Wir müssen unsere Verantwortung für die Menschen Europas und die Menschen der ganzen Welt übernehmen.

Morten Messerschmidt (EFD). – (DA) Herr Präsident! Diese Angelegenheit – dieser Bericht – ist ein im Grunde beschämendes Kapitel in der Geschichte der UN. Wer kann beim besten Willen die Frage des Kriegs in Gaza diskutieren, ohne auch die Tausenden von Kassam-Raketen einzubeziehen, die acht Jahre lang auf die friedlichen Bürgerinnen und Bürger Israels niedergeprasselt sind? Wer kann beim besten Willen diese Frage diskutieren, ohne die Hunderte von Tunneln, die zwischen Ägypten und Gaza und anderen Gebieten existieren, durch die Waffen geschmuggelt werden, um jüdische Interessen in Israel zu schädigen, zu erwähnen? Wer kann beim besten Willen einen Bericht wie diesen schreiben, ohne die Tatsache zu berücksichtigen, dass Israel ein gut funktionierendes Rechtssystem hat, während nicht ein einziger der Mörder in Palästina und nicht ein einziger der Terroristen in Palästina je für seine Verbrechen vor Gericht gestellt wurde? Die Antwort auf alle drei Fragen lautet: Richter Goldstone. Das ist skandalös! Es ist beschämend für das UN-System, und mit dieser Aussprache in diesem Parlament machen wir es auch für die EU zu einer beschämenden Angelegenheit.

Proinsias De Rossa (S&D). – Herr Präsident! Hört man dieser Aussprache zu, ist es schwer zu sagen, welchen Bericht einige der Rednerinnen und Redner gelesen haben. Sicherlich nicht den, den ich gelesen habe.

Israel spricht diesem Parlament sein demokratisches Recht ab, Mitglieder des palästinensischen Legislativrates in Gaza zu treffen, und verweigert unseren Außenministern den Zugang. Ein Kämpfer der Hamas wurde getötet, sehr wahrscheinlich von israelischen Agenten, die gefälschte europäische Pässe benutzten und damit die Souveränität Irlands, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Dubais verletzten. Israel behandelt uns mit Geringschätzung, was nicht verwunderlich ist, wenn man sieht, wie es weiterhin ungestraft die Rechte von Millionen Palästinensern verletzt.

Die Nagelprobe für unseren Einsatz für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ist unsere Reaktion auf den Goldstone-Bericht, dem zufolge die Besetzung des Gaza-Streifens eine kollektive Bestrafung der Bevölkerung darstellt und die Operation „Gegossenes Blei“ diese Politik fortgeführt hat. Er fand Beweise für vorsätzliche Folter, unmenschliche Behandlung und bewusstes Verursachen großen menschlichen Leids. Der Bericht empfiehlt, den Internationalen Strafgerichtshof anzurufen, und dass das Nahost-Quartett auf Rechtsstaatlichkeit bestehen sollte.

Ich unterstütze die an die EU-Mitgliedstaaten, die Unterzeichner der Genfer Abkommen sind – einschließlich Irland, muss ich sagen –, gerichtete Aufforderung Goldstones, Strafverfahren bei nationalen Gerichten gegen die mutmaßlichen Kriegsverbrecher einzuleiten.

Bevor ich abschließe, möchte ich noch eine Korrektur anbringen, nämlich, dass wiederholt behauptet wurde, dieser Bericht erwähne nicht die von der Hamas auf Israel abgefeuerten Raketen. Auf Seite 31 des Berichts werden jedoch die Folgen für die Zivilbevölkerung von Raketen- und Mörserangriffen auf Südisrael durch palästinensische Milizen behandelt.

Hannu Takkula (ALDE). – (FI) Herr Präsident! Als Mitglieder der Europäischen Union müssen wir uns daran erinnern, was die europäischen Werte sind. Dies sind Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit, und wir müssen diese Werte überall achten.

Der Zweck des Goldstone-Berichts bestand darin, eine unvoreingenommene Untersuchung durchzuführen, leider ist ihm dies jedoch nicht gelungen. Dies wird von allen Parteien, die sich mit dem Bericht vertraut gemacht haben, bestätigt und geht auch ganz deutlich aus dem Ausgangsmaterial des Berichts hervor.

Wir sollten uns auch ins Gedächtnis rufen, dass die ganze Sache von Ländern wie Kuba, Pakistan, Ägypten und Saudi-Arabien initiiert wurde, die nicht dieselben Werte anerkennen wie die Europäische Union und Israel.

Ich bin ziemlich schockiert über die Bemerkungen von Herrn De Rossa und Frau De Keyser. Ich frage mich, welchen Bericht Sie gelesen haben. Wenn Sie etwas über den Bürgerkrieg zwischen Hamas und Fatah wissen, und das tun Sie, und wissen, wie viele Menschenleben in diesem Krieg zerstört worden sind, werden Sie zustimmen, dass wir in den Prozess eingreifen sollten, wodurch die Palästinenser eine Führung und eine gemeinsame Stimme finden und beginnen werden, ihr eigenes Land aufzubauen, anstatt es zu zerstören, ebenso wie sie die israelische demokratische Gesellschaft zerstören, indem sie Raketen auf Israel abfeuern.

Dieser Bericht ist meines Erachtens leider ein Schandfleck in der Geschichte der Vereinten Nationen. Wir Europäerinnen und Europäer sollten uns auch daran erinnern, dass Ghilad Shalit – Europäer, Franzose und israelischer Soldat – noch immer eine Geisel der Hamas ist, und wir müssen auf seine Freilassung drängen. Dies ist der erste Schritt, den wir unternehmen sollten.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Herr Präsident! Die Freunde Israels unter uns mögen einige Aspekte der Art und Weise, in der Israel in Gaza interveniert hat, in Frage gestellt haben, jedoch nicht das Recht Israels sich zu verteidigen und wirksame Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die Terrorakte gegen Israel planen und ausführen.

Ich habe große Sympathie für das einfache palästinensische Volk, aber seit 60 Jahren ist es von denen, die angeblich seine Führer sind, und denen unter ihnen, deren Beruf der Terrorismus ist, im Stich gelassen worden.

Es war von Beginn an klar, dass ein von dem fragwürdigen Menschenrechtsrat der UN – und diesen, Herr Howitt, hat unser Fraktionsvorsitzender kritisiert, nicht die UN; leider war Ihre eher kleinliche Bemerkung recht abwertend – stammender Bericht eine einseitige Verurteilung Israels sein würde. Während an Israel weitreichende Forderungen gestellt werden, wird die Hamas nur am Rande erwähnt. Der Bericht verlangt kein Ende des Terrors und der Angriffe gegen Israel, sondern fordert nur so genannte bewaffnete Gruppen der Palästinenser auf, auf Angriffe auf israelische Zivilisten zu verzichten und zu versuchen, Schaden für die palästinensische Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Ich sehe nichts in einem 554 Seiten starken Bericht, das konstruktive, positive Vorschläge für nachhaltigen Frieden und Stabilität bietet. Stattdessen sehen wir, dass Menschenrechtsphrasen und Instrumente des Internationalen Strafgerichtshofs herangezogen werden, um Israel anzugreifen, und ich muss sagen, eine solch verzerrte Darstellung trägt nicht zum Ansehen der Vereinten Nationen bei.

Alexandra Thein (ALDE). – Herr Präsident! Beide Konfliktparteien haben die Forderungen der VN nach einer glaubwürdigen und unabhängigen Untersuchung der Vorwürfe aus dem Goldstone-Bericht bisher nicht erfüllt. Dies ist bedauerlich, insbesondere was die israelische Seite betrifft. Denn so umstritten der Goldstone-Bericht auch sein mag, jeder Staat, der sich als demokratischer Rechtsstaat bezeichnet, hat die Pflicht, solch gravierende Vorwürfe einer unabhängigen Untersuchung zu unterziehen. Eine militärische Prüfung durch die israelische Armee, die selbst unter Verdacht steht, ist nicht ausreichend.

Wenn die EU ihre eigenen Grundsätze der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts ernst nimmt, muss sie den Druck auf beide Seiten erhöhen, auch im Rahmen ihrer bilateralen Beziehungen, und auf der geforderten Aufklärung möglicher Verstöße gegen das Völkerrecht und humanitäre Recht nach rechtsstaatlichen Prinzipien bestehen. Kriegsverbrechen müssen völkerrechtlich geahndet werden, das wurde hier schon des Öfteren gesagt. Notfalls muss der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs die Ermittlungen durchführen, gestützt auf Artikel 12 Absatz 3 des Statuts von Rom. Unabhängig vom Goldstone-Bericht gibt es aber derzeit keinen Grund, die Belagerung von Gaza weiter aufrechtzuerhalten.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Der Goldstone-Bericht, die Schlussfolgerungen und Empfehlungen, über die wir hier diskutieren, übergehen Israels Recht auf Selbstverteidigung. Die Intervention Israels im Gaza-Streifen im vergangenen Jahr war eine harte Maßnahme, und ich persönlich bedaure die Opfer und ihre Familien. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass dies eine endgültige Antwort auf jahrelange palästinensische Angriffe auf ein dicht besiedeltes Gebiet von Israel war.

Die Hamas hat vor Kurzem angekündigt, sie sei zum Dialog mit der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der EU und den USA, bereit. Ich verlange jedoch mit Nachdruck, dass wir dies nicht ernsthaft in Erwägung ziehen, bis die Hamas Israels Existenzrecht unmissverständlich anerkennt und der Gewalt

abschwört. Unser Mitgefühl gilt den Opfern dieses langjährigen Konflikts, aber es ist unerlässlich, einen zuverlässigen palästinensischen Partner für die Friedensverhandlungen zu haben, und das bedeutet einen rechtmäßigen, vertrauenswürdigen und verantwortungsvollen Vertreter des palästinensischen Volkes. Bis dies geschieht, wird es Zeitverschwendung sein, Hunderte weiterer Seiten internationaler Empfehlungen zu produzieren.

Ich möchte auch die Rolle Ägyptens herausstellen, das energisch handeln muss, um jede Hilfe für die Terroristen in Form von Waffen, die durch die unterirdischen Tunnel in den Gaza-Streifen geschmuggelt werden, zu verhindern.

Antigoni Papadopoulou (S&D). – (EL) Herr Präsident! Der Goldstone-Bericht trifft den Nagel auf den Kopf. Die Politik der Gleichbehandlung beider Seiten ist nicht hilfreich. In Gaza wurden und werden noch immer zahlreiche Verbrechen verübt. Es gibt Armut, Elend und eklatante Missachtung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes. Hierfür gibt es Zeugen. Es liegen Berichte des Roten Kreuzes, der Weltbank und des Europarates über Verbrechen gegen die Palästinenser, über wirtschaftliche Verarmung und unmenschliche Lebensbedingungen in Gaza vor.

Wir dürfen unsere Augen nicht verschließen. Seit vielen Jahren nun ist die Welt Zeuge von Gewalttaten gegen die Palästinenser. Die israelische Kriegsmaschinerie hat unter dem Vorwand der Selbstverteidigung erbarmungslos zugeschlagen. Das palästinensische Volk leidet.

Wir verurteilen ebenso die Ermordung von Zivilisten in Israel aus tiefstem Herzen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Israel im Rahmen der Selbstverteidigung berechtigt ist, weiterhin eine Vielzahl von Verbrechen gegen die Palästinenser zu verüben. Es gibt Israel kein Alibi, derartig verbrecherische Gewaltakte zu begehen.

Natürlich sind wir aber weder staatliche Ankläger noch steht uns die Rolle des Pontius Pilatus zu. Wir können nicht tatenlos zusehen und zulassen, dass das Blutvergießen weitergeht und Israels Verbrechen ungestraft bleiben. In dem Wunsch, respektvoll zu sein, und durch unsere Untätigkeit ermöglichen wir, dass Verbrechen nicht bestraft werden. Wir lassen den Täter ungestraft davonkommen und treiben ein falsches Spiel mit dem Opfer. Wir lassen zu, dass sich das Recht des Stärkeren durchsetzt.

Michael Theurer (ALDE). – Herr Präsident! Im Goldstone-Bericht werden Menschenrechtsverletzungen von beiden Seiten beschrieben. Über 1 400 Opfer im Gazastreifen sind eindeutig zu viel. Allerdings bin ich auch sicher, dass es ohne Raketenangriffe auf Israel keine militärische Reaktion gegeben hätte. Bei einem Besuch der Israel-Delegation vor Ort haben wir erfahren, dass man es sich in Israel mit der Aufarbeitung der Militäraktion nicht leicht macht. Der zentrale Vorwurf des Goldstone-Berichts, dass Israel vorsätzlich, absichtsvoll und permanent die Zivilbevölkerung angegriffen hat, ist nicht haltbar. Die Frage, inwieweit Hamas die Zivilbevölkerung als Schutzschild missbraucht hat, bleibt mangelhaft untersucht. Immerhin erwähnt der Bericht, dass die israelische Armee durch Telefonanrufe und Flugblätter gewarnt hat. Eine ähnliche Vorgehensweise von Hamas bei den Raketenangriffen auf Israel gab es nicht.

Allerdings müssen wir auch fragen, ob die UNO in Gaza selbst genug getan hat, um zum Beispiel zu verhindern, dass Raketen der Hamas aus der Nähe von Einrichtungen der UNO abgeschossen wurden. Ich glaube, der Goldstone-Bericht ist keine Grundlage für weitere terroristische Angriffe auf Israel, das rechtfertigt er nicht. Er hilft möglicherweise auch nicht weiter. Klar ist aber, dass wir die Menschenrechte hier im Europäischen Parlament einfordern und beide Seiten dazu auffordern müssen, zum Friedensprozess zurückzukehren.

Nicole Kiil-Nielsen (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident! In Israel wird die Arbeit von Richter Goldstone verteufelt und in den Augen der Öffentlichkeit völlig diskreditiert. Zugleich wird eine heftige Schmutzkampagne gegen Menschenrechtsaktivisten geführt, insbesondere den „New Israel Fund“, eine Stiftung, die die wichtigsten israelischen Menschenrechtsorganisationen finanziert, und vor allem gegen dessen Vorsitzende, Naomi Chazan, eine ehemalige Abgeordnete der Knesset, Akademikerin und Intellektuelle, die für ihren Einsatz für die Verteidigung der Frauenrechte und des Friedens bekannt ist.

Dreizehn pazifistische Gruppen, wie „Bethlehem“ und „Breaking the Silence“, sind Opfer einer wahren Hexenjagd. Die Europäische Union muss die Menschenrechtsaktivisten in allen Ländern vorbehaltlos unterstützen. Dazu gehört selbstverständlich auch Israel, dessen Straffreiheit eine Beleidigung der demokratischen Werte ist. Die Europäische Union muss Israel vor seinen eigenen Dämonen schützen.

Robert Atkins (ECR). – Herr Präsident! Es gibt Schuld auf beiden Seiten, aber eine Überreaktion seitens Israels auf diesen Bericht und freilich auf die Operation „Gegossenes Blei“. Goldstone ist ein angesehener Richter von gutem Ruf, und er ist Jude. Der Bericht weist zweifellos Schwächen auf, aber Israel muss

anerkennen, dass der Kern der Kritik auf Fakten basiert. Man muss nur den israelischen Soldaten zuhören, die ihre fragwürdigen Aktivitäten zuweilen in der Organisation „Breaking the Silence“ eingestehen.

Israel war infolge dieser Untersuchung gezwungen, den Einsatz von weißem Phosphor zuzugeben. Weshalb also wurden die Taten mancher israelischer Soldaten, die in mutmaßliche, wenn nicht tatsächliche, Kriegsverbrechen verwickelt waren, nicht wirklich untersucht? Der palästinensische Legislativrat hat seine Verfehlungen eingeräumt, Israel muss jedoch im Hinblick auf diese Frage und auf die jüngste Ermordung in Dubai aufhören, sich so arrogant zu verhalten, und die berechtigte Sorge vernünftiger, anständiger Menschen in der ganzen Welt anerkennen.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident! Mir scheint, die drei Schlüsselwörter in dieser Aussprache sind „unabhängig“, „gleichermaßen“ und „neutral“. Es muss eine unabhängige Untersuchung aller mutmaßlichen Verletzungen der Menschenrechte erfolgen. Die Täter müssen gleichermaßen verurteilt werden, und vor allem muss es eine starke neutrale Stimme geben, um in diesem unseligen Konflikt zu vermitteln, was zurzeit leider nicht der Fall ist, da der Standpunkt der breiten Mehrheit der mächtigen Länder wohl bekannt ist.

Ich denke, hier ist eine wunderbare Gelegenheit für die Hohe Vertreterin oder den neuen Präsidenten des Rates, diese neutrale Stimme zu sein, ähnlich dem, was George Mitchell in Nordirland tat, wodurch wir jetzt Frieden haben und Menschen, die jahrelang aufeinander geschossen und sich gegenseitig umgebracht haben, nun gemeinsam eine Regierung bilden. Dieselbe Gelegenheit bietet sich hier für die Hohe Vertreterin, die Rolle dieser neutralen, unabhängigen und fairen Stimme, an der es leider mangelt, zu übernehmen.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident! Ich möchte Herrn Kelly, und ich bin sicher, er wird dies gerne tun, um eine Klarstellung bitten. Auch wenn die Partei, die ich in Nordirland vertrete, gewiss in der Regierung vertreten ist, so war sie eine völlig friedliche Partei und hat auf niemanden geschossen und niemanden umgebracht.

Dies waren vielmehr die IRA und ihre politischen Vertreter.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident! Diese Aussprache, die meines Erachtens sehr facettenreich war, behandelte nicht nur den Goldstone-Bericht selbst, sondern auch die vorausgehende Situation, die Anlass für den Bericht war.

Wir können einmal mehr im Namen des Ratsvorsitzes sagen, dass der Goldstone-Bericht ein Bezugspunkt ist, wie es der Rat gesagt hat und wie es Frau Georgieva, der ich für ihre Rede danke, im Namen der Kommission gesagt hat. Es ist ein zuverlässiger Bericht, er scheint objektiv zu sein und er bringt die Existenz oder mögliche Existenz außerordentlich schwerer Menschenrechtsverletzungen, begangen durch verschiedene Parteien des Konflikts, zum Ausdruck.

Die Europäische Union kann als Antwort auf den Inhalt des Goldstone-Berichts nicht gleichgültig bleiben. Die Europäische Union kann als Antwort auf einen Bericht, der die Möglichkeit einiger schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen objektiv und zuverlässig darstellt, nicht gleichgültig bleiben.

Wir denken daher, dass der sich aus diesem Bericht ergebende Vorschlag – die Durchführung unabhängiger, glaubwürdiger Untersuchungen – der sinnvollste Weg ist, auf den Bericht, der sehr wichtig ist und sich auf uns alle auswirken sollte, zu reagieren. Er sollte bei denen unter uns, die, wie es der Fall in der Europäischen Union und im Parlament ist, an die Menschenrechte und deren Verteidigung glauben, eine Reaktion auslösen. Er sollte uns daher veranlassen, auf die außerordentlich schweren Menschenrechtsverletzungen, die in diesem Falle stattgefunden haben, zu reagieren.

Die Diskussion über diesen Bericht wird stattfinden, und unserer Meinung nach sollte diese Diskussion in den Vereinten Nationen unterstützt werden. Der Bericht wird auch im Menschenrechtsrat debattiert werden. Wir können Ihnen sagen, dass der Internationale Strafgerichtshof daran arbeitet und Untersuchungen durchführt, und meines Erachtens sollte die Europäische Union daher in Bezug auf die im Goldstone-Bericht aufgezeigten sehr ernststen Angelegenheiten eine konstruktive und koordinierte Haltung einnehmen; der Ratsvorsitz wird dies tun.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Lassen Sie mich zunächst ganz deutlich sagen, dass die Kommission wiederholt und nachdrücklich ihrer großen Besorgnis über die humanitäre Lage in Gaza Ausdruck verliehen hat. Mein Vorgänger, Louis Michel, ist unmittelbar nach der Operation „Gegossenes Blei“ nach Gaza gereist. Er wurde Zeuge von Vergehen auf beiden Seiten und protestierte dagegen.

Die Kommission ist sehr darauf bedacht, dass zwei Themen immer ganz oben auf unserer Agenda stehen sollten. Erstens: die Notwendigkeit der uneingeschränkten Achtung des humanitären Völkerrechts durch

alle Parteien. Zweitens: die Notwendigkeit zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe die Menschen in Gaza tatsächlich erreichen kann.

Seit dem Konflikt im Januar letzten Jahres hat die EU deutlich gemacht, dass sie die Untersuchungen mutmaßlicher Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht genau verfolgen wird, und die Kommission hat betont und tut dies auch weiterhin, wie wichtig es ist, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und gegen Straflosigkeit bei Verstößen gegen internationales Recht vorzugehen.

Im Kontext des Friedensprozesses im Nahen Osten ist die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts heute so wichtig wie eh und je – und vielleicht sogar noch wichtiger.

Damit die Europäische Union ein glaubwürdiger Spieler im Friedensprozess ist, muss sie zeigen, dass sie die Grundwerte der EU in allen Bereichen anwendet und den Besitzstand des humanitären Völkerrechts jederzeit konsequent und hinsichtlich aller Fragen beachtet. Lassen Sie mich zur Unterstützung des Ratsvorsitzes wiederholen, dass eine gemeinsame Linie der EU zum Goldstone-Bericht ein sehr bedeutender Schritt in diese Richtung wäre.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet in der nächsten Sitzung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Corina Crețu (S&D), schriftlich. – (RO) Der Goldstone-Bericht über eine außerordentlich kontroverse Situation, die heftige Emotionen hervorruft, findet nur schwerlich Zustimmung bei den beteiligten Parteien, wenn die Zusammenstöße im Dezember 2008 und Januar 2009 zwischen der israelischen Armee und militanten Palästinensern in Gaza, einer von der Hamas beherrschten Region, Leid auf beiden Seiten verursacht haben. Ungeachtet der Einstellung der Parteien zum Goldstone-Bericht hoffe ich, dass er nicht als Vorwand benutzt wird, um Gespräche, die auf eine langfristige friedliche Lösung für das palästinensische Problem abzielen, abzublocken. Vielmehr liegt die Priorität in der Region darin, die Friedensgespräche wiederaufzunehmen, die, wie es bisher der Fall war, die Europäische Union und die USA einbeziehen werden. Die erzielten Lösungen müssen den Staat Israel seines Fortbestands in der Region versichern und den Palästinensern die Garantie verschaffen, dass sie mit Würde in ihrem eigenen lebensfähigen, demokratischen und unabhängigen Staat leben können. Die Europäische Union muss bereit sein, größere Verantwortung in diesem Prozess zu übernehmen, um normale Beziehungen zwischen Israel und Palästina herzustellen. Ich denke, wir dürfen den wichtigsten Punkt im Goldstone-Bericht nicht vergessen: Nichts kann das Leid wehrloser Menschen rechtfertigen, und der Dialog ist der richtige Weg, dieser Situation ein Ende zu bereiten, nicht die Konfrontation und der Einsatz von Gewalt.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Am 5. November 2009 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Goldstone-Bericht angenommen und die Entschließung 64/10 verabschiedet. Darin wurden sowohl Israel als auch die Palästinenser aufgefordert, innerhalb von drei Monaten mögliche Menschenrechtsverletzungen während des Gazakonfliktes zu untersuchen. Bedauerlicherweise sind dem bis heute weder Israel noch die Palästinenser nachgekommen. Dies ist insofern sehr schade, da der Goldstone-Bericht sehr umfassend die Verfehlungen und Verbrechen beider Seiten auflistet. Die israelische Seite hatte dem Bericht zufolge während der dreiwöchigen Angriffe massive Verstöße gegen internationales Recht verübt. So seien wahllos Zivilisten angegriffen oder Häuser bombardiert worden. Auch der Einsatz von international geächteten Phosphorbomben wird erwähnt. Die Palästinenser wiederum hätten durch den Raketen- und Mörserbeschuss bewusst die Tötung von Zivilisten in Kauf genommen, so der Bericht. Die Vorwürfe sind dermaßen schwer, dass sie unbedingt und rasch aufgeklärt werden müssen. Nachdem der UN-Sicherheitsrat den Goldstone-Bericht abgelehnt hat, ist auch nicht davon auszugehen, dass man der darin enthaltenen Empfehlung nachkommt, die Angelegenheit vor den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag zu bringen. Ich fordere daher die neue Hohe Repräsentantin für Außenpolitik, Frau Ashton, auf, hier von Seiten der EU massiv auf die beiden Konfliktparteien einzuwirken und sie zur Aufarbeitung der Verbrechen anzuhalten.

Róza, Gräfin von Thun Und Hohenstein (PPE), schriftlich. – (PL) Herr Präsident! Richter Goldstones Bericht wird in der internationalen Arena als objektives Dokument über die Operation im Gaza-Streifen im Winter 2009 präsentiert. Indes wurde er verschiedenen Quellen zufolge nicht in einer Art und Weise vorbereitet, die es uns erlauben würde, mit gutem Gewissen über ihn zu sprechen. Ich möchte einige Merkmale erwähnen, die Botschafter Dore Gold in einer Diskussion mit Herrn Goldstone in der Brandeis Universität präsentierte, und die vom israelischen Außenminister hervorgehoben wurden.

Die Mitglieder der Mission hatten offenbar noch vor Beginn der Mission Meinungen zum Konflikt kundgetan, und als sie im Gaza-Streifen waren, wurden sie von Vertretern der Hamas begleitet und Zeugen wurden in deren Anwesenheit befragt. Richter Goldstone legte nicht die erforderliche Sorgfalt bei der Prüfung der Beweise an den Tag. Es erscheint auch ungerecht, dass die Aussagen der israelischen Behörden, die in dem Bericht zitiert werden, als unzuverlässig erachtet werden, während die Haltung der Behörden von Gaza, wie der Hamas, den Mitgliedern der Mission keinerlei Anlass zu Zweifeln gibt.

Angesichts dieser Kritik am Goldstone-Bericht fordere ich die Kommission und das Europäische Parlament auf sicherzustellen, dass sich die Öffentlichkeit in Europa mit den Argumenten beider Seiten in Bezug auf die Lage im Gaza-Streifen vertraut machen kann. Die Europäische Union ist um möglichst gute Wirtschaftsbeziehungen mit Israel bemüht. Mithin ist es umso wichtiger, dass wir unsere Beziehungen auf gegenseitigem Vertrauen aufbauen können. Sich nur auf den Bericht von Richter Goldstone zu verlassen, wird nicht dazu beitragen.

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

18. Situation der Zivilgesellschaft und der nationalen Minderheiten in Belarus (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Aussprache zur Erklärung des Rates und der Kommission über die Situation der Zivilgesellschaft und den nationalen Minderheiten in Belarus.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie mir die Gelegenheit geben, zu diesem Thema bezüglich der Lage der Zivilgesellschaft und der nationalen Minderheiten in Belarus zu sprechen.

Die Europäische Union ist ganz sicher sehr über die Verschlechterung der Situation in Belarus besorgt, besonders hinsichtlich der Menschenrechte.

Der Mangel an Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der konstant zunehmende Druck auf die Medien, die Gesetze, die die Nutzung des Internets beschränken und die Aktionen gegen Oppositionelle verursachen eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Belarus.

In ihrer Erklärung am 16. Februar, im vergangenen Monat also, drückte Frau Ashton, die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik, ebenfalls ihre Besorgnis hinsichtlich der Lage der polnischen Minderheit in Belarus und bezüglich der Inhaftierung einiger Mitglieder dieser Minderheit durch die Polizei aus. Diese Erklärung, diese formale Position der Hohen Vertreterin, gelangte ebenfalls über offizielle diplomatische Kanäle an die Behörden in Belarus.

Am Montag waren wir in der Lage, diese Angelegenheit im Ministerrat für Auswärtige Angelegenheiten zu diskutieren und konnten eine gründliche Debatte führen, die, ich bin mir sicher, in der Zukunft wiederholt wird. Es gab, nebenbei bemerkt, eine Rede des polnischen Ministers, der seiner Sorge und dem Gefühl Ausdruck verlieh, dass reagiert werden müsse und Position zur systematischen Schikanie der Mitglieder der polnischen Minderheit bezogen werden müsse. Es muss außerdem gesagt werden, dass die Europäische Union, ohne auch nur den Hauch eines Zweifels und hinsichtlich verschiedener Aspekte, beunruhigt ist und diese Situation sehr unmittelbar und sehr genau überwachen muss.

Ich denke, es ist sehr wichtig, den Behörden in Belarus zu vermitteln, dass sie ihre in der OSZE gemachten Versprechungen erfüllen müssen, dass sie als integralen Bestandteil der Wahrung der Menschenrechte diese respektieren und Minderheiten schützen müssen. Im Ministerrat für Auswärtige Angelegenheiten, auf den ich mich bezog, gab es ein ausdrückliches Ersuchen an die europäischen Minister, über die entsprechenden Kanäle und in den entsprechenden Foren die Behörden in Belarus auf diese Lage aufmerksam zu machen.

Ich denke, dass es im allgemeinen Interesse von Belarus, der Europäischen Union und allen Europäerinnen und Europäern ist, dass wir es schaffen, Einfluss auszuüben und diese Aktionen zu stoppen, die im Gegensatz zu Menschenrechten und Minderheitenrechten stehen und sehr beträchtlich und bedeutend sind in Belarus. Gleichzeitig denke ich, dass es für Belarus wichtig ist, in die richtige Richtung zu arbeiten, und alle Dimensionen der Östlichen Partnerschaft sind eine Gelegenheit, Belarus in die richtige Richtung hin zu beeinflussen; dazu gehört auch der multilaterale Aspekt.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Lassen Sie mich zusätzlich zur Erklärung des EU-Ratsvorsitzes, der tatsächlich sehr klar und kraftvoll in dieser Angelegenheit auf die Position der Hohen Vertreterin, Baronin Ashton, Bezug nahm, kurz die Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtssituation in Belarus, insbesondere hinsichtlich der polnischen Minderheit, hinzufügen.

Das sehr bedauerliche Zurückgehen der Fortschritte der Demokratie in Belarus in den vergangenen Jahren ist eine sehr schwerwiegende Angelegenheit, aber, dies gesagt sein, müssen wir uns weiterhin mit Belarus beschäftigen und Kommunikationskanäle offenhalten, wie schwierig dies auch sein mag, nicht notwendigerweise nur über Regierungskanäle – wir können natürlich auch auf der Östlichen Partnerschaft aufbauen und diese nutzen –, sondern auch über Mensch-zu-Mensch-Kontakte. Diese Kontakte sind vielleicht die wichtigsten in Belarus und sie gilt es aufrechtzuerhalten, durch Studentenaustausch, durch Geschäftsmöglichkeiten und durch Bereitstellung kulturellen Austausches als eine Plattform des Dialogs mit den Menschen von Belarus und als einen Weg, eine Gelegenheit zu schaffen, die Demokratie in Belarus voranzutreiben.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass trotz dieser Wende in den letzten zwei Jahren, die Kommission gerne engagiert bleiben und durch ihren Dialog mit Belarus die Beschleunigung einer positiven Entwicklung verfolgen möchte, um damit den Prozess des Engagements, wie er vor zwei Jahren war, wieder in Gang zu bringen.

Gunnar Hökmark (PPE). – Herr Präsident! Meinen Dank an den spanischen Ratsvorsitz und die Kommission für ihre Worte zu dieser Lage.

Ich denke, wir müssen uns über eine Sache klar sein: worüber wir nun sprechen, ist kein Einzelfall – es handelt sich um die Auswirkungen einer Diktatur und eines brutalen Regimes, das die Rechte von Minderheiten aberkennt sowie die Rechte seiner einzelnen Bürgerinnen und Bürger. So stehen die Dinge in Belarus, und ich denke, das muss der Ausgangspunkt für unsere Diskussionen in Bezug auf den Dialog mit dem Regime sein.

Ein Dialog muss miteinander geführt werden. Wenn wir Offenheit zeigen, dann müssen wir vom Regime in Belarus etwas im Gegenzug fordern, und sie haben weder Änderungen noch Reformen, die sie erbringen sollten, zugestanden. Ich möchte gerne sagen und sehr stark betonen, dass dies kein polnisches Thema ist. Belarus ist ein Nachbarland der EU. Es gehört zur Östlichen Partnerschaft. Dies hier ist ein europäisches Problem und das Regime in Belarus distanziert sich selbst nun durch seine Taten vom offenen Dialog und der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

Es bedarf vor allem ganz grundsätzlich der Achtung von Minderheiten, der Wahrung der Menschenrechte, des Endes der polizeilichen Brutalität und der Bereitschaft eines konstruktiven Dialoges mit der Europäischen Union. Ich denke, diese Botschaft muss dem Regime gegenüber klargemacht werden. Unser Dialog muss ein Dialog für Demokratie und Menschenrechte sein, und natürlich sollten wir uns an die Zivilgesellschaft wenden; denn Belarus ist viel mehr als das Regime. Belarus ist seine Bevölkerung – die Studenten, Männer und Frauen, die Gesellschaft. Ich denke, was wir in letzter Zeit gesehen haben, hat bewiesen, dass wir nun mit einem Dialog weitermachen müssen, der sich an die Zivilgesellschaft richtet, um Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu stärken.

Kristian Vigenin (S&D). – Herr Präsident! Lassen Sie mich im Namen der Fraktion der Sozialisten und Demokraten unsere Bedenken über die Menschenrechtssituation in Belarus ausdrücken und besonders hinsichtlich der jüngsten Entwicklungen mit der Union der Polen. Wir möchten auch gerne unsere Solidarität mit allen Bürgerinnen und Bürgern von Belarus äußern, die nicht ihre elementaren Bürger- und Menschenrechte genießen können. Dies geschieht in einem europäischen Land im 21. Jahrhundert. Ich denke, dass ist ein Problem, das nicht hingenommen werden darf. Darüber sind wir uns alle einig.

Das ist der Ausgangspunkt. Die Hauptfragen, die wir nun stellen müssen, sind erstens: wozu wollen wir Belarus bewegen? Und zweitens: wie können wir das schaffen? Zur ersten Frage: darüber sind wir uns alle einig, denke ich: wir wollen, dass Belarus demokratisch wird; wir wollen, dass die belarussischen Behörden demokratisch gewählt werden – Parlament, Präsident, Regierungen und kommunale Vertreter; wir wollen, dass diese Behörden eine freie und kreative Atmosphäre in Belarus schaffen; und wir wollen natürlich, dass das Land näher an die EU rückt.

Die zweite Frage ist, wie wir dies erreichen können. Die Europäische Union hat ihre Politik Belarus gegenüber von der Isolation hin zum Engagement geändert, und es scheint, dass diese Politik einige Ergebnisse zeigt.

Natürlich reicht das nicht, es geschieht nicht schnell genug, und die Entwicklungen, die wir sehen, wie in den vergangenen zwei Wochen, zeigen, dass wir engagierter sein müssen.

Was mir als Vorsitzender der Euronest-Delegation und als Vorsitzender der Delegation, die morgen nach Belarus geht, um die Lage vor Ort zu sehen, aufgefallen ist, ist das Fehlen einer gemeinsamen Strategie zwischen den drei Hauptinstitutionen: Rat, Kommission und Parlament. Wir brauchen eine solche Strategie, um gegenseitig unsere Bemühungen zu verstärken, und wir brauchen wirklich einen politischen Dialog; wir brauchen einen Fahrplan für Belarus, der sehr konkret ist, nicht nur allgemeine Empfehlungen, sondern einen Aktionsplan – einen Fahrplan –, an den Belarus sich halten sollte. So müssen wir fortfahren und es reicht nicht aus, es nur unter der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Östlichen Partnerschaft zu tun.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – (NL) Ich sehe die Aussprache heute Abend auch eher als regionale Angelegenheit an. Wir haben gesehen, dass Herr Janukovich in der Ukraine gewählt worden ist. Er ist eindeutig ein Präsident, der eher nach Moskau als nach Brüssel schaut. Von seinem Besuch nächste Woche sollten wir uns nichts vormachen lassen.

Ich denke, was jetzt in Belarus geschieht und die Art von Aktionen, die Herr Lukashenko hinsichtlich der polnischen Minderheit in diesem Land sich erdreistet hat zu nehmen, sind Zeichen dafür, dass er eher in Richtung Moskau als in Richtung Westen schaut. Indem er das tut, sah er sich offensichtlich imstande, eine Minderheit eines EU-Mitgliedstaates seiner grundlegenden Menschenrechte zu berauben. Wie ist das möglich? Das ist natürlich eine Folge dessen, dass Europa dem Osten zu sehr den Rücken zukehrt. Wir waren nicht offen genug für die Idee eines wirklichen Zugangs zu diesen Ländern. Normalerweise müssen wir hart verurteilen, was Belarus seiner polnischen Minderheit antut, aber wir sollten auch unsere Politik etwas lockern und eine weniger restriktive Visumpflicht handhaben. Werfen wir einen Blick auf unsere Energiepolitik und stimmen wir sie mehr auf Länder wie Belarus und die Ukraine ab.

Das ist die Bitte, die ich habe: dass Europa seine Aufmerksamkeit wieder mehr diesen Ländern widmen sollte. Das wird einen viel besseren Effekt auf ihre innenpolitischen Entwicklungen haben, als wenn wir sie jetzt zu hart verurteilen und Moskau die Sache überlassen.

Heidi Hautala, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FI) Herr Präsident! Der ausschlaggebende Grund, warum dieses Thema jetzt auf der Tagesordnung steht, ist sicher die friedliche Demonstration, bei der 40 Vertreter der Union der Polen verhaftet wurden, was wir natürlich verurteilen müssen.

Ein anderer Grund und von aktuellem Interesse ist etwas, was mein Kollege Herr Vigenin bereits erwähnt hat: nach langer, langer Unterbrechung sendet das Parlament morgen eine Untersuchungsdelegation nach Minsk und als einer der vier Beteiligten repräsentiere ich den Unterausschuss Menschenrechte.

Wir sollten uns um die Menschenrechtssituation in Belarus Sorgen machen. Es gibt dort Probleme mit der Redefreiheit, der Medienfreiheit und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Wir müssen darauf bestehen, dass Belarus die Todesstrafe abschaffen sollte, und wenn sich die Beziehungen zwischen Belarus und der Europäischen Union entwickeln sollen, wird das Land die Menschenrechtslage dort in all seinen Aspekten verbessern müssen. Wie andere meiner Kolleginnen und Kollegen bin ich der Meinung, dass die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei dieser Entwicklung spielt.

Ryszard Czarnecki, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident! Das Fehlen einer Entscheidung ist auch eine Entscheidung. Eine im März verabschiedete Entschließung des Europäischen Parlaments zu Belarus wird nötig sein, aber sie ist sogar jetzt noch notwendiger. Die Verfolgung von Polen in Belarus ist nicht nur eine Angelegenheit der Polen, wie die Rednerinnen und Redner vor mir betont haben, sondern sie ist ein Symptom einer Haltung gegenüber europäischen Standards, zu denen auch Standards gehören, die nationale Minderheiten betreffen.

Europa sollte Belarus aus dem Einflussbereich Russlands holen, sollte aber auch Respekt für jene Werte fordern, die die Grundlage der Union bilden, wie bürgerliche Freiheiten, Pressefreiheit, die Rechte nationaler und religiöser Minderheiten und das Koalitionsrecht. Wenn Lukashenko die Sprache der europäischen Werte nicht versteht, wird er sicherlich die Sprache von Sanktionen verstehen. Sanktionen allerdings, die nicht die belarussische Gesellschaft treffen – solcherlei Sanktionen wollen wir nicht –, sondern Sanktionen, die das Leben für Politiker und Beamte, die für die Diskriminierung der Polen und die demokratische Opposition verantwortlich sind, erschweren.

Es gibt ein Ungleichgewicht in den Beziehungen zwischen der EU und Belarus: die Union öffnet die Tür für Minsk, aber bekommt so gut wie nichts zurück. Diese Einbahnstraße führt nirgends hin. Es ist Zeit für

Sanktionen politischer Art, wenn auch nur zeitweise, selbst wenn das in Form von Abwesenheit der Vertreter des belarussischen Parlaments von der Parlamentarische Versammlung Euronest ist und einer Rückkehr zur schwarzen Liste der Beamten des Regimes in Minsk, die das Hoheitsgebiet der Europäischen Union nicht betreten dürfen.

Kinga Gál (PPE). – Herr Präsident! Als eine der Vorsitzenden der Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Regionalsprachen verurteile ich auf das Schärfste die Aktionen der belarussischen Behörden gegen die größte Organisation der polnischen Minderheit und die Mitglieder der Minderheit. Wie wir heute hören, handelte es sich dabei hauptsächlich um ältere Menschen.

Die Fakten zeigen ganz klar eine Verletzung nicht nur der Minderheitenrechte, sondern auch der elementaren Menschenrechte. Die Aktionen bestätigen das undemokratische Wesen des politischen Systems und wir, diejenigen Abgeordneten, die das kommunistische Regime erlebt haben, erkennen ganz klar die Methoden.

Seit ihrer Gründung setzt sich die Intergruppe fortwährend für die Rechte nationaler Minderheiten ein und hält jede Verletzung der Minderheitenrechte für inakzeptabel.

Wir bitten die Kommission, die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik, konkrete Schritte zu unternehmen, um eine klare Botschaft an die belarussische Regierung zu senden, dass ohne eine Verbindlichkeit den Menschenrechten gegenüber, einschließlich der Minderheitenrechte, eine Sanktionierung der Beziehungen zwischen der EU und Belarus auf nicht absehbare Zeit stattfindet.

Minderheitenrechte als Teil von Menschenrechten können nicht als innenpolitische Angelegenheit angesehen werden. Dieses Thema kann nicht als eine polnisch-belarussische innenpolitische Angelegenheit angesehen werden. Es ist eine Sache der EU, weil es hierbei, wie bereits erwähnt, um unsere Nachbarschaftspolitik, um unsere Östliche Partnerschaft, geht. Daher bitten wir die Kommission, eine klare Botschaft zu senden und eindeutige Schritte zu ergreifen.

Bogusław Liberadzki (S&D). – (PL) Herr Präsident! Ich danke dem Rat und auch der Kommission für eine derartig schnelle Reaktion. Das ist in der Tat ein sehr gutes Beispiel unserer europäischen Standards.

Erstens, erlauben Sie mir zu sagen, dass es hier wirklich keinen ethnischen Konflikt gibt. Dies ist kein polnisch-belarussischer oder belarussisch-polnischer Konflikt. Es ist ganz einfach eine Missachtung der Menschenrechte und der Prinzipien der Redefreiheit und eine Verletzung der Rechte nationaler Minderheiten. Das hätte jeder anderen Minderheit passieren können. Warum widerfuhr das der polnischen Minderheit? Deshalb, weil sie groß, organisiert und demokratisch ist und weil sie, neben anderen, Herrn Milinkevich hat, einen Träger des Preises vom Europäischen Parlament. Deshalb fing es mit uns an.

Ich möchte gerne wissen, was wir tun sollen. Ich hatte nun zweimal die Gelegenheit, mit Herrn Milinkevich und Frau Borys zu sprechen. Sie erklärten: wir sind loyale Bürgerinnen und Bürger von Belarus und wollen keine Wirtschaftssanktionen. Wir wollen keine politischen Sanktionen, wir wollen eine Annäherung zwischen Belarus und der Europäischen Union. Wir wollen ein Gleichgewicht, und wir wollen, dass die Zusammenarbeit vom Fortschritt des Demokratisierungsprozesses des Landes abhängt. Auch wir sollten so fortfahren. Daher sollten wir uns den Bürgerinnen und Bürgern von Belarus gegenüber öffnen und es auch für sie einfacher machen, ein Visum zu erhalten. Sind Visumgebühren und eine Visumpolitik überhaupt notwendig? Es ist gut, dass unsere Untersuchungskommission morgen nach Belarus reist. Lassen Sie uns auf ihren Bericht warten und nur dann werden wir über weitere Maßnahmen entscheiden.

Konrad Szymański (ECR). – (PL) Herr Präsident! Mit dem Vertrag von Lissabon hat man uns, uns allen, eine viel größere Effektivität der Außenpolitik der Europäischen Union versprochen. Schnell wurde klar, dass unsere Rolle in Haiti verspätet war und unbemerkt blieb, der EU-USA-Gipfel eine Niederlage war, und die Schaffung eines diplomatischen Corps in einer Atmosphäre sinnloser Streitigkeiten zwischen Gemeinschaftsorganen stattfand, die der Qualität des Corps abträglich war. Heute hatten wir eine weitere Gelegenheit, zu zeigen, dass die Union handeln kann. Leider hat der Rat seine Entscheidung verschoben und das Parlament ist nicht in der Lage, auf eine offensichtliche Menschenrechtsverletzung in einem Land, dessen Rolle in der EU-Politik zunehmen sollte, zu reagieren.

Frau Georgieva, die Politik der offenen Türen und des Studentenaustausches für Belarus hat versagt, sie hat heute versagt, also wiederholen Sie bitte nicht dieselben Dinge über den Austausch von Studenten, die wir nun schon seit fünf Jahren hören. Das ist eine Niederlage, die die Glaubwürdigkeit der EU beeinträchtigt. Die Europäische Union ist heute ein schwacher und unentschlossener Akteur. Washington weiß das, Moskau weiß das, und mit den zweideutigen Reaktionen auf die Krise in Belarus, weiß Minsk das auch.

Jacek Protasiewicz, (PPE). – (PL) Herr Präsident! Als Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus habe ich häufig Kontakt nicht nur zu Vertretern der Opposition, der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen, sondern auch zu Vertretern der offiziellen Behörden. Ich höre die Argumente, die sie benutzen, wie Belarus das Recht hat, bestimmte internationale Standards entsprechend seiner eigenen Geschwindigkeit zu übernehmen.

Theoretischerweise sollte die Europäische Union keinen Druck auf dieses verantwortungsbewusste, souveräne Land ausüben, denn die Verantwortung für die innenpolitische Lage im Land wird von seinen Behörden getragen. Theoretischerweise wäre es möglich, mit solch einem Vorgehen einverstanden zu sein, wenn es nicht um die Tatsache ginge, dass in diesen internationalen Standards, die Belarus selbst akzeptiert hat, als es der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitrug, Menschenrechte nicht als interne Angelegenheit gelten.

Wie es sich kürzlich in Iwieniec, einer kleinen Stadt im zentralen Teil von Belarus, zugetragen hat, als die Behörden, ich würde sagen, die Polizeigewalt gegen eine Gruppe älterer Menschen, Rentner, missbrauchten, die von Teresa Sobol angeführt wurden, die in Eigeninitiative beträchtliche Mittel, hauptsächlich aus dem Ausland, gesammelt hatte. Sie verwendete dieses Geld, um ein heruntergekommenes Gebäude im Stadtzentrum zu renovieren. Dann verwandelte sie dieses Gebäude in ein lebendiges kulturelles und soziales Zentrum für die polnische Minderheit. Die Polizei wurde zu diesen Menschen geschickt, bevor ein Gericht über den rechtlichen Status des Gebäudes entschieden hatte. Als nächstes dürfen Menschen, die von den Aktivisten als Zeugen benannt werden, nicht vor Gericht erscheinen, um auszusagen und eine gerechte Gerichtsverhandlung zu gewährleisten.

Das hat nichts mit der Geschwindigkeit beim Übernehmen internationaler Standards zu tun. Das ist ein Entfernen von internationalen Standards, Standards, denen Belarus sich selbst verpflichtet hat und die zu respektieren es uns, als Teil des Dialogs mit der Europäischen Union, versprochen hat. Daher möchte ich noch eine weitere Sache sagen. Wir können uns über Sanktionen unterhalten, und die Zeit dafür wird kommen. Es ist jedoch am wichtigsten, dass die wirtschaftliche Hilfe, die in Betracht gezogen wird, von der Abwendung dieser Art der Methoden und von wahrer, echter Liberalisierung und Demokratisierung in Belarus abhängen sollte.

Justas Vincas Paleckis (S&D). – (LT) Die Regierungsinstitutionen müssen Konflikte und Missverständnisse bezüglich polnischer Minderheitenorganisationen in Belarus unmittelbar lösen und dies demokratisch, ohne den Einsatz von Gewalt. Ich möchte auch gerne die Ansicht der Kommissarin unterstützen, dass wir mit der Kooperation und der Aufrechterhaltung der Mensch-zu-Mensch-Kontakte fortfahren müssen. Seit vielen Jahren reist morgen nun die erste offizielle Delegation des Europäischen Parlaments nach Belarus. Lassen Sie uns auf offene Diskussionen hoffen, sowohl mit der Opposition als auch mit der Regierung. Eindrücke aus Minsk zum erwähnten Konflikt sowie zur Teilnahme von Belarus an der Parlamentarischen Versammlung Euronest könnten die Beziehungen der Union zu Belarus in eine bessere Richtung hin beeinflussen. Die Kommunalwahlen, die in zwei Monaten stattfinden werden, sind sogar ein noch wichtigerer Indikator, der die Aussicht auf offenere Beziehungen anzeigen wird. Dieses Mal sollten es keine Wahlen ohne Wahl sein, wo die Medien vom selben Notenblatt singen und die Opposition gar keine Stimme hat und ignoriert wird, wo, nach nicht überwachter Stimmenauszählung, fast 100 % der Wählerinnen und Wähler eine einzige politische Partei unterstützten und am Ende Abgeordnete praktisch bestimmt und nicht gewählt wurden.

Marek Henryk Migalski (ECR). – (PL) Herr Präsident! Herr Liberadzki von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament begann damit, die Behörden der Europäischen Union für ihre Reaktion zu loben. Wegen Ihrer Fraktion, Herr Liberadzki, haben wir heute die Entschließung nicht verabschiedet; es kann also sein, dass Sie wirklich zufrieden sind. Wenn jedoch Frau Georgieva, die nun wirklich jeden Tag mit Entwicklung zu tun hat, uns heute erzählt, was vorgeschlagen wurde, nun, dann weiß ich nicht, wen das zufriedenstellen könnte. Vielleicht Sie und Ihre Fraktion, Herr Liberadzki, aber es wird sicher nicht die Belarussen zufriedenstellen und auch nicht jene, die den Belarussen alles Gute wünschen. Wenn selbst Frau Georgieva, die Kommissarin, die fünf Minuten für ihre Rede hat, von dieser wertvollen Zeit nur zwei Minuten nutzt, heißt das, dass nicht nur das, was Sie sagten, Frau Georgieva, nicht besonders zufriedenstellend ist, sondern auch, dass Sie nicht die Gelegenheit nutzten, klar zu dieser Sache Stellung zu beziehen. Also appelliere ich an Sie, Frau Georgieva, und auch an die Behörden der Europäischen Union, die Instrumente zu nutzen, die Ihnen zur Verfügung stehen, um gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Wir sprechen nicht nur über Verletzungen der Bürgerrechte polnischer Bürgerinnen und Bürger; wir sprechen über Menschenrechtsverletzungen.

Edit Bauer (PPE). – (HU) Wovon wir in den letzten Tagen in Belarus Zeuge wurden, ist ein schreckliches Beispiel für die politische Unterdrückung der demokratischen Opposition und der polnischen Minderheit. Die Verhaftung von politischen Gegnern und die Einschüchterung von Minderheitenvertretern sind wohlbekannte Praktiken autoritärer Regime. Als Bürgerin der Slowakei und als Vertreterin einer Minderheit kann ich die Situation der polnischen Minderheit nachvollziehen sowie auch die Zwangslage von Frau Borys in Belarus. Die Behandlung von Minderheiten als Feinde und Geiseln eines Nachbarlandes ist ein regressives politisches Manöver, das normalerweise von einer politischen Führung eingesetzt wird, wenn diese Schwierigkeiten hat. Die Schikanierung nationaler Minderheiten gehört zur politischen Praxis in undemokratischen Regimen. Die Rechte von Minderheiten sind jedoch ein integraler Bestandteil universeller Menschenrechte, wie dies von dem Rahmenübereinkommen des Europarates bestätigt wurde. Eine Verletzung von Minderheitenrechten, die Schikanierung, Einschüchterung und Diskriminierung von Personen, die einer Minderheit angehören, kann daher nicht als innenpolitische Angelegenheit eines Landes betrachtet werden. Aus diesem Grund ist die Droh- und Erpresserbotschaft der belarussischen Regierung, die durch den Botschafter von Belarus an die Abgeordneten herangetragen wurde, komplett inakzeptabel. Herr Präsident! Es gibt nur eine Botschaft, die das Europäische Parlament an die Regierung von Belarus senden kann, nämlich, dass die Unterdrückung der demokratischen Opposition und die Politik der Drohungen gegen eine Minderheit schlichtweg inakzeptabel sind.

Ślawomir Witold Nitras (PPE). – (PL) Herr Präsident! Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Rede der Kommissarin, Frau Georgieva, verfolgt und möchte sagen, dass ich doch eine etwas ambitioniertere Haltung erwarten würde. Ich vermute, dass die Erklärung von Frau Georgieva vor zwei Wochen, vor diesen Ereignissen, dieselbe gewesen wäre. Das ist wirklich nicht hinzunehmen.

Allerdings gibt es eine Sache, bei der ich gleicher Meinung bin, nur würde ich klare Ergebnisse erwarten und etwas andere Schwerpunkte einleuchtender finden. Es ist tatsächlich wahr, dass diejenigen, die heute für Sanktionen plädieren, manchmal vergessen, dass Sanktionen schon ausprobiert wurden und die belarussische Politik, trotz der Sanktionen, genau gleich blieb.

Wir dürfen heute nicht sagen, dass wir die Zivilgesellschaft in Belarus unterstützen werden; denn jeder, der dort war, weiß, dass eine Zivilgesellschaft tatsächlich vielleicht gerade erst in den Anfängen steht. Ich erwarte heute von den europäischen Institutionen, dass die Verpflichtungen, die ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber hat und denen in Belarus nicht nachgekommen wird, von der Europäischen Union für diesen Staat erfüllt werden. Ich würde erwarten, dass wir helfen werden, dort unabhängige Medien zu etablieren, dass wir die erste freie Fernsehstation, die dort besteht und bislang von, ich glaube, Regierungen zweier europäischer Länder finanziert wurde, unterstützen werden. Ich erwarte, dass wir in der Lage sein werden, für eine große Anzahl belarussischer Bürgerinnen und Bürger reale Möglichkeiten zu schaffen, in Europa zu studieren; denn sie sind es, die die Zivilgesellschaft bilden.

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Herr Präsident! In der vorangegangenen Legislaturperiode hat das Europäische Parlament mehrere Entschlüsse in Bezug auf Belarus verabschiedet, in denen es unter genauer Diagnose der Situation das Regime von Lukashenko dazu aufforderte, die Verletzung der Menschenrechte zu unterlassen.

Die Europäische Union hat guten Willen bewiesen, indem sie teilweise Visumsanktionen gegen belarussische Beamte aufhob. Mit Überraschung und Besorgnis haben wir die jüngste aggressive Politik der belarussischen Behörden gegenüber nationalen Minderheiten, besonders der polnischen Minderheit, mitansehen dürfen. Diese Politik sollte im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Wahlen, die nächstes Jahr in Belarus abgehalten werden, gesehen werden.

Die illegale Beschlagnahmung von Besitztümern der polnischen Minderheit und die ostentative Unterdrückung der Oppositionsführer, die, und das sollte bemerkt werden, mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments ausgezeichnet wurden, ist eine offensichtliche Provokation unserer Institution. Unser Haus sollte nicht nur in der traditionellen Weise mit einer entsprechenden Entschlüsselung reagieren, sondern besondere Maßnahmen ergreifen, um die belarussischen Behörden zu disziplinieren, und an Frau Ashton appellieren, auf der Grundlage des Artikels 33 des Vertrags von Lissabon einen speziellen Vertreter zu ernennen, um Verletzungen gegen die Menschenrechte in Belarus zu überwachen.

Krzysztof Lisek (PPE). – (PL) Herr Präsident, Frau Georgieva! Es ist sehr gut, dass wir hier im Europäischen Parlament über Belarus sprechen, aber Reden allein reicht nicht. Heute sollte die Europäische Union – und das ist, was ich von der Europäischen Kommission erwarten würde – einen Strategieplan zur Unterstützung der demokratischen Opposition, zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und der

Nichtregierungsorganisationen und zur Unterstützung der freien Medien vorbereiten. Wir sprechen heute über Themen wie Demokratie und Menschenrechte, die für uns etwas Normales und die Grundlage Europas sind. Die belarussische Gesellschaft besteht hauptsächlich aus Menschen, die von solchen Werten nur träumen können. Daher erwarten wir von der Europäischen Kommission, dass sie einen Strategieplan zur Hilfe der Zivilgesellschaft entwickelt.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident! Wenn ich diese Reden verfolge, kann ich mit der Verurteilung, die von den Abgeordneten geäußert wird, bezüglich der in Belarus stattfindenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber der polnischen Minderheit dieses Landes, nur einer Meinung sein. Sie betreffen daher die Europäische Union, nicht nur, weil es um eine Minderheit geht, die einen nationalen Bezugspunkt in einem Land der EU hat, sondern auch, weil das, worüber wir sprechen, eine ernsthafte Verletzung der Menschenrechte von Minderheiten ist, und daher unsere Haltung genau dieselbe sein würde, egal, ob es sich um eine polnische oder eine andere Minderheit handelt.

Wir sprechen von Menschenrechtsverletzungen; Menschenrechte sind universelle Rechte und daher ist dies kein Thema, das zwingend eine Reaktion der Europäischen Union erfordert, nur weil in diesem Fall eine polnische Minderheit betroffen ist. Wir sollten genau das Gleiche sagen, wenn eine andere Minderheit betroffen wäre, weil alle Menschenrechte unteilbar und universell sind.

Ich möchte sagen, dass die Tatsache, dass ein Regime Fehler macht und Menschenrechte verletzt, nicht heißen sollte, dass seine Bürgerinnen und Bürger bestraft werden.

Wir glauben daher, dass es für Belarus wichtig ist, Teil der Östlichen Partnerschaft zu sein. Was Frau Kommissarin Georgieva zu uns über „Mensch-zu-Mensch-Kontakte“ sagte, ist wichtig. Alles davon ist wichtig und es ist natürlich gleichermaßen wichtig, wie viele von Ihnen sagten, fortwährend, deutlich und direkt den belarussischen Behörden unsere gänzlich kritische und missbilligende Haltung diesen Menschenrechtsverletzungen gegenüber mitzuteilen.

Das ist übrigens, was die Hohe Vertreterin, Frau Ashton, fest entschlossen ist zu tun, da sie diese Angelegenheit in engem Kontakt mit Präsident Buzek überwacht, der momentan der Aussprache vorsitzt. Sie wird auch die Gelegenheit nutzen, der bevorstehenden Amtseinsetzung von Herrn Janukovich in Kiew beizuwohnen, der vermutlich auch Herr Lukashenko beiwohnen wird, um dieses Thema anzugehen, das zukünftig weiterhin vom EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten diskutiert werden wird, weil es eine sehr wichtige Sache ist. Ich bin daher sehr froh, dass es heute möglich war, es unmittelbar im Parlament, in diesem Haus, zu debattieren.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Lassen Sie mich zunächst den Abgeordneten für die Diskussion in diesem Haus danken und vier Bemerkungen machen.

Erstens: Die Achtung der Menschenrechte ist grundsätzlich ein Eckpfeiler der Außenbeziehungen der Europäischen Union und das Fundament, auf das sich die Auseinandersetzung mit jedem Land, einschließlich Belarus, gründet.

Zweitens: Die Verschlechterung der Demokratie in Belarus hatte leider kürzlich einen Tiefpunkt, aber das fing nicht erst letzte Woche an. Das begann ungefähr Mitte 2009, und das ließ den EU-Ministerrat im November 2009 fordern, dass die Kommission einen Vorschlag für den sogenannten „gemeinsamen Interimsplan“ zur Unterstützung von Reformen formuliert, die mit Belarus durchzuführen seien. Die Kommissionsdienststellen haben einen Entwurf dieses gemeinsamen Interimsplans für Reformen vorbereitet. Er liegt jetzt der Hohen Vertreterin vor, und die Hohe Vertreterin berücksichtigt sicher gerne die Empfehlungen, die bei der Untersuchungskommission herauskommen, die das Parlament morgen startet.

Drittens: Bei der Endfassung wird es dieses letzte Ereignis sein, dessen sich die Hohe Vertreterin erinnern wird, wenn sie mit dem Feedback für diesen gemeinsamen Interimsplan zu den Dienststellen zurückkehrt.

Lassen Sie mich meine vierte und letzte Bemerkung machen. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre startete Perestroika in der früheren Sowjetunion und führte zum ersten Mal im Leben vieler – meinem eingeschlossen – zu einer Gelegenheit, sich als Student oder Berufstätiger für den Austausch zu bewerben. In meinem Fall führte mich das an die London School of Economics. Das hat meine berufliche Laufbahn dramatisch verändert. Das hat mich für mein eigenes Land ganz sicher viel hilfreicher und nützlicher gemacht.

Es ist genau mit dieser festen Überzeugung, mit der wir als Europäerinnen und Europäer beim Öffnen der demokratischen Kanäle für Länder unter repressiven Regimen diesen Ländern helfen können, dass ich hier auf die Bedeutung und Nützlichkeit der Mensch-zu-Mensch-Kontakte hinweise – und dies auch wieder tun

würde –, auf die Nützlichkeit der Unterstützung von Unternehmen, die Nützlichkeit dessen – trotz der großen Schwierigkeiten, der sehr bedauernswerten und von uns verurteilten Missachtung von Minderheiten –, weiterhin in einer Art engagiert zu bleiben, die die Chancen der belarussischen Menschen erhöhen würde, den Weg in eine freie Welt wählen zu können und mit der Union in Verbindung zu stehen; und ich würde den Appell an uns wiederholen, in dieser Art und Weise engagiert zu bleiben.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe findet während der nächsten Monatssitzung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Republik Belarus ist einer der europäischen Staaten, für den die Beteiligung an der Östlichen Partnerschaft der EU einen wichtigen Schritt in Richtung der Entwicklung bilateraler Beziehungen sowie in den Beziehungen zwischen Belarus und jedem EU-Mitgliedstaat markiert. Indem diese Partnerschaft als ein positives Instrument angesehen wird, um Wandel in die Republik Belarus zu bringen, muss bei diesem Mechanismus auch die Position der Zivilgesellschaft in diesem Land berücksichtigt werden wegen der wichtigen Rolle, die die Zivilgesellschaft bei der Ausübung der Rechtsstaatlichkeit spielt. Insbesondere erhält die Zivilgesellschaft die Transparenz des Partnerschaftsmechanismus aufrecht und hilft damit die Zusammenarbeit zwischen Belarus und der EU zu verstärken. Zusätzlich muss der Zivilgesellschaft als Teil der Partnerschaft die Teilnahme an allen wichtigen Prozessen garantiert werden (Plattformen, Ausschüsse usw.) sowie die öffentliche Kontrolle über diese Prozesse haben. Die belarussische Zivilgesellschaft muss in der Lage sein, am Entwurf der öffentlichen Agenda teilzunehmen, was zu sozialem, wirtschaftlichem und demokratischem Fortschritt in Belarus führen wird. Daher müssen regelmäßige Treffen zwischen den Vertretern der Zivilgesellschaft und der Regierung angeregt werden.

Filip Kaczmarek (PPE), schriftlich. – (PL) Die Unterdrückung kürzlich gegen Aktivisten der polnischen Minderheit in Belarus ist Teil eines viel größeren Problems. Die belarussischen Behörden tolerieren keinerlei Unabhängigkeit. Weder wollen noch akzeptieren sie das Konzept Zivilgesellschaft. Jede Unabhängigkeitsbekundung wird als politische Opposition behandelt. Daher ist das kein interner Konflikt in einer Nichtregierungsorganisation und auch kein polnisch-belarussischer Konflikt. Es ist eher ein Ausdruck der konsequenten Haltung der belarussischen Behörden, die Liberalisierung und Demokratisierung zu verhindern versuchen. Es ist eine Schande, dass es in Polen politische Kräfte gibt, die versuchen, die Situation auszunutzen, um ihre eigenen speziellen Ziele zu erreichen, und die Ereignisse in Belarus dafür nutzen, um die Politik der polnischen Regierung zu diskreditieren. Politiker, die in dieser Weise agieren, verstehen offenbar nicht, dass sie genau das tun, was Lukashenko will. Es liegt in seinem Interesse, die öffentliche Meinung in Polen und Europa zu polarisieren und zu spalten. Die Nichtanerkennung polnischer und europäischer Politik in Sachen Belarus ist ein Missbrauch der Freiheit und der Effektivität gemeinsamer Aktionen für Freiheit und Demokratie in Belarus abträglich. Vielen Dank.

19. Peking + 15 - UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Aussprache zu folgenden Themen:

– mündliche Anfrage an den Rat: Peking + 15 – Aktionsplattform der UN zur Gleichstellung der Geschlechter, durch Frau Svensson, im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (O-0006/2010 – B7-0007/2010), und

– mündliche Anfrage an die Kommission: Peking + 15 – Aktionsplattform der UN zur Gleichstellung der Geschlechter, durch Frau Svensson, im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (O-0007/2010 – B7-0008/2010).

Eva-Britt Svensson, Verfasserin. – (SV) Das Thema Frauenrechte steht immer ganz oben auf meiner Liste und daher bin ich besonders erfreut, wenn sie auch im Mittelpunkt unserer Diskussionen hier im Plenum stehen, wie das heute der Fall ist. Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hat eine EntschlieÙung verabschiedet, die die Position des Parlaments in Bezug auf die Pekinger Aktionsplattform darstellt. Ich möchte unseren Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss herzlich für ihre gute Zusammenarbeit danken.

Die 1995 im Rahmen der Vereinten Nationen verabschiedete Plattform war ein historisch wichtiger Schritt. Die verabschiedete Aktionsplattform war das erste globale Dokument seiner Art. Sie nahm eine allgemeine Stellung ein zu den Bedingungen und Rechten von Frauen. Die UN hat eine lange und stolze Tradition im Bereich Menschenrechte und verabschiedete schon 1948 eine Erklärung.

Die Allgemeine Erklärung umfasst 30 Artikel und sie werden häufig zitiert. Die Erklärung konstatierte bereits – in Artikel 2 –, dass jeder das Recht auf alle Rechte und Freiheiten hat, ohne Unterschied jeglicher Art, wobei das Geschlecht explizit erwähnt wurde. Innerhalb der EU hat das Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern eine klare Grundlage sowohl in den Verträgen als auch in der Charta der Grundrechte.

Der Ausschuss war sich hinsichtlich der Wichtigkeit der Peking Aktionsplattform sowie der Notwendigkeit, innerhalb der EU in Richtung systematisch überwachender Entwicklungen zu arbeiten und sicherzustellen, dass wir uns in jedem Bereich in Richtung erhöhter Gleichstellung bewegen, einig. Das neue Europäische Institut für Gleichstellungsfragen, mit Sitz in Vilnius, wird für uns ein Weg sein, bei dieser Arbeit Hilfe zu erhalten und wird außerdem in der Lage sein, Forschung zu liefern, um zu zeigen, welche politischen Maßnahmen besonders effektiv sind, da es viele Bereiche gibt, in denen wir nicht die notwendigen Fakten oder das notwendige Wissen besitzen.

Ich unterstütze den Vorschlag für einen europäischen Schutzauftrag und ich bin sehr froh darüber, dass der spanische Ratsvorsitz einen vorgelegt hat. Die Peking Aktionsplattform enthält eine Anzahl von Bereichen, die unglaublich wichtig sind, wenn wir vorankommen wollen. Dabei geht es um Bereiche wie Armut, die in erster Linie Frauen betrifft, unzulänglicher Zugang zur Gesundheitsversorgung für Frauen, Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen und Ungleichheit in ökonomischen Strukturen und in der Wirtschaftspolitik.

Wie Sie wissen, wird eine Delegation von acht Abgeordneten nach New York reisen, um dort das Europäische Parlament zu repräsentieren. Wir werden die Diskussionen und Verhandlungen verfolgen, die Teil der Beurteilung bilden, wie weit es die Welt in 15 Jahren beim Erreichen der Zielsetzungen der Plattform gebracht hat. Wir werden die EntschlieÙung, die wir morgen verabschieden werden, mit uns nach New York nehmen und es ist wichtig für uns, sie bei uns zu haben.

Der Ausschuss verabschiedete einen Absatz, der konstatierte, dass sexuelle und reproduktive Gesundheit und sexuelle und reproduktive Rechte zu den Rechten von Frauen gehören und dass diese in Europa und global verbessert werden müssen. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hat eine gesonderte Abstimmung zu diesem Absatz gefordert. Wir wissen alle, dass, wenn Leute zu einem Absatz gesondert abstimmen wollen, dies deshalb ist, weil er besonders wichtig ist, und sie daher nicht wollen, dass darüber in einem Block mit dem Rest der EntschlieÙung abgestimmt wird.

Ich stimme komplett mit der PPE-Fraktion überein, dass Absatz 9 von zentraler Wichtigkeit ist. Ich befürchte allerdings, dass sie diesen Absatz niederstimmen wollen, was meiner Meinung nach zutiefst bedauerlich wäre. Ich bin mir völlig bewusst, dass die Mitglieder dieses Parlaments unterschiedliche Ansichten und Wertvorstellungen besitzen, und das ist auch richtig so. Daher debattieren und diskutieren wir. Diese Formulierungen sind allerdings ein Minimum und sollten von allen unterstützt werden können. Es sind keine anderen Formulierungen vorgeschlagen worden, um Absatz 9 zu ersetzen. Es wäre höchst bedauerlich, wenn wir mit einer EntschlieÙung nach New York gingen, die nicht einmal das Minimum zu diesem fundamentalen Thema enthält, was schließlich auf globaler Ebene ein extrem zentrales Thema ist.

Ich hoffe und glaube, dass jeder die Formulierungen, wie sie da stehen, akzeptieren kann; denn es wird nur gesagt, was für jeden von uns selbstverständlich ist. Dabei arbeiteten wir außerdem eng mit Tausenden von verschiedenen Frauen und Frauenorganisationen zusammen und gaben damit diesem Dokument eine einzigartige Grundlage.

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Frau Svensson! Vielen Dank für Ihre Anfrage. Sie wissen ja, dass eine der wichtigen, zentralen und vorrangigen Themen des spanischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union die Gleichstellung der Geschlechter ist. Der Ratsvorsitz hat eine Reihe von Zielsetzungen, die dieses Konzept der Gleichstellung hinsichtlich der Bedeutung der Richtlinie zur Nichtdiskriminierung ausdrücken und auch in Bezug auf etwas, das Sie erwähnten, nämlich die Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt, und die Wichtigkeit, den Auftrag zu haben, die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt zu beschützen.

In dieser Hinsicht bin ich sehr froh, Frau Kommissarin Reding hier zu sehen, die dafür verantwortlich ist, alles bezüglich der Gleichstellung von Frauen und Männern von Seiten der Justiz her durchzuführen. Zunächst möchte ich außerdem entschuldigen, dass die spanische Gleichstellungsministerin nicht hier ist, da sie gerade

an einer Abstimmung im spanischen Senat zur Reform des Abtreibungsgesetzes teilnimmt, die, nebenbei bemerkt, ein gutes Ergebnis erzielte, da die Gesetzesreform gerade diesen Nachmittag im spanischen Parlament verabschiedet wurde.

Der Rat der Europäischen Union hat im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter immer hinter der Union und den Vereinten Nationen gestanden und sie unterstützt. Der schwedische Ratsvorsitz brachte den Bericht „Peking +15“ hervor und der spanische Ratsvorsitz wird ihn in der 54. Sitzung der Kommission zum Status von Frauen vorstellen, und es muss gesagt werden, dass, obwohl in diesem Bereich große Fortschritte gemacht wurden, es immer noch eine Menge zu tun gibt.

In diesem Rahmen hat der Ratsvorsitz zum Beispiel die Notwendigkeit der Datenverbesserung und der verbesserten Nutzung der von uns bei der Peking Aktionsplattform bestimmten Indikatoren betont. Wie Sie wissen, werden 12 Indikatoren innerhalb der Europäischen Union zur Überwachung, Einschätzung und Evaluation der gegenwärtigen Gleichstellung der Geschlechter erzeugt, obwohl wir in einigen Fällen, wie zum Beispiel im Bereich der Menschenrechte, der Medien und der Umwelt, immer noch keinen Erfolg hatten, sie zu entwickeln.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass der spanische Ratsvorsitz im Mai ein technisches Treffen abhalten wird, um Frauen, Medien und Stereotypen, als ein Thema, das zu den Medien gehört, zu diskutieren, was auch etwas ist, das unter die Zuständigkeit von Frau Kommissarin Reding fällt.

Ich möchte abschließend sagen, dass es, wie jeder weiß, im Moment ein sehr wichtiges Problem gibt: die Wirtschaftskrise. So schädlich, wie sie allgemein ist, könnte sie ebenfalls den Fortschritt der Gleichstellung von Männern und Frauen behindern. Es ist allerdings auch wahr, dass die Gleichstellung der Geschlechter uns paradoxerweise auch helfen könnte, die Krise zu bekämpfen und zu überwinden: durch die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gleichen Zugang zu Arbeitsplätzen für Frauen und Männer.

Ich spreche ganz speziell über die „Strategie Europa 2020“. Die Gemeinschaftsorgane haben deutlich gemacht, dass sie wollen, dass die gesamte „Strategie Europa 2020“ eine Dimension der Geschlechtergleichstellung enthält, damit das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern ebenfalls Teil der Strategie ist.

In seinem Bericht letztes Jahr bat das Europäische Parlament den Rat und die Kommission, ein Kapitel zur Integration der Geschlechterdimension in die 2020-Strategie aufzunehmen. Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ vom 30. November letzten Jahres, der informelle Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“, derjenige, der gerade in Barcelona stattgefunden hat, sagte auch, dass die Mitgliedstaaten und die Kommission an der Sicherstellung arbeiten müssen, dass, entsprechend ihrer Kompetenz, die Geschlechterdimension in der 2020-Strategie konsolidiert werden kann und alle relevanten politischen Bereiche berücksichtigt werden. Ich bin mir daher sicher, dass das bedeutet, dass dieser Aspekt, gemeinsam mit dem Arbeitsprogramm der Kommission, einem wichtigen Arbeitsprogramm, das immer ein fundamentales Instrument zur Leitung dieser Strategie war, in das Dokument aufgenommen wurde, welches uns die Kommission bezüglich der 2020-Strategie für den 3. März versprochen hat (wie es von Präsident Van Rompuy und dem Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, erwähnt wurde).

Wir müssen weiter arbeiten, wir müssen die Gleichstellungspolitik weiter vorantreiben. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine Frage der Übereinstimmung mit dem Geist der Europäischen Union, damit er weiterhin ein Bezugspunkt in der Welt für die Gleichstellung von Frauen und Männern sein kann.

Viviane Reding, *Vizepräsidentin der Kommission*. – (FR) Herr Präsident! Für mich ist es eine Ehre, dass meine erste Rede während der Fragestunde im Parlament eine Antwort auf Fragen zu Frauenthemen ist. Als Kommissarin für Grundrechte halte ich das Thema Grundrechte in Verbindung mit der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Tat für eines der wichtigsten und auch der ältesten. Darüber hinaus erinnere ich mich noch sehr stark daran, wie ich vor über 15 Jahren als junge luxemburgische Abgeordnete die Peking Aktionsplattform in Luxemburg vorbereitete; jetzt sind wir hier im Europäischen Parlament und bereiten die Nachbearbeitung der Peking Aktionsplattform vor. Jetzt schließt sich der Kreis.

Das muss ich nicht unterstreichen; wie Sie wissen, ist die Gleichstellung von Frauen und Männern einer der Grundwerte der Europäischen Union und Sie können auf das unablässige Engagement der Kommission in diesem Bereich zählen.

Im Laufe dieses Jahres werde ich eine neue Kommissionsstrategie für die Gleichstellung der Geschlechter vorstellen, was eine Nachbearbeitung zum bestehenden Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und

Männern 2006-2010 sein wird. In wenigen Tagen, wenn die Arbeit der 54. Kommission über die Stellung der Frau bei den Vereinten Nationen beginnt und damit den 15. Jahrestag von Peking kennzeichnet, wird das Europäische Parlament eine sehr wichtige Delegation entsenden. Ich werde selbst dort sein, zusammen mit dem Ratspräsidenten, und das ist ein Novum. Wir werden beide in der Plenarsitzung das Wort ergreifen. Ich glaube, dass auch das ein sehr starkes Zeichen ist.

Es wird auch eine Gelegenheit sein, auf internationaler Ebene den in den 12 Aktionsbereichen, die in Peking identifiziert wurden, gemachten Fortschritt abzuschätzen; es wird aber auch möglich sein, zu sehen, welche Ungleichheiten weiterhin bestehen; denn auch, obwohl es Erfolge gab, gibt es immer noch Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Desweiteren muss ich sagen, dass die Europäische Union ein wichtiger Befürworter der Arbeit der Vereinten Nationen ist und bleiben wird, was beides betrifft, die aktuelle Reform der institutionellen Mechanismen sowie die Schaffung dieser Geschlechterentität innerhalb der Vereinten Nationen.

Die Europäische Union stellt außerdem einen einflussreichen Befürworter in Entwicklungsfragen dar, insbesondere im Zusammenhang mit den Millenniums-Entwicklungszielen, die einen wichtigen Platz für 50 % der Bürgerinnen und Bürger sichern, die zu dieser Entwicklung weltweit beitragen. Wir wissen ganz genau, dass es ohne den Beitrag von Frauen keine Entwicklung geben wird. Daher wird die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Kommission horizontal betrieben, also nicht nur vom für diesen Bereich verantwortlichen Kommissar ausgeführt, sondern auch von anderen Kommissaren in ihren eigenen Verantwortungsbereichen, namentlich in innenpolitischen Bereichen der Europäischen Union sowie in ihrer Außenpolitik und dabei insbesondere ihrer Politik im Bereich Zusammenarbeit und Entwicklung.

Wir wissen alle, dass die Schaffung der Peking Aktionsplattform einen großen Schritt nach vorn bedeutete. Nach der Verabschiedung dieser Plattform verbreitete sich die Gleichstellungsproblematik in der gesamten Europäischen Union. Das war das Zeichen, das in Peking gegeben wurde. Die Wirkung war wirklich bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass in allen unseren Mitgliedstaaten unsere Gleichstellungsstrategien nicht länger auf zielgerichtete Aktionen begrenzt sind, sondern von jetzt an in alle relevanten Strategien integriert werden.

Die Peking Aktionsplattform hat uns außerdem ermöglicht, den bezüglich der Gleichstellung gemachten Fortschritt auf der Grundlage von Indikatoren zu verfolgen, die vom Rat für die meisten Aktionsbereiche entwickelt wurden. Es gibt 12 Aktionen und neun Indikatoren. Wir sind sehr stolz auf die Ergebnisse, aber es müssen immer noch drei Indikatoren erstellt werden, und ich denke, der Rat setzt sich dafür ein, durch die Verabschiedung von Beschlüssen vorwärtszukommen und diese ausstehenden Indikatoren zu entwickeln.

Der 15. Jahrestag der Peking Aktionsplattform. Der schwedische Ratsvorsitz hat Bilanz gezogen, über das, was in der EU in Sachen Gleichstellung getan wurde. Der Rat hat einige Beschlüsse verabschiedet und das Parlament wird diese Schriftstücke vorstellen, die natürlich auch ihren Weg in all die anderen Strategien finden werden, die von der Europäischen Union entwickelt werden.

Beide Präsidenten haben gerade ihre Meinung zu Europa 2020 kundgetan. Es ist nur natürlich, dass in diesem System, das Europa wieder in Schwung bringen wird, Frauen eine spezielle Rolle spielen werden, besonders zu einer Zeit, in der immer weniger Menschen einen Arbeitsplatz haben. Tatsächlich haben wir sogar keine Wahl mehr: wir brauchen Frauen für eine wirtschaftliche Entwicklung. Es ist nicht länger einfach nur eine Frage der Gleichstellung der Geschlechter; es ist eine Frage der Wirtschaftspolitik, und nur das. Daher haben wir keine andere Wahl in dieser Angelegenheit. Wir brauchen Frauen, wenn wir wollen, dass Europa seine Schwierigkeiten überwindet, und diese neuen Indikatoren werden uns natürlich auf diesem Weg helfen. Innerhalb der hochrangigen Gruppe haben wir ein Arbeitsprogramm entwickelt, das uns in die Lage versetzen wird, bestehende Indikatoren zu überwachen und Indikatoren zu formulieren, die immer noch implementiert werden müssen. Bei dieser Aufgabe werden wir normalerweise vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen unterstützt werden, das ab nächster Woche – und das ist ein anderes Zeichen, das genau zur richtigen Zeit, nämlich gleichzeitig mit dem Treffen in New York, kommt – dauerhaft seinen Sitz in Vilnius haben wird.

Herr Präsident, nach meiner Rückkehr aus New York werde ich Sie aufsuchen, um mit Ihnen die Strategie der Kommission zur Gleichstellung zu diskutieren. Wir werden das gemeinsam tun. Wir werden das für 50 % unserer Bevölkerung tun, für 50 % unserer Bürgerinnen und Bürger, und wir werden erfolgreich sein.

VORSITZ Pál SCHMITT*Vizepräsident*

Christa Klaß, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Weltfrauenkonferenz nächste Woche in New York gibt uns die Gelegenheit, die Gleichstellung von Männern und Frauen in den Fokus der Gesellschaft weltweit zu rücken. Und dabei wollen wir ganz sicher auch kritisch unseren aktuellen Standpunkt, das, was wir erreicht haben, und das, was wir noch erreichen wollen, auf den Prüfstand stellen. Die Forderung der Weltfrauenkonferenz vom 15. Juni 1995 in Peking nach Gleichheit, Entwicklung und Frieden ist auch heute noch, auch in Europa, eine konkrete Zielbeschreibung.

Wir sind auf dem Weg, das Ziel fest im Blick. Wir gestehen uns aber auch ein, dass der Weg kein einfacher ist, dass es Staus, Stopps und manchmal auch Einbahnstraßen gibt. Wir müssen den Weg immer wieder neu definieren und dabei das Ziel fest im Auge behalten. Eine alte deutsche Redewendung sagt: Es führen viele Wege nach Rom. Auf der Suche nach dem richtigen gemeinsamen Weg lade ich uns alle deshalb zu mehr Gemeinsamkeit ein.

Gleichstellungspolitik kann und darf nicht ein Thema von Abstimmungen und von knappen, erzwungenen Mehrheiten sein. Meine Fraktion räumt hier die Freiheit der Entscheidung ein, und deshalb, Frau Svensson, wollen wir die getrennte Abstimmung. Gleichstellung muss im Kopf der Menschen ankommen. Das braucht Sensibilität und das braucht auch Überzeugungskraft. Frau Svensson hat in ihrer EntschlieÙung die Finger in die vielen offenen Wunden gelegt. Es gibt noch viele Baustellen, die es zu bearbeiten gibt, und sie sind genannt: keine stereotypen Denkweisen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Frauenarmut, Gewalt gegen Frauen, die alternde Gesellschaft, die sich besonders auf die Frauen auswirkt. Das sind für uns die ganz, ganz wichtigen Fragen dieser EntschlieÙung, die wir stellen wollen.

Nur Willensbekundungen helfen wenig. Allein die Aufzählung der vielen EntschlieÙungen, Strategien und Pakte nimmt im Bericht von Frau Svensson zwei Seiten ein. Meiner Fraktion ist sehr daran gelegen, dass immer dann, wenn von Gleichstellung die Rede ist, Männer und Frauen gleichermaßen – sozusagen gleichberechtigt – genannt werden, und wir hoffen, dass wir mit der Folgekonferenz von Peking auch einen Schritt weiter in Richtung mehr Gleichstellung kommen.

Zita Gurmai, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident, in diesem Jahr, 2010, besteht die Peking Aktionsplattform (PAP) bereits seit 15 Jahren. Dies ist ein Moment der Besinnung, in dem wir nicht nur beurteilen sollten, was wir bislang erreicht haben, sondern auch über neue Wege nachdenken müssen, wie wir die im Jahr 1995 gesetzten Ziele erreichen können.

Am Anfang sah es vielversprechend aus: Im Jahr 1995 wurde ein weltweite Vereinbarung getroffen, die bestätigte, dass Frauen und Männer in jeder Hinsicht gleichgestellt sind; auch im politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Bereich. Die Folgen dieser Vereinbarung überzeugen allerdings nicht ganz. Viele der in der Peking Aktionsplattform gesteckten Ziele sind noch lange nicht erreicht. In vielen Ländern ist die Durchsetzung der Frauenrechte noch nicht ausreichend umgesetzt und vor allem die weibliche Bevölkerung ist von Armut betroffen.

Außerdem werden selbst im 21. Jahrhundert sogar in den Industrieländern wieder Grundsatzdebatten geführt, in denen bereits durchgesetzte Rechte in Frage gestellt werden, unter anderem auch die Rechte, die die reproduktive und sexuelle Gesundheit betreffen. Ich sehe mit großer Freude, dass das Europäische Parlament dieser Entwicklung nicht folgt, sondern sich im Gegensatz dazu diesen Grundrechten verschrieben hat. Trotzdem sind diese politischen Debatten, diese Angriffe auf die Menschenrechte von konservativer Seite, ein Grund zur Sorge und sie bestätigen deutlich, dass der Kampf für die Rechte der Frauen noch lange nicht beendet ist.

Ich denke, dass beim Thema Menschenrechte keine Kompromisse gemacht werden dürfen. Wir dürfen uns nicht mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufriedengeben. Deshalb müssen wir uns anstrengen, wenn wir in einigen Tagen in New York sind, damit alle Frauen dieselben Rechte genießen können und damit diese Rechte geschützt werden. Ich werde persönlich meinen Beitrag unter dem Motto „Mein Körper, mein Recht“ leisten, denn dieses Motto muss alle Frauen dieser Welt erreichen.

Antonyia Parvanova, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Herr Präsident, angesichts der Fortschritte, die seit der Verabschiedung der Erklärung und der Peking Aktionsplattform vor 15 Jahren gemacht wurden, kann man nicht bestreiten, dass uns noch viel Arbeit bevorsteht. Wir haben die strategischen Ziele, die in Peking vereinbart wurden, noch lange nicht erreicht. Ungleiche Behandlung und Geschlechterstereotypen gibt es in allen Regionen der Welt, auch in der Europäischen Union. Wenn wir unsere Agenda weiter vorantreiben

wollen, müssen wir auf nationaler und EU-weiter Ebene verlässliche und vergleichbare Daten über die in Peking vereinbarten Indikatoren haben. Außerdem müssen diese Indikatoren zeitnah überwacht werden, damit die Strategie der EU bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter entsprechend aktualisiert werden kann.

Hier in Europa gibt es noch viel zu tun.

Nehmen wir nur einmal die Situation am Arbeitsmarkt: Wir müssen dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle ein Ende bereiten und gleichzeitig die Platzierung und Repräsentation von Frauen in Führungspositionen in privaten und öffentlichen Organisationen genauer betrachten.

Wenn man es im sozialen Zusammenhang genauer betrachtet, sind die ungleiche Behandlung und Diskriminierung von Frauen meist die Ursache für Isolation und Armut. Armut ist der stärkste negative Einfluss auf die Gesundheit. Die Feminisierung der Armut hat einen realen Einfluss auf die körperliche und geistige Gesundheit der Frauen.

Weibliche Mitglieder von Minderheiten leiden unter Armut, Isolation und Diskriminierung. Ihre Bedürfnisse sind weitgehend unbekannt und ihre Stimmen werden nicht gehört. Die Lebenserwartung von Frauen der Volksgruppe der Roma ist zehn Jahre kürzer als die der Mehrheit. Die Kindersterblichkeit ist drei- bis viermal höher als beim Großteil der Bevölkerung.

Diskriminierung, Ausgrenzung und Armut müssen auch vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung betrachtet werden. Die unterschiedliche Lebenserwartung von Männern und Frauen wird zu wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten für alleinstehende, ältere Frauen führen. Dies ist das neu auftretende Phänomen, dass ernstgenommen, genau betrachtet und entsprechend angegangen werden muss.

Zu guter Letzt, Frau Kommissarin, möchte ich Ihnen dringend ans Herz legen, eine Richtlinie zum Thema Gewalt gegen Frauen ins Leben zu rufen. Wir werden geschlossen hinter Ihnen stehen.

Nicole Kiil-Nielsen, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Im Jahr 2006 wurde von Seiten der Vereinten Nationen bestätigt, dass die gefährdetsten und ärmsten Bevölkerungsgruppen am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. In der Tat bestehen diese beiden Gruppen mehrheitlich aus Frauen.

In afrikanischen Ländern südlich der Sahara, zum Beispiel, werden Frauen beim Zugang zu Land und den Grundbesitzansprüchen diskriminiert und darüber hinaus wird ihre Existenzgrundlage von der durch Dürre bedingten, zunehmenden Knappheit von Anbauflächen weiter eingeschränkt.

In einem kürzlich vorgestellten Bericht wurde die Prognose gestellt, dass im Jahr 2050 eine Milliarde Menschen aus lebensfeindlichen Gebieten geflohen sein werden. Die fehlende Sicherheit dieser Klimaflüchtlinge, die in Behelfslagern Unterschlupf finden müssen, führt zu einer gesteigerten Bedrohung der Frauen.

Wir müssen aber zugeben, dass in den letzten 15 Jahren nicht ein einziger europäischer Rechtstext zum Thema Umwelt vorgelegt wurde, in dem der Aspekt der Geschlechter erwähnt wurde.

Im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz möchte ich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bitten, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Folgenabschätzungen, Rechtsvorschriften und Strategien, die die Umwelt betreffen, einzubeziehen.

Marina Yannakoudakis, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, erst seit knapp 100 Jahren haben alle Frauen im Vereinigten Königreich das Wahlrecht. Der Kampf für die Rechte der Frauen ist kein neues Phänomen und ich möchte allen Frauenorganisationen, die weltweit weiter für die Gleichstellung von Frauen und Männern kämpfen, meine Anerkennung zollen.

Frauen möchten unabhängige Entscheidungen über ihre Karriere oder Familienwünsche treffen können: die Entscheidung, in einem traditionellen Männerberuf zu arbeiten, oder die Entscheidung, sich um die Kinder zu kümmern und im Haus zu arbeiten. Wir müssen vor allem die Rolle der Frauen stärken. Wir als Konservative glauben an Entscheidungsfreiheit, die die Flexibilität der Frauen und schließlich die Gleichstellung fördert.

Verschlechtern wir unbeabsichtigt die Einstellungsmöglichkeiten für Frauen, indem wir von Unternehmen fordern, dass Sie den Frauen Rechte einräumen, die in der heutigen Wirtschaftslage nicht haltbar sind? Und halten wir Frauen gleichermaßen davon ab, zu Hause bei den Kindern zu bleiben, indem wir als Gesellschaft diese Haltung weniger wertschätzen als einen Arbeitsplatz?

Die Kommissarin hat mit ihrer Aussage recht, dass wir Frauen aus der Rezession bringen müssen und zurück an den Arbeitsplatz. Ich sage, dass wir auch Arbeitsplätze in kleinen Unternehmen sichern müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Durch den Erlass zu vieler Rechtsvorschriften riskieren wir den Untergang kleiner Unternehmen und schränken dadurch genau die Entscheidungsfähigkeit ein, die wir den Frauen bieten wollen und als Konsequenz daraus beschränken wir die Gleichstellung, die die Frauen verdienen.

Mara Bizzotto, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Bericht des schwedischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union zum Thema Peking gibt es überhaupt keine Erwähnung der Situation von nicht westlichen Frauen in Europa. Das bedeutet, dass es entweder kein Problem gibt, oder dass wir es nicht sehen wollen. Jedoch ist die Situation moslemischer Frauen in der heutigen Welt, auch in Europa, dramatisch.

Wenn der Feminismus der westlichen Welt in einer Identitätskrise steckt, liegt es an der Entwicklung hin zum Multikulturalismus, die so viele von uns davon abhält, diese Themen anzusprechen, die die Grundlage der Kämpfe sind, denen so viele moslemische Frauen in Europa und der ganzen Welt gegenüberstehen.

Lassen Sie uns den Multikulturalismus und die „political correctness“ dort lassen, wo wir sie gefunden haben und uns dieser neuen Herausforderung stellen: Europäische Männer und Frauen müssen jetzt, nicht erst später, die moslemischen Frauen in Europa in ihrem Kampf für die Emanzipation unterstützen und damit auch die Bewegungen stärken, die sich weltweit gegen islamischen Fundamentalismus aussprechen.

Sind wir bereit, entschlossen vorzugehen, um alle Frauen in Europa vom Symbol des spirituellen Todes, nämlich der Burka, zu befreien? Sind wir bereit, über die immer schlechter werdenden Bedingungen für Frauen in den moslemischen Gemeinschaften Europas zu diskutieren?

Wenn der Grundgedanke des Meinungsaustauschs zu diesen Themen über das Schweigen siegt, werden wir auch die Kraft haben, das Ziel der Befreiung der Frauen dieser Welt aus der islamischen Unterdrückung zu verfolgen.

Edit Bauer (PPE). – (HU) 15 Jahre nach der Verabschiedung der Peking Aktionsplattform ist es offenkundig, dass wir über viele Dinge sprechen können und müssen. Aber ich würde lieber darüber sprechen, was unsere Aufgabe ist. Wir haben ein Mittel zur Verfügung und das ist die Gesetzgebung. Viel ist geschehen in diesen 15 Jahren, in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene. Es wurden große Schritte unternommen, vor allem als Folge der Verabschiedung von Antidiskriminierungsgesetzen. Dies bedeutete einen großen Schritt vorwärts in Richtung Chancengleichheit. Zugegebenermaßen können wir mit den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft oder denen der Mitgliedstaaten nicht zufrieden sein, da wir oft Beweise für die fehlende Effektivität dieser Regelungen sehen. In vielen Fällen ändert sich nach der Einführung der Gesetze nur sehr wenig an der Situation. Als Beispiel können wir das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern nennen. Seit mehr als 30 Jahren ist die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts gesetzlich verboten und trotzdem haben sich diese Unterschiede in den vergangenen zehn Jahren kaum verändert und sind zwischenzeitlich sogar größer geworden.

Der Zugang zu diesen Rechten ist ein spezielles Problem, da ein gerichtliches Vorgehen oft sehr teuer und kompliziert ist. Die für die Umsetzung der Gleichbehandlung zuständigen Behörden, die für die Überwachung der Antidiskriminierungsgesetze in den Mitgliedstaaten zuständig sind, sind generell schlecht ausgestattet und haben aufgrund fehlender Ressourcen meist nur eine informierende und beratende Funktion. Hoffentlich werden wir dieses Jahr die Möglichkeit bekommen, uns um die Effektivität der von uns hier formulierten und angenommenen Gesetze zu kümmern. Offensichtlich kann nicht alles mithilfe der Gesetzgebung gelöst werden. Es ist schwer, Vorurteile zu ändern und trotzdem müssen wir akzeptieren, dass die Effektivität unserer Gesetze eben von unserer Fähigkeit, dies zu tun, abhängt. Ein Satz als Zusammenfassung: Manchmal lohnt es sich, den zurückgelegten Weg noch einmal zu betrachten, aber wir müssen uns auch genau anschauen, wohin wir gehen. Wir setzen große Hoffnung auf die neu formulierte EU-Strategie 2020 und auf die Neuformulierung der Chancengleichheitsziele.

Edite Estrela (S&D). – (PT) Ihr Vortrag hat mir sehr gefallen. Sie haben positive Aussagen gemacht und Ihren Willen zu handeln bestätigt. In der Tat besteht viel Bedarf zum Handeln, denn 15 Jahre nach Peking sehen wir, dass die Ergebnisse leider in vielen Fällen sehr unbedeutend sind. Nicht nur die Armut hat ein weibliches Gesicht, sondern auch das Analphabetentum, die Arbeitslosigkeit und die Niedriglöhne. Diskriminierung beim Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gibt es noch immer. Vor allem Frauen sind von Menschenhandel und körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt betroffen. Frauen sind in der Politik und in den Vorständen von Unternehmen unterdurchschnittlich repräsentiert, oder in anderen Worten, sie werden aus dem politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozess ausgeschlossen.

Wir wissen auch, dass die Angemessenheit und die Effektivität von Gleichstellungsstrategien von verlässlichen Auswertungen abhängen, die auf vergleichbaren, nach Geschlechtern sortierten statistischen Daten basieren. Das benötigen wir, um eine korrekte Auswertung erstellen zu können und so die richtigen Maßnahmen umzusetzen.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – (ES) Herr Präsident, Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich nicht ins Parlament gekommen bin, um dem neuen spanischen Gesetz zum Thema Abtreibung zu applaudieren.

Mein Anliegen ist das menschliche Leben und ich mache mir besonders Sorgen um die Frauen, für deren Verteidigung ich hier bin, deren Leben infolge von Gewalt zwischen den Geschlechtern in Gefahr sind und ich bin hier, um ihnen einen Raum zu bieten, in dem sie frei und sicher leben können.

Die Entschlieung des Parlaments vom 2. Februar 2006 empfahl, dass die Mitgliedstaaten eine Null-Toleranz-Einstellung gegenüber jeglicher Gewalt gegen Frauen einnehmen und dass die nötigen Maßnahmen zum besseren Schutz der Opfer umgesetzt werden.

Das Stockholmer Programm, dass in diesem Haus angenommen wurde, schaffte einen Bereich der Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger Europas und der Kampf gegen Gewalt zwischen den Geschlechtern wurde als Priorität dieses Programms angesehen. Dies entsprach meiner Bitte an den spanischen Ratsvorsitz, um während ihres Mandates eine europäische Schutzanordnung für die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern, um sicherzustellen, dass die Opfer dieser Verbrechen in allen Mitgliedstaaten gleichwertig geschützt werden.

In einem Europa ohne Grenzen sollte auch der Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt keine Grenzen kennen und alle Mitgliedstaaten sollten hart daran arbeiten, ihre Gesetzgebung zu harmonisieren, damit der Kampf gegen die Misshandlung von Frauen die vor ihm liegenden juristischen Hindernisse überwindet und wir endlich die Leben von Frauen und Kindern schützen können, zumindest innerhalb der Europäischen Union.

Ich möchte daher die Kommission und den Rat bitten, alles Nötige und alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, damit die europäische Schutzanordnung für Opfer weiter vorangetrieben wird, weil sie ein sehr effektives Mittel ist, um sicherzustellen, dass diejenigen, die die Würde von Frauen und ihr Recht, in Freiheit und Sicherheit zu leben, verletzen, nicht ungestraft davonkommen.

Iratxe García Pérez (S&D). – (ES) Herr Präsident, ... (*Anfang der Rede steht aus technischen Gründen nicht zur Verfügung*) ... 30 000 Frauen haben ihre Stimmen, ihre Ideen und ihre Pläne für die Entwicklung einer gerechteren und mehr gleichberechtigten Gesellschaft vereint. Sie kamen von verschiedenen Orten, hatten sehr unterschiedliche Ideologien und Kulturen, aber sie vereinte das Ziel der Anerkennung der Rechte von Gleichheit und Gerechtigkeit für die soziale und politische Teilnahme von Frauen, das Ziel der Aufteilung von Verpflichtungen und der Kampf für die Rechte, die die reproduktive und sexuelle Gesundheit betreffen.

Diese Ziele sind heute aktueller als je zuvor und wir haben noch einen langen Weg zu gehen. Diese Entschlieung wirft also grundlegende Fragen auf, wie die Notwendigkeit der Europäischen Kommission ihre Strategien zur Überwachung des Arbeitsprogramms zu entwickeln, Brücken zur Peking Aktionsplattform zu schlagen und die Strategien zur Geschlechtergleichheit zu fördern; außerdem muss die geschlechterspezifische Perspektive in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werden.

Wir dürfen heute nicht vergessen, dass Europa die Referenz für den Rest der Welt im Bereich der Gleichstellungsstrategien sein kann, aber bei unserer Arbeit und unseren Bemühungen müssen wir immer auch an die Frauen außerhalb Europas denken, denen gar keine Grundrechte gewährt werden.

Wir müssen für diese Frauen und die Frauen Europas hart arbeiten.

Mariya Nedelcheva (PPE). – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, ich möchte Frau Svensson für den Entwurf dieser Entschlieung über die Aktionsplattform der Vereinten Nationen zur Gleichstellung der Geschlechter beglückwünschen.

Bis heute gibt es in vielen Bereichen eine ungleiche Behandlung von Frauen und Männern. Ich denke dabei an den Arbeitsmarkt, auf dem das Lohngefälle ungeheuerlich ist und auf dem es immer noch schwer ist, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. Ich könnte noch viele weitere Bereiche nennen.

Trotz aller Anstrengungen, die unternommen wurden, um die ungleiche Behandlung von Frauen und Männern zu bekämpfen, wurde noch keines der Ziele der Peking +15-Aktionsplattform komplett erreicht.

Es geht nicht darum, auf ewig unsere Ziele neu zu definieren, denn wir kennen die Ziele genau. Wie müssen eher die eingesetzten Mittel überdenken, mit denen wir die Ziele erreichen wollen.

Für mich erscheint es deshalb unabdingbar, dass die Europäische Union ihre Strategie innerhalb des Rahmens der Ziele der Aktionsplattform der UN zur Gleichstellung der Geschlechter definiert und sich dabei auf drei Kernbereiche konzentriert. Unsere Strategie muss kurz-, mittel- und langfristige Überlegungen beinhalten.

Kurzfristig muss es eine genaue Überprüfung aller betreffenden Bereiche vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise geben. Es geht darum, genaue Indikatoren zu definieren, die es uns ermöglichen, die Einflüsse der Krise auf die Beschäftigung und die wirtschaftliche Situation von Frauen zu messen und auszuwerten. Diese Indikatoren müssen sich vor allem auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte beziehen.

Mittelfristig geht es darum, auf nationaler Ebene die uns zur Verfügung stehenden statistischen Daten zu überwachen und zu aktualisieren. Deswegen müssen die Indikatoren, die bereits im Rahmen der Peking Aktionsplattform entwickelt wurden, regelmäßig überprüft werden, um ihre Relevanz für den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhang zu gewährleisten. Die Beachtung dieser beiden Punkte gibt uns auf europäischer Ebene die benötigte Kontinuität, die wir für das Erreichen unserer Ziele benötigen.

Schließlich müssen wir langfristig sicherstellen, dass Strategien zur Gleichstellung der Geschlechter integriert werden, aber auch den Austausch funktionierender Strategien zwischen den Mitgliedstaaten fördern und natürlich dafür sorgen, dass der Fahrplan der Europäischen Kommission den erreichten Fortschritten entspricht.

Durch die Anwendung dieser Struktur auf allen drei Ebenen werden wir unsere Chancen deutlich verbessern, so dass wir unsere grundlegenden Ziele letztendlich erreichen werden.

Silvia Costa (S&D). – (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, Peking +15 muss sich in diesem Jahr einer Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktkrise stellen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen Frauen in Europa und der ganzen Welt negativ beeinflusst, die aber auch als Möglichkeit betrachtet werden kann, Entwicklungsmodelle sowie die Organisation des Arbeitsmarkts und die Sozialpolitik zu prüfen.

Im Zuge der Stärkung der Ziele von Peking +15 muss die Europäische Union im Namen der Frauen ihre Prioritäten auf die Versorgung mit Umweltressourcen und Krediten, auch mithilfe von Mikrokrediten, festlegen; auch auf das Gleichgewicht zwischen Familien- und Arbeitsleben, unter anderem durch die Annahme der Richtlinie zum Elternurlaub; Ausbildungsstrategien und Anreize für Unternehmen, die junge Menschen und Frauen einstellen; und ebenso der Kampf gegen den Menschenhandel mit einer neuen Richtlinie, die, wie wir hoffen, auf der Entschließung basieren wird, die während der letzten Sitzungsperiode in Straßburg angenommen wurde.

Vor allem müssen wir aber die Entwicklungszusammenarbeit zur Stärkung der Rechte der Frauen in den ärmsten Ländern und den Ländern Afrikas nutzen, indem wir eine mögliche europäisch-afrikanische Allianz mit den Frauen schaffen.

Es wäre gut, und ich spreche hiermit die Kommissarin und den Präsidenten an, wenn die europäische Delegation in New York sich dafür einsetzen würde und Unterstützung dafür gewinnen könnte, den Nobelpreis für Frieden an die Frauen Afrikas zu verleihen, die symbolisch durch die Vorsitzenden von Vereinen repräsentiert würden, die in den von Krieg und Armut am schlimmsten betroffenen Ländern aktiv sind.

Sylvie Guillaume (S&D). – (FR) Heute diskutieren wir über die Gleichstellung von Frauen und Männern, 15 Jahre nach der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking und wir feiern ebenfalls das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Ich möchte zwischen diesen beiden eine Verbindung herstellen, da Frauen tatsächlich am schlimmsten von instabiler Beschäftigung betroffen sind. In Frankreich liegt beispielsweise die Frauenquote für Teilzeitarbeiterinnen in instabilen und schlecht bezahlten Jobs bei 80 %. Das bedeutet, dass achtzig Prozent der Frauen weniger als den Mindestlohn verdienen und dadurch, im Endeffekt, eine Rente beziehen, die nur knapp über dem Existenzminimum liegt. Hinzu kommt, dass in der Tat das durchschnittliche Lohngefälle zwischen Frauen und Männern immer noch sehr hoch ist.

Zu einem gewissen Maß existiert die Gleichstellung der Geschlechter nur in Theorie und Frauen, die darüber hinaus noch mit einer Vielzahl familiärer Verpflichtungen konfrontiert sind, müssen manchmal mehreren Jobs bei mehreren Arbeitgebern nachgehen und verdienen letzten Endes trotzdem weniger als Männer.

Deswegen müssen wir unbedingt öffentliche Strategien einführen, die genau gegen diese Ungleichheit gerichtet sind, sowohl auf dem Arbeitsmarkt und zu Hause, als auch in den Systemen der sozialen Sicherheit, die aktiv auf die Bedürfnisse von Frauen reagieren müssen. Ohne die Einführung solcher Maßnahmen bleiben die in Peking definierten Ziele wahrscheinlich reine Utopie.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Das Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter ist in der Europäischen Union sehr wichtig, um die Ziele Wachstum, Arbeit und soziale Kohäsion zu erreichen. Die Europäische Union hat große Fortschritte bei der Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform gemacht, aber wir können mit der derzeitigen Situation noch nicht völlig zufrieden sein. Der Bericht zur Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform hat gezeigt, dass in der Europäischen Union die gesetzten Ziele noch nicht erreicht worden sind. Es ist sehr wichtig, dass die Peking-Indikatoren dazu verwendet werden, die Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter in nationalen Reformprogrammen und in den nationalen Bereichen der sozialen Sicherheit und der sozialen Eingliederung zu schaffen. Es gibt noch nicht genug verlässliche und vergleichbare Daten auf nationaler und EU-Ebene, um die sozialen Indikatoren zu bestimmen; dazu gehören auch die Armut bei Frauen, Gewalt gegen Frauen und institutionelle Mechanismen. Eine der Aufgaben des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen ist die Auswertung vergleichbarer Daten. Die Ziele, die im Arbeitsprogramm des Instituts festgelegt wurden, sollten speziell dabei helfen, die in Peking festgelegten Indikatoren zu implementieren. Ich bin davon überzeugt, dass es in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession unabdingbar ist, die institutionellen Mechanismen für die Gleichstellung der Geschlechter zu stärken.

VORSITZ: Alejo VIDAL-QUADRAS

Vizepräsident

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident, ich danke den Kolleginnen und Kollegen für ihre Beiträge in dieser Aussprache.

Neulich sprach ich mit einer Gruppe hochrangiger Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst, Frauen, die die Endstufe in ihren Besoldungsgruppen erreicht hatten und sich nun fragten, wie sie weiter vorankommen könnten. Ich möchte diese Aussprache ein wenig in eine andere Richtung lenken, denn ich glaube, wir verbringen zu viel Zeit mit dem Versuch, Frauen in ein Berufsleben zu drängen, und schauen nicht danach, warum es Berufe gibt, mit denen Männern nichts zu tun haben wollen. Der Hauptgrund ist, dass sie nicht gut genug bezahlt werden, und ich sage das ganz einfach – wir bezahlen den Menschen nicht genug für's Saubermachen, also für Arbeit, die niemand tun will. Wenn wir uns vielleicht mal anschauen, wie Entgelte in diesen Berufssparten verteilt sind, würden wir sowohl auf dieser Ebene als auch am anderen Ende Gleichberechtigung erzielen. Ich glaube, wir müssen uns um diese Fragen kümmern, wenn wir eine echte Gleichstellung der Geschlechter erreichen wollen.

Ich denke, der spanische Ratsvorsitz ist beispielsweise wegen der Rolle der Frau in der Landwirtschaft sehr besorgt. Auch hier spielen sie eine große Rolle, aber diese wird nicht anerkannt und auch bestimmt nicht erfasst, und nochmals, das ist ein wichtiger Aspekt für unsere zukünftigen Reformen in der Agrarpolitik.

Ich möchte zwei weitere Themen ansprechen. In dieser Aussprache melden sich viele Frauen zu Wort, aber ich glaube, wir müssen uns mal ehrlich anschauen, wie viele von uns minderjährige Kinder haben. Könnten wir hier sein, wenn das der Fall wäre? Ja, aber nur, weil wir sehr viel mehr Geld verdienen als andere Menschen, die unserem Beispiel nicht folgen können.

Lassen Sie uns zuletzt die Frauen im Iran würdigen. Gestern hörten wir von ihnen und ich denke, dieses Haus und diese Aussprache sollten ihren Kampf anerkennen und ihnen alles Gute wünschen.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Chancengleichheit für Frauen und Männer gehört zu den Grundprinzipien der Europäischen Union, die im Gemeinschaftsrecht verankert sind. Im Jahr 2009 waren Frauen mit 24 % in den nationalen Parlamenten vertreten, 26 % waren Mitglied nationaler Regierungen und 33 % bekleideten Geschäftsführerposten in europäischen Unternehmen; 18 % waren als Professorinnen an staatlichen europäischen Universitäten beschäftigt. Ich möchte auch erwähnen, dass 81,3 % aller jungen Frauen mindestens einen Sekundarschulabschluss haben, während 59 % der Hochschulabsolventen in der Europäischen Union Frauen sind.

Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union zielt darauf ab, bis 2010 eine Beschäftigungsrate bei Frauen von 60 % zu erreichen. Jedoch liegt das Risiko von Frauenarmut in erster Linie an der Situation der Familien mit nur einem Elternteil, bei dem es sich meistens um Frauen handelt. Ich glaube, wir müssen Frauen Chancengleichheit bei der Entwicklung und Planung ihrer Karriere garantieren und Bedingungen schaffen, die die Vereinbarkeit ihrer persönlichen, beruflichen und familiären Umstände unterstützen. An diesem Punkt möchte ich die Bedeutung von Kinderbetreuungseinrichtungen hervorheben. Wir wollen sicherstellen, dass 30 % aller Kinder unter drei Jahren in einer Betreuungseinrichtung für Kinder dieser Altersgruppe angemeldet werden und diese Einrichtungen in Anspruch nehmen können.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Der Internationale Frauentag rückt näher und damit sein 100. Jubiläum; seit der Verabschiedung der Peking Aktionsplattform sind 15 Jahre vergangen. Trotzdem sehen wir weiterhin ernsthafte Probleme im Leben von Frauen, da sie immer noch Opfer unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, wachsender Ungleichheiten, der Wirtschaftskrise und der Gewalt in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz und in der Familie sind. Die Armut ist weiblich, auch hier in der Europäischen Union, wo unter den 85 Millionen Menschen, die in Armut leben, Frauen in der Überzahl sind. Aus diesen Gründen unterstützen wir nicht nur die Entschließung des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, sondern hoffen, dass sie auch von der Mehrheit dieses Parlaments angenommen wird, einschließlich des Paragrafen, der unterstreicht, dass sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte Bestandteile der Frauenrechtsagenda sind und dass es wichtig ist, die Bemühungen weiter zu steigern, um die reproduktiven Rechte und Gesundheitsrechte der Frauen zu verbessern.

Es wird Zeit, Ungleichheiten zu beenden und Stereotype auszuräumen; die Förderung gleicher Rechte für Frauen und Männer im sozialen Fortschritt muss ein Schwerpunkt sein.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Einer der Aktionsbereiche, die in der Peking Aktionsplattform 1995 spezifiziert wurde, zielte auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ab. Fünfzehn Jahre nach dieser historischen UN-Konferenz sind die Bemühungen, die unternommen wurden, um die Situation der Frauen auf der ganzen Welt zu verbessern, enttäuschend. Zahlreiche Programme wurden im Laufe der Jahre genehmigt, aber sie bleiben leider weit von der Realität entfernt, ganz zu schweigen von den Millenniums-Entwicklungszielen, zu denen die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern gehört. Leider bleiben häusliche Gewalt, Vergewaltigung als Kriegswaffe, Genitalverstümmelungen, Zwangsehen, Menschenhandel oder Zwangsprostitution der Albtraum, der das Leben Millionen von Frauen in der ganzen Welt zerstört.

Ich denke, wir können nicht von Erfolg reden, wenn die Europäische Union sich nicht stärker in diesen Bereich einbringt. Wir brauchen eine umfassende Strategie, um Armut, fehlende Bildung und Informationsmangel, Straffreiheit, bewaffnete Konflikte und Menschenhandel zum Zwecke der Prostitution zu bewältigen. Meiner Meinung nach dürfen wir auf keinen Fall vergessen, dass Gewalt gegen Frauen, bevor sie zur Ursache allen Übels wird, das Ergebnis einer Reihe von Faktoren ist, gegen die wir geschlossen und härter vorgehen müssen, um sie auszumerzen.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Durch die Aktionsplattform von Peking zieht sich ein roter Faden, nämlich die Nichtdiskriminierung. Das ist gut so! Frauen sollen Männern gegenüber ohne sachliche und korrekte Begründung nicht schlechter gestellt werden.

Allerdings sind Frauenquoten – und somit die so genannte „positive“ Diskriminierung – kein sinnvoller Ansatz für mich. Maßgeblich muss die Qualifikation sein, nicht das Geschlecht. Daher lehne ich auch eine Frauenquote bei der Bestellung von EU-Kommissaren vehement ab. Anstatt uns mit Quoten zu beschäftigen, sollten wir uns wirklich mit unterdrückten und diskriminierten Frauen beschäftigen.

Wir lassen es in Europa zu, dass muslimische Frauen immer noch in einer Art Parallelgesellschaft leben, wo Gewalt gegen Frauen und andere Formen der Unterdrückung zum Alltag gehören. Wir lassen es zu, dass muslimische Frauen in Europa vielfach nicht frei über die Gestaltung ihres Lebens entscheiden können. Das beginnt bei dem Kleidungsstil, geht über die Ausbildung bis zur Berufswahl und auch bis zur Auswahl des Ehemannes hin. Frauenrechtlerinnen aus islamischen Ländern treten an uns heran und hoffen, dass hier etwas geändert wird. Wo ist das Europa der Menschenrechte, wenn man es braucht?

Daher gilt für mich: Schluss mit Pseudodiskussionen über Quoten, bekämpfen wir besser massive Diskriminierungen, die täglich unter dem Deckmantel Religionsfreiheit in Europa passieren – die haben in unserer aufgeklärten Wertegemeinschaft wahrlich keinen Platz!

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Wären da nicht mein Vorredner, Sie selbst und der Minister gewesen, dann würden hier nur Frauen darüber diskutieren, wie die Gleichstellung von Frauen und Männern verbessert werden kann. Dies ist fraglos eines der wichtigsten Themen in der modernen Gesellschaft und in unserer modernen Zeit. Ich stimme Frau Svensson zu, dass wir unsere Aktivitäten auf allen Ebenen unbedingt koordinieren müssen.

Neben dem tatsächlichen Problem anhaltender Chancenungleichheiten zwischen Frauen und Männern fehlt es auf europäischer Ebene auch an einer hochwertigen geschlechterdifferenzierten Entschließung zu den vereinbarten Indikatoren, zum Beispiel im Bereich Frauenarmut, Gewalt gegen Frauen oder Menschenrechte von Frauen. Die Kommission sollte daher Eurostat die Aufgabe erteilen, Verbindungen herzustellen, um die Erfassung von Vergleichsdaten oder Daten aus den Mitgliedstaaten zu koordinieren. Gleichzeitig sollte die Kommission Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben, damit sie aktiv mit Eurostat zusammenarbeiten.

Trotzdem ist die EU immer noch weltweit führend auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter, und ich denke, wir sollten die guten Beispiele bewährter Methoden, wie wir sie bereits in der EU haben, mit dem Rest der Welt teilen. In den nächsten Verhandlungsrunden sollten wir auch über das Gute sprechen, das wir erreicht haben. Ich denke, dass wir in fünf Jahren, wenn wir den 20. Jahrestag von Peking begehen, endlich einen größeren Fortschritt in der Beseitigung weltweiter Chancenungleichheiten feiern können.

Angelika Werthmann (NI). - Herr Präsident! Die Gleichheit der Geschlechter ist ein fundamentales Prinzip der EU. Dieses Prinzip steht in den Verträgen, steht groß auf Homepages, wird vielerorts gern und oft zitiert. Darum sei die Frage erlaubt: Warum wird denn ständig darüber gesprochen? Doch nur weil es wirklich an vielen Ecken und Enden an der Umsetzung der Gleichheit fehlt! Ich freue mich auf den Tag, an dem wir nicht mehr darüber reden müssen und der Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter im sozialen Leben endlich verwirklicht worden ist.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident, ich stimme allen meinen Vorrednerinnen und Vorrednern zu, allen, bis auf Herrn Obermayr, dem ich im Übrigen nur teilweise zustimmen kann.

Ich muss sagen, dass die Ausführungen der weiblichen Mitglieder Ausdruck einer neuen Phase sind, die ihren Anfang in der Europäischen Union nimmt, auch auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter.

Die Gleichstellung der Geschlechter nutzt nicht nur Frauen, sie nutzt auch Männern. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein wesentliches Prinzip der Koexistenz. Daher dachte ich, dass heute sowohl Frauen als auch Männer sprechen würden, weil sie uns allen nutzt, nicht nur den Frauen, und ich denke, dass die Europäische Union sich sehr intelligent der Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet hat.

So geschehen in Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union, in dem der Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern zum ersten Mal im Primärrecht erwähnt wird; ebenso in Artikel 3 des besagten Vertrages; in Artikel 8 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in dem es heißt, dass alle Politik der Union dem Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern untersteht. Das heißt jede Art von Politik: Mit anderen Worten, die Verträge stellen das Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der europäischen Politik und es ist zu einem Kernprinzip der politischen Agenda in der Europäischen Union geworden. Wir müssen jetzt diesen Auftrag, der uns durch den Vertrag über die Europäische Union erteilt wurde, in die Praxis umsetzen.

Genau das wollen der spanische Ratsvorsitz und der Rat der Europäischen Union tun und wir sind überzeugt, dass wir mit der Kooperation der Kommission rechnen können.

Erst gestern fand in Madrid ein Treffen mit der Kommission statt. Kommissarin Reding war dort und wir sind sicher, dass wir sehr eng mit der Kommission zusammenarbeiten werden, damit unsere ehrgeizigen Pläne hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter während dieses Ratsvorsitzes Realität werden.

Als nächster wichtiger Tag, um auf ein bevorstehendes Ereignis hinzuweisen, steht der 8. März an; das Europäische Parlament wird an diesem Internationalen Frauentag in Straßburg über die Frauen-Charta diskutieren. Am gleichen Tag wird der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz die Idee der Gleichstellung in Verbindung mit sozialem Zusammenhalt, einem weiteren Prinzip der Union, der Gleichstellung der Geschlechter verbunden mit sozialem Zusammenhalt und der Ausrottung von Gewalt diskutieren.

Das am häufigsten in Ihren Ausführungen erwähnte Thema war wahrscheinlich die Notwendigkeit, geschlechtsbezogene Gewalt auszumerzen. Dabei handelt es sich um die größte Plage unserer Gesellschaften, das Schlimmste in unseren Gesellschaften: Gewalt gegen Frauen.

Ich bin sicher, dass die Schutzanordnung gegen geschlechtsbezogene Gewalt zu unseren Errungenschaften zählen wird, weil wir abwarten müssen, welche Errungenschaften sich in den nächsten Monaten realisieren lassen. Ich möchte nochmals sagen, dass wir in diesem Bereich auf die Kooperation der Kommission und des Europäischen Parlaments zählen.

Viviane Reding, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, die Richtlinien zur Gleichstellung nahmen in den 1970er Jahren ihren Anfang, und seitdem haben zahlreiche Richtlinien nicht nur die Gesetze in den Mitgliedstaaten geändert – zu diesem Zeitpunkt gab es noch gar keine entsprechenden Gesetze in den Mitgliedstaaten –, sondern auch Gesetze in den Mitgliedstaaten geschaffen, nämlich die Gesetze über die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen unserer Gesellschaft. Obwohl wir, und da gebe ich Ihnen Recht, gute Gesetze haben, fehlt es an der Umsetzung. Ich glaube, wir müssen nicht als Erstes neue Gesetze erlassen, sondern zusehen, dass die Gesetze tatsächlich in der Gesellschaft umgesetzt werden.

Ich träume von einer Zeit, da werden wir in diesem Haus eine Aussprache haben und 50 % der Sprecher sind Männer und die anderen 50 % sind Frauen. Ich träume davon, dass wir keinen Internationalen Frauentag mehr haben müssen, weil es keine Probleme mehr gibt. Ein schöner Traum, aber die Realität sieht anders aus und wir müssen die Dinge in die Hand nehmen. Daher bin ich dem spanischen Ratsvorsitz sehr dankbar, der die Frauenfrage ganz oben auf seine Prioritätenliste gesetzt hat.

Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission bin ich sehr engagiert, damit die Geschlechterperspektive in sämtlichen Strategien, die wir vorlegen werden, berücksichtigt wird. Mit meinem Kollegen Herrn Andor, der für Beschäftigung zuständig ist, werden wir gemeinsam versuchen, dies im Programm 2020 in die Praxis umzusetzen.

Bei den anderen Elementen werde ich, wie ich bereits sagte, mit dem Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter an einer neuen Strategie für die Gleichstellung arbeiten, wobei Fragen nach dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle und Frauen in Führungspositionen ganz oben auf der Tagesordnung stehen, weil es echte strukturelle Probleme gibt, die gelöst werden müssen. Aber es gibt auch gesellschaftsrelevante Fragen, die sehr tief gehen und die wir mit Hilfe von Frauenorganisationen, mit der Hilfe der Minister in den Mitgliedstaaten, mit Hilfe nationaler Gesetze, mit Hilfe europäischer Gesetze lösen müssen, und dann gibt es natürlich noch die schreckliche Frage nach der Gewalt gegen Frauen. Ich denke, dieses Problem steht bei unserer Arbeit im Vordergrund.

Trotzdem denke ich, meine Damen, dass, wenn Ihre starke Delegation nach New York fährt, um 15 Jahre Peking-Plattform zu feiern, wir stolz sein sollten, weil wir auf das zurückblicken können, was wir in den letzten 15 Jahren erreicht haben – und das ist nicht wenig! Gut, wir sind immer noch nicht am Ziel unserer Träume angekommen, aber wir haben viel erreicht, und wir können durch diese Erfahrung anderen Frauen auf anderen Kontinenten sehr viel helfen. Das wird Thema der Sitzung in New York sein. Man wird nicht nur darauf schauen, was europäische Frauen machen, sondern auch, was europäische Frauen, die europäische Politik und die Entwicklungsstrategien für Frauen auf anderen Kontinenten bewirken können.

In diesem Sinne glaube ich auch, dass die Charta der Grundrechte, die ein sehr schöner Text ist, den jedes Kind in einer europäischen Schule lesen sollte und über den jede und jeder Studierende in unseren Universitäten nachdenken sollte, es genau auf den Punkt bringt: Es gibt keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Sie sind gleich und es liegt in unserer Verantwortung, dass wir uns dafür einsetzen, wenn diese fundamentale Frage nicht durch Anwendungsgesetze in den Mitgliedstaaten in die Praxis umgesetzt wird. Aber nicht nur dort sollten wir uns dafür einsetzen; wir sollten auch in unseren Mitgliedstaaten kein Blatt vor den Mund nehmen und auf die Probleme hinweisen, die entstehen und nicht gelöst sind, und nicht eher ruhig sein, bis wir das Problem gelöst haben.

Ich rufe alle Männer dieses Parlaments an. Verstärken Sie die Stimmen der Frauen durch Ihre Stimmen.

Der Präsident. – Ich habe gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung einen Entschließungsantrag ⁽³⁾ zum Abwickeln der Aussprache erhalten.

Die Aussprache ist beendet.

⁽³⁾ Siehe Sitzungsprotokolle

Die Abstimmung wird morgen um 11.30 Uhr stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Vasilia Viorica Dăncilă (S&D), schriftlich. – (RO) Die Vereinten Nationen haben den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen eingeführt, den die ganze Welt jedes Jahr am 25. November begeht. Dieses Phänomen ist weit verbreitet, da 45 % aller Frauen in Europa Opfer verschiedener Formen von Gewalt werden. Auf globaler Ebene wird jede dritte Frau geschlagen, zum Geschlechtsverkehr gezwungen oder auf andere Art und Weise missbraucht. Dieses Phänomen zeigt sich nicht nur in der Gewalt in der Familie gegen Frauen und Mädchen, sondern auch durch Ausbeutung, Ausübung sexueller Gewalt, Menschenhandel, Ehrenmorde, gefährliche traditionelle Praktiken wie das Brandmarken von Bräuten oder Frühehen, und andere Formen der Gewalt gegen den Körper, den Geist und die Würde von Frauen. In den meisten Fällen ist der Angreifer der Ehemann oder Partner oder ein Bekannter. Ich glaube, dass Gewalt gegen Frauen eine der schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen ist. Dies wiegt umso mehr, da sie außerdem auf allen Kontinenten zu finden ist, in jedem Land und jeder Kultur, ungeachtet seiner oder ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Die Täter müssen hart bestraft werden. Im Fall von strafbaren Handlungen in großem Stil muss der Internationale Strafgerichtshof eine wichtige Rolle spielen und sich eng an die Entscheidungen der nationalen Gerichte anlehnen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), schriftlich. – (PL) Herr Präsident, meine Damen und Herren, der 15. Jahrestag der berühmten Weltkonferenz für die Gleichberechtigung für Frauen, die von der UN in Peking organisiert worden war, steht kurz bevor. In diesen 15 Jahren haben es die 189 Länder, die die Aktionsplattform der UN zur Gleichstellung der Geschlechter unterzeichnet hatten, geschafft, gewisse Fortschritte in allen 12 in dem Dokument genannten Problembereichen zu erzielen. Jedoch sind die meisten der damals festgestellten Probleme noch immer nicht gelöst, insbesondere nicht das Problem häuslicher Gewalt gegen Frauen und die Einbeziehung von Frauen in bewaffnete Konflikte. Diese Themen müssen dem Europäischen Parlament nicht vorgelegt werden – wir diskutieren sie in unseren Aussprachen über Menschenrechtsverletzungen in fast jeder Plenartagung. Daher möchte ich meine Wertschätzung für die UN-Initiative zum Ausdruck bringen. Alle fünf Jahre wird eine detaillierte Überprüfung der Aktionsplattform in zahlreichen Ländern durchgeführt (zum letzten Mal im Jahr 2005) und die dringendsten Angelegenheiten werden hervorgehoben. Vor fünf Jahren wurde die Aufmerksamkeit der Länder, die zu den Unterzeichnern der Aktionsplattform gehören, auf der Konferenz in New York auf die hohe Zahl von Vergewaltigungen von Frauen, den Anstieg der HIV-/AIDS-Infektionen unter Frauen und die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt gerichtet. Leider können diese Feststellungen auch heute noch gemacht werden. Was wir brauchen, ist ein sehr spezieller Aktionsplan mit der echten Unterstützung aller Unterzeichner der Plattform und mit Beteiligung der Europäischen Union, damit bei der nächsten Überprüfung des Programms in fünf Jahren ein deutlicher Fortschritt verzeichnet werden kann.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – (RO) Ich glaube fest daran, dass die Gleichstellung der Geschlechter zu den Hauptzielen jeder Demokratie zählen muss. Obwohl die Europäische Union sich nach Kräften bemüht hat, die Ziele der Peking Aktionsplattform zu erreichen, war sie nicht in allen Punkten erfolgreich. In Europa finden wir immer noch starke Stereotype in Bezug auf Frauen und ein erhebliches geschlechtsspezifisches Lohngefälle; Fortschritte im Hinblick auf die Einstellung von Frauen in Führungspositionen stellen sich nur extrem langsam ein. Im Allgemeinen bleibt die Chancengleichheit leider nur eine Sehnsucht, insbesondere in den Ländern Osteuropas, den neuen Mitgliedern der EU. Um in den Mitgliedstaaten bessere Ergebnisse im Hinblick auf das Erreichen der Ziele der Peking Aktionsplattform zu erzielen, sind zuverlässige Vergleichsdaten über die Situation der Frauen ein absolutes Muss, und zwar sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Es sollte auch regelmäßige Überprüfungen der Fortschritte in kritischen Bereichen, die von der Plattform identifiziert wurden, stattfinden. Jedoch freue ich mich, dass der spanische Ratsvorsitz die Probleme der Gleichstellung der Geschlechter in seine Prioritätenliste aufgenommen hat und sich hierbei insbesondere auf die in der Landwirtschaft tätigen Frauen konzentriert. Daher möchte ich die Gelegenheit ergreifen und ihm zu dieser Initiative gratulieren.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Einer der in der Peking Aktionsplattform definierten Strategiebereiche sind Frauenrechte als unveräußerlicher, fester und unteilbarer Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte. Ziel ist die vollständige Einführung internationaler Vertragswerke zum Schutz dieser Rechte, wozu auch die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen gehört. Eine Form der Diskriminierung ist die Verletzung der reproduktiven Rechte der Frauen. Ein Bericht über die Einhaltung der reproduktiven Rechte in Polen aus dem Jahr 2007 und die auf diesem Bericht basierenden Empfehlungen des UN-Menschenrechtsausschusses zeigen deutlich, dass polnische Frauen schwer Zugang zu erstattungsfähigen Empfängnisverhütungsmitteln, medizinischer Versorgung während der Schwangerschaft,

pränatalen Untersuchungen und sogar schmerzfreier Geburt haben. Ihnen werden legale Abtreibungen in fast jedem Fall verwehrt, auch in Fällen, die rechtmäßig erlaubt sind. Infolgedessen werden in Polen jährlich 200-400 legale Abtreibungen vorgenommen, aber 100 000 illegale.

Ich schlage als Maßnahme für die Gleichstellung von Frauen in den Mitgliedstaaten der EU die Einführung einer gesetzlichen Abtreibungsrate vor, die die Anzahl legaler Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeburten pro Jahr beziffert. In Ländern, in denen die Frauen das Recht auf Abtreibung haben, liegt diese Rate bei ungefähr 200. In Polen liegt sie bei 1. Dies ist eine zielgerichtete Maßnahme gegen die Verletzung der reproduktiven Rechte von Frauen in Polen. Ich appelliere an eine effizientere Zusammenarbeit zwischen der EU und der UN hinsichtlich der Überwachung der Rechte von Frauen und fordere die Einführung von Untersuchungen, um die Verletzungen von Frauenrechten zahlenmäßig zu erfassen.

Anna Záborská (PPE), schriftlich – (FR) Die Entschließung spiegelt die Peking Aktionsplattform nicht in ihrer Gesamtheit wider. Wie immer ist es leichter, sich in sexuellen Stereotypen, „reproduktiver Gesundheit“ und nicht zu vergessen Abtreibung, der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen, Gewalt und Quoten zu ergehen. Gibt es keine anderen Probleme für die riesige Mehrheit der Frauen und Mütter in Europa und auf der ganzen Welt? Wird es nicht Zeit, auch andere Hindernisse zu beseitigen? Punkt 9 der Peking Aktionsplattform erklärt jedoch die Emanzipation aller Frauen zu seinem Ziel. Es ist wichtig, dass alle Frauen sich mit der öffentlichen Politik der Chancengleichheit identifizieren können, die ihre natürlichen Unterschiede und deren notwendige ergänzende Natur erkennt und dabei nicht die Bedeutung nationaler und regionaler Identitäten oder historischer, kultureller und religiöser Vielfalt aus dem Blick verliert. Die Umsetzung der Aktionsplattform obliegt der Hoheitsverantwortung jedes Mitgliedstaates, wobei diverse religiöse und ethische Werte sowie das kulturelle Erbe und die philosophischen Überzeugungen der Einzelnen und ihrer Gemeinschaften berücksichtigt und streng respektiert werden müssen. Wenn die Umsetzung der Peking Plattform diese Prämissen eingehalten hätte, würden wir nicht nur eine leichte Verbesserung der Lage von Frauen feststellen. Diese Entschließung vermittelt ein verzerrtes Signal, das eher trennt als eint.

Artur Zasada (PPE), schriftlich. – (PL) Ich unterstützte die Arbeit von Frau Svensson hinsichtlich des Problems der Gleichstellung der Geschlechter voll und ganz und ich stimme zu, dass die Themen, die sie angesprochen hat, einen erheblichen Einfluss auf den Fortschritt zur Erzielung gleicher Rechte für Frauen und Männer haben. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass sich viele Frauen bewusst und frei für die Arbeit zu Hause und für ihre Familie entscheiden. Manchmal sind sie gezwungen, ihre Karriere aus unvorhergesehenen Gründen aufzugeben, weil sie sich vielleicht um ein krankes oder behindertes Kind kümmern müssen. Ein großes Problem ist in dieser Situation das Fehlen geeigneter Lösungen im Hinblick auf den Rentenanspruch dieser Frauen. In vielen Ländern gibt es in diesem Bereich überhaupt keine Lösungen oder aber die vorhandenen Lösungen reichen nicht aus, um den Frauen ein anständiges Leben zu ermöglichen. Daher ist es ebenfalls wichtig, dass sich die Aussprache über die Gleichstellung der Geschlechter auch um die Frage des Leistungsanspruchs von Frauen dreht, die den Haushalt führen und Kinder versorgen.

20. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Der Präsident. – Der nächste Punkt sind die Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung nach Artikel 150.

Mitglieder, die bei den letzten Ein-Minuten-Reden nach Artikel 150 nicht das Wort ergriffen haben, haben Vorrang vor denjenigen, die beim letzten Mal zu Wort gekommen sind.

Traian Ungureanu (PPE). – (RO) Am 4. Februar 2010 hat der rumänische Präsident Traian Băsescu die Entscheidung angekündigt, dass Rumänien sich am Raketenabwehrsystem der USA beteiligt, und gleichzeitig die Zustimmung des Obersten Rates für nationale Verteidigung bekannt gegeben. Die Vereinbarung muss dem rumänischen Parlament zwecks Zustimmung vorgelegt werden. Gleichzeitig stellte der Präsident fest, dass diese Vereinbarung nicht gegen Russland gerichtet ist. Ich denke, damit kann Rumänien seine Fähigkeit unter Beweis stellen, als strategischer Partner der Vereinigten Staaten im Schwarzmeerraum zu agieren und so zur Sicherheit in Europa beizutragen.

Im gegenwärtigen Kontext angespannter globaler Herausforderungen wird die rumänisch-amerikanische Vereinbarung das Sicherheitssystem für die europäischen Alliierten untrennbar zusammenschweißen. Ich glaube fest daran, dass die Europäische Union diese wichtige Vereinbarung gutheißt.

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE). – (PL) Herr Präsident, ich möchte meine tiefe Beunruhigung über die sich rapide verschlechternde Situation polnischer Landsleute in Litauen zum Ausdruck bringen. Litauen ist Mitglied der Europäischen Union. Trotzdem werden die Grundrechte der polnisch-nationalen Minderheit in Litauen verletzt. Es gibt fast 300 000 Polen in Litauen, in manchen Regionen stellen sie 60-80 % der Bevölkerung dar, aber sie haben keinen Anspruch darauf, ihre Muttersprache als Nebensprache in offiziellen Situationen zu benutzen. Ein Gericht hat das Entfernen zweisprachiger Straßennamen angeordnet. Vollzugsbeamte des Gerichts sind angewiesen, diese Anordnung durchzusetzen. Polnische Namen müssen an die litauischen Schreibgewohnheiten angepasst werden. Polen werden bei der Rückgabe von Landbesitz diskriminiert. Das Recht polnischer Kinder auf Unterricht in Polnisch als Unterrichtssprache wird beschnitten. Das Wahlrecht ihrer Eltern wird eingeschränkt.

Die Zukunft der Union ist zurzeit ausgeglichen. Wollen wir weiterhin in einem Europa scheinbarer Werte leben oder lieber in einem Europa realer Werte? In welche Richtung sich die Union entwickelt, hängt teilweise auch von uns ab. Werden wir uns der offenen Diskriminierung einer Minderheit gegenüber blind stellen oder werden wir wirklich ein sicheres Europa im Geiste des Respekts der Menschenrechte aufbauen?

Andres Perello Rodriguez (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich möchte dem Parlament über etwas Bericht erstatten und hoffe auf seine Unterstützung. Ich möchte von einem historischen Hafenviertel namens Cabañal im Süden der Union, in der betriebsamen und geschäftstüchtigen Stadt Valencia berichten, das jetzt durch ein Vorhaben des Gemeinderates zerstört werden könnte, nachdem man sich fast 20 Jahre nicht um dieses Viertel gekümmert hatte.

Die örtlichen Anwohner haben gegen diesen Plan protestiert. Auf Anforderung des Obersten Gerichtshofes hat das Kulturministerium entschieden, dass der Plan der Entweihung eines Kulturerbes gleichkommt, und das Verfassungsgericht hat vor Kurzem ebenfalls versucht, den Plan zu stoppen, oder entschieden, dass der Plan gestoppt werden sollte.

Als Reaktion haben die öffentlichen Behörden es abgelehnt, sich den Institutionen zu beugen; das führt zu Risiken, Gefahren und mangelndem politischen Interesse.

Der Appell um Unterstützung, den ich hier starte, geschieht im Namen der örtlichen Anwohner, damit sie die Hilfe bekommen, um die sie das Parlament im Hinblick auf die Entweihung eines Kulturerbes bitten; damit soll sichergestellt werden, dass so ein schwerwiegender barbarischer Fehltritt in einem Bezirk wie Cabañal im Süden der Europäischen Union nicht stattfinden kann.

Cristian Silviu Buşoi (ALDE). – (RO) In der letzten Woche war ich auf einer Versammlung des parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau. Die Ergebnisse dieses Treffens sind äußerst ermutigend im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen und das Näherrücken der Republik Moldau an die Europäische Union.

Die pro-europäische Regierung in Chisinau hat in den wenigen Monaten seit ihrer Amtsübernahme sichtbare Fortschritte gemacht. Ich denke, dass diese Fortschritte ein deutliches Zeichen für den ernsthaften Wunsch sind, den Weg nach Europa einzuschlagen. Der politische Wille der derzeitigen Regierung der Republik Moldau, Reformen zum Aufbau einer gesunden Demokratie und einer florierenden Wirtschaft zu fördern, ist aus den Gesprächen in der letzten Woche deutlich zu erkennen. Ich begrüße die Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen eines neuen Assoziierungsabkommens im Januar dieses Jahres. Ich glaube, das Europäische Parlament muss sich aktiv an diesem Verfahren beteiligen und den Abschluss eines solchen Abkommens und die Aufhebung der Visumpflicht unterstützen.

Die Republik Moldau teilt die Werte der Europäischen Union. Darum glaube ich, dass sowohl die Europäische Kommission als auch das Europäische Parlament diese Regierung mit so schnell wie möglich zu gewährender finanzieller Hilfe und auch mit den Sachkenntnissen unterstützen muss, die die Europäische Union in den verschiedenen geplanten Reformbereichen wie Justiz oder Wirtschaft bieten kann.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Präsident, leider muss ich noch einmal auf die Situation der polnischen Minderheit in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, nämlich Litauen, zurückkommen. Man sollte meinen, dass ein Staat, der der Europäischen Union angehört, alle europäischen Normen einhält. Das ist in Vilnius nicht der Fall.

Es gibt immer noch kein Abkommen in Litauen über bilinguale Straßennamen in Orten, in denen die polnische Bevölkerung sich eher in der Mehrheit als in der Minderheit befindet. Es gibt erhebliche Probleme bei der Durchführung von Unterricht mit Polnisch als Unterrichtssprache. Infolge der von den litauischen

Schulbehörden ergriffenen Maßnahmen sollen rund 100 polnische Schulklassen geschlossen werden. Vor Kurzem wurden Künstlergruppen, die die polnische Kultur verbreiten, erhebliche Auflagen gemacht.

Es gibt hier ein seltsames Ungleichgewicht, weil litauischen Staatsbürgern in Polen alle Rechte gewährt werden und sie umfangreiche Fördermittel aus dem polnischen Staatshaushalt erhalten. Es ist Zeit für eine grundlegende und zivilisierte Reaktion. Es ist Zeit, dass internationale Organisationen, einschließlich unserem eigenen Europäischen Parlament, sich der Diskriminierung polnischer Staatsbürger in Litauen annehmen.

Gerard Batten (EFD). – Herr Präsident, heute Abend war ich auf einem Empfang für die Shen Yun Performing Arts Group im Mitgliedersalon. Im letzten Jahr durfte ich der Shen Yun-Show in London beiwohnen. Sie will mit ihren Darbietungen das Interesse an der traditionellen chinesischen Kultur wiederaufleben lassen, einer Kultur, die zu zerstören die Kommunistische Partei Chinas und die Regierung natürlich in den letzten 60 Jahren gründlich versucht haben.

Ich war entsetzt, an diesem Abend zu erfahren, dass eine für April geplante Aufführung in Rumänien durch den Druck der chinesischen Regierung abgesagt worden ist. Es ist absolut unannehmbar, dass Rumänien, ein Land, das von sich behauptet, demokratisch zu sein, sich auf diese Art und Weise von einer kommunistischen Zwangsherrschaft unter Druck setzen lässt. Ich sollte auch erwähnen, dass Shen Yun die Philosophie der Aufrichtigkeit, der Toleranz und des Mitgefühls fördert, daher ist es nicht überraschend, dass die chinesische Regierung und die Kommunistische Partei diese konträre Ideologie fürchten.

Ich würde dem Präsidenten, Herrn Buzek, vorschlagen, dass wir die Situation bereinigen, indem wir Shen Yun einladen, zum frühestmöglichen Termin einige Kostproben Ihres Programms im Parlament aufzuführen. Das wäre eine eindeutige Geste der Unterstützung für diese unvergleichlich mutigen chinesischen Demokratie-Aktivistinnen.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, ich möchte die Gelegenheit ergreifen und in diesem Haus die Verwendung gefälschter irischer, britischer, französischer und deutscher Reisepässe bei dem neulich begangenen Mord an dem Hamas-Kommandanten verurteilen. Der Polizeichef von Dubai sagte, dass mit 99%iger Sicherheit der Mossad hinter dem Mord steht.

Sollte sich das als wahr herausstellen, liegt hier ein flagranter Missbrauch von EU-Reisepässen zur Begehung einer Straftat in einem Drittland vor und insbesondere ein Vertrauensbruch, über den Irland sehr besorgt ist, denn seit wir 1922 unsere Unabhängigkeit erlangt haben, waren wir ein neutrales und freundliches Land, das seinen Bürgerinnen und Bürger in aller Freiheit an Orte zu reisen erlaubte, an die andere Menschen nicht reisen dürfen.

Die Benutzung gefälschter Reisepässe in dieser Situation hat diese Haltung, insbesondere in Dubai, gefährdet. Ich möchte die Hohe Vertreterin auffordern, insbesondere diese Angelegenheit zu untersuchen und, falls die Regierung oder der Mossad dahinter stehen, sollten uns und den anderen betroffenen Ländern Wiedergutmachung geschehen.

Alan Kelly (S&D). – Herr Präsident, ich werde diese Verwechslung später verschmerzen. Die Fördergebietskarte für die staatlichen Beihilfen in Europa muss dringend überarbeitet werden. Ein großes Problem ist, dass, als ich diesbezüglich an die frühere Kommission geschrieben hatte, sie für ihre Strategie die Zahlen von Eurostat aus dem Jahr 2006 nutzte. Nun steht die Fördergebietskarte zur Überprüfung an und es ist äußerst wichtig zu berücksichtigen, dass die europäische Wirtschaft sich dramatisch anders darstellt. Nehmen wir nur ein Beispiel aus meinem eigenen Land. Die Arbeitslosenrate im mittleren Westen des Landes ist im letzten Jahr um über 40 % gestiegen, nicht zu vergessen frühere Jahre, in denen die Zahlen bereits angestiegen sind. Regionen im mittleren Westen wie Limerick, Clare und Tipperary brauchen großzügige Staatshilfen als Anreiz für die Schaffung wichtiger Arbeitsplätze; wir nähern uns kritischen Grenzen.

Angesichts des dramatischen Umschwungs der irischen Wirtschaft wie anderer Wirtschaften könnten die Jahre 2006 und 2007 genauso gut vor ewigen Zeiten gewesen sein. Ich sehe zwar, dass es teilweise an den Mitgliedstaaten ist, die Kommission von Änderungen ihres wirtschaftlichen Status zu informieren, der Ansatz der Kommission sollte trotzdem nicht derselbe bleiben.

Corneliu Vadim Tudor (NI). – (RO) Meine Damen und Herren, ich denke, das größte Geschenk Gottes an den Menschen ist der Hund. Sie kennen sicher das Zitat von Madame Roland, die in der französischen Revolution guillotiniert werden sollte: „Je mehr ich von den Menschen zu Gesicht bekomme, desto mehr bewundere ich die Hunde.“ Und Lord Byron schrieb: „Hunde haben alle Tugenden des Menschen ohne seine Laster.“

Ich präsentiere in dieser Kammer mehrere Millionen Tierfreunde aus meinem Land, die empört sind über die Grausamkeit gegenüber streunenden Hunden, die rücksichtslos getötet werden. Ausländische Besucher in Rumänien sind entsetzt, wenn sie tote Hundekörper an den Straßen liegen sehen, ein barbarischer Anblick, dem sogar Kinder ausgesetzt sind. In diesem Augenblick verlangt der Präfekt von Bukarest einen Änderungsantrag zum vom rumänischen Parlament geänderten Gesetz, das die Eliminierung streunender Hunde verlangt. Hunde aber sind Schutzengel. Es ist auch allseits bekannt, dass sie in fernen Tagen geholfen haben, die Gesundheit von Einwohnern befestigter Städte zu schützen, denn wo es Hunde gibt, gibt es keine Ratten oder Schlangen.

Ich fordere das Europäische Parlament auf, von der rumänischen Regierung die Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Tierrechte zu verlangen, die 1978 in Paris abgegeben wurde. Wir müssen dem Massaker an streunenden Hunden in Rumänien Einhalt gebieten. Wer keine Tiere mag, mag auch keine Menschen. Um Himmels Willen, wir leben schließlich im dritten Jahrtausend nach Christus!

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Herr Präsident, ich möchte hier die Situation im katalanischen und europäischen Schweinesektor anprangern. Seit fast einem Jahr ist der Preis für Schweine kontinuierlich gesunken und seit mehreren Monaten nun liegt er eindeutig unter den Produktionskosten. Einer der Gründe, warum das so ist, liegt an den Schweineimporten aus den Schwellenländern. In zu vielen Fällen kommen diese Importe in die Europäische Union, ohne ausreichend vom europäischen Zoll kontrolliert worden zu sein.

In zu vielen Fällen verletzen diese Schweineimporte mehrere europäische Vorschriften hinsichtlich Qualität und Lebensmittelsicherheit, die die Europäische Union einzig europäischen Produzenten auferlegt. Wie es scheint, wird das in den kommenden Jahren so weitergehen: steigende Tierschutzanforderungen für europäische Produzenten, aber keine Kontrollen für Importe aus den Schwellenländern.

Das ist ein klarer Fall von unfairem Wettbewerb. Auf diese Art und Weise wird Europa seine Bauern und Schweineproduzenten verlieren und ohne sie wird Europa einen wichtigen Teil seiner Land- und Ernährungswirtschaft verlieren. Diese Sorgen wollte ich mit Ihnen teilen.

Valdemar Tomaševski (ECR). – (PL) Herr Präsident, ich möchte auf die Situation der nationalen Minderheiten in Litauen hinweisen, deren Rechte kontinuierlich beschnitten werden.

In Litauen sind in Gebieten, in denen vermehrt nationale Minderheiten leben, zweisprachige Informationsschilder, die seit 20 Jahren benutzt wurden, generell verboten. Schulen der nationalen Minderheiten werden die Beihilfen gekürzt und es sind Vorbereitungen für ihre Schließung im Zuge einer so genannten „Reform“ im Gange. Die ursprüngliche Schreibweise ausländischer Namen darf in Identitätsdokumenten nicht länger verwendet werden. Darüber hinaus werden den Polen in Litauen Schwierigkeiten bereitet, wenn sie versuchen, Land wiederzuerlangen, das ihnen vom kommunistischen Regime abgenommen worden war, und erst kürzlich wurde sogar das kulturelle Leben der Minderheiten getroffen. Wilia, der ältesten traditionellen polnischen Gesangs- und Tanzgruppe in Litauen, wurde die Staatsbeihilfe auf ein Viertel der früheren Zuwendung gestrichen und drei Vollzeitstellen wurden abgebaut, so dass jetzt nur noch eine vorhanden ist.

Die Rechte der nationalen Minderheiten in Litauen sollten respektiert werden, wie die Union dies in ihrem Motto verlangt: Einheit in Vielfalt.

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident, Herr Tremosa i Balcells sprach das Thema der Billigproduktion in der Landwirtschaft an und das ist ein Thema, das auch mir, wie vielen anderen in diesem Haus, große Sorgen bereitet. Ich bin jedoch mehr um die Kommission besorgt und wie sie Landwirtschaft, ländliche Gebiete und tatsächlich auch die Lebensmittelindustrie sieht, weil sie in der EU-Strategie 2020 diesen lebensnotwendigen Sektor der Europäischen Union fast vergessen zu haben scheint. Ich rate der Kommission dringend, diesen wichtigen Bereich nicht zu ignorieren. Ich hoffe, dass dies nicht bedeuten soll, dass dieser Sektor nicht mehr für wichtig genug erachtet wird, insbesondere, wenn wir den Haushalt der Europäischen Union reformieren wollen.

Ich möchte die Kommission daran erinnern, dass die Landwirtschaft und der Nahrungsmittelsektor aus Gründen der Ernährungssicherheit und für Beschäftigung in ländlichen Gebieten lebensnotwendig sind. Ich denke, dass diese Auffassung sich in der EU-Strategie 2020 niederschlagen muss.

Ich danke einer jungen Bauernorganisation in Irland, Macra na Feirme, die Männer und Frauen vertritt, dass sie mich auf dieses Thema aufmerksam gemacht hat, und ich hoffe, die Kommission hört zu.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Die Arbeitslosenrate in der Euro-Zone hat zu Beginn des Jahres die 10-Prozent-Marke erreicht, im Vergleich zu 9,6 % im Europa der 27. Die Zahl für junge Leute liegt bei über 21 %. Es gibt ungefähr 20 Millionen Unternehmen in der Europäischen Union, abgesehen vom Finanzsektor, und davon sind 99 % kleine oder mittlere Unternehmen (KMUs). Zwei Drittel aller Arbeitskräfte im privaten Sektor sind in KMUs beschäftigt.

Ich fordere die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ein Maßnahmenpaket zu beschließen, das speziell auf die Unterstützung der KMUs abzielt und ihnen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hilft. Dieses Maßnahmenpaket sollte auch für diejenigen bereitstehen, die ein kleines oder mittleres Unternehmen gründen wollen. Zu den Maßnahmen könnte beispielsweise eine geeignete Anpassung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und des Siebten Forschungsrahmenprogramms gehören sowie die Vereinfachung der Verwaltungskriterien und –verfahren, damit KMUs leichter Zugang zu Projekten mit EU-Finanzierung erhalten können.

Schließlich schlage ich im Falle der Bauern noch die Gewährung von staatlichen Bürgschaften für Kredite vor, die von den KMUs aufgenommen werden, um ihnen aus der Krise zu helfen, und zwar für einen bestimmten Zeitraum und eine bestimmte Höchstgrenze.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, wie wir alle wissen, ist das Problem illegaler Einwanderung in Griechenland weit schlimmer als im Rest der Europäischen Union. Dafür gibt es verschiedene Gründe, angefangen bei der geografischen Lage bis hin zur langen Küste des Landes.

Unter diesen Umständen ist die Initiative der griechischen Regierung, die den Erwerb der griechischen Staatsbürgerschaft für Einwanderer unglaublich erleichtert, bestenfalls eine Improvisation in Zeiten wie diesen und es ist folgendes Paradoxon entstanden: Der Vorschlag der Regierung des Landes mit dem größten Problem enthält auf jeder Ebene in der Europäischen Union die nachsichtigsten Vorschriften .

Das ermuntert illegale Einwanderer eher als dass es sie entmutigt und das schadet der legalen Einwanderung. Dieses Vorgehen unterminiert den sozialen Zusammenhalt und es ist ein bruchstückhafter Ansatz, wenn nur das letzte Glied in einer Kette untersucht wird, die aus illegaler Einreise, Asyl, Deportation und Duldung und Arbeit in der Europäischen Union führt. Es öffnet einer nicht feststellbaren Anzahl illegaler Einwanderer den Weg zum Erwerb der europäischen Nationalität.

Aus dieser Perspektive ist es eine europäische Frage, die wir in naher Zukunft intensiv behandeln sollten.

Ioan Enciu (S&D). – (RO) Der Datenschutz ist neuerdings mit der Einführung neuer Informationstechnologien ein besonders wichtiges Thema geworden. Zusätzlich zu den vorteilhaften Auswirkungen dieser Technologien in zahlreichen Bereichen ist aber auch das Problem des Eindringens in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger gestiegen und damit die Notwendigkeit, den Zugang zu personenbezogenen Daten zu regulieren. Ich beziehe mich hier auf die Tatsache, dass den Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Überprüfung der von ihnen erfassten, gespeicherten, verwendeten und weitergegebenen persönlichen Daten garantiert werden muss.

Die derzeitigen Datenschutzgesetze hinken hier hinterher und können nicht mehr alle aufgetretenen Probleme lösen. Zahlreiche Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit unterstützen eindeutig den Bedarf an engen Regelungen für den Datenschutz. Die Bemühungen der Europäischen Union, eine zufriedenstellende legale Datenbank in diesem Bereich zu schaffen, sind gern gesehen, aber meiner Ansicht nach immer noch nicht ausreichend, um die neuen Herausforderungen zu meistern.

(Beifall)

Oldřich Vlasák (ECR). – (CS) Über sechs Monate sind vergangen, seit Kanada den unerhörten Schritt unternommen hat und die Visumpflicht für einen der EU-Mitgliedstaaten wieder eingeführt hat. Das war in diesem Fall die Tschechische Republik. Kanada hat diesen Schritt damit begründet, dass auf der anderen Seite des Ozeans tschechische Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Roma, in Massen Asylanträge stellen. Unter diesen Umständen möchte ich sagen, dass in der Tschechischen Republik für alle dieselben Bedingungen gelten, ob sie nun tschechischer, slowakischer, vietnamesischer oder ukrainischer Nationalität oder Tschechen, Afroamerikaner oder Roma sind. Die Charta der Grundrechte und Freiheiten, die Teil der Verfassung ist, verkündet gleiche nationale und ethnische Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Tatsache, dass Kanada sein Vorgehen mit Hinweis auf Roma begründet, ist an sich schon diskriminierend, weil es ein Eingeständnis ist, dass Visabedingungen aufgrund einer ethnischen Gruppe geändert werden. Anstelle kostspieliger und verwaltungsaufwändiger Visa könnte Kanada sich eher den Kopf über diese Bedingungen zerbrechen.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – (ES) Herr Präsident, wie Sie wissen, sagte das Parlament am 11. Februar „Nein“ zum Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus, dem SWIFT-Programm. Folglich wurde die Vereinbarung aufgehoben und es wurden keine Daten übertragen.

Die Kommission hat jedoch den Auftrag, erneut zu verhandeln. Die Frage, die ich dem Ratsvorsitz des Europäischen Parlaments stellen möchte – nicht Ihnen, sondern dem tatsächlichen Ratsvorsitz –, lautet, ob wir einen Ansprechpartner haben, ob die Vereinigten Staaten nach dem Zusammenbruch noch mit der Europäischen Union verhandeln oder ob sie von Fall zu Fall auf bilateraler Basis mit bestimmten Mitgliedstaaten verhandeln.

Wie auch immer, wenn diese Verhandlungen stattfinden, Herr Präsident, verlange ich, dass das Europäische Parlament Teil dieser Verhandlungen ist, eine Forderung, die wir meiner Meinung nach alle teilen.

Mario Borghesio (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, am 23. Februar führte ein außergewöhnliches Ablassen von Kohlenwasserstoffen aus einem Tank in einer stillgelegten Raffinerie in Villasanta in der Lombardei zu einer massiven Verschmutzung des nahe gelegenen Flusses Lambro.

Der Umfang der Umweltkatastrophe, bei der Tausende von Kubikmetern Öl ausliefen, zehrt nicht nur am Ökosystem des Lambro und hat auch Folgen für die Fauna, sondern es besteht auch die Gefahr, dass das Öl, trotz ergriffener Maßnahmen, in den Po gelangt, der durch die gesamte Po-Ebene bis in die Adria fließt.

Der außergewöhnliche und dringende Charakter der Situation hat bereits dazu geführt, dass die Lombardei den Notstand ausrufen wollte. Auch ein Eingreifen der Europäischen Union ist nötig, wozu ich den Ratsvorsitz hiermit auffordere. Er soll Umweltinitiativen in dieser gefährdeten Region, zu der sicherlich auch die Po-Ebene gehört, koordinieren und Finanzmittel für die absolut wichtige Wiederherstellung der Umweltsituation in dieser großen Region, die von einer riesigen Umweltkatastrophe heimgesucht wurde, bereitstellen.

Maria Da Graça Carvalho (PPE). – (PT) Regionale Ungleichgewichte bleiben eine Herausforderung in der Europäischen Union. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Kohäsionspolitik weiterhin die weniger entwickelten Regionen unterstützt. Daher begrüße ich die Initiative für eine EU-Strategie für den Ostseeraum und die weitergehende Initiative für die Donau-Region.

Ich fordere das Parlament dringend auf, aus eben diesen Gründen die Möglichkeit neuer Strategien für andere Regionen sorgfältig zu überdenken. In Südwest-Europa steht beispielsweise „Makaronesien“ (die Azoren, Madeira, die Kanarischen Inseln und die Kapverdischen Inseln) vor verschiedenen Herausforderungen und daher würde eine Strategie für diese Region Verbesserungen in den Bereichen Kommunikationssysteme, Umweltschutz, Wachstumsförderung, wissenschaftlicher Austausch, Arbeitsplatzbeschaffung und Arbeitsplatzsicherheit bringen und den Kampf gegen illegale Einwanderung erleichtern. Dies wäre auch eine Entwicklung für die europäische Atlantikküste und würde eine weitere Brücke zwischen Europa und Afrika schlagen.

Luís Paulo Alves (S&D). – (PT) Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass die Beförderung auf dem Luftweg für Inseln manchmal das einzige Zugangsmittel ist und dass die Betriebsbedingungen von der Menge der beförderten Passagiere und Fracht abhängen. Es gibt einige Inselregionen, in denen die Volumen groß genug sind, um zahlreiche Lufttransportunternehmen anzuziehen, die Wettbewerb und niedrige Beförderungsentgelte mit sich bringen und so den Zugang verbessern, aber in anderen Regionen, wie den Azoren, sind diese Volumen wesentlich geringer und macht sie daher unattraktiv für Spediteure. Infolgedessen sind die Flugpreise höher und behindern die Mobilität der Menschen. Außerdem ist die Attraktivität für Touristen eingeschränkt, die aber mit ihrem enormen Potenzial hinsichtlich Entwicklung und Diversifizierung der wirtschaftlichen Grundlage für eine erfolgreiche und stärkere Wirtschaft sorgen könnten. Diese Beschränkung ist in Krisenzeiten wie in der gegenwärtigen Phase besonders hart.

Das heißt, dass temporäre Hilfeleistung zur Förderung der Erhöhung von Passagier- und Frachtzahlen wichtig ist, damit der Markt zu funktionieren beginnen kann. Damit würden diese Regionen mit ihrem hohen Tourismuspotenzial in die Ziele des transeuropäischen Netzwerks einbezogen, das sich bis in die Randgebiete Europas ausbreiten will.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Trotz der Tatsache, dass viele Wirtschaftswissenschaftler und Politiker bereits das Ende der Krise in Europa angekündigt haben, kämpfen wir immer noch gegen ihre negativen Folgen. Die Monatsdaten über das Niveau der Arbeitslosigkeit in der Union steigen bedrückend an. Aktuell gibt es über 23 Millionen Menschen in Europa ohne Arbeit. Das heißt, dass die Krise alle Bemühungen zunichte gemacht hat, die wir jahrelang zur Beschäftigungsförderung angestrengt haben. Ein

außergewöhnlich schädliches Phänomen ist die kontinuierlich ansteigende Zahl arbeitsloser junger Menschen. Gegenwärtig ist jeder fünfte europäische Jugendliche arbeitslos. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Situation zu außergewöhnlich schwierigen sozialen Folgen führt wie Kriminalität, Alkoholismus, Drogenmissbrauch und Problemfamilien. Wenn wir schnell aus dieser Rezession herauskommen wollen, sollten wir meiner Meinung nach unsere größten Werte sorgfältig nutzen – den Binnenmarkt der Gemeinschaft. Auf europäischer Ebene ist eine größere Koordination erforderlich, um die Möglichkeiten des gemeinsamen Wirtschaftsraums voll auszuschöpfen. Wir brauchen eine weitere Vereinfachung der Regeln für seinen Betrieb und wir müssen uns zu einer echten Wirtschaftsunion entwickeln.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (NI). – (RO) Wegen des Ablaufs der Regeln für gute Herstellungspraxis („good manufacturing practice, GMP“) Anfang Februar wurde dem Nationalen Institut für Forschung und Entwicklung für Mikrobiologie und Immunologie Cantacuzino in Bukarest die Lizenz zur Herstellung und Vermarktung injizierbarer Produkte, darunter Impfstoffen, entzogen. Nach Umsetzung des Korrekturmaßnahmenplans, der vom Management des Cantacuzino-Instituts zusammen mit der nationalen Arzneimittelagentur erstellt und vom Gesundheitsministerium genehmigt worden war, sollte dem Cantacuzino-Institut die Genehmigung zur Herstellung von Impfstoffen voraussichtlich in der zweiten Aprilhälfte wieder erteilt werden.

Jedoch sollten wir nicht vergessen, dass die Unterbrechung des Betriebs eines Instituts von nationaler und europäischer strategischer Bedeutung wie dem Cantacuzino-Institut ein hohes Risikopotenzial in sich birgt. Daher glaube ich, dass es für die europäischen Institutionen wichtig ist, eine engere Kontrolle auszuüben, die ein Wiederauftreten einer solchen Situation auf europäischer Ebene in Zukunft verhindern wird.

Georgios Papastamkos (PPE). – (EL) Herr Präsident, mit allem nötigen Respekt Ihnen gegenüber fordere ich Sie hiermit auf, dass Sie uns morgen eine Liste all derjenigen vorlegen, die darum gebeten haben, eine Ein-Minuten-Rede halten zu dürfen, und zwar nach zwei Kriterien: erstens, dass sie nicht auf der letzten Plenartagung gesprochen haben, und zweitens, den Zeitpunkt ihres Antrags.

Bei allem nötigen Respekt vor Ihnen und dem Präsidium, ich glaube nicht, dass es das Vorrecht des Präsidiums ist, nach Gutdünken Zeit zu verteilen. Es gibt bestimmte Prinzipien und das erste Prinzip ist das Transparenzgebot.

Wir werden die Liste morgen erwarten – und ich sehe, dass andere Mitglieder dem zustimmen und es befürworten – mit den beiden Kriterien, nämlich: das Kriterium des Zeitpunkts, wann die Anträge gestellt wurden, und das Kriterium, ob diejenigen auf der letzten Plenartagung gesprochen haben oder nicht.

Der Präsident. – Die Kriterien, die wir verwenden, sind, wie Sie wissen, die gleiche Verteilung von Redezeit zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen entsprechend ihrer Fraktionsgröße, und dass diejenigen vorgezogen werden, die sich während der letzten Sitzung nicht zu Wort gemeldet haben. Das sind unsere Kriterien.

Michail Tremopoulos (Verts/ALE). – (EL) Herr Präsident, aus der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz hat heute noch niemand gesprochen, während fünf oder sogar sieben Mitglieder anderer Fraktionen zu Wort gekommen sind. Ich bitte Sie.

Der Präsident. – Das habe ich Ihnen gerade erklärt, Herr Tremopoulos. Wir hatten drei Wortmeldungen aus Ihrer Fraktion. Alle Ihre Mitglieder hatten in der letzten Sitzung gesprochen. Daher haben wir dieses Kriterium angewendet, um die Redezeiten gleichmäßig zu verteilen.

María Muñiz De Urquiza (S&D). – (ES) Wurden diese Kriterien von Ihnen oder von der Betreuung der Sitzung ausgewählt? Sind sie irgendwo niedergeschrieben?

Der Präsident. – Die Liste der Mitglieder, die sich zu Wort gemeldet haben, zeigt an, welche Mitglieder nach Artikel 150 in der letzten Sitzung gesprochen haben.

Auf der Grundlage dieser Informationen erteilt die Präsidentschaft das Wort allen politischen Fraktionen. Nebenbei bemerkt, haben die drei Mitglieder aus der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, die eine Wortmeldung angefragt hatten, bereits in der letzten Sitzung gesprochen. Daher haben sie keinen Vorrang. Mehr ist nicht geschehen. Wir versuchen zu gewährleisten, dass jeder sich entsprechend der Größe seiner jeweiligen Fraktion äußern kann und entsprechend dem Kriterium, wer in der letzten Sitzung gesprochen hat oder nicht. Das habe ich Ihnen gerade erläutert.

María Muñiz De Urquiza (S&D). – (ES) Das scheint ein sehr vernünftiges Kriterium zu sein, aber ist es in irgendeiner Regel oder in der Geschäftsordnung des Plenums oder des Parlaments schriftlich niedergelegt?

Der Präsident. – Die Präsidentschaft setzt ihre Befugnisse ein und interpretiert den richtigen Weg, eine Sitzung fair und für alle Fraktionen ausgeglichen zu leiten.

Chrysoula Paliadeli (S&D). – Herr Präsident, ich würde gerne wissen, ob ich auf der Liste derjenigen stehe, die sich heute zu Wort gemeldet haben, und ob ich auch auf der Liste stehe, die auf der letzten Plenartagung gesprochen haben. Kann ich auf diese Frage sofort eine Antwort bekommen?

Der Präsident. – Das kann ich Ihnen sofort sagen. Frau Paliadeli, Sie stehen auf der Liste der Sprecherinnen der Fraktion der Sozialisten und Demokraten. Die Reihenfolge entspricht der Reihenfolge, in der Sie um das Wort gebeten haben: Sie stehen in dieser Reihe an der Stelle, an der Sie um das Wort gebeten haben. Wir haben sechs Mitgliedern Ihrer Fraktion das Wort erteilt.

Chrysoula Paliadeli (S&D). – Herr Präsident, auf welcher Grundlage?

Der Präsident. – Chronologische Reihenfolge, zeitliche Reihenfolge. Auf dieser Liste stehen Sie auf Platz neun.

Ich werde jetzt mit der Sitzung fortfahren.

(Zwischenrufe aus dem Plenum)

Ich habe Ihnen die Kriterien erläutert. Was möchten Sie sonst noch wissen?

Corina Crețu (S&D). – Herr Präsident, unser einziges Problem ist, dass es schön wäre, wenn wir im Voraus wüssten, wer das Wort ergreift. Es ist 22 Uhr und wir sitzen hier umsonst, wenn wir keine Redezeit bekommen. Ich denke, wir sollten eine Regel aufstellen, dass wir mindestens zwei Stunden im Voraus wissen, wer das Wort bei den Ein-Minuten-Reden ergreift.

Der Präsident. – Wir werden Ihre Anmerkungen berücksichtigen.

John Bufton (EFD). – Herr Präsident, es liegt zwar nicht an Ihnen, aber hier herrscht ein absolutes Durcheinander. Wir warten hier heute Abend seit Stunden darauf, sprechen zu dürfen. Nun ist es 22 Uhr. Die Ein-Minuten-Reden werden gehalten, wir bekommen die zugewiesene Zeit, aber es ist erbärmlich. Wenn wir hier unsere Zeit mit wichtigen Problemen für unsere eigenen Regionen verbringen, dann sollten wir auch sicherlich die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen.

Es muss einen Aufbau in Ihrer Organisation geben, in diesem Unsinn eines Parlaments, damit wir tatsächlich sagen können, dass wir hier sein werden und dass man uns Zeit zum Sprechen geben kann. Zu denken, dass wir unsere Zeit hier mit Sitzen und Warten verbringen in der Hoffnung, Redezeit zu bekommen, ist Humbug. Die Menschen in unserem Land, dem Vereinigten Königreich, haben genug von diesem Blödsinn, weil wir ihre Rechte und Probleme nicht zur Sprache bringen können.

Das ist absoluter Hohn. Ich fordere Sie auf, das an Herrn Barroso weiterzuleiten. Ich habe ihm bereits gesagt, dass das Ganze eine Farce ist. Wenn ich jeden Abend, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag um 22 Uhr hier bin, dann sollten wir doch wenigstens eine Chance haben, über wichtige Themen in unseren Mitgliedstaaten zu sprechen. Ich fordere Sie auf, gehen Sie damit zu Ihren Präsidenten, denn das ist keine Demokratie, das ist Diktatur.

Der Präsident. – Vielen Dank. Ich sollte Sie daran erinnern, dass Herr Barroso der Präsident der Kommission ist, nicht des Europäischen Parlaments

Sonia Alfano (ALDE). – *(IT)* Herr Präsident, wenn wir, statt dieser Zankerei, die Gelegenheit erhalten hätten, das Wort zu ergreifen, hätten wir vielleicht auch unserer Wählerschaft einen guten Dienst erwiesen. Es ist nun 22 Uhr und wir alle wissen, wir hätten reden sollen. Jeder von uns ist hier, um die Stimme für die Bedürfnisse unserer Wählerschaft zu erheben. Eine Minute Redezeit ist bereits sehr wenig und eine Abkürzung der Liste ist meiner Ansicht nach auch ziemlich überheblich.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, die Situation ist sehr eindeutig. Wir haben eine halbe Stunde für diese Reden, also muss ich diese halbe Stunde einhalten. Diejenigen von Ihnen, die um das Wort gebeten haben, würden wesentlich länger als die halbe Stunde brauchen. Also muss die Präsidentschaft ein vernünftiges und faires Kriterium anlegen und das ist Teil ihrer Befugnisse.

Ich verstehe, dass Sie frustriert sind. Was wir tun werden, ist, zusammen mit dem Leiter der Plenarbetreuung zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, dass wir eine ungefähre Vorstellung, die niemals genau sein kann,

aber zumindest eine ungefähre Vorstellung bekommen, wer von Ihnen sprechen wird, so dass wir die Anzahl der Wartenden reduzieren können. Wir tun das bereitwillig und so gut wir können.

Und nun möchte ich mit Ihrer Erlaubnis die Sitzung fortsetzen, weil wir sonst noch die ganze Nacht hier sitzen und immer dasselbe Thema diskutieren.

Damit ist dieser Punkt abgeschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Tunne Kelam (PPE), schriftlich. – Dies ist eine Periode kritischer Entscheidungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen der EU und Belarus. Das Programm der Östlichen Partnerschaft hat dem Regime in Belarus zahlreiche Gelegenheiten geboten, seine strenge Kontrolle über die Gesellschaft zu lockern und den Weg für demokratische Reformen freizumachen. Jedoch muss dieser Prozess auf Gegenseitigkeit beruhen. Die Wirtschaftshilfe der EU und die Erweiterung des Kooperationsprojekts können nur dann zu einem soliden Fortschritt führen, wenn jedem Schritt guten Willens der EU eine echte Maßnahme in Richtung auf die Wiederherstellung einer offenen demokratischen Gesellschaft in Belarus folgt. Die Beurteilung der Situation durch den Gewinner des Sacharow-Preises, Milinkewitsch, ist pessimistisch. Wie er uns sagte, hat sich die Menschenrechtssituation nicht verbessert. Im Gegenteil, sie hat sich verschlechtert. Gleichzeitig hat die EU einen wirkungsvollen Hebel, den sie beim zukünftigen Verhalten des Regimes ansetzen kann, wobei nicht vergessen werden darf, dass das Lukaschenko-Regime mehr denn je von westlicher Technologie, westlichem Geld und westlichen Märkten abhängt. Aber als erstes müssen wir verstehen, dass der weißrussische Diktator austestet, wie ernst seine EU-Partner es wirklich mit der Bedeutung demokratischer Reformen meinen. Daher ist es äußerst wichtig, eine deutliche Nachricht zu senden, dass die Priorität der EU tatsächliche Änderungen der Menschenrechtssituation sind.

21. Naturkatastrophe größeren Ausmaßes in der Autonomen Region Madeira (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission zu der schweren Naturkatastrophe in der Autonomen Region Madeira.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Kommission ist betroffen und traurig über die schrecklichen Ereignisse auf Madeira, besonders über die hohe Zahl an Opfern. Ich möchte allen von der Katastrophe betroffenen Einwohnern Madeiras mein persönliches Mitgefühl ausdrücken. Das Beileid der Kommission gilt namentlich den Familien der Opfer.

Bereits gestern konnte mein Kollege Johannes Hahn als das verantwortliche Kommissionsmitglied mit dem Präsidenten der Autonomen Region Madeira, Herrn Jardim, sprechen. Demnach ist die Lage weiterhin ernst. Sie ist aber unter Kontrolle der regionalen und nationalen Einsatzkräfte. Eine Unterstützung durch den Europäischen Mechanismus zum Katastrophenschutz wird gegenwärtig nicht benötigt.

Allerdings sind die Schäden so hoch, dass Madeira hofft, eine Finanzunterstützung durch den EU-Solidaritätsfonds zu erhalten. Die Kommission prüft derzeit alle Möglichkeiten, welche EU-Finanzhilfen für Madeira möglich sind. Bereits nach der schrecklichen Feuerkatastrophe im Jahr 2003 konnten Solidarhilfen von über 48 Millionen Euro für Portugal bewilligt werden. Der Solidaritätsfonds ist im Jahr 2002 geschaffen worden, um auf EU-Ebene Mitgliedstaaten finanziell beistehen zu können, die von schweren Naturkatastrophen betroffen sind.

Die Mobilisierung des Solidaritätsfonds ist allerdings an die Erfüllung bestimmter Kriterien gebunden. Die wichtigste Voraussetzung ist, dass die portugiesische Nationalregierung einen Antrag auf Hilfe stellt. Ich will daran erinnern, dass die Verordnung über den Solidaritätsfonds die Mobilisierung des Fonds normalerweise nur für Katastrophen größeren Ausmaßes zulässt, bei denen die Summe der Schäden den Schwellenwert von 0,6 % des Bruttonationaleinkommens des betroffenen Staates überschreitet. Für Portugal heißt dies gegenwärtig, dass die Schäden sich auf mehr als 958 Millionen Euro belaufen müssen. Allerdings kann unter außergewöhnlichen Umständen, und wenn besondere Kriterien erfüllt werden, eine Hilfe auch für kleinere, so genannte regionale Katastrophen gewährt werden, namentlich wenn Regionen in äußerster Randlage wie Madeira betroffen sind. Da die Kommission bisher nur ungenügend Kenntnis vom Umfang der Schäden hat, ist es gegenwärtig noch zu früh, um sagen zu können, ob diese Bedingungen erfüllt sind.

Die Behörden in Portugal sollten nun eine schnelle und gründliche Bewertung der Schäden vornehmen und der Kommission innerhalb von zehn Wochen einen Antrag vorlegen. Bereits diesen Freitag wird mein Kollege Hahn den Innenminister Portugals, Herrn Pereira, treffen, um das weitere Vorgehen zu erörtern. Am 6. und 7. März wird Herr Hahn Madeira besuchen, um sich unmittelbar vor Ort einen Eindruck zu verschaffen. Die Dienststellen der GD Regionalpolitik stehen bereit, um den Behörden Portugals bei der Vorbereitung des Antrags jede denkbare Unterstützung zu gewähren.

Ich will daran erinnern, dass Finanzhilfen unseres Solidaritätsfonds nicht sofort ausgezahlt werden. Der Fonds ist ein Instrument, um den Mitgliedstaaten bei der finanziellen Bewältigung von Katastrophen zu helfen, allerdings kein Eilinstrument. Die Mittel für den Solidaritätsfonds werden durch einen zusätzlichen Beitrag der Mitgliedstaaten über den normalen Haushalt hinaus aufgebracht. Deswegen müssen sie vom Europäischen Parlament, also von Ihnen, und im Rat durch einen Nachtrag bewilligt werden. Das Verfahren benötigt mehrere Monate von der Antragstellung bis zur Auszahlung. Jedoch unternehmen wir, die Kommission, jede Anstrengung, das Verfahren so kurz wie möglich zu halten.

Die Strukturfonds stehen für unmittelbare Nothilfemaßnahmen nicht zur Verfügung. Sie können unter Umständen einen Beitrag leisten, um bei einem längerfristigen Wiederaufbau zu helfen. Die Kommission wird die Optionen und mögliche sinnvolle und nötige Programmänderungen mit den Verwaltungsbehörden in Portugal kurzfristig beraten.

Ich will Ihnen versichern, dass die Kommission alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um den Menschen und Behörden auf Madeira bei der Bewältigung dieser schlimmen Naturkatastrophe zu helfen!

Nuno Teixeira, im Namen der PPE-Fraktion. – (PT) Ich ergreife das Wort in dieser Kammer mit der kummerbeladenen Stimme eines Menschen, der die Tragödie, die Madeira am letzten Samstag getroffen hat, persönlich erlebt hat und bezeugen kann. Offenkundig teile ich den Schmerz und Kummer der Familien der 42 Opfer, von denen wir nun wissen, dass sie tot sind, und sende den Familien mein Beileid und Respekt vor ihrem Verlust.

Das wahre Ausmaß dieser Katastrophe ist noch nicht ganz bekannt, da die Such- und Rettungsteams, die seit Samstag ohne Unterbrechung übermenschliche Leistungen vollbringen, vor denen ich meinen Hut ziehe, erst jetzt in die abgelegendsten Gebiete vordringen. Es steht zu befürchten, dass die Anzahl der Opfer noch steigt.

Es ist ein Bild breiter Zerstörung mit erheblichen Sachschäden an Zugangsstraßen, wo Wege und Brücken vollkommen zerstört sind, und an wesentlichen Diensten wie Wasser- und Stromversorgung. Es gibt über 600 obdachlose Menschen, die ihre Häuser und ihr persönliches Hab und Gut verloren haben. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Katastrophe hindern die Menschen daran, zu ihrem normalen Leben zurückzufinden. Trotzdem müssen wir jetzt vorwärts schauen. Wir müssen den betroffenen Menschen auch eine Botschaft der Solidarität, der Hoffnung und der Zuversicht senden. Wir müssen helfen und insbesondere die Europäische Union und das Parlament müssen hier eine Rolle spielen, da sie für den Prozess der Mobilisierung des Solidaritätsfonds wesentlich sind. Wann immer uns jemand um Eingreifen bittet, müssen wir sofort tätig werden, weil wir den betroffenen Menschen nicht sagen können, dass sie warten sollen, vor allem nicht, wenn sie uns am meisten benötigen.

Ich appelliere hiermit an die Kommission und ihren Präsidenten, Herrn Barroso, und insbesondere an den Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn. Ich begrüße seinen Plan, Madeira in Kürze zu besuchen, und bitte ihn, diese Botschaft der Hoffnung, der Unterstützung und der Hilfe beim Aufbau mitzunehmen, weil jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, das wiederaufzubauen, was die Natur uns leider wieder einmal genommen hat. Ich vertraue voll und ganz darauf, dass wir tätig werden, weil, wie es in der Nationalhymne von Madeira heißt: „Die Menschen von Madeira sind bescheiden, besonnen und mutig. Sie sind das Volk, das die Erde zwischen den harten Felsen gepflügt hat; sie sind die Helden der Arbeit in der Wildnis der Berge. Für Madeira werden sie ihre Geschichte ehren und durch ihre Arbeit werden sie Glück und Ehre erkämpfen und erzielen.“

Edite Estrela, im Namen der S&D-Fraktion. – (PT) Im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament möchte ich den Familien der Opfer mein Beileid aussprechen und unsere Solidarität mit den von dieser Tragödie betroffenen Menschen zeigen, die die portugiesische Autonome Region Madeira am 20. dieses Monats getroffen hat. Sintflutartiger Regen, starke Winde und schwere See haben die Touristenstadt Funchal bis zur Unkenntlichkeit verwüstet und im Anschluss Zerstörung und Tod hinterlassen. Auch die öffentliche und private Infrastruktur ist schwer beschädigt worden, wie auch die Umwelt und das Kulturerbe. Erste Schätzungen, Herr Kommissar, gehen von Schäden

von über 1 Mrd. EUR aus und liegen damit innerhalb der Kriterien für den Solidaritätsfonds. Leider sind auch noch Dutzende von Toten zu beklagen, eine beträchtliche Anzahl von Verletzten und Vermissten; Hunderte sind obdachlos. Die Bilder der Zerstörung und des Leids sind um die ganze Welt gegangen und haben niemanden gleichgültig gelassen. Solidaritätsbekundungen sind von überall auf der Welt gekommen.

Die Europäische Union und die Europäische Kommission müssen nun auch ihre aktive Solidarität mit dieser abgelegenen Inselregion beweisen und dringend Gelder aus dem Solidaritätsfonds freigeben, damit die hohen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen eingeschränkt werden, und um den betroffenen Gebieten zu helfen, zur Normalität zurückzukehren.

Ich schließe, Herr Kommissar, mit folgenden Fragen: Hat das Parlament bereits die Änderungen für den Solidaritätsfonds genehmigt? Warum sind diese Änderungen noch nicht in Kraft? Warum werden sie nicht angewendet?

Marisa Matias, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (PT) Wir haben diese Plenartagung heute mit einer Schweigeminute begonnen. Mit dieser Schweigeminute wollten wir zweierlei zeigen: Erstens: Solidarität mit den Opfern der Katastrophe, die Madeira und ihre Familien getroffen hat, und zweitens, Anerkennung für all die Arbeiter, die unermüdlich diesen Opfern geholfen haben.

Jedoch muss uns eine Schweigeminute dazu bringen und bringt uns auch dazu, über Dinge nachzudenken, die über unsere direkte Betroffenheit hinausgehen. Was wir in Madeira gesehen haben, ist ein Phänomen, das immer häufiger auftritt. Der Klimawandel sorgt dafür, dass diese extremen Ereignisse immer wieder auftreten, und wir müssen Wege finden, wie wir darauf reagieren. Wir können Naturkatastrophen natürlich nicht vermeiden, aber gleichzeitig dürfen wir es auch nicht zulassen, dass sie solche tragischen Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben. Darum müssen wir für Planungs- und Entwicklungsstrategien zum Wohle der Öffentlichkeit kämpfen. Jedoch möchte ich, Herr Präsident, mit einem Punkt schließen, der wesentlich wichtiger ist und der uns alle hier zusammengebracht hat: Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die europäischen Institutionen müssen die Möglichkeit haben, schnell auf Notfallsituationen reagieren zu können. Finanzielle Ressourcen und der erforderliche reibungslose Betrieb sind diesbezüglich notwendig.

Nuno Melo (PPE). – (PT) Die Tragödie in Madeira hat viele Leben gekostet, Eigentum zerstört und das Gesicht einer portugiesischen Insel verwüstet, die stolz auf ihre Schönheit, die so viele Besucher aus aller Welt bewundern konnten, war. Ich gehe davon aus, dass niemand, nicht einmal in Portugal – tatsächlich in Portugal viel weniger Menschen – auf den Horror der Bilder vorbereitet war, die das Fernsehen durch fortlaufende Nachrichtenberichte in unsere Heime brachte, von Menschen, die von Wassermassen hinweggeschwemmt werden, zusammenbrechenden Häusern, einstürzenden Brücken und einer ganzen Landschaft, die durch die Kraft der Natur verändert wurde.

Wie wir den Äußerungen entnehmen können, die hier gemacht wurden, ist dies trotz allem nicht nur eine einfache Tragödie, die sich in einer Region Portugals ereignet hat. Es ist eine Tragödie, die einen Teil der Europäischen Union hart getroffen hat, und die Europäische Union sollte aus Solidarität vorbehaltlos Hilfe leisten. Sie sollte den Familien der Opfer, die gestorben sind, und den Menschen, die plötzlich alles verloren haben, vorbehaltlos helfen, und sie sollte beim Wiederaufbau der bebauten Umgebung beistehen und der Insel Madeira das wiedergeben, was die Natur ihr genommen hat. Eines, Herr Präsident, ist gewiss: Die Botschaft der Nationalhymne Madeiras wurde hier bereits erwähnt, aber ich habe auch eine Lektion aus der Nationalhymne von Portugal gelernt, worin es heißt „Helden der See, edle Menschen, unerschrockene Nation“. Es sind wirklich tapfere Menschen, die, wie sie schon bei anderen Gelegenheiten in ihrer Geschichte bewiesen haben, immer gewusst haben, wie sie die Dinge in schwierigen Zeiten zum Guten wenden mussten und wie sie solche Unglücksfälle überwinden.

Trotzdem wird es wieder geschehen und bei dieser Gelegenheit zweifelsohne mit der Solidarität und Hilfe der gesamten Europäischen Union.

Constanze Angela Krehl (S&D). - Herr Präsident! Es ist – weiß Gott – kein schöner Anlass für diese Debatte. Madeira ist von einer unglaublichen Naturkatastrophe getroffen worden, und unsere Anteilnahme gilt den betroffenen Familien. In dieser Situation muss die Europäische Union Unterstützung geben. Die Solidarität der gesamten Europäischen Union ist hier gefragt, und ich kann nur wiederholen: Ich möchte die Kommission auffordern, den Solidaritätsfonds, so schnell es irgend geht, zu aktivieren, um Hilfe leisten zu können. Dem Rat hätte ich gerne die Botschaft überbracht: Tragen Sie bitte im Rat dafür Sorge, dass die Reform des Solidaritätsfonds, die das Parlament schon vor zwei Jahren verabschiedet hat, endlich realisiert wird, weil damit eine schnellere Hilfe für betroffene Regionen möglich wird!

Wir müssen auch nach vorne schauen. Madeira hat in den letzten Jahren viele Strukturfondsmittel bekommen und wird in den nächsten Jahren auch weiterhin Strukturfondsmittel bekommen. Diese Mittel müssen auch eingesetzt werden, um präventiv wirken zu können, um solche schlimmen Folgen von Naturkatastrophen und damit auch Leid mildern zu können. Das müssen wir als Europäische Union in den Regionen und daher in Madeira umsetzen.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Die Katastrophe auf der Insel Madeira erfordert Notfallmaßnahmen und verlangt eine außerordentliche finanzielle Hilfe für diese Autonome Region. Eine solche Hilfe sollte für den Wiederaufbau der Infrastruktur und der öffentlichen Einrichtungen, die zerstört oder beschädigt wurden, geleistet werden und sie sollte den betroffenen Menschen unter verschiedenen Aspekten der Tragödie, ob wirtschaftlich, sozial oder familiär, bereitgestellt werden.

Tragödien sind nicht fair; fast immer verlieren diejenigen am meisten, die am wenigsten besitzen. Daher ist es wichtig, so weit wie möglich all diejenigen zu erfassen und zu entschädigen, die Angehörige, ihre Häuser und ihre Existenzgrundlage verloren haben. Was in Madeira geschehen ist, hat uns auf dramatische Weise die Bedeutung einer stärkeren Zusammenarbeit und Solidarität in der Europäischen Union und im Bereich des Katastrophenschutzes gezeigt. Es ist an diesem Punkt wichtig, einen geeigneten finanziellen Präventionsrahmen zu finden, der unter anderem Mechanismen wie Kohäsionspolitik, ländliche Entwicklungspolitik und Regionalpolitik stärkt und nutzt, damit den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Umwelt und Wirtschaft geholfen werden kann.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Herr Präsident, ich möchte der Trauer Ausdruck geben, die alle Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung angesichts der furchtbaren Todesfälle in Madeira gefühlt haben, sowie unsere Absicht bekräftigen, dass wir alles tun werden, um Madeira in diesen Stunden der Not zu helfen. Natürlich tun die nationalen und regionalen Behörden bereits ihr Bestes, um die Schwierigkeiten der Menschen und insbesondere derjenigen, die obdachlos geworden sind, zu beheben, und wir erwarten dringend ihre Anforderung europäischer Hilfe durch den Europäischen Solidaritätsfonds. Ich bin sicher, sie wird mit äußerster Zweckmäßigkeit von allen Beteiligten behandelt werden.

Wir bitten die Europäische Kommission, alle Ressourcen zu mobilisieren und zusammen mit den portugiesischen Behörden zu prüfen, wie die laufenden europäischen Programme angepasst werden können, um der Region beizustehen. Lassen Sie mich unterstreichen, dass der vorhandene Solidaritätsfonds weiterhin seine bekannten Grenzen hat. Im April 2005 nahm die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung an, der dann vom Parlament bei der ersten Lesung im Mai 2006 angenommen wurde. Trotz der unleugbaren Nützlichkeit eines flexibleren Solidaritätsfonds, trotz der Notwendigkeit der Ausdehnung seines Geltungsbereichs, um unvorhergesehene zivilisationsbedingte Katastrophen und kriminelle Handlungen sowie Naturkatastrophen abzudecken, war der Rat seit Mai 2006 nicht in der Lage, eine gemeinsame Position zur Überarbeitung des Fonds zu finden.

Im Lichte der schrecklichen Ereignisse in Madeira sehen wir nun klarer als je zuvor, dass wir einen Solidaritätsfonds brauchen, der sich in wirksamer Weise den Herausforderungen stellen kann und der es der Union ermöglicht, prompt und effizient Hilfe zu leisten, wenn ein Mitgliedstaat eine Katastrophe erleidet. Daher fordere ich den spanischen Ratsvorsitz auf, den Prozess zur Ergänzung des Solidaritätsfonds wieder aufzunehmen und so dafür zu sorgen, dass der Geist der wahren europäischen Solidarität das Herz des europäischen Projekts bleibt.

Paul Rübzig (PPE). - Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Unglück ist natürlich auch eine Folge der internationalen globalen Erwärmung. Wir müssen uns bemühen, dass wir diese Entwicklungen, die hier immer mehr auf uns zukommen, in den Griff bekommen. Deshalb stellt sich die Frage, ob es nicht Hilfe aus dem Globalisierungsfonds geben sollte, vor allem für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Madeira, weil hier natürlich viele Arbeitsplätze zerstört wurden, und ob wir daher nicht die kleinen und mittleren Betriebe beim Wiederaufbau unterstützen könnten. Gerade den Handwerkern und dem Dienstleistungsbereich könnten wir eine wesentliche Hilfestellung geben.

Deshalb bitte ich die Kommission zu prüfen, ob nicht aus dem Globalisierungsfonds sofort Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Antigoni Papadopoulou (S&D). – (EL) Herr Präsident, auch ich gebe angesichts der biblischen Katastrophe, die über Madeira hereingebrochen ist, meinem tiefsten Bedauern Ausdruck sowie meiner ungeteilten Unterstützung für die portugiesische Regierung. Ich hoffe, dass der tragische Ausgang im Hinblick auf den Verlust menschlichen Lebens und vermisster Personen nicht noch schlimmer wird.

Der Planet sendet uns eine SOS-Nachricht. Klimaveränderungen in Verbindung mit hektischer Bodennutzung und industrieller Entwicklung beweisen, wie verletzlich die Umwelt ist. Die katastrophalen Überschwemmungen der Vergangenheit in Deutschland und in Ländern Ost- und Mitteleuropas sowie die Brände in Griechenland haben ihre Wunden hinterlassen. Katastrophen kennen definitiv keine nationalen Grenzen.

Daher fordere ich die Europäische Kommission auf, positiv auf die Forderungen des Europäischen Parlaments nach energischerer Aktion der Gemeinschaft hinsichtlich der Prävention von Natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und ihrer Auswirkungen zu reagieren.

Ich fordere auch eine sofortige Unterstützung der Opfer in Madeira. Es ist sehr wichtig, dass wir über eine effiziente Gemeinschaftspolitik und besondere Notfallfonds sowie ein Bündel an Maßnahmen für die sofortige Behebung von Schäden verfügen, und zwar ohne viel Bürokratie.

Mein Beileid gilt den Angehörigen der Opfer.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Die von der Tragödie in Madeira betroffenen Familien verdienen unser tiefes Mitgefühl und all unsere Solidarität; wir zollen den Toten und Verletzten und den Hunderten von obdachlosen Einzelpersonen Respekt. Der Botschaft der Solidarität und der Hoffnung für die Menschen in der Autonomen Region Madeira nach dieser schrecklichen Katastrophe müssen schnell Maßnahmen folgen und es sind vereinfachte und außergewöhnliche Verfahren nötig, um denen, die überlebt haben und deren Hab und Gut zerstört wurde, zu helfen.

Der Solidaritätsfonds muss mobilisiert werden, aber es müssen auch alle anderen möglichen Fonds über Notfallmaßnahmen, die schnell die von dieser Katastrophe betroffenen Familien erreichen müssen, in Anspruch genommen werden, damit die Autonome Region Madeira das gesamte betroffene Gebiet schnell wieder aufbauen kann. Zum jetzigen Zeitpunkt müssen erste Überlegungen einer raschen Umsetzung gelten.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, die tragischen Überschwemmungen, die die Autonome Region Madeira getroffen haben, erinnern uns daran, dass sich Naturkatastrophen durch Klimawandel, fehlende Planung und Infrastrukturen sowie Mangel an Informationen und Bereitschaft in eine menschliche Tragödie verwandeln können, wie es hier geschehen ist.

Ich möchte das Haus auch daran erinnern, dass vor einigen Jahren riesige Flutwellen über andere Regionen Europas, wie Bulgarien und die Region Evros in Griechenland, hereingebrochen sind und zum Verlust von Eigentum geführt haben.

Ich möchte das Haus auch daran erinnern, dass laut der Richtlinie 2007/60/EG die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, bis 2011 eine vorläufige Hochwasserrisikobewertung für jedes Flussgebiet und die jeweiligen Küstengebiete auf ihren Territorien vorzunehmen.

Wir haben die Pflicht, die nationalen Regierungen unter Druck zu setzen, um sicherzustellen, dass die fragliche Richtlinie von den Mitgliedstaaten umgesetzt wird. Aber auch die Europäische Union hat eine Pflicht – und ich glaube nicht, dass hier jemand widerspricht –, nämlich noch viel intensivere Maßnahmen im Bereich der Prävention von Naturkatastrophen und letzten Endes im Bereich des Schutzes von menschlichem Leben zu entwickeln.

Andres Perello Rodriguez (S&D). – (ES) Herr Präsident, manchmal sind es Brände, manchmal sind es Trockenperioden und manchmal sind es verheerende Überschwemmungen wie jetzt, aber der Süden der Union ist der wohl offensichtlichste und auch der unglücklichste Beweis für die schrecklichen Folgen des Klimawandels. Wenn wir ein europäisches Observatorium hätten, könnten wir an diesem Fall eindeutig zeigen, warum der Kampf gegen Klimawandel so wichtig ist.

Es ist aber genauso wichtig, dass wir jetzt dringend Madeira in dieser Tragödie unterstützen, und die Kommission wird dringend aufgefordert, unverzüglich und mit größter Dringlichkeit zu handeln.

Das sind die Gelegenheiten, wo die Union zeigen kann, dass sie effizient ist, dass sie unterstützt und dass sie ihren Bürgerinnen und Bürgern eng zur Seite steht, insbesondere denjenigen, die diese Hilfe am meisten benötigen.

Zusammen mit den spanischen Mitgliedern der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament werde ich diese Entschließung unterstützen, um unseren geschätzten Nachbarn in Portugal und Madeira beizustehen. Wir fordern die Kommission dringend auf, sich der

portugiesischen Regierung unverzüglich, vorbehaltlos und ohne Einsparungen bei den Ressourcen zur Seite zu stellen, um die katastrophalen Folgen dieser Tragödie so weit wie möglich zu lindern.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, als ich noch ein Kind war, war Madeira-Kuchen mein Lieblingskuchen, und als ich älter war und entdeckte, dass es eine liebliche Insel namens Madeira gab, habe ich sofort eine Neigung für diese Insel entwickelt. Als ich also von den Verwüstungen letzten Samstag erfuhr, flog mein Herz zu den Menschen dort, insbesondere zu meinem Freund Nuno Teixeira und den anderen portugiesischen Kolleginnen und Kollegen, weil meine eigene Region, weil wir selbst gerade noch vor Weihnachten unter Überschwemmungen leiden mussten.

Ich war sehr froh, sowohl den Worten als auch dem Tonfall des Kommissars zu entnehmen, dass er den Menschen von Madeira in dieser für sie so schrecklichen Zeit, an die wir uns wahrscheinlich von nun an als Schwarzen Samstag erinnern werden, die Hand der Freundschaft ausgestreckt hat.

Aber in einem größeren Zusammenhang gesehen, denke ich, müssen wir uns die Kriterien ansehen, die für den Solidaritätsfonds ausschlaggebend sind. Auf der Grundlage von 6,6 % des BIP sind 985 Mio. EUR zu hoch, weil viele dieser Tragödien sehr lokal sind, obwohl sie auch sehr verheerend sein können.

Das müssen wir uns genauer ansehen. Kurz gesagt jedoch, werden wir für Madeira tun, was wir können, und ich begrüße die diesbezügliche Aussage des Kommissars.

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) Im Namen der Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ möchte ich meine Solidarität mit den Einwohnern von Madeira bekunden und dem festen Glauben Ausdruck verleihen, dass die europäische Hilfe für die Betroffenen in diesem Fall schneller ankommt als die Hilfe für Haiti. Ich möchte glauben, dass sowohl die Europäische Kommission als auch die portugiesische Regierung effizienter auf die Naturkatastrophe in Madeira reagieren werden als bei früheren Gelegenheiten.

Ich möchte auch meine Kolleginnen und Kollegen unterstützen, die Verbesserungen im Mechanismus für die Bereitstellung von EU-Hilfen im Falle von Naturkatastrophen gefordert haben, damit die Hilfe effizient und schnell geleistet werden kann.

Luís Paulo Alves (S&D). – (PT) Auch ich möchte eine Botschaft zur Unterstützung der Familien und Freunde der Opfer des tragischen Ereignisses von Samstag auf der Insel Madeira senden.

Als Azorer, Portugiese und Europäer muss ich an das Parlament und die Union appellieren, dass sie einen Beweis aktiver Solidarität mit der Autonomen Region Madeira und ihren Menschen erbringt.

In diesen Regionen muss die Existenz der EU spürbar werden, und zwar genau in solchen Zeiten, wenn Solidarität notwendiger ist als je zuvor. Dann ist es umso wichtiger, sich präsent zu zeigen.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Lassen Sie mich vorab meine tiefe Anteilnahme den Opfern und den betroffenen Familien gegenüber zum Ausdruck bringen. Wir haben in Österreich einen klaren Spruch: Wer rasch hilft, hilft doppelt. Das sollte nicht das Thema sein. Es wird notwendig sein, rasch die Töpfe zu finden, aus denen wir die Mittel bereitstellen, und den Betroffenen umgehend Hilfe zukommen zu lassen. Es wird auch notwendig sein, Analysen durchzuführen.

Als Bewohner einer Bergregion kann ich sehr wohl nachvollziehen, was hier passiert ist. Hier wurden auch Fehler gemacht, wie in unserem Land. Wir haben begradigt, wir haben Wasserbau betrieben, ohne die Natur einzubeziehen, und aus kleinen Bächen und Kanälen wurden reißende Ströme. Ich habe diese Vorfälle, die auch bei uns in Österreich vor zwei, drei Jahren an der Tagesordnung waren, mit Erschütterung gesehen, das heißt mit tiefem Mitgefühl und Verständnis. Sofort nach dem Aufräumen, nach der Schadensbegrenzung, müssen wir zusammenarbeiten, um diese Fehler zu beheben. Dabei bieten wir unsere Hilfe an. Wir haben internationale Hilfe bei unserem großen Lawinenunglück in Galtür bekommen. Internationale Hilfe war angesagt, so dass wir ein ganzes Dorf evakuieren konnten und die Menschen gerettet und ausgeflogen werden konnten. Hier ist es an der Zeit, ein gutes Zeichen zu setzen, internationale europäische Solidarität zu zeigen, und auch ich bin bereit, hier einen Beitrag zu leisten.

Elisa Ferreira (S&D). – (PT) Auch ich möchte meine Solidarität mit dem Schmerz der Menschen von Madeira ausdrücken und die europäischen Institutionen, insbesondere die Kommission, anflehen, alle verfügbaren Ressourcen freizugeben und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Hilfe zu leisten. Ich möchte auch hervorheben, dass, wenn Unglücke dieser Art geschehen, es wesentlich schwieriger ist, sich mit den Folgen zu befassen, wenn sie in armen Ländern und armen Regionen passieren. Im Falle von Madeira jedoch müssen wir die Tatsache berücksichtigen, dass die wirtschaftliche Grundlage Madeiras wegen ihrer Abhängigkeit

vom Tourismus in Mitleidenschaft gezogen wurde, so dass es doppelt getroffen wurde. Ihre natürliche Schönheit, die Zugangsstraßen und die Lebensqualität wurden vollständig zerstört. Daher ist die Situation wirklich anders, wenn wir derart heftige Probleme in armen Ländern und armen Regionen haben, insbesondere in Gebirgs- und Touristenregionen wie im Fall von Madeira.

Daher ist es absolut notwendig, dass wir nicht mehr lange auf alle Korrekturen am Solidaritätsfonds warten, die gefordert und vorgeschlagen wurden und die jetzt hier wieder auf den Tisch gekommen sind. Sie müssen sofort in Kraft gesetzt werden, weil diese Ereignisse angesichts des Klimawandels leider immer wieder auftreten werden, insbesondere in den ärmsten Regionen Europas, weil sie es sind, die sintflutartige Regenfälle und extreme Trockenperioden im Sommer erfahren müssen.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, hier im Parlament mit Ihnen über die Flutkatastrophe in Madeira zu sprechen.

Sie haben einen eindrucksvollen Appell an die Kommission gerichtet, Madeira in der jetzigen Lage beizustehen und ein Zeichen europäischer Solidarität zu setzen. Dazu ist die Kommission bereit. Wie dies genau geschehen kann, muss in den nächsten Tagen und in wenigen Wochen in enger Kooperation mit den Behörden Portugals geklärt werden. Die Regeln des Fonds müssen und werden wir beachten. Wo sie einen Spielraum bieten, wird die Kommission ihn zugunsten Madeiras nutzen. Zuerst müssen die Schäden bewertet werden, dann muss ein Antrag auf Hilfe erarbeitet und vorgelegt werden. Dies ist die Reihenfolge. Dabei werden die Generaldirektion Regionalpolitik und mein Kollege, Kommissar Hahn, beratend und unterstützend tätig sein.

Die Abgeordnete Estrela hat die Weiterentwicklung der maßgeblichen Richtlinie und der Regeln des Fonds angemahnt. Die Kommission hat vor über vier Jahren einen Vorschlag dazu gemacht, das Parlament hat ihn positiv unterstützt, er liegt noch im Rat. Aber ich will einschränkend sagen, dass die von uns damals gemachten Vorschläge jetzt im konkreten Fall keine bessere Hilfemöglichkeit bieten würden. Richtig ist, dass Prävention ein Schwerpunkt unserer Politik bleiben muss. Die Kohäsionspolitik ist dafür genau das richtige Instrument.

Ich will Ihnen nochmals versichern, dass die Kommission alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um den Menschen und der Verwaltung auf Madeira bei der Bewältigung dieses schlimmen Ereignisses zu helfen.

VORSITZ : Diana WALLIS

Vizepräsidentin

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet während der März I-Tagung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich möchte meine tiefe Trauer zum Ausdruck bringen und den Familien der Opfer der Naturkatastrophe, die Madeira heimgesucht hat, mein tiefstes Mitgefühl bekunden.

Ich möchte meine Solidarität mit allen Menschen von Madeira, ihren Institutionen und der Regionalregierung aussprechen. Ich fordere die Institutionen der Europäischen Union zur Solidarität bei der schnellen und flexiblen Anwendung des Solidaritätsfonds auf, insbesondere bei der Zuweisung der größtmöglichen Förderhöhe, unter Berücksichtigung von Madeiras Sonderstatus als eine Insel und Region der EU in äußerster Randlage.

Ich fordere die Europäische Kommission zur Anwendung der Strukturfonds – des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds und des Kohäsionsfonds – auf der Grundlage von schnellen und vereinfachten Verfahren auf.

Ebenfalls appelliere ich an den guten Willen der Europäischen Kommission, unter Berücksichtigung dieser Katastrophe die Umverteilung der Strukturfondsmittel mit den zuständigen Behörden auf der Basis des Gemeinschaftsrahmens zu verhandeln.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich möchte mein tiefes Mitgefühl und meine Solidarität mit den Menschen von Madeira, ihren Institutionen und der Regionalregierung angesichts dieser Tragödie verursacht durch *Höhere Gewalt* aussprechen, die sich am 20. Februar in der Autonomen Region Madeira ereignete und bei der mehrere Dutzend Menschen starben und Verschwinden, Heimatlose, Verletzungen

und gewaltige materielle Schäden zur Folge hatte. Diese Situation erfordert schnelle und effektive Solidaritätsmaßnahmen vonseiten der EU. Somit erfordert sie die größtmögliche Schnelligkeit aller an der Zuteilung des Solidaritätsfonds Beteiligten, sodass dieser ohne Verzögerung bereitgestellt werden kann. Entscheidend ist zudem, die verschiedenen Finanzmittel der Europäischen Union auf eine flexible Weise bereitzustellen, und zwar über vorgezogene Zahlungen, vereinfachte Verfahren und über einen höheren Kofinanzierungssatz, um den Bedürfnissen der Autonomen Region Madeira zu entsprechen. Wir befürworten, dass der Solidaritätsfonds auf die bereits vonseiten des Parlaments geforderte Art und Weise abgeändert wird. Dieser Fonds muss als ein Notfonds fungieren, bei dem Durchlaufzeiten stark reduziert und die verfügbaren Summen erhöht werden.

Krzysztof Lisek (PPE), schriftlich. – (PL) Ich möchte den Angehörigen derjenigen, die infolge der durch die starken Regenfälle auf Madeira verursachten Überschwemmungen und Erdbeben getötet wurden, mein Beileid aussprechen. Die Natur lässt sich nicht austricksen, und da wir Naturkatastrophen nicht verhindern können, sollten wir alles zur Verhinderung ihrer zerstörerischen Auswirkungen unternehmen und den Opfern zu Hilfe kommen. Angesichts Naturkatastrophen und anderer Krisensituationen sollte die Europäische Union bei der Anwendung von geeigneten Ressourcen schnell und effizient reagieren können. Wie ich bereits in diesem Zusammenhang in den eingereichten Änderungsanträgen hinsichtlich der Berichtsentwürfe von Herrn Danjean über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie sowie der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hervorgehoben habe; wesentlich ist die Sicherstellung des effizienten Funktionierens der Instrumente, um auf Krisensituationen durch eine gute Organisation der Befehlszentren zu reagieren, die auf die Bedürfnisse der betroffenen Maßnahmen als Bestandteil des ersten und zweiten Pfeilers angepasst sind. Mithilfe einer guten Planung und einer effizienten Verwaltung dieser Zentren werden erfolgreiche Maßnahmen möglich, die auf dem Territorium der EU-Mitgliedstaaten und anderer Staaten, die Hilfe benötigen, ergriffen werden müssen.

Insbesondere ist in der EU eine bessere Koordinierung von Rettungs-, Polizei-, Militär- und Brandbekämpfungskräften erforderlich. Der Einsatz ausgebildeter Spezialeinheiten wie etwa die polnische Such- und Rettungsgruppe der nationalen Feuerwehr, die eine UN-Zertifizierung besitzt, sollte in Erwägung gezogen werden.

22. Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (Aussprache)

Die Präsidentin. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist der Bericht von Adina-Ioana Vălean, im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft an die Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 736/96 des Rates (KOM(2009)0361 – C7-0125/2009 – 2009/0106(CNS)) (A7-0016/2010).

Adina-Ioana Vălean, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, ich begrüße Ihre Anwesenheit anlässlich der Plenardebatte am heutigen Abend. Ich möchte allen Schattenberichterstattern für unsere fruchtbaren Diskussionen und unsere Arbeit an diesem Ausschussbericht danken. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erhält die Europäische Union mehr Kompetenzen auf dem Gebiet der Energiepolitik. Ich glaube, dass dies ein Gebiet ist, auf dem Europa sichere, günstigere und effizientere Energie für seine Bürgerinnen und Bürger sicherstellen kann, falls die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Gemeinsam können wir die Folgen unvorhersehbarer Ereignisse wie etwa die von Europa im letzten Winter erfahrene Unterbrechung bei den Gaslieferungen minimieren.

Natürlich kann sich Europa nicht in den Gasfluss außerhalb seiner Grenzen einmischen oder solche Streitigkeiten lösen; was wir aber tun können, ist die dafür zu sorgen, dass unsere Infrastruktur mit Versorgungsengpässen oder -ausfällen fertig wird und wir können den Markt transparenter und effizienter gestalten. Europa hat diese Priorität sehr hoch auf seine Agenda gesetzt. Letztes Jahr haben wir ein drittes Energiepaket verabschiedet, das einen wettbewerbsfähigeren und effizienteren Energiemarkt zum Ziel hat. Eine Verordnung über die Sicherheit der Erdgasversorgung liegt gegenwärtig dem Parlament vor und die morgige Stimmabgabe über die Mitteilung von Investitionen in die Energieinfrastruktur wird dazu beitragen, den Markt transparenter und vorhersehbarer zu machen.

In diesem Zusammenhang denke ich, wäre es schade, die von diesem neuen Instrument gebotene Möglichkeit dadurch zu verschenken, dass die korrekte rechtliche Grundlage, die der neue Artikel 194 des Vertrags von Lissabon vorsieht, ungenutzt bleibt. Es handelt sich um einen sehr wichtigen institutionellen, politischen

und rechtlichen Punkt. Diese Verordnung ist nicht nur ein Hilfsmittel zur Informationssammlung; mit ihr kann außerdem ein Gesamtbild der Investitionen in die Energieinfrastruktur als Grundlage für die Politikgestaltung angegeben werden. Für den Fall also, dass der Rat diese Verordnung auf der falschen Rechtsgrundlage annimmt, bin ich der Ansicht, dass das Parlament diese Sache beim Europäischen Gerichtshof weiterverfolgen sollte, und ich kann Ihnen versichern, dies wird geschehen.

Nun zum Inhalt; ich habe dies zuvor Herrn Barroso gesagt und ich sage es erneut Ihnen, Kommissar Oettinger: Europa steht an einem Wendepunkt und unser vorrangiges Ziel sollte jetzt mehr denn je die Unterstützung unserer Unternehmen und die Schaffung eines positiven Umfelds für die Wettbewerbsfähigkeit sein. Daher benötigen wir stärkere Strategien und insbesondere eine verlässlichere Energiepolitik. Letztendlich ist unser Ziel für eine sichere und günstige Energie zu sorgen, sowohl für unsere Bürgerinnen und Bürger als für unsere Unternehmen. Aus dieser Wahrnehmung heraus hoffe ich, dass die Datenerfassung nicht zum Selbstzweck wird. Wir müssen sicherstellen, dass mit dieser Verordnung keine weitere bürokratische Belastung für Unternehmen geschaffen wird und dass die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen verstärkt wird.

Bezüglich einer anderen Frage kann ich nur bedauern, dass die Fraktionen der Europäischen Volkspartei und der Sozialisten und Demokraten einen Änderungsantrag eingebracht haben, mit dem EU-Firmen Investitionsdaten über Projekte in Drittstaaten erbringen sollen. Ich fordere jeden auf, die Rechtsgrundlage in den Verträgen zu finden, die den Grundsatz der Extraterritorialität bei der Energiepolitik zuließe. Außerdem glaube ich, dass wir zunächst damit beginnen sollten unter Beweis zu stellen, dass wir wissen, was auf europäischer Ebene geplant ist, bevor wir außerhalb unserer Grenzen Ausschau halten. Ebenfalls ist mir die Versuchung in diesem Plenum aufgefallen, alles in diese Verordnung mit aufzunehmen. Ich denke, dass dies ein Fehler ist. Damit dieses Instrument effizient ist, müssen wir uns auf wirklich kohärente Informationen konzentrieren und die Vermeidung von zu viel Bürokratie und Vertraulichkeitsfragen für unsere Unternehmen und die Kommission im Auge behalten. Ich habe versucht, dieses Gleichgewicht zu erreichen, indem einerseits der Kommission die Gelegenheit zu einem Überblick über mögliche Zukunftsentwicklungen gegeben wird und andererseits dafür gesorgt wird, dass dieses Bild so genau wie möglich ist.

Auch brauchen wir eine bestimmte Gewissheit bei zukünftigen Investitionen, um eine korrekte und solide Politikgestaltung zu gewährleisten. Zudem möchte ich mich rückversichern, Kommissar Oettinger. Ich möchte eine Situation vermeiden, in der die Kommission nach Erfassung der Daten anfängt, Investitionsvorhaben vorzuschreiben und damit endet, Firmen zu empfehlen, nicht hier, sondern dort zu investieren. Es sollten jedoch Lösungen und Anreize für Unternehmen bereitgestellt werden, um kurzfristig nicht-profitable Investitionen zu tätigen, die für die Sicherheit der Energieversorgung erforderlich sein können, andernfalls werden die Gesetzeslücken fortbestehen.

Ich bin am Ende angelangt. Vielen Dank für Ihre Zeit. Ich freue mich auf Ihre Kommentare.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, Frau Vălean, verehrte Abgeordnete! Die Gaskrise Anfang letzten Jahres hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Europa über eine Energieinfrastruktur verfügt, die nicht nur das Funktionieren des Binnenmarktes fördert, sondern auch Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und den betroffenen Regionen im Fall einer Krise ermöglicht. Deswegen ist es für die Kommission wichtig, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, welche neuen Investitionsvorhaben geplant sind bzw. sich im Bau befinden oder welche Altanlagen dauerhaft außer Betrieb gesetzt werden sollen. Deshalb haben wir vorgeschlagen, ein Informationsinstrument zu erarbeiten und zu überarbeiten, das seinen Ursprung in den Zeiten einer anderen Krise hatte, nämlich der ersten Ölpreiskrise.

Unser Vorschlag zielt darauf ab, den Anwendungsbereich der Verordnung zu erweitern, besonders in den Bereichen erneuerbare Energien und CCS. Wir begrüßen die Vorschläge aus der Mitte des Parlaments, Anwendungsbereiche wie Fernwärmenetze oder Gas-, Kohle- und Ölförderkapazitäten aufzunehmen. Wir wollen auch bestehende Berichtspflichten berücksichtigen, soweit die verfügbaren Informationen im Rahmen der von der Kommission durchzuführenden Analyse verwertbar sind.

(Tonausfall)

(Die Sitzung wird aufgrund eines technischen Problems kurz unterbrochen)

Die Präsidentin. – Wir möchten es gerne noch einmal probieren und schauen, ob es mit Deutsch funktioniert.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Ich habe die Frage aufgeworfen, wie die Kommission die Angaben auswerten will, die sie im Rahmen dieser Verordnung von

den Mitgliedstaaten erhält. Unsere Analyse wird die vorhersehbare Entwicklung der Infrastruktur zunächst der zu erwartenden Nachfrageentwicklung gegenüberstellen. Wir werden uns ansehen, ob die zu erwartenden neuen Kapazitäten den künftigen Nachfrageprognosen entsprechen oder ob mit Lücken zu rechnen ist.

Dabei erscheint wesentlich, dass im Gegensatz zur aktuell geltenden Verordnung ein institutioneller Dialog über diese Themenbereiche eingeführt wird. Deswegen schlägt die Kommission vor, zum einen alle zwei Jahre einen Bericht über die strukturelle Entwicklung der Energieinfrastruktur zu veröffentlichen. Dies soll einen Beitrag dazu leisten, die Transparenz für alle Marktteilnehmer zu verbessern. Zum anderen wollen wir zusätzlich eine politische Diskussion mit dem Parlament und den Mitgliedstaaten führen, um daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Das Letztere will ich unterstreichen. Denn eines ist klar: Die Verordnung selbst ist ein Instrument zur Informationserhebung und -sammlung, um einen eventuellen Handlungsbedarf sichtbar zu machen. Wie auf diesen eingegangen wird, wird im Rahmen von konkreten Initiativen der Energiepolitik zu behandeln sein.

Damit komme ich auch zu dem Punkt, Frau Abgeordnete, der Ihnen und dem ganzen Haus am Herzen liegt: der neue Artikel 194 des Vertrags von Lissabon und dessen Anwendung. Dieser Artikel ist für uns alle – Parlament, Rat und Kommission – sowohl eine Chance als auch eine Verpflichtung, die EU-Energiepolitik in enger Kooperation – das heißt vor allem gemeinsam mit dem Europaparlament – zu gestalten. Als neuer Kommissar für Energie will ich daher dieses Haus in alle künftigen Politikmaßnahmen so weit wie möglich frühzeitig und umfassend einbeziehen. Der Rechtsakt, auf den sich die heutige Debatte bezieht, hat jedoch nur die Sammlung und Auswertung von Informationen im Energiebereich zum Gegenstand und beruht deswegen nach der Rechtsauffassung der Kommission auf den Artikeln 337 und 187 Euratom. Der Inhalt der Verordnung entspricht diesen beiden Artikeln des Primärrechts, und auch nach Maßgabe der Rechtsprechung ist die Wahl der Rechtsgrundlage für das Sekundärrecht an messbare inhaltliche Kriterien zu knüpfen.

Mit dem Sammeln und Auswerten von Informationen alleine ist noch keine Energiepolitik gemacht, weswegen hier meines Erachtens eine Entscheidung notwendig ist. Ich bitte um Verständnis dafür.

Marian-Jean Marinescu, im Namen der PPE-Fraktion. – (RO) Herr Kommissar, Sie haben versucht zu erklären, warum wir nicht auf Grundlage des Mitentscheidungsverfahrens arbeiten. Auch ich bleibe bei der gleichen Ansicht wie meine Kollegin und Berichterstatterin für diesen Ausschussbericht, der Abgeordneten Frau Vălean, dass es eine gute Idee gewesen wäre, diese Verordnung nach dem Mitentscheidungsverfahren zu diskutieren.

Bei der neuen Verordnung handelt es sich um ein Gesetzgebungsinstrument von zentraler Bedeutung für den Energiemarkt der Europäischen Union. Diese Analyse sollte einzelstaatliche und regionale Strategien ergänzen und dazu beitragen, die Sicherheit der Energieversorgung über die Identifizierung von potenziellen Schlupflöchern und Risiken bei der Infrastruktur und bei Investitionen zu festigen, dies mit der Absicht, für ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage im Energiesektor zu sorgen.

Meines Erachtens enthält die Vorlage der Kommission eine Reihe von unklaren Punkten, die aber, wie ich glaube, mit den vorgelegten Änderungsanträgen gelöst worden sind, wie etwa die Frage der Veröffentlichung von Energiedaten, die von den Mitgliedstaaten übermittelt werden. Diese Daten sind auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene anzusammeln. Damit wird die Offenlegung von wirtschaftlich sensiblen Informationen verhindert.

Weiterer Klärungsbedarf besteht bei der Frage, was mit einer „speziellen Stelle“ oder einer Stelle, die für den Energiesektor mit der Erarbeitung und Annahme von EU-weiten mehrjährigen Entwicklungs- und Investitionsplänen für Energieinfrastrukturnetze beauftragt wurde, gemeint ist. Außerdem besteht die Frage der Vermeidung von Doppelsammlungen dieser Daten und der Festlegung, wann Berichte für ein bestimmtes Projekt vorzulegen sind, beispielsweise nach Eingang des Baugenehmigungsantrags bei den Behörden.

Ein anderer besonders wichtiger Aspekt ist die Frage der Überwachung von europäischen Investitionen in Drittstaaten mit Auswirkung auf den europäischen Energiemarkt. Ich glaube, dass Investitionen, die sowohl von Regierungen als von nationalen Gesellschaften in Drittstaaten getätigt werden und den Energiemarkt erheblich beeinflussen, als Bestandteil dieser Verordnung gemeldet werden müssen.

Adam Gierek, im Namen der S&D-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, die europäische Integration, Sicherheit und die Energiesolidarität erfordern ein gemeinsames Investitionsmanagement in allen Mitgliedstaaten als Teil einer breit verstandenen Energieinfrastruktur und insbesondere Übertragungsinfrastruktur. Optimale Lösungen für Investitionen auf diesem Gebiet erfordern objektive Informationen über den Zustand der

Infrastruktur in den individuellen einzelstaatlichen Systemen sowie Informationen, die zur Durchführung einer zentralen EU-Studie über die zukünftige Integration wesentlich sind.

Wichtig ist, dass durch das Wettbewerbselement im Gemeinschaftsmarkt für Produkte und Dienstleistungen, der in jedem Mitgliedstaat hauptsächlich von den Energiekosten beeinflusst wird und durch die Notwendigkeit der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen, Integrationsprozesse nicht verwirrt oder gestört werden. Lassen Sie uns geheim halten, was geheim gehalten werden muss – militärische Infrastrukturen.

Dies ist wichtig, hauptsächlich weil bei Entscheidungen die über Investitionen, wie beispielsweise dem Bau einer nördlichen oder südlichen Ferngasleitung, zu treffen sind nicht ausschließlich egoistische Maßnahmen im Interesse einiger weniger EU-Mitgliedstaaten erfolgen sollten. Lassen Sie uns einen vielschichtigen und langfristigen Energieinfrastrukturplan für die gesamte Union einrichten, der sich auf den Grundsätzen von Zusammenarbeit, Vertrauen und Solidarität stützt. Die gegenwärtige Verordnung dient diesem Zweck leider nur bedingt und sollte meiner Meinung nach auch die Prioritäten der Mitgliedstaaten umfassen.

Lena Ek, im Namen der ALDE-Fraktion. – (SV) Frau Präsidentin, ich freue mich außerordentlich über das Engagement der Kommission zur Förderung empfehlenswerter Verfahren und Verbesserung der Energieeffizienz im europäischen Energiemarkt. Energieeffizienz ist sowohl für die Beschäftigung als für das Wachstum in Europa entscheidend und von wesentlicher Bedeutung bei der Erreichung des 2-Grad-Celsius-Ziels. Die zwei wesentlichen Grundvoraussetzungen in diesem Zusammenhang sind intelligente Energienetze und eine freier, gut funktionierender Energiebinnenmarkt. Natürlich erfordern beide gute Kenntnisse über die aktuelle Infrastruktur und den Markt vonseiten der Kommission – und darum geht es in dem Vorschlag.

Auch ist es allerdings erforderlich, dass der Beamtenapparat, der sich mit diesen Informationen beschäftigt, effizient arbeitet. Wir müssen Doppelsammlungen vermeiden und die übermittelten Angaben müssen so sein, wie dies für die Erreichung der gesteckten Ziele erforderlich ist. Falls wir einen funktionierenden Markt erreichen wollen, ist von größter Bedeutung, dass die von europäischen Unternehmen zusammengetragenen Informationen geschützt sind, sodass jedwede Marktstörung vermieden wird. Ich werde den Ausschussbericht der Verfasserin unterstützen und ich fordere das Plenum auf, die vonseiten der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz eingebrachten, unglaublich bürokratischen Vorschläge abzulehnen.

Wie bereits erwähnt, die Ziele der Vorlage sind ungeheuer wichtig – so wichtig, dass Ihnen eine separate Rechtsgrundlage in Artikel 194 des Vertrags von Lissabon gegeben wurde, in dem diese praktisch wortwörtlich aufgeführt sind. Die volle Beteiligung des Europäischen Parlaments über das ordentliche Gesetzgebungsverfahren gemäß dieses Vertrags sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein. Alles andere würde sich unserer nicht würdig erweisen und wäre ein äußerst unglücklicher Start für die Zusammenarbeit zwischen Parlament und der Kommission, die wir für einen funktionierenden Energiebinnenmarkt benötigen.

Yannick Jadot, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Kommissar, es ist gut, dass sie das Ergebnis dieses Instruments vor dem Europäischen Parlament erörtern wollen; das wichtigste jedoch, dass es im Hinblick auf das Europäische Parlament zu respektieren gilt, ist das ordentliche Gesetzgebungsverfahren. Wir werden dieses Instrument als nützlich erachten, es könnte jedoch einsatzfähiger, effektiver und transparenter sein.

Vor allem effektiver, wenn sämtliche dezentralisierten Energiequellen berücksichtigt würden. Es geht nicht darum, jeden einzelnen Sonnenkollektor zu zählen, aber auf Ebene der Mitgliedstaaten haben wir Informationen, die Sie sammeln könnten um zu sehen, worauf all die Vorhaben über dezentralisierte Energie hinauslaufen. Sprechen wir von Demokratie und Transparenz, so bin ich erstaunt, von unserer Kollegin von der liberalen Fraktion als Antwort „Bürokratie“ zu hören. Dieses Instrument muss transparent sein, es muss diskutiert werden und die Kommission muss sich unter anderem mit allen Interessengruppen, Gewerkschaften und Vereinigungen beraten. Schließlich steuern die Steuerzahler viel zu den Bemühungen hinsichtlich des Wechsels im Energiebereich bei und es ist wichtig, dass wir Informationen über Fördermittel haben, um genau zu wissen, auf welche Weise die Steuerzahler den Wechsel im Energiebereich in Europa finanzieren. Ich hoffe, dass die auf dem Tisch liegenden Änderungsanträge von einer großen Abgeordnetenanzahl morgen angenommen werden, von mehr, als heute Abend zugegen sind.

Evžen Tošenovský, im Namen der ECR-Fraktion. – (CS) Der Vorschlag für regelmäßige Informationen über Investitionsvorhaben auf dem Gebiet der EU-Energieinfrastruktur ist fragwürdig. Es werden EU-Organe im Bereich von Wettbewerbsverhältnissen zwischen Firmen beteiligt, die in der Regel in Privatbesitz sind. Meiner Meinung nach gibt es zwei Ebenen bei diesem Vorschlag. Eine Ebene betrifft den Inhalt solcher vorgeschriebenen Informationen, insbesondere im Hinblick auf deren Umfang und Einzelheiten. Die zweite

Ebene betrifft den Grad an Vertraulichkeit und den sich daraus für die Kommission ergebenden Geheimhaltungspflichten.

Ich bin überzeugt, dass die zu übermittelnden Informationen von einer eher beschreibenden Natur sein müssen, wobei ein grober Überblick der Energienetze und ihrer zukünftigen Entwicklung gegeben wird. Auf diese Weise hätte die Kommission einen ausreichenden Überblick über die Verbindungen zwischen den einzelnen Ländern und gleichzeitig einen ausreichenden Überblick über die bestehenden Netzwerke und die Zukunftsaussichten. Auch stellt sich logischerweise die Frage, was die Kommission tun würde, wenn sie davon überzeugt wäre, dass es unzureichende Kapazitäten in einem bestimmten Gebiet, oder im umgekehrten Fall, Überkapazität gäbe. Mit einem ausreichenden Niveau an allgemeinen Daten würden wir die Probleme mit schwierigen Diskussionen über die Geheimhaltung in Bezug auf bestimmte Strategiepläne der Energiekonzerne beseitigen.

Jaroslav Paška, im Namen der EFD-Fraktion. – (SK) Die Vorfälle der letzten Jahre haben uns gezeigt, dass die Sicherheit der Energieversorgung mehr Wunschdenken als Realität ist.

Die Energiesysteme der EU-Mitgliedstaaten sind weder ausreichend kompatibel noch ausreichend miteinander verbunden. Aus diesem Grund befanden sich zahlreiche Länder zu Beginn des letzten Jahres in einer Situation ohne Wärme und Gas, trotz aller Solidarität und guten Willens der EU. Zur Korrektur dieser Situation wird die Europäische Kommission umfassende Initiativen nehmen müssen; es ist daher erforderlich, dass die Europäische Kommission bei Ihrer Arbeit sowohl von den Mitgliedstaaten als vom Privatsektor in qualifizierter und ausführlicher Weise informiert wird.

Aus diesen Gründen können wir den Entwurf der Verordnung des Rates über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft als einen natürlichen und notwendigen Schritt zur Erweiterung der EU-Energiepolitik einstufen, mit dem auf die aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet der Energieversorgung in der EU reagiert wird. Die im Bericht enthaltenen Änderungsvorschläge über diesen Punkt des Programms verbessern den Wortlaut der Verordnung, und deshalb erachte ich es als richtig, diese Vorschläge zu unterstützen.

Amalia Sartori (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Văleans Bericht enthält einige sinnvolle Punkte, denen ich zustimme.

Erstens, die Notwendigkeit zur Gewährleistung eines optimalen Sicherheitsniveaus im Hinblick auf die unter der Vorlage angeforderten Daten und Informationen, und zwar diejenigen, die von Wirtschaftsbeteiligten als sensible Daten eingestuft werden. Zweitens, die Notwendigkeit zur Schaffung einer Möglichkeit zur Datensammlung, auch auf einer breiteren regionalen Ebene, angesichts der Tatsache, dass die einzelstaatliche Ebene manchmal bedeutungslos ist. Drittens sollte die Bekanntgabe einen praktischen Zweck erfüllen und die Analyse der Entwicklung des europäischen Gassystems ergänzen.

Aus diesem Grund sollte die Kommission verpflichtet sein, ihre Analysen mit den Mitgliedstaaten und den Betreibern in den Branchen zu besprechen; dies hat uns die Kommission hier zugesagt.

Auch müssen wir erfolgreich eine Doppelarbeit vonseiten der Betreiber, nationalen Regulierungsbehörden und Mitgliedstaaten bei Festlegung der einzelstaatlichen Pläne vermeiden, die auf den Schutz der Versorgungssicherheit, speziell hinsichtlich der Erdgasinfrastruktur, abzielen. Auch müssen wir garantieren, dass, wenn Betreiber die Änderung ihrer Investitionsvorhaben beschließen, diese nicht in irgendeiner Weise bestraft werden.

Abschließend möchte ich die Aufmerksamkeit auf Artikel 1 Absatz 2 der Vorlage lenken, in dem die Mitteilungsfristen diskutiert werden. Die Tatsache, dass viele Projekte nicht über das Planungsstadium hinausgehen, muss berücksichtigt werden. Das bestmögliche Ergebnis könnte daher erzielt werden, wenn die Mitteilung nur diejenigen Projekte betraf, für die die erforderlichen Genehmigungen und Zulassungen erlangt wurden, bzw. für die eine definitive Investitionsentscheidung getroffen wurde.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Ich gratuliere zunächst der Berichterstatterin zu der von ihrer geleisteten guten Arbeit. Mit dem Vertrag von Lissabon werden die Befugnisse der Europäischen Union auf dem Gebiet der Energiepolitik gestärkt. Die Sicherheit der Energieversorgung in der EU und die Solidarität unter den Mitgliedstaaten in Energiekrisensituationen sind für die Energiepolitik der Europäischen Union von wesentlicher Bedeutung. Mit der gegenwärtigen Verordnung wird ein Gemeinschaftsrahmen zur Mitteilung an die Kommission von Daten und Informationen über Investitionsvorhaben in die Energieinfrastruktur für

Öl, Gas, Strom und Biokraftstoffen sowie über die Projekte zur geologischen Speicherung von ausgestoßenem Kohlendioxid im Energiesektor abgesteckt.

Tatsächlich wird die Kommission in die Lage versetzt, Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie die bestehenden Kapazitäten besser genutzt werden können und Lösungen in Energiekrisensituationen aufzuzeigen. Die Verordnung darf nicht wesentlich den Verwaltungsaufwand für Energieunternehmen erhöhen. Ich glaube aber, dass diese Verordnung auch für europäische Firmen gelten sollte, die in Energieinfrastrukturvorhaben in Drittländer investieren und direkt mit Energienetzwerken von einem oder mehreren Mitgliedstaaten verbunden sind, bzw. einen wesentlichen Einfluss auf diese ausüben. Daher hoffe ich, dass Änderungsantrag 74 heute eine Mehrheit bekommen wird.

Roger Helmer (ECR). – Frau Präsidentin, einige der von uns am heutigen Abend geprüften Änderungsvorschläge spiegeln unsere manische Besessenheit mit erneuerbaren Energien wieder. Wir reden weiter von der Bedeutung der Verringerung der CO₂-Emissionen, wenngleich die Theorie von der menschengemachten Klimaerwärmung vor unseren Augen zusammenfällt.

Wenn wir aber die Verringerung der CO₂-Emissionen ernst meinen, würden wir sicherlich Kernkraftwerke und keine erneuerbaren Energien befürworten. Wir haben uns für die Bereitstellung von Anreizen entschieden, die den Markt zugunsten erneuerbarer Energien und gegen Atomenergie verzerren.

Europa braucht wettbewerbsfähige, verlässliche, etablierte und auf Grundlast basierende Erzeugungskapazitäten, die durch Kernkraft geliefert werden können. In der Zwischenzeit können die von Windparks stammenden kläglichen Tropfen stoßweiser Stromerzeugung die europäischen Industrien nicht zuverlässig mit Energie versorgen.

Vielen Ländern in der EU, einschließlich meines eigenen, droht später in diesem Jahrzehnt die Aussicht einer Energiekrise, teilweise als ein Ergebnis der Richtlinie über Großfeuerungsanlagen. Wenn wir nicht vorwärts kommen und große Erzeugungsanlagen bauen, worunter ich Kohle- und Kernenergie verstehe, werden wir mit ansehen, wie die Lichter ausgehen.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Die Energiefrage und das Energienetzwerk stellen ein entscheidendes Problem für die Zukunft der europäischen Wirtschaft dar. Die Bedeutung der Sicherheit der Energieversorgung wiederholt sich in einer Vielzahl von Dokumenten, Debatten und Sitzungen. Damit aber Worte und Erklärungen von konkreten Lösungen und messbaren Effekten gefolgt werden, sollten wir in erster Linie ein angemessenes Finanzierungsniveau für die beabsichtigten Investitionen sicherstellen. Einem Bericht zufolge der von Exxon Mobil, einer der weltweit größten Gesellschaften in der Öl- und Gasbranche, erstellt wurde, wird die weltweite Energienachfrage pro Jahr um etwa 1,2 % steigen, sodass der Bedarf bis 2030 um ungefähr 35 % angestiegen sein wird.

Der Bedarf an Gas, das der zweitwichtigste Energieträger sein wird, wird um 1,8 % jährlich ansteigen. Derzeit nutzt die Welt etwas über 3 Milliarden m³. Im Jahr 2030 werden es um die 4,3 Milliarden m³ sein. Eine Folge von Europas wachsendem Gasbedarf wird eine größere Abhängigkeit von Importen dieses Energieträgers sein, und zwar von 45 % in 2005 auf 70 % in 2030. Angesichts dieser Zahlen sollten Finanzhilfen von der Europäischen Gemeinschaft für das Energienetzwerk strategisch behandelt werden.

In der derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation gestaltet sich die Investorensuche für viele Projekte besonders schwierig. Nur die angemessene Unterstützung vonseiten der Europäischen Union wird die Fortsetzung dieser Projekte ermöglichen. Priorität sollte denjenigen Projekten eingeräumt werden, die sich auf grenzüberschreitende Erfordernisse konzentrieren und zur Entwicklung von neuen Technologien beitragen, die für den zukünftigen Energiebedarf von grundlegender Bedeutung sind. Diese Projekte werden zur Beseitigung der Unterschiede bei den Verbundleitungen zwischen den Systemen in der Europäischen Union beitragen und die weitergehende optimale Nutzung der eigenen Energiequellen in der Europäischen Union ermöglichen.

Seán Kelly (PPE). – Frau Präsidentin, es handelt sich aus zumindest drei Gründen um eine wichtige Frage: Erstens, wir müssen uns über die Sicherheit der Energieversorgung Gedanken machen, weil der Tag kommen wird, an dem die fossilen Brennstoffe aufgebraucht sein werden; zweitens, unsere Klimaziele für 2020 oder, wie einige Personen vertreten haben, für 2030 oder sogar 2040; und drittens, was sehr wichtig ist, wir müssen unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die mitunter von instabilen und diktatorischen Regimes stammen, verringern.

Die Zeit drängt also und einer der Bereiche, der unsere ernste Aufmerksamkeit benötigt, ist die Forschung und Innovation. Ich bin über die Doppelarbeit auf diesem Gebiet besorgt.

Vor kurzem erfuhr ich, dass es 45 verschiedene Forschungsgruppen gibt, die sich mit Salmonellenbakterien beschäftigen. Wenn dies also mit Salmonellenbakterien geschehen konnte, könnte man 450 Gruppen haben, die an erneuerbaren Energien forschen, beispielsweise Wind-, Sonnen-, Wellen- und Gezeitenenergie.

Ich frage also die Kommission, welche Pläne sie zur Koordinierung dieser Forschung vorgesehen hat, sodass die Ressourcen bestmöglich genutzt werden können, um die von uns benötigte Technologie zu bekommen.

Ioan Enciu (S&D). – (RO) Ich möchte Frau Vălean zu diesem Ausschussbericht gratulieren. Ich möchte einige Aspekte hinsichtlich der Bedeutung von Infrastrukturinvestitionen hervorheben. Die kontinuierliche Entwicklung der Energieinfrastruktur ist der einzige Weg, mit einer sich ständig verändernden Gesellschaft fertig zu werden. Die Entwicklung der bestehenden Netzwerke, zusammen mit der Investition in neue, an innovativen Energieträgern angepasste Netzwerktypen, ist ein entscheidender Faktor, der sowohl der Bevölkerung als der Industrie den Zugang zu neuen Energiequellen erleichtern soll.

Derzeit erfolgt eine regionale Zusammenarbeit *de facto* im Energiesektor. Diese muss jedoch mit klaren Vorschriften verstärkt werden. Die Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander muss von einer Idee in die Realität umgesetzt werden. Außerdem sind erhöhte Investitionen in IT-Systeme zur Überwachung von Brennstoffvorräten und die diesbezügliche Berichterstattung während einer Krise wichtig.

Abschließend möchte ich betonen, dass Investitionen und die Entwicklung von ICT-Lösungen im Energiesektor der Schlüssel zur Entwicklung einer energieeffizienten, kohlenstoffarmen Wirtschaft sind.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Der Vertrag von Lissabon, mit dem die Befugnisse der EU auf dem Gebiet der Energiepolitik gestärkt wurden, sollte aktiv genutzt werden, um Schwierigkeiten zu überwinden und mögliche Probleme auf dem Energiemarkt zu verhindern.

Mit der Bereitstellung von Informationen über Investitionsvorhaben innerhalb der Energieinfrastruktur können Lücken zwischen Angebot und Nachfrage in diesem Sektor identifiziert werden und wird an der Schaffung einer besseren gemeinsamen Energiepolitik im Geiste der Solidarität mitgewirkt, wodurch die Mitgliedstaaten auf dem Energiemarkt enger zusammenrücken. Aus den vorgenannten Gründen teile ich die Ansicht, dass die Erfassung präziser und geeigneter Informationen über geplante Investitionen erforderlich ist, sodass die EU sachkundige energiepolitische Entscheidungen treffen kann, basiert auf ein integriertes Bild und der in allen Mitgliedstaaten herrschenden Lage.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Die Sicherung einer stabilen und konstanten Energieversorgung ist sowohl für die Regierungen der Mitgliedstaaten der Union als auch die gesamte Gemeinschaft zu einer vorrangigen Angelegenheit geworden. Eine besondere Verantwortung in diesem Bereich trägt die Europäische Kommission, die mit ihren Maßnahmen die Energielieferungen für die Gemeinschaft über die Entwicklung und Überwachung des ordnungsgemäßen Funktionierens des europäischen Energiemarktes sicherstellen sollte.

Einer der Mechanismen der mehrdimensionalen Energiepolitik der Kommission sollte die Unterstützung für effektive Investitionsvorhaben im Energiesektor sein. Die Kommission sollte regelmäßige Analysen und Forschung durchführen. Die Analysen sollten sich auf Informationen über Investitionsvorhaben in die Energieinfrastruktur einzelner Länder stützen, mit einem Schwerpunkt nicht nur auf derzeit genutzte Einrichtungen, sondern auch auf die Analysen von Investitionsvorhaben, mit denen eine größere Diversifikation, sowohl bei der Herkunft der Energierohstoffe als bei ihrer Beförderungs- und Verarbeitungsweise bezweckt wird. Verfügt die Kommission über ähnliche Untersuchungen aus allen Ländern der Union, so wird sie die für den europäischen Energiemarkt nützlichste Strategie auswählen können.

Paul Rübzig (PPE). - Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar Oettinger! Eines der Kernprobleme in der Energiewirtschaft ist natürlich die Speicherung der Energie. Und ich glaube, dass es im Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit notwendig ist, mehr Überlegungen im Bereich der Speicherung anzustellen. Gerade bei den erneuerbaren Energien ist dies eine enorme Herausforderung.

Andererseits geht es auch darum, intelligente Netze zu gestalten. Je mehr erneuerbare Energie wir haben, desto mehr Chancen haben wir, mit intelligenten Netzen auch unsere Umwelt wesentlich energieeffizienter zu gestalten und letztlich auch in den Haushalten Anreize zu setzen, mit *Intelligent Metering* den Verbrauch und auch die Kosten zu senken. Die Effizienzsteigerung wird in Zukunft eine ganz wichtige und zentrale

Rolle spielen, nicht nur bei der Erzeugung von Energie, sondern insbesondere auch beim Verbrauch von Energie.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Ich danke Ihnen für Ihre wertvollen Verbesserungsvorschläge. Die Kommission wird sich dafür einsetzen, dass eine Vielzahl Ihrer Vorschläge in der Endfassung der Verordnung von den Mitgliedstaaten berücksichtigt wird.

Seitens der Kommission sind wir uns des vertraulichen Charakters der Angaben über geplante Vorhaben bewusst. Deswegen sind wir mit den Vorschlägen des Hohen Hauses einig, nur Daten zu veröffentlichen, die vorher auf der Ebene der Mitgliedstaaten aggregiert wurden. Darüber hinaus sollen die Daten auf europäischer Ebene so gebündelt werden, dass keine Rückschlüsse auf einzelne Unternehmen und ihre Unternehmenspolitik gezogen werden können. Dies ist wichtig in Fällen, in denen es nur ein im jeweiligen Energiesektor tätiges Unternehmen auf nationaler Ebene gibt.

Wie bereits erwähnt, begrüßen wir auch eine Erweiterung des Anwendungsbereichs auf Öl-, Gas- und Kohleförderkapazitäten. Ich will Ihnen nicht verschweigen, dass die Mitgliedstaaten diesem Vorschlag weniger gewogen sind, aber die Überprüfung der Aufnahme dieser Kapazitäten innerhalb von fünf Jahren in Aussicht stellen.

Unabhängig von unseren unterschiedlichen Rechtsauffassungen zur Vertragsgrundlage für die Verordnung versichere ich Ihnen, dass die Kommission eine weitreichende Debatte im Infrastrukturbereich anstrebt. Das zu entwickelnde neue Infrastruktur- und Solidaritätsinstrument, das Folgeinstrument zum EU-Finanzbeitrag für die Transeuropäischen Energienetze, wird dazu Gelegenheit bieten, ebenso wie die Fortschrittsberichte der Kommission bezüglich der Umsetzung des Konjunkturprogramms zugunsten von Energievorhaben.

Adina-Ioana Vălean, *Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin, ich danke dem Kommissar sowie den Kolleginnen und Kollegen für ihre interessanten Beiträge an der Debatte.

Nur einige Worte zum Abschluss – oder jedenfalls abschließend von meiner Seite. Zuallererst möchte ich nochmals betonen, dass die Politik sicherlich davon absehen sollte, den Markt zu stören. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass Europa eine Marktwirtschaft ist und dass Strategien hier ausschließlich zur Korrektur von Marktschwächen da sind.

Zweitens bleibe ich der festen Überzeugung, dass wir diese Verordnung nicht zur Überprüfung der korrekten Anwendung anderer Verordnungen nutzen oder vollständige Informationen aufnehmen sollten; es handelt sich nicht um eine Statistikübung. Wir müssen definitiv die gesammelten Daten auf ein gewisses Relevanzniveau halten, ansonsten wird der Zweck unter einer ungeheuren Datenmenge verloren gehen. Und bei dieser Verordnung geht es nicht darum, eine Politik über erneuerbare Energien oder Gas zu entwickeln.

Abschließend möchte ich meiner Kollegin Lena Ek sagen, dass wir hoffentlich mit den uns infolge dieser Verordnung vorliegenden angesammelten Daten bei Energiefragen schlauer vorgehen und diese Daten in unserem gemeinsamen Interesse sein werden.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, dem 25. Februar 2010, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Paolo Bartolozzi (PPE), *schriftlich*. – (IT) Ich beglückwünsche die Europäische Kommission, dass sie dem Rat die abgeänderte Verordnung über Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt hat.

Der Bericht bereichert den Inhalt auf sinnvolle und zeitgemäße Weise, und zwar aus zweierlei Gründen. Der erste Grund ist die Bereitstellung von transparenten Informationen über die Sicherheit und Vertraulichkeit der sensiblen Daten, die die Kommission regelmäßig erhalten wird, um die Energiepolitik effektiv zu verwalten. Der Bericht entspricht dem Vertrag von Lissabon, in dem der Energiepolitik über die Stärkung und Koordinierung ihrer Methoden und der für diesen Sektor benötigten Investitionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Das Scheitern des Kopenhagener Gipfels, die politischen Führer dieser Welt zu überzeugen, machen einen Strategiewechsel bei den politischen Handlungen erforderlich. Ein besonderes Augenmerk richtet das Europäische Parlament auf dieses Problem, mit der Absicht der Überwachung von Energieinvestitionen in

den Bau, den Transport und der Speicherung der damit verbundenen Energieprodukte, um so die Hersteller- und Vertriebsbranche zufrieden zu stellen und die Gesundheit der Verbraucher zu schützen.

Der zweite Grund ist, da die EU zu wenig Energieprodukte hat und die Binnennachfrage – wie Importe – täglich wachsen, muss sich die Energiepolitik der EU auf Diversifizierungen, Versorgungssicherheit und Energieeffizienz konzentrieren.

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Der Solidaritätsgrundsatz muss als Plattform für die Entwicklung der energiepolitischen Strategien dienen. Wenn die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, können sie für eine sichere, günstigere und effizientere Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit Energie sorgen. Eine Energieinfrastruktur, welche die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander erleichtert, um die während Energiekrisen plötzlich auftretenden Probleme zu verringern, ist für die Europäische Union von zentraler Bedeutung. Diese Verordnung wird die Europäische Kommission mit Informationen über Energiestrukturen versorgen und ihr damit einen Überblick verschaffen. Dies schließt Daten über Öl- und Erdgasinfrastrukturen sowie über erneuerbare Energieträger mit ein. Nach der Sammlung dieser Informationen wird es möglich sein, die Mängel im europäischen Energiesystem aufzudecken und dann Maßnahmen für deren Beseitigung vorzuschlagen. Auf europäischer Ebene getroffene Maßnahmen müssen einzelstaatliche und regionale Strategien ergänzen. Ich glaube, es ist extrem wichtig für uns, den vertraulichen Charakter der gesammelten kommerziellen Informationen zu schützen. Zudem ist auch wichtig, diejenigen europäischen Investitionen in Drittländern zu beobachten, die einen starken Einfluss auf den Energiemarkt der EU haben.

Sergio Berlato (PPE), schriftlich. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Vorschlag für eine Verordnung über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft ist ein wichtiges Instrument zur wirksamen Förderung einer EU-weiten Energiepolitik.

Ich unterstütze die Gründe hinter diesem Vorschlag, und zwar die erforderliche Festlegung eines konsistenten und umfassenden Rahmens zur Entwicklung von Investitionen in die Energieinfrastruktur innerhalb der Union, mit dem die Kommission den Entwicklungsstand der Investitionsvorhaben im Energiesektor verfolgen kann.

Kontrolle ist sicherlich unverzichtbar, um zu gewährleisten, dass die zur Unterstützung der Projekte verfolgte Politik transparent ist. Jedoch hat dies mit der Maßgabe zu erfolgen, dass der Verwaltungsaufwand für Klein- und Mittelbetriebe – der treibenden Kraft hinter der Wirtschaft der EU – auf ein Mindestmaß beschränkt wird.

Ich sehe es als positiv an, dass ein Kompromiss erzielt wurde, um zu garantieren, dass die Daten der Marktbeteiligten von der Kommission mit der erforderlichen garantierten Vertraulichkeit in Empfang genommen und verarbeitet werden. Investitionsvorhaben in die Energieinfrastruktur sind bei der Schaffung eines freien und daher wettbewerbsfähigen Energiemarktes unverzichtbar.

Aus diesem Grund fordere ich die Kommission dazu auf, regelmäßig auf der Grundlage der gesammelten Daten eine Analyse der strukturellen Entwicklung des Energiesektors bereitzustellen, um Verbesserungsbereiche im Markt und Hindernisse zu identifizieren, die dessen optimales Funktionieren verhindern.

András Gyürk (PPE), schriftlich. – (HU) Kein Tag geht vorbei, ohne dass ein Mitgliedstaat oder ein großes Unternehmen große Investitionsprojekte im Energiesektor ankündigt. Mehrere Erdgasleitungen, Offshore-Windparks und Kraftwerke befinden sich dutzendweise auf dem Reißbrett. Zur selben Zeit lässt die Koordination zwischen zukünftigen Investitionen viel zu wünschen übrig. Dies wäre an sich ein mehr als ausreichender Grund zur Verabschiedung der jetzt vorliegenden Verordnung, wodurch sämtliche Mitteilungspflichten von Energieinvestitionen seitens der Mitgliedstaaten zusammengefasst würden. Die anzunehmende Verordnung ermöglicht die Harmonisierung von regionalen Investitionen und unterstützt die gemeinsame Planung, wodurch der Energiemarkt und die Versorgungssicherheit gestärkt werden.

Ich denke, es ist wichtig, dass bei den Anforderungen in dem Vorschlag hinsichtlich der Mitteilung von Investitionen ein übermäßiger Verwaltungsaufwand für die Behörden in den Mitgliedstaaten vermieden wird. Wir müssen dafür sorgen, dass die Mitteilungsmethode der Investitionen mit den zuvor angenommenen Regeln übereinstimmt. Es sei diesbezüglich daran erinnert, dass sogar jetzt die EU-Richtlinien für den Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt die Erstellung von Zehnjahresinvestitionsplänen fordern.

Der ursprüngliche Vorschlag der Europäischen Kommission erstreckte sich nicht auf Investitionen in Fernwärme. Aus diesem Grund sollte der Änderungsantrag einschließlich der vom Parlamentsausschuss für

Industrie, Forschung und Energie vorgeschlagenen obligatorischen Bereitstellung von Informationen verabschiedet werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Fernwärme in den neuen Mitgliedstaaten eine bedeutende Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung spielt. So werden in Ungarn zum Beispiel etwas 2 Millionen Menschen mit dieser Heizart versorgt. Investitionen in Fernwärme können während der Harmonisierung von Energieinvestitionsstrategien nicht unberücksichtigt bleiben.

Edit Herczog (S&D), schriftlich. – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren, trotz der großen Unsicherheiten bei der Umsetzung von Investitionsvorhaben in energiewirtschaftliche Infrastrukturen, zusätzlich zu den ersten Schwierigkeiten, die zurzeit von der Wirtschafts- und Kreditkrise für Investitionsvorhaben im Energiesektor verursacht werden, sollten wir uns deutlich vor Augen halten, dass das Schlüsselement der neuen europäischen Energiepolitik, die auf eine sichere Versorgung bei gleichzeitiger Abschwächung der Auswirkungen des Klimawandels und Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit abzielt, die kräftige Investition in energiewirtschaftliche Infrastrukturen der Europäische Union in den kommenden Jahren sein wird. Dies ist ein wichtiges Hilfsmittel bei der Gestaltung einer gemeinsamen Energiepolitik.

Ohne ausreichende Informationen über unsere Energieinfrastruktur können wir die europäische Energiepolitik auf EU-Ebene nicht wirksam unterstützen. Aus diesem Grund betrachte ich als unser gemeinsames Ziel in der Gemeinschaft die Bereitstellung präziser und regelmäßiger Informationen über Investitionsvorhaben in die EU-Energieinfrastruktur, die Entlastung bei der Informationssammlung, die Verbesserung nützlicher Analysen auf Basis der gegenüber der Kommission unterbreiteten Daten, bei gleichzeitiger Entlastung der Akteure aus der Privatwirtschaft, die eine zunehmende Rolle bei der Investition in die infrastrukturelle Entwicklung spielen.

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE), schriftlich. – (PL) Ich möchte der Berichtsteratterin meinen aufrichtigen Dank für die Erstellung eines derartig ausgewogenen Berichts aussprechen. Die im Bericht enthaltenen Anstrengungen seitens der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission werden für ein integriertes und verbessertes System der Energieversorgungssicherheit in der Union sorgen, bei gleichzeitigem Erhalt von besserer Effizienz und geringerem Energieverbrauch. Als Teil der Energiepolitik der Gemeinschaft sollten Kommission und Mitgliedstaaten Investitionen ermitteln, die zur Erfüllung der strategischen Erfordernisse der EU im Hinblick auf das Angebot und die Nachfrage von Erdgas und Strom erforderlich sind. Die Verordnung schafft gemeinsame Rahmenwerke, auf deren Grundlage die Europäische Kommission Daten und Informationen über Investitionsvorhaben in die Energieinfrastruktur in den Bereichen Rohöl, Erdgas, Strom, Biokraftstoffe und emissionsarme Investitionsprojekte für Fernheizungs- und Kühlsysteme erhält. Es ist unstrittig, dass die Kohle zweifellos ein für die Aufrechterhaltung des Energiesystems notwendiges Element ist und nicht von erneuerbaren Energieträgern überholt werden darf, da diese den Anforderungen der kontinuierlich expandierenden und sich entwickelnden Wirtschaftsbereiche der neuen Mitgliedstaaten nicht gerecht werden. Beim Aufzeigen der Vorteile von Kohle als Energiequelle muss auf die Nutzung von neuen Technologien hingewiesen werden, mit denen wir eine größere Verringerung der Umweltbelastung und eine schrittweise Annahme von festgelegten Grenzwerten für CO₂-Emissionen erreichen werden.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Im Rahmen der neuen Energiepolitik, die das Ziel verfolgt, die Energieversorgung sicherzustellen, die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen und für Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, kommen Investitionen in die Energieinfrastruktur eine wesentliche Bedeutung zu. Die neuen politischen Erfordernisse wie etwa Zielsetzungen für den Kraftstoffmix werden die Strategien der Mitgliedstaaten verändern, sodass diese von einer neuen, modernisierten Energieinfrastruktur profitieren werden.

Der Vorschlag der Kommission ist die Abänderung des derzeitigen Mitteilungssystems bei Energieinvestitionsvorhaben. Ziel ist die Sammlung geeigneter Informationen über geplante Investitionen, um die Kommission in die Lage zu versetzen, die infrastrukturelle Situation zu überschauen und potenziellen Problemen vorzuzugreifen. Da die derzeitigen Rechtsvorschriften bereits Berichts- und Mitteilungspflichten bei Investitionen und Infrastrukturen vorsehen, muss die Nutzung dieser Informationen besser koordiniert werden, sodass Doppelverpflichtungen wie etwa beim Berichtswesen und der Vertraulichkeit vermieden werden können, während auch der Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger verbessert wird. Obwohl sich der Vorschlag hauptsächlich auf Verwaltungsfragen konzentriert, gibt er dennoch ein Bild über die für zukünftige Investitionen vorgesehenen Eigenschaften und Merkmale.

Es daher wichtig, einen weiteren Akzent auf die Umweltauswirkung der Projekte zu legen, um für Garantien und zusätzliche Anreize für den Bau und die Stilllegung von Energieinfrastrukturen auf eine nachhaltige und umweltverträgliche Weise zu setzen. Ich gratuliere der Berichtsteratterin.

Richard Seeber (PPE), schriftlich. – Die Bewältigung der steigenden Nachfrage nach Energie bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt vor allem hinsichtlich des durch den Menschen verursachten Klimawandels ist eine der größten Aufgaben, die die EU in der kommenden Zeit zu bewältigen hat. In diesem Zusammenhang ist es äußerst wichtig, dass Energie-Infrastrukturprojekte in den Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene bekannt sind. Dadurch kann effizienter an einer europäischen Energielösung gearbeitet werden. Der vorliegende Text zum Datenaustausch über Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur ermöglicht einen guten Überblick über bestehende Energieinfrastrukturen in Europa.

Selbstverständlich darf dieser Bericht nicht zum Anlass genommen werden, Datenmissbrauch zu betreiben. Ich begrüße daher den überparteilichen Kompromiss, der klare Spielregeln für die Datenübermittlung festlegt. Ein zentrales Monitoring bietet auch die Möglichkeit, frühzeitig zu erkennen, ob sich Europa zu stark an nur eine Energiequelle bindet. Insgesamt stellt der Bericht einen Fortschritt in Richtung moderner Energiemix dar.

Vladimir Urutchev (PPE), schriftlich. – (BG) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bis jetzt haben wir die Notwendigkeit eines zügigen Entwurfs einer gemeinsamen EU-Energiepolitik nur dann diskutiert, wenn sich eine Krise wie die im Winter 2009 ereignet. Wir können berechtigterweise feststellen, dass die Dinge so nicht weitergehen können. Daher begrüße ich Frau Vălean's Bericht und sehe ihn als einen wichtigen Schritt beim Aufbau einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik. Es versteht sich von selbst, dass mit der Annahme einer Reihe von Richtlinien und Verordnungen für den Energiesektor die erforderlichen Voraussetzungen zur Entwicklung einer solchen Gemeinschaftspolitik geschaffen werden. Ich denke, dass wir an einem Punkt angekommen sind, an dem wir sogar mit Gesprächen über eine Einigung bei der Schaffung einer EU-Energiegemeinschaft beginnen können. Mit der Einführung eines Mitteilungssystems für Investitionsvorhaben im Energiesektor in jedem einzelnen Mitgliedstaat wird sich die Kommission ein vollständiges Bild über die Entwicklung machen können, während sie gleichzeitig die Länder bei der Lösung der größten Problembereiche begleitet. Dies wird helfen, um eine zufriedenstellende, verlässliche Infrastruktur zu erreichen, die sowohl in der Lage ist, den Betrieb des Energiebinnenmarktes zu unterstützen als auch die Folgen von auftretenden Krisen abzuschwächen. Wichtigste Tatsache ist, dass eine zufriedenstellende gemeinsame europäische Infrastruktur Voraussetzung für eine gemeinsame EU-Energiebinnenpolitik ist, auf die das Europäische Parlament in einer Vielzahl seiner Dokumenten beharrt hat.

23. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Berichtigungshaushaltsplans 1/2010 (Einzelplan I, Europäisches Parlament) (Aussprache)

Die Präsidentin. – Nächster Tagesordnungspunkt ist der Ausschussbericht von Vladimír Maňka, im Namen des Haushaltsausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Berichtigungshaushaltsplans 1/2010 (Einzelplan I – Europäisches Parlament)

(2010/2014(BUD)) (A7-0017/2010).

Vladimír Maňka, Berichterstatter. – (SK) Wir alle wissen nur zu gut, dass wir nur mit gemeinsamen Anstrengungen in der Lage sein werden, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzugehen; diese sind der Klimawandel, die Risiken und Kosten bei Rohstoffen und Energie, wirtschaftliche Globalisierung und Bedrohungen für unsere Sicherheit.

Wenn Europa diese Probleme in den Griff bekommen will, müssen ihm effektive und komplexe Instrumente zur Verfügung stehen. Der Vertrag von Lissabon stellt solche Instrumente bereit.

Im Dezember verabschiedeten wir den Haushaltsplan der Europäischen Institutionen für 2010. Aus Gründen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vertrags von Lissabon war unsere Arbeit am Haushaltsplan 2010 nicht beendet und wird sich bis in den April hinein fortsetzen. Heute befinden wir uns im Anfangsstadium des wirksam werdenden Vertrags, und der EU müssen von Anfang an ausreichend finanzielle Mittel zur Umsetzung der neuen Strategien zur Verfügung stehen. Der Vertrag von Lissabon wirkt sich auf den gesamten Einsatzbereich des Europäischen Parlaments und sonstiger Institutionen aus. Soweit es das Europäische Parlament anbelangt, wird das Mitentscheidungsverfahren für bis zu 95 % der Rechtsvorschriften dramatisch zunehmen. Bereiche wie Freiheit, Sicherheit und Recht, Landwirtschaft, Fischerei, Forschung und Strukturfonds sind hinzugekommen. Die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat wird häufiger zur Anwendung kommen und es werden eine Reihe von neuen Rechtsgrundlagen in Bereichen wie etwa Tourismus, Sport, Energie, Zivilverteidigung, Verwaltung und Zusammenarbeit geschaffen. All dies wird Gesetzgebungsaktivitäten der EU im Allgemeinen erhöhen, mit einer bedeutenden Gesamtwirkung auf die

Befugnisse des Europäischen Parlaments und dessen Aktivitäten und daher auch auf die Notwendigkeit zur Stärkung der Verwaltung.

Die wichtigste Priorität des vom Ratsvorsitz des Europäischen Parlaments vorgelegten Berichtigungshaushaltsplans in Verbindung mit dem Vertrag von Lissabon ist dafür zu sorgen, dass dem Europäischen Parlament zur Ausübung seiner gesetzgebenden Rolle genügend Mittel zur Verfügung stehen. Es sei daran erinnert, dass das Europäische Parlament 1988 eine Obergrenze für seinen Eigenbedarf bestimmt hat. Diese Grenze wurde auf 20 % der Gesamtverwaltungskosten der Institutionen festgelegt. Im Jahr 2006 verabschiedete das Europäische Parlament bei Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen für 2007-2013 diese Obergrenze als den Höchstbetrag der Gesamtverwaltungskosten der Institutionen. Seit 2006 sind die Kosten des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Abgeordnetenstatuts gestiegen, obwohl auf der zweiten Seite des gleichen Abgeordnetenstatuts Mittel hierfür in den Haushalten der Mitgliedstaaten vorgesehen werden. Heute müssen wir auch die sich aus der neuen Rolle des Europäischen Parlaments in Verbindung mit dem in Kraft tretenden Vertrag von Lissabon erwachsenden Kosten decken. Es muss gesagt werden, dass die Ausgabenobergrenze von 20 % nicht das Abgeordnetenstatut oder den Vertrag von Lissabon berücksichtigt. Trotz des Abgeordnetenstatuts im Vertrag von Lissabon haben wir im Haushaltsausschuss darauf bestanden, dass sich der Haushaltsplan des Europäischen Parlaments für 2010 an die Obergrenze von 20 % aus dem ursprünglichen mehrjährigen Finanzrahmen hält. Dies haben wir auch erreicht.

Bei der Erstellung des Haushaltsplans 2011 müssen wir jedoch die neue Formel mit Bedacht festlegen, um die Tragfähigkeit des Haushaltsplans im kommenden Zeitraum sicherzustellen. Ich möchte hervorheben, dass die beste Art zur Sicherstellung einer tragfähigen Haushaltsplanung die Schaffung eines Haushaltsplans ist, der auf aktuelle Erfordernisse und nicht auf Indizes zur Inflation basiert ist. Nur mit einer solchen Vorgehensweise spiegelt der Haushaltsplan aktuelle Erfordernisse wieder, wodurch seine Transparenz und Effizienz erhöht werden.

José Manuel Fernandes, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (PT) Der vorliegende Berichtigungshaushaltsplan ist ein Ergebnis des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon. Das Parlament hat neue Kompetenzen und Verantwortlichkeiten übernommen – also muss es die Mittel haben, um dieser neuen Herausforderung gewachsen zu sein. Ich möchte hervorheben, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger vom Parlament eine vorzügliche Gesetzgebung fordern; um dies zu garantieren, müssen seine Abgeordneten, Ausschüsse und politischen Fraktionen mit den notwendigen Mitteln versorgt werden.

Rechts- und Haushaltsnormen sowie eine gute Finanzdisziplin sind im vorliegenden Berichtigungshaushaltsplan erfüllt. Weiterhin glauben wir, dass Haushaltsdisziplin und die Fortführung von Einsparungen mehr denn je erforderlich sind und die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten dies auch bei der Umsetzung dieses Haushaltsplans. Daher bekräftigen wir nochmals die Bedeutung der Aufstellung eines Haushaltsplans auf Nullbasis, der mehr Sorgfalt und Transparenz garantiert. Auch verlangen wir, als eine dringliche Angelegenheit, Angaben zu den realen Festkosten des Europäischen Parlaments. Mit Blick auf einen tragfähigen Haushalt müssen wir ebenfalls auf die notwendige langfristige Planung bei der Gebäudepolitik bestehen.

Auch möchten wir darauf hinweisen, dass wir die Gebäudereseerve um 4 Mio. EUR gesenkt haben. Auf diese Weise entspricht der Gesamtbetrag der Haushaltsmittel nun 19,99 % der ursprünglichen Rubrik, Rubrik 5, die bei der ersten Lesung angenommen wurde.

Wir sind sicher, dass wir mithilfe dieser Maßnahmen in der Lage sein werden, uns mit den legitimen Bedenken, Erwartungen und Forderungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger auseinanderzusetzen.

Göran Färm, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (SV) Frau Präsidentin, der vorliegende Berichtigungshaushaltsplan ist in erster Linie praxisnah. Sein Ziel ist die Anpassung der Parlamentsverfahren an die neuen Aufgaben, die ihm unter dem Vertrag von Lissabon zukommen. Ein Absatz jedoch ist eine Grundsatzfrage; er betrifft die vor 20 Jahren getroffene Entscheidung, dass das Parlament nicht mehr als 20 % des Verwaltungshaushalts der EU für sich beanspruchen soll.

Diese Entscheidung wird dazu führen, dass wir diese Obergrenze geringfügig überschreiten – jedoch eher als Ergebnis von technischen Änderungen als infolge einer neuen Politik. Jedoch war dies Anlass für Diskussionen über die 20 %-Regelung. Werden keine erheblichen Kürzungen vorgenommen, so wird die Obergrenze überschritten, wenn die heutige Entscheidung im Jahr 2011 ihre volle Wirkung entfaltet hat. Es gibt Gründe, über eine Änderung dieser 20 %-Regelung zu sprechen, da die Rolle des Parlaments sich mehr als die der anderen Institutionen verändert hat. Wir sollten diesen Grundsatz jedoch nicht ohne angemessene Berücksichtigung verwerfen.

Ich denke hauptsächlich an zwei Aspekte. Erstens müssen wir die Tatsache berücksichtigen, dass viele Mitgliedstaaten gegenwärtig unter extremem Druck beim Stellenabbau und Gehaltskürzungen stehen. In einer solchen Lage können wir nicht bedenkenlos mit dem Ausbau der EU-Verwaltung fortfahren. Zweitens müssen wir beachten, dass wir den EU-Verwaltungshaushalt gemeinsam mit den anderen Institutionen zuweisen und dass wir uns in der Entscheidung von 1988 dazu verpflichteten, falls wir die 20%-Regelung aufgeben sollten, dass dies ausschließlich nach einem Dialog mit dem Rat erfolgt. Dies ist besonders wichtig angesichts der schwierigen bevorstehenden Verhandlungen mit dem Rat über den Europäischen Auswärtigen Dienst, die Finanzmarktregulierung, den langfristigen Haushaltsplan usw.

Ich stimme für den Bericht, möchte aber gleichzeitig vor der Zukunft warnen.

Angelika Werthmann (NI). - Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Vertrag von Lissabon stärkt die EU als Gesamtheit. Er stärkt das Mitwirken der europäischen Bürgerinnen und Bürger und er stärkt auch das Europäische Parlament. Durch die Aufwertung des Europäischen Parlaments entstehen auch größere legislative Pflichten. Diese gilt es, von jedem einzelnen Mitglied nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch das Schlagwort der legislativen Exzellenz erwähnen. Mein Ja zur Abänderung des parlamentarischen Budgets ist ein bedingtes. In Anbetracht der sich immer mehr verschärfenden Krise sind wir angehalten, mit unseren finanziellen Mitteln mit größter Achtsamkeit hauszuhalten. Doch als Parlamentarier sind wir auch verpflichtet, unsere legislative Arbeit bestmöglich zu erledigen. Diesem doppelten Anspruch muss Genüge getan werden.

Salvador Garriga Polledo (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, es ist ein Vertrauensbeweis in den Haushaltsausschuss vonseiten der Abgeordneten dieses Parlaments, da wir über eine erhebliche Erhöhung des Parlamentshaushalts abstimmen, einschließlich der Zulage für die parlamentarische Assistenz der Abgeordneten, und die vier oder fünf anwesenden Mitglieder aus dem Haushaltsausschuss sind praktisch die einzigen Anwesenden hier. Dies ist ein gutes Zeichen dafür, dass sie uns vertrauen.

Der Grund jedoch, warum zwei Koordinatoren von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament und der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hier anwesend sind, soll untermauern, dass wir dieser Haushaltsplanerhöhung voll zustimmen, da wir der Ansicht sind, dass diese dem Sparkurs, den wir uns selbst auferlegt haben, nicht zuwiderhandelt.

Das Europäische Parlament ist eine ganz besondere Institution, wie mein Kollege, Herr Färm, weiß. Würden wir in Schweden oder Spanien kontinuierlich die Größe unserer Regionen, die Anzahl unserer Parlamentsmitglieder, die wir haben und unsere Funktionen vergrößern, so müsste jeder Mitgliedstaat seinen Parlamentshaushalt erhöhen.

Dies geschieht beim Europäischen Parlament und wir müssen daher mit „Ja“ stimmen.

Es trifft zu, dass wir in den kommenden Jahren dafür sorgen müssen, dass diese Ausgaben tragfähig sind. Deshalb müssen wir ernsthaft über die Gebäudepolitik und über Zukunftsstrategien für Personal und Büroausstattung reden. All dies ist zukünftig im Kontext von Nachhaltigkeit und der zweckentsprechenden Verwendung von Mitteln zu berücksichtigen.

Das Parlamentspräsidium und der Haushaltsausschuss haben einige widersprechende Positionen angenommen, da das Präsidium den Bedarf der Abgeordneten und wir im Haushaltsausschuss Sparsamkeit und die budgetäre Realität verteidigen.

Ich denke aber, dass eine gute Übereinkunft erzielt wurde, und dass wir diese morgen problemlos annehmen können.

Derek Vaughan (S&D). – Frau Präsidentin, ich spreche im Namen der S&D-Fraktion, aber die Abgeordneten werden mehrheitlich die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel nach dem Vertrag von Lissabon anerkennen. Es bestehen aber bei der Zeitplanung und Finanzierung dieser Vorschläge eine Reihe von Fragen. Kolleginnen und Kollegen haben einige dieser Themen zur Sprache gebracht.

Auch gibt es weitere Fragen. Wenn wir beispielsweise zusätzliche Personalmittel haben sollen – auf welche Belege stützt sich dies? Sind die Zahlen einfach nur aus der Luft gegriffen? Oder, falls dies auf der Grundlage von Nachweisen erfolgte, denke ich, dass uns diese hätten vorgelegt werden müssen.

Wie wird weiterhin das zusätzliche Personal für das Generalsekretariat zugeteilt? Meiner Ansicht nach hätte man uns auch diese Informationen zukommen lassen müssen.

Weiterhin denke ich, wenn wir die monatliche Assistenz-Sonderzulage von 1 500 EUR akzeptieren, so müssen wir uns auch weitere Kosten anschauen, Kosten für möglicherweise benötigten, zusätzlichen Büroraum. Tatsächlich hätte man uns hierfür die Gesamtkosten angeben müssen.

Dies wird morgen eine schwere Entscheidung für die Abgeordneten. Es ist stets kontrovers, wenn man aufgefordert ist, sich selbst Mittel zuzuweisen. Hätte man uns sämtliche Informationen gegeben, um die meine Kolleginnen und Kollegen und ich gebeten haben, so würde die zu treffende Entscheidung morgen den Abgeordneten leichter fallen.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – (NL) Angesichts der späten Stunde, zu der wir dies diskutieren, könnte man meinen, dass unser eigener Haushaltsplan kein Tageslicht verträgt.

Frau Präsidentin, der Vertrag von Lissabon gibt uns augenscheinlich mehr Verpflichtungen, größere Befugnisse und mehr Arbeit, aber ist dies denn gleichbedeutend damit, dass wir mehr Personal quer durch die Ausschussgremien, Fraktionen und für die einzelnen Abgeordneten brauchen? Ich habe meine Zweifel. Ich denke, wenn wir unsere Arbeitsweise politischer und effizienter ausrichten wollen, können wir dies am besten im Rahmen des aktuellen Haushaltsplans tun.

Abschließend, Frau Präsidentin, es scheint eine Reihe von Schritten zu geben, die wir nehmen müssen. Wir sprechen nicht nur über eine einmalige Erhöhung für dieses Jahr, denn es scheint, dass wir den Haushaltsplan im nächsten Jahr ebenfalls erhöhen werden, und meine Fraktion stimmt dem nicht zu. Stimmen wir jetzt einer Erhöhung aufgrund des Vertrags von Lissabon zu, so ist dies das einzige Mal, dass wir dieses Argument anführen können. Was uns anbelangt, so hat dies eine einmalige Erhöhung zu bleiben, keine weitere im nächsten Jahr und eine weitere im Jahr darauf. Alles, was damit erreicht würde, wäre zu meinen, wir benötigten weitere Gebäude.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Hervorragende gesetzgeberische Leistung ist eine Priorität für das Parlament, und den Abgeordneten, Ausschüssen und politischen Fraktionen müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dies zu erreichen. Der neue Verwaltungsaufwand, der durch die Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon entstanden ist, ist jetzt im Haushaltsplan des Parlaments enthalten. Zusätzlich betont der Ausschussbericht die Bedeutung der erweiterten gesetzgeberischen Rolle, die dem Parlament zukommt, und daher die Notwendigkeit für zusätzliche Finanzmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe. Spezielle Maßnahmen sind zu treffen, um durch Ausarbeitung einer Haushaltspolitik auf Nullbasis für einen stabilen Haushaltsplan zu sorgen und durch langfristige Planung den Anforderungen des Parlaments bei der Gebäudepolitik gerecht zu werden.

Ich denke, dass die Gesamtvergleichsbasis für den Parlamentshaushalt die ursprüngliche Programmierung des mehrjährigen Finanzrahmens bleiben sollte, sodass Parlamentsinteressen bei gleichzeitigem Behalt der Haushaltsdisziplin geschützt werden. Gleichzeitig glaube ich, dass die traditionelle 20%-Obergrenze beibehalten bleiben muss; ich begrüße daher, dass ein Konsens dahingehend erreicht worden ist, diese Obergrenze in diesem Fall nicht zu überschreiten. Ebenfalls unterstütze ich die Idee zur Durchführung von Maßnahmen zur Sicherstellung eines tragfähigen Haushalts für die künftigen Jahre, während ich nochmals die Bedeutung des Entwurfs einer Haushaltspolitik bekräftige, mit der für mehr Stringenz gesorgt wird. Auch glaube ich, dass Transparenz erforderlich ist, womit daher die Bereitstellung von klaren Angaben über den Gesamtbetrag der Festkosten im Haushaltsplan des Europäischen Parlaments gemeint ist.

Paul Rübig (PPE). - Frau Präsidentin! Ich möchte zum Abschluss dieses Verfahrens sagen, dass das Europäische Parlament dieses Thema sehr verantwortungsvoll behandelt hat. Ich möchte mich insbesondere auch beim Präsidium bedanken, dass man die Möglichkeit gefunden hat, die Obergrenze von 20 % einzuhalten. Es ist für uns alle in Zeiten einer Wirtschaftskrise sehr wichtig, mit dem Geld der Steuerzahler so sorgfältig wie möglich umzugehen und trotzdem für eine effiziente und gute Ausstattung der Abgeordneten zu sorgen. Auch die Einsparung bei den Gebäuden um 4 Millionen Euro sollte uns nicht zurückhalten, die noch bestehenden Mittel dazu einzusetzen, dass unser Haus einer der modernsten Bauten dieser Welt sein sollte, um so effizient wie möglich für unsere Bürgerinnen und Bürger arbeiten zu können.

Vladimír Maňka, Berichterstatter. – (SK) An dieser Stelle möchte ich Ihnen allen, meine Damen und Herren, für Ihre Ansichten und Redebeträge und auch für die Lösungssuche innerhalb des Ausschusses danken.

Ich möchte sagen, dass wir im Haushaltsplan 2010 systemische Maßnahmen festgeschrieben haben, mit denen finanzielle Entlastungen bewerkstelligt und der Druck auf unsere Ausgabenobergrenzen verringert werden können. Im Oktober letzten Jahres einigten wir uns im Konzertierungsverfahren auf die Durchführung eines administrativen Audits im Europäischen Parlament in diesem Jahr, in der Generaldirektion INLO und dem Sicherheitsdienst. Das Ziel besteht darin, zu beurteilen, ob Ressourcen optimal genutzt werden. Die Auditergebnisse sollten Ausgangspunkt für weitere Fortschritte und größere Effizienz sein. Ich sehe weiteres Einsparpotenzial bei der besseren Nutzung unserer eigenen Ressourcen innerhalb der Übersetzungs- und Dolmetscherdienste oder im Bereich der Telearbeit. Ich erwarte aktuelle Informationen vom Europäischen Parlament und den anderen Institutionen darüber, wie sie die vorläufig ungenutzten Mittel zu nutzen beabsichtigen, nicht nur bei den Sprachdiensten, sondern auch bei angemietetem Büroraum, Kopierdiensten usw. Ich glaube fest daran, dass Haushaltseinsparungen über die mittelfristige Strategie im Bereich der Grundstücke und Gebäude erreicht werden, wodurch ein Beitrag zur Tragfähigkeit des Haushalts des Europäischen Parlaments geleistet wird. Die Verwaltung des Europäischen Parlaments wird uns die Strategie in einigen Tagen präsentieren. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nochmals meinen Dank für Ihre Zusammenarbeit und für Ihre verantwortungsvolle Haltung gegenüber diesem Thema ausdrücken.

Die Präsidentin. Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, dem 25. Februar 2010, statt.

Ich danke Ihnen allen. Mein Dank gilt auch unseren Technikern und Dolmetschern dafür, dass sie uns letztendlich durch den Abend gebracht haben.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Alexander Alvaro (ALDE), schriftlich. – Ich beglückwünsche den Kollegen Manka zu seinen erfolgreichen Nachverhandlungen angesichts des sehr engen Budgetrahmens 2010. Neben durchaus vertretbaren und nötigen Anpassungen in der Personal- und Gebäudepolitik des EP steht jedoch die meines Erachtens heikle Frage der Erhöhung der Sekretariatszulage um 1 500 Euro zur Disposition. Leider kann aus prozeduralen Gründen hierüber nicht separat abgestimmt werden, da diese vom Parlamentspräsidium beschlossene Erhöhung der Sekretariatszulage für die Abgeordneten ab Mai 2010 in Zeiten der Finanzkrise unangemessen ist. Zwar wird das Parlament insgesamt unter dem jüngst in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon mehr Kapazitäten für die legislative Arbeit benötigen, jedoch gibt es nach der Einführung des Assistentenstatuts mit Beginn der laufenden Legislaturperiode noch keinerlei Nachweis, dass Abgeordnete tatsächlich mehr Mitarbeiter brauchen. Desweiteren ist die „Kaufkraft“ der zusätzlichen Gelder im Vergleich der einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und sollte bei einem noch zu erstellenden Bericht über die Ergebnisse nach Einführung der neuen Regeln für die Mitarbeiter der Abgeordneten ebenfalls berücksichtigt werden. Angesichts der derzeit sehr begrenzten Raum- und Arbeitsausstattung im Parlament steht außerdem zu befürchten, dass die heute beschlossene Erhöhung der Sekretariatszulage um 1 500 Euro bereits Tatsachen für weitere Erhöhungen, Forderungen und die künftige Arbeitsausstattung schafft. Vor diesem Hintergrund wird sich die FDP im EP enthalten.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), schriftlich. – (RO) Dieser Änderungsantrag des Haushalts bietet eine Antwort auf ein echtes Bedürfnis. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon haben sich die Befugnisse des Europäischen Parlaments auf einer Vielzahl von Gebieten erheblich vergrößert. Die unmittelbare Folge dieser Ausweitung ist ein viel größerer Arbeitsaufwand, dessen Qualität den höchsten gesetzgeberischen Normen zu entsprechen hat. Es geht nicht darum, wie von der Presse behauptet, Geld für uns selbst zu fordern. Wir müssen aber die Institution des Europäischen Parlaments mit den erforderlichen Mitteln versorgen, um den Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger an dieses Forum gerecht zu werden.

Georgios Stavrakakis (S&D), schriftlich. – (EL) Auch ich möchte dem Berichterstatter für seine Arbeit danken. Die dem Europäischen Parlament unter dem Vertrag von Lissabon zugestandenen größeren Befugnisse steigern zweifellos die Rolle des Europäischen Parlaments beträchtlich und formulieren konkrete und wirksame Antworten auf die Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig aber hat die Erweiterung seiner Tätigkeitsbereiche einen zusätzlichen Personalbedarf, sowohl in der Verwaltung des Europäischen Parlaments als bei den Fraktionen und den Abgeordnetenbüros geschaffen. Der Änderungsantrag über den Haushaltsplan des Europäischen Parlaments wurde nicht nur erwartet, sondern war auch notwendig, wenn das Europäische Parlament wirksam auf seine neuen Verantwortlichkeiten reagieren soll, wodurch dessen Demokratiefähigkeit weiter gestärkt wird. Ich möchte das Plenum daran erinnern, dass ein ähnlicher Änderungsantrag beim Haushaltsplan des Rates vorgenommen wurde, um den Verwaltungsanforderungen infolge der Schaffung der Institution des Vorsitzenden des Europäischen Rates gerecht zu werden. Ähnliche

Vorschläge zur Änderung des Haushalts der Europäischen Kommission werden erwartet. Mit der Annahme des vorliegenden Änderungsantrags wird sowohl die Verwaltung des Parlaments als die Fraktionen und Abgeordneten besser und effizienter auf die neuen Erfordernisse regieren können.

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

25. Schluss der Sitzung: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 23.50 Uhr geschlossen)